Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15. Oktober 1979
Jg. 7 Nr. 42

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Abschluß im Streik der britischen Metallarbeiter

z.hef.London. Nach sechsmonatigem Kampf mit Überstundenstreiks sowie ein- und zweitägigen Streiks schlossen die Gewerkschaften am 4. Oktober für ca. zwei Millionen Metallarbeiter einen neuen Tarifvertrag mit dem Kapitalistenverband EEF ab. Der Mindestwochenlohn für Facharbeiter wird von 60 auf 73 Pfund erhöht (gefordert waren 80 Pfund), für ungelernte Arbeiter von 45 auf 52,50 Pfund (gefordert 60 Pfund). Die Kapitalisten erreichten, daß diese neuen Mindestsätze *nicht* ab April nachgezahlt werden, sondern erst mit den jetzt folgenden betrieblichen bzw. örtlichen Abschlüssen in Kraft treten. Ein Teil des Vertrages ist für vier Jahre abgeschlossen worden: fünf Tage mehr Urlaub (zwei Tage jetzt und je einen in den nächsten drei Jahren); Senkung der Normalarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden ab November 1981.

USA: Ford-Tarifabschluß, Streiks bei Landmaschinenmonopolen

z.gek. Gegen ca. 30% Nein-Stimmen ist der Tarifabschluß zwischen der Automobilarbeitergewerkschaft UAW und General Motors (vgl. KVZ 40/79) angenommen worden. Nur 40% der Arbeiter haben allerdings an der Abstimmung teilgenommen. Inzwischen hat die UAW mit Ford einen entsprechenden Abschluß ausgehandelt. Dagegen stocken die Verhandlungen mit Chrysler Corp. Mehrere Versammlungen von Chrysler-Arbeitern haben es erneut abgelehnt, mit dem im Konkurrenzkampf angeschlagenen Konzern einen Sondertarifvertrag abzuschließen, der das Lohnniveau um 1 $ unter das der GM-Arbeiter senken würde. – Seit dem 1. Oktober stehen mehrere zehntausend Arbeiter der Landmaschinen-Monopole John Deere und Caterpillar im Streik gegen die Einfügung einer Klausel in den Tarifvertrag, die zwangsweise Überstundenarbeit wie bei den Autofirmen zuließe.

Spanien: neues Arbeitsgesetz Mehrwertsteuer für EG-Beitritt

z.gab. Im Rahmen der „Vorbereitung zur Eingliederung in die EG" hatte der stellvertretende Regierungschef Spaniens, Martorell, den neuen Wirtschaftsplan begründet: zwangsweise Pensionierung aller Arbeiter ab 69 Jahren, Einführung der Mehrwertsteuer – für die Kapitalisten jährlich 10 Mrd. Ptas. zur Förderung der privaten Investitionen. – Am 1.6. hatte der spanische Ministerrat den neuen Arbeitsgesetzentwurf gebilligt, der erstmals die Entlassung von Arbeitern aus Altersgründen sowie generell die Entlassung gegen „Entschädigung" freigibt. Einige Gewerkschaften mobilisieren für Generalstreik. – In zahlreichen Streiks haben die spanischen Arbeiter gegen die offizielle Lohnleitlinie der Regierung (1,7% im 2. Halbjahr 1979) Lohnerhöhungen zwischen 5 und 7,3% gefordert. Am 4.10. legten die rund 70000 Eisenbahnarbeiter den Zugverkehr lahm. Am Tag zuvor demonstrierten 40000 in Madrid.

Bundesregierung macht Druck auf Streik der Römö-Sylt-Fährarbeiter

z.mam. Seit dem 1. Mai, als die westdeutsche Förde-Reederei die Fährlinie Römö-Sylt übernommen und nach Zypern ausgeflaggt hat, um die Löhne der dänischen Seeleute zu senken, wird sie bestreikt. Aufgebracht richtete Zumpfort, FDP, eine Anfrage an die Bundesregierung, was sie dagegen tun wolle, daß „das deutsche Motorschiff ‚Seemöwe II' von dänischen Seeleuten geentert, die deutsche Bundesflagge niedergeholt und eine ‚Piratenflagge' gehißt wurde." Antwort: „Die deutsche Botschaft Kopenhagen steht in Kontakt mit den dortigen Behörden." Erfolg: Am 11.10. wurden 10 dänische Seeleute und Gewerkschaftsvertreter zu Gefängnisstrafen bis 2 Monaten verurteilt, weil sie dem deutschen Kapitän über Bord geholfen hatten. Am selben Tag hat der dänische Gewerkschaftsverband die Boykottmaßnahmen gegen die Zulieferer der Reederei ausgeweitet.

Schmidt'sche Vision: Großmacht durch Kapitalexport

„Defizit in der Zahlungsbilanz ... warum nicht?" / Löhne sollen weiter sinken für den „Aufschwung"

z.gek. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat Bundesregierung und Bundesbank „Fehleinschätzung der Konjunktur für das Jahr 1980" vorgehalten. Der regierungsamtliche Optimismus läßt die Professoren „befürchten, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen von zu hohen Produktivitätsfortschritten ausgegangen wird". Komme es aber zu einer Lohnerhöhung von 7%, sei das definitiv „gefährlich"; das könne die Wirtschaft in die Krise stürzen. (Frankfurter Allgemeine, 24.9.) – Im Plausch mit Wirtschaftsjournalisten hielten dagegen Finanzminister Matthöfer und Bundesbankpräsident Emminger an ihrer Erwartung eines „realen Wachstums" von 3–3,5% für 1980 fest. Natürlich nur, fügte Emminger mit Unschuldsmine hinzu, während Matthöfer beifällig nickte, wenn die „vernünftige Lohnpolitik" der letzten Jahre weitergeführt werde. (Neue Ruhr Zeitung, 27.9.) Wie denn? Hatten sie nicht die ganze Zeit während der Lohnkämpfe zu Anfang dieses Jahres verkündet, ein momentaner Lohnverzicht werde sich im Zuge eines glänzenden Konjunkturaufschwungs auch für die Arbeiter reichlich auszahlen? Jetzt stellt sich heraus, daß der berühmte „Aufschwung" auf einer stetig noch *weiter* sinkenden Lohnbasis stattfinden soll.

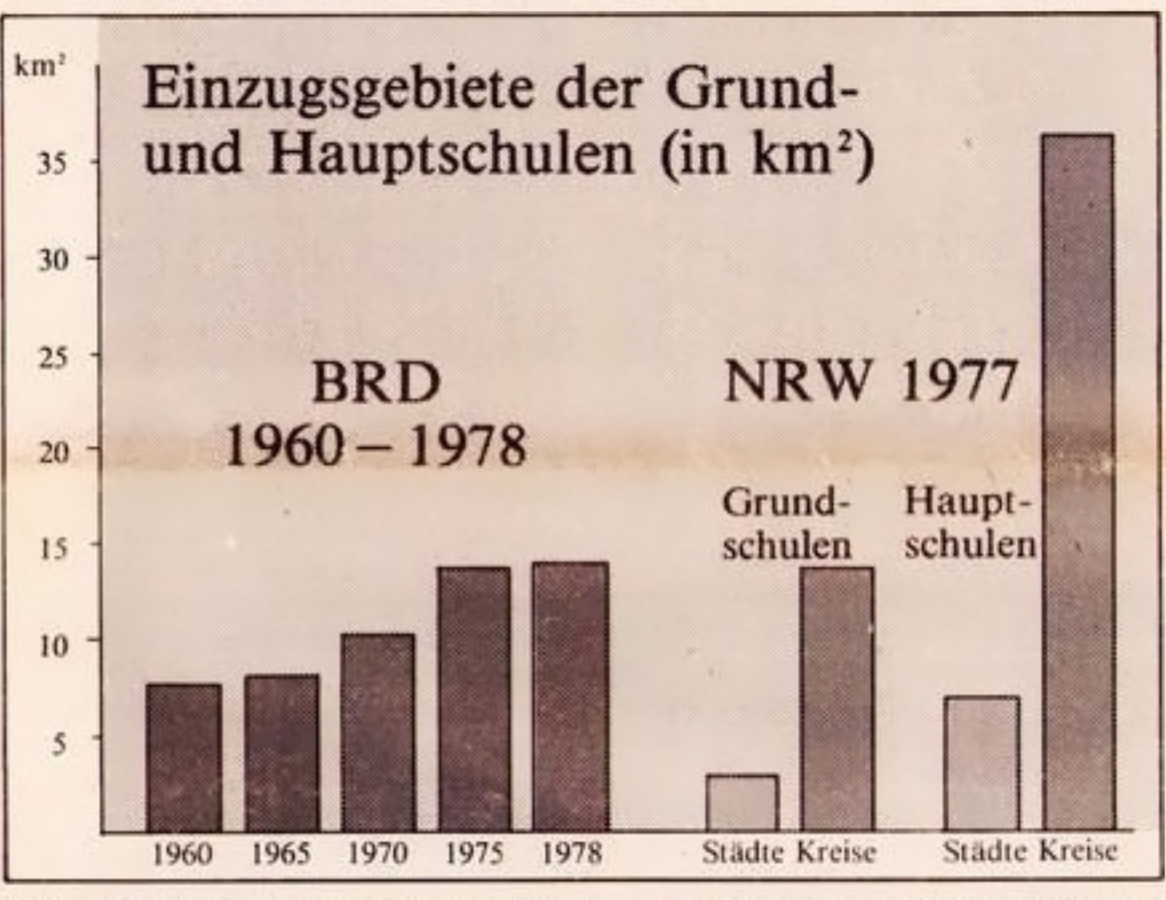
Überhaupt ist es mit dem Konjunkturaufschwung so eine Sache. Die Produktionssteigerungen dieses Jahres kommen nicht aus einer Ausdehnung des inneren Marktes, sondern fast ausschließlich des Exportes, anders als 1978, als sich die innere Nachfrage noch einmal ausgedehnt hatte, aber auch nur wegen der vom Staat auf Pump getätigten „Zukunftsinvestitionen". Nur dadurch hatte, nach Jahren des Einbruchs und der fauligen Stagnation, die Industrieproduktion 1978 wieder den Stand von 1973 um 4% übertreffen können. 1979 also Exportkonjunktur. Und was wird gesteigert verkauft? „Zum Exportanstieg im zweiten Quartal haben hauptsächlich die Investitionsgüter beigetragen", ausgehend von „einer belebten Investitionstätigkeit in den EG-Ländern" (DIW-Wochenbericht 38/79). Am stärksten sind die Exporte nach Großbritannien, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Dänemark gestiegen; sodann in die USA, nach Japan und in die Sowjetunion; etwa in dieser Reihenfolge. Mit anderen Worten, die Hauptkonkurrenten kaufen in der BRD Maschinen, um zu rationalisieren, profitabler zu produzieren und verstärkt auf den Weltmarkt zu drängen, der schon jetzt überfüllt ist. Es stagnieren die Exporte solcher Gebrauchsgüter, die in den Konsum der Volksmassen eingehen; es gehen – teilweise erheblich – die Exporte in die Entwicklungsländer zurück, da diese wegen sinkender Rohstofferlöse und wachsender Schuldendienste keine Devisen mehr haben, ausgepowert sind. Einzige große Ausnahme: die VR China, gestützt auf die revolutionäre Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeiter und Bauern.

Vom Standpunkt der imperialistischen Monopolbourgeoisie sind solche Überproduktionskrisen, wie sich jetzt eine im Weltmaßstab neu anbahnt, halt Perioden der Verschärfung der Wirtschaftsschlachten, worin es Verlierer – aber auch Gewinner gibt. In einem Interview mit der britischen Wirtschaftszeitung „Economist" vom 28.9. hat Schmidt, Pfefferminz lutschend, zwischen verschiedenen guten Ratschlägen („Wir sind gerade so exportorientiert, wie ihr Briten sein solltet!") einen kleinen Einblick in seine weltökonomischen Schlachtpläne gegeben: „Hören Sie", hat er dem Redakteur ins Notizbuch diktiert, „ich will Ihnen mal was über unsere Exporte erzählen. Mir würde eine Situation gar nicht schlecht passen, in der wir ein Defizit in unserer Zahlungsbilanz hätten. Warum denn nicht? Wir haben enorme Reserven."

„Defizit in der Zahlungsbilanz" heißt, daß mehr Geld außer Landes fließt als hinein; Hauptmittel der Kapitalexport. Seit 1969 haben die westdeutschen Monopole ihre Direktinvestitionen im Ausland von 17,6 auf 58,2 Mrd. DM (1978) gesteigert, d.h. mehr als verdreifacht. Im letzten Jahr waren es allein über 6 Mrd. DM, dieses Jahr werden es noch mehr. Ausbeutungsrechte haben die BRD-Kapitalisten für 31,6 Mrd. DM in Europa erworben, davon 19,7 Mrd. in der EG. Auf dem amerikanischen Kontinent sind es 20,6 Mrd., davon 8,6 Mrd. in den USA, 4,0 Mrd. in Kanada und 8,0 Mrd. in Mittel- und Südamerika, Schwerpunkt Brasilien. Ein neuer Schwerpunkt zeichnet sich mit der „Süderweiterung" der EG ab, wie das im Jargon heißt. Jährlich 7–10 Mrd. DM sollen nach den Planungen der EG-Kommission aus dem Regional- und Entwicklungsfonds nach Griechenland, Portugal und Spanien fließen. Milliarden fließen bereits in den „Mezzogiorno" Italiens. In ganz anderem Umfang als jetzt sollen das neue Standorte der „deutschen Industrie" werden, billig, effektiv, dem Meer und anderen Kontinenten zugewandt, in Portugal immerhin schon durch einen Luftstützpunkt der Bundesluftwaffe beschirmt.

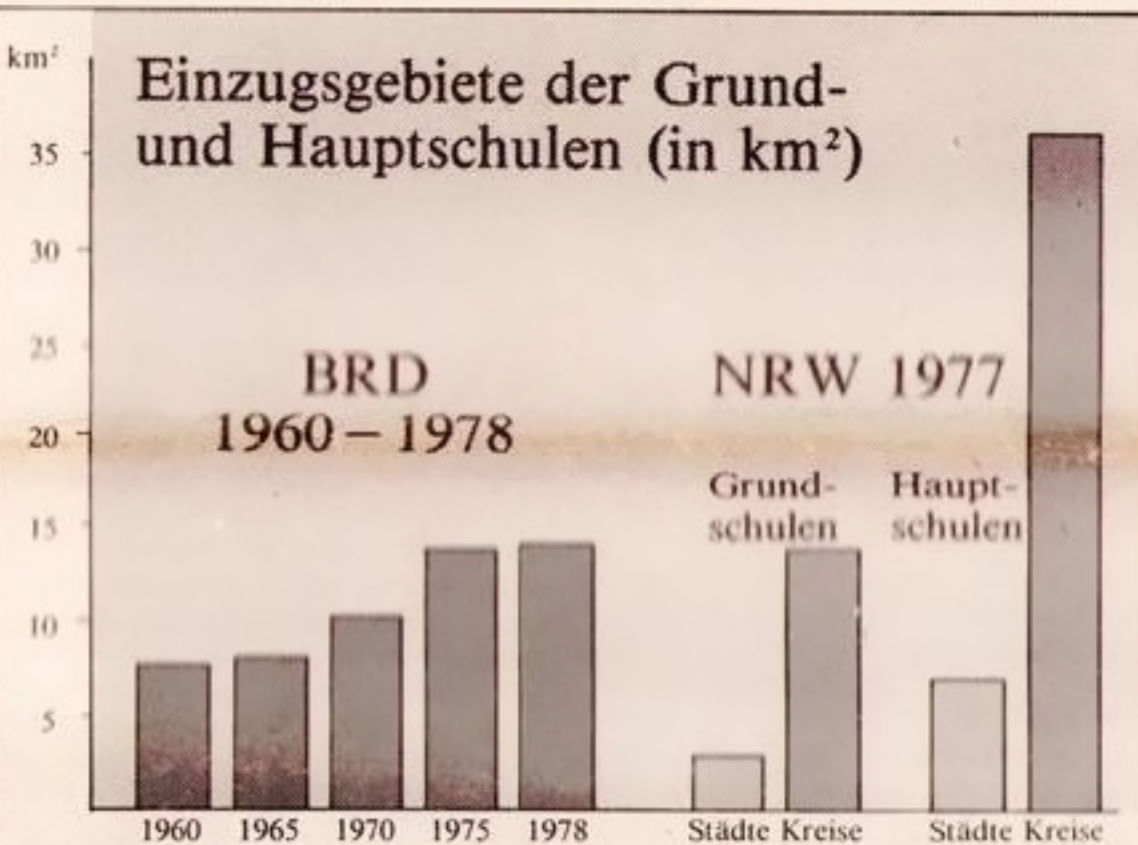
Aber Schmidts Vorschlag an die westdeutsche Finanzbourgeoisie liefe auf eine weit waghalsigere Operation hinaus, etwa mit folgenden Spielzügen: Dränge mit Exportwaren weiter auf den Weltmarkt, aber nutze auch alle Gelegenheiten, um billig einzukaufen, vor allem in Dollar fakturierte Rohstoffe (strategische Lager anlegen!), aber auch billige Industriewaren. Verschärfe so noch weiter den Rationalisierungsdruck auf die eigene Industrieproduktion, rationalisiere rücksichtslos weg, was nicht lohnt. Für die Importware schmeiße DM-Scheine auf den Weltmarkt, in Spekulation darauf, daß die Länder der 3. Welt wie auch schwächere Konkurrenten wegen dem Dollarschwindel gezwungen sein werden, sich noch mehr D-Mark als Reservegeld zu halten. Werfe umgekehrt einen Teil der ca. 100 Mrd. an eigenen Dollar-Devisenreserven als Kreditgeld zu günstigsten Konditionen in den Kapitalexport und überrenne damit die Stellungen der Konkurrenz. Vorbild: die Operationen der US-Imperialisten vor, während und seit der Krise von 1966/67. Größenwahnsinnig? Mit Sicherheit. Wie bei Schmidts Vorgängern. Und kaum weniger gefährlich.

In 18 Jahren 13000 Volksschulen geschlossen – immer längere Schulwege, höhere Fahrtkosten



Knapp 18000 Grund- und Hauptschulen mit 5,7 Mio. Schülern in der BRD 1978 – noch gut 31000 Volksschulen mit 5,2 Mio. Schülern 1960. Die Einzugsgebiete der Schulen wurden sprunghaft größer, die Unterschiede zwischen Stadt und Land noch krasser. Im Regierungsbezirk Detmold (NRW) umfaßte der Einzugsbereich der Grundschulen 1977 in den Kreisen durchschnittlich 17,2 km², der der Hauptschulen sogar 48,8 km². Jeder fünfte Hauptschüler in Nordrhein-Westfalen muß einen täglichen Schulweg zwischen 3,5 und 8 km zurücklegen, jeder 26. über 8 km fahren. Von diesen bekommt aber nur jeder dritte die Fahrtkosten vom Staat zurückgezahlt.

In 18 Jahren 13000 Volksschulen geschlossen – immer längere Schulwege, höhere Fahrtkosten



„Den Hegemonismus bekämpfen und den Weltfrieden verteidigen"

Pressekonferenz Hua Guofengs in Vorbereitung seines Staatsbesuchs in Westeuropa

z.lup. Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Hua Guofeng, wird vom 22.–26.10. im Anschluß an einen Staatsbesuch in Frankreich die Bundesrepublik besuchen. Hier Auszüge aus der Pressekonferenz, die Hua Guofeng in Vorbereitung auf diesen Besuch am 7.10. in Beijing gab.

Auf die Frage, ob China „seine kritische Haltung gegenüber der von der Bundesrepublik verfolgten Entspannungspolitik geändert habe", erklärte Hua Guofeng:

„Ihre Frage zeigt, daß Sie kein richtiges Verständnis von Chinas Politik haben. China ist nicht gegen Entspannung. Die Bundesrepublik Deutschland wünscht auf Grund ihrer eigenen Umstände und ihrer Interessen normale Beziehungen mit der Sowjetunion und mit anderen osteuropäischen Ländern. Wir verstehen diesen Wunsch und empfinden Sympathie dafür. China ist nicht gegen Entspannung. Es ist gegen Hegemonismus und die Politik der Aggression und Expansion. China wünscht eine friedliche Umgebung, in der es sein Land aufbauen kann. Es ist bloß so: Mit den Hegemonisten, die Expansion und Aggression betreiben, ist es unmöglich, Entspannung zu haben, selbst wenn man es wünscht. Es hat im letzten Jahr in der Welt keine Entspannung gegeben, insbesondere nicht im Mittleren Osten, in Afrika, am Roten Meer, in der Golf-Region, in Südasien und in Indochina. Obwohl wir gerne eine friedliche internationale Umgebung hätten, entwickeln sich die Dinge nicht so, wie es die Völker wünschen. Deswegen habe ich bei der zweiten Sitzung des 5. Nationalen Volkskongresses festgestellt, daß unsere Politik darin besteht, den Hegemonismus zu bekämpfen und den Weltfrieden zu verteidigen. Deshalb sind wir nicht gegen den Wunsch der Bundesrepublik Deutschland nach normalen Beziehungen mit der Sowjetunion. Während wir die Politik des Hegemonismus bekämpfen, wollen wir gleichzeitig die Völker vor einer Politik des Appeasement warnen. Das ist Chinas Politik. Sie kann kurz in diesen Worten zusammengefaßt werden: Den Hegemonismus bekämpfen und den Weltfrieden sichern."

Auf die Frage eines italienischen Korrespondenten, ob China „plane, Vietnam eine zweite Lektion zu erteilen", erklärte Hua Guofeng:

„Sie wissen, daß wir in unserer Stellungnahme vom 5. März diesen Jahres über den Rückzug unserer Truppen festgestellt haben, daß die offenen Probleme zwischen China und Vietnam durch Verhandlungen geregelt werden sollten. Gleichzeitig haben wir erklärt, daß, wenn die vietnamesischen Behörden, unterstützt durch die Sowjetunion, fortfahren, bewaffnete Provokationen entlang unserer Grenze durchzuführen, wir uns das Recht vorbehalten, einen Gegenschlag zur Selbstverteidigung durchzuführen. Sie werden festgestellt haben, daß die vietnamesischen Behörden zwecks Vorbereitung einer Offensive in der Trockenzeit Truppen nach Kampuchea verlegen. Um diese von ihnen geplanten Operationen zu bemänteln, haben die vietnamesischen Behörden planmäßig Lügen ausgestreut, daß China Truppen an der Grenze massiert und Befestigungsanlagen aufbaut, um einen zweiten Schlag gegen Vietnam zu führen. Dies zielt darauf ab, die öffentliche Meinung auf die Durchführung einer Offensive in der Trockenzeit in Kampuchea vorzubereiten."

Die Volksmassen Kampucheas widerstehen dem Vernichtungskrieg der vietnamesischen Aggressoren



Frauen und Kinder transportieren Reis, den sie auf thailändischen Grenzmärkten eingetauscht haben, in die freien Gebiete des Demokratischen Kampuchea. Ohne Sieg über die Aggressoren kein Sieg über den Hunger.

z.gug. **Im Mittelpunkt der Sitzung des Nah-Ost-Ausschusses des Europarates in der letzten Woche stand erneut die seit einiger Zeit zwischen den EG-Imperialisten umstrittene Frage im Vordergrund:** Wieweit müssen sie Zugeständnisse an den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO und an die arabische Nation machen, um sich die Wege zum Öl besser zu sichern. Vorgeladen waren Dajan und der ägyptische Außenminister Ghali. Dajan erklärte kurzweg, die EG-Staaten hätten sich aus allem rauszuhalten, was die PLO beträfe und forderte sie auf, den Zionistenstaat massiver zu päppeln, der derzeit mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ringt. Der ägyptische Außenminister Ghali schlug vorsichtig vor, Kontaktgespräche mit der PLO zu versuchen. Die Manöver, die vor allem die westdeutschen Imperialisten vollführen, um die PLO unter Druck zu setzen, sind beachtlich. So schlug die SPD-Abgeordnete Bothmer Ende Juni Gespräche mit „Vertretern der Palästinenser" vor, weil man nicht verlangen könne, daß das palästinensische Volk Israel anerkennt, bevor es nicht selbst anerkannt ist. Einige Wochen später schickte Genscher seinen Zögling Möllemann zur Vorsondierung in den Nahen Osten, reiste dann selbst hinterher, und trat dann, nachdem er mit Dajan in Bonn nochmals Rücksprache gehalten hatte auf der Außenministerkonferenz der EG in Dublin am 11. September entschieden gegen eine Erklärung der EG zum Nahen Osten vor der UNO auf, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser beinhaltete.

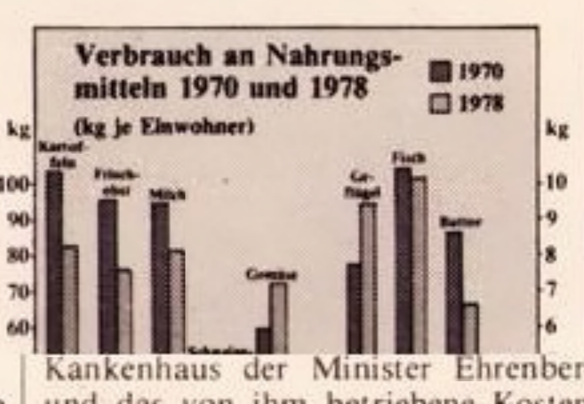
z.bew. **280000 Bücher, davon 84000 Neuerscheinungen, wurden von über 5000 Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse ausgestellt.** Zwischen 20000 und 40000 Besuchern an Werktagen und mehr als doppelt soviel am Wochenende haben täglich diese größte Bücherschau der Welt besucht. Die großen Autoren, die in den vergangenen Jahren immer für einen „Messebestseller" gut waren, hatten ihre Romane schon vorab in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht, wie H. Böll im Stern oder T. Capote im Spiegel. Auch die so spektakulär angekündigten Kissinger Memoiren, Kopascis „Ungarische Tragödie" oder Carells dümmliche Nabelschau sind vor der Buchmesse vorabgedruckt worden. Ökonomisch hat die Buchmesse ihre Funktion als Vermittler zwischen Verlag und Handel weitgehend verloren. Die Verlagskonzerne selbst und die Grossisten haben ein Netz von Auslieferungswegen geschaffen, mit denen sie den Buchhandel direkt unter ihre Kontrolle und Abhängigkeit gebracht haben. Die Konzentration im Verlagswesen und die direkte Zugriffmöglichkeit auf den Buchhandel haben die Verleger von dem Druck befreit „Messeschlager" zu liefern. Was ökonomisch nicht mehr notwendig, ist *ideologisch* für die Bourgeoisie gegenwärtig auch gar nicht möglich. Eine Linie, um die sich zuspitzenden Widersprüche

z.bew. **280000 Bücher, davon 84000 Neuerscheinungen, wurden von über 5000 Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse ausgestellt.** Zwischen 20000 und 40000 Besuchern an Werktagen und mehr als doppelt soviel am Wochenende haben täglich diese größte Bücherschau der Welt besucht. Die großen Autoren, die in den vergangenen Jahren immer für einen „Messebestseller" gut waren, hatten ihre Romane schon vorab in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht, wie H. Böll im Stern oder T. Capote im Spiegel. Auch die so spektakulär angekündigten Kissinger Memoiren, Kopascis „Ungarische Tragödie" oder Carells dümmliche Nabelschau sind vor der Buchmesse vorabgedruckt worden. Ökonomisch hat die Buchmesse ihre Funktion als Vermittler zwischen Verlag und Handel weitgehend verloren. Die Verlagskonzerne selbst und die Grossisten haben ein Netz von Auslieferungswegen geschaffen, mit denen sie den Buchhandel direkt unter ihre Kontrolle und Abhängigkeit gebracht haben. Die Konzentration im Verlagswesen und die direkte Zugriffmöglichkeit auf den Buchhandel haben die Verleger von dem Druck befreit „Messeschlager" zu liefern. Was ökonomisch nicht mehr notwendig, ist *ideologisch* für die Bourgeoisie gegenwärtig auch gar nicht möglich. Eine Linie, um die sich zuspitzenden Widersprüche mit literarischen Ergüssen zu überstülpen und damit ihre Herrschaft ideologisch mit abzusichern, fehlt ihr. Konsaliks, Danellas oder Simmels trivialschwülstigen Liebes- und Actiongeschichtchen haben sich totgelaufen, den Rückzug in die Innerlichkeit von Handke und Co. haben nur wenige mitgemacht und der Rückgriff in die Tradition des Preußentums war ebenso erfolglos wie psychoanalytische Seelenforschung und Gurumystizismus. Simmel hat seinen Romanentwurf nach 400 Seiten abgebrochen, Grass erst gar nichts versucht, Handke wärmt Abgestandenes auf. Was bleibt ist ein tristes Angebot von Vergangenheitsbewältigung à la Holocaust, seichte Politikerreden zweiter Garnitur, ein Boom heideggerscher Existenzphilosophie, wehmütige Innerlichkeit drittklassiger junger Lyriker und als meistvertretener „Autor" der neue Seelenwäscher Wojtyla, der allein beim Herderverlag mit elf Titeln von und über ihn vertreten ist.

z.jük. **Die SPD hat bei den Bremer Bürgerschaftswahlen wieder die absolute Mehrheit erlangt (201116) mit Stimmenverlusten unter den Mittelklassen und leichten Stimmengewinnen bei den Arbeitern.** Der opportunistische Charakter der „Grünen" (20911) wird durch ihre 4 Sitze nur deutlicher werden. Sie müssen sich programmatisch äußern, sind laufend faßbar, was günstig ist. Der offen und bewußt revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung ist klein. 533 Stimmen hat der KBW erhalten. Gegenüber 1975 ist das ein Verlust von 1891 Stimmen. Noch immer geht die Festigung als revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung Hand in Hand mit Verlusten in der Intelligenz und den Mittelklassen, aus denen die „Grünen"- und „Alternativen"- (5515) Stimmen kommen. Die revisionistische DKP (3331) hat 5899 Stimmen verloren. Sie versucht jetzt „Grün" zu werden. Das Wahlergebnis, gerade wegen der günstigen Stimmenlage der „Grünen", zeigt, daß die Arbeiterbewegung nach wie vor in den Wahlen durch die SPD repräsentiert wird. Wie die Dinge liegen, muß die Politik der Kommunisten, wenn sie auf die Einheit der ganzen Arbeiterklasse zielen soll, sich vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter richten. Politische und organisatorische Selbständigkeit der Kommunisten ist dafür eine Voraussetzung.

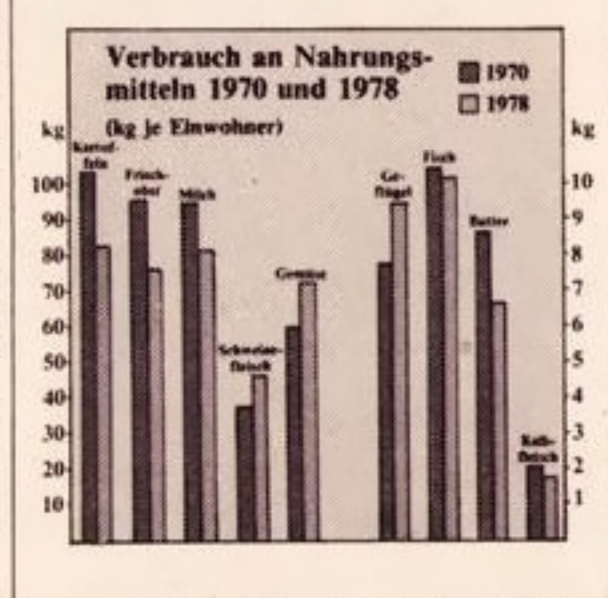
z.jük. **Genosse Wilfried Geike, Mitglied des Sekretariats des ZK des KBW, mußte am 8.10. eine 3monatige Haftstrafe in der Vollzuganstalt Koblenz antreten.** Genosse Karsten Greller, ZK-Mitglied und Genosse Peter Feininger, Regionalleitung Süd, müssen am 15.10. eine 6- bzw. 3monatige Haftstrafe antreten. Ihnen wird der Abdruck eines Artikels der KVZ zum Ableben von Buback vorgeworfen. § 130 „Volksverhetzung" und § 140 „Billigung von Straftaten" heißt es dazu. Genosse Geike wird „üble Nachrede" vorgeworfen. In einer Briebszeitung des KBW in Kassel, für die Gen. Geike verantwortlich zeichnete, wurde nachgewiesen, daß für den Entzug von Medikamenten und der frühzeitigen Entlassung von Rentnern aus dem Kankenhaus der Minister Ehrenberg und das von ihm betriebene Kostendämpfungsgesetz verantwortlich ist.

z.erm. **Ein Drittel bis die Hälfte der westdeutschen Lebensmittelhändler habe noch keine Änderung im Verbraucherverhalten der deutschen Käufer verspürt, erklärt die Zentrale Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft.** Demzufolge haben also zwei Drittel bis die Hälfte der Lebensmittelhändler einen Rückgang im Verbrauch von Lebensmitteln beobachtet. Aus dem Schaubild wird deutlich, in welchem Ausmaß die Volksmassen den Konsum von Lebensmitteln, deren Preis in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist, einschränken und auf billigere Nahrungsmittel beschränken mußten. Dabei enthalten die vom Statistischen Bundesamt erhobenen Zahlen noch den Konsum der Bourgeois. Hat ein 4-Personen-„Arbeitnehmerhaushalt" laut Warenkorb 1973 noch 27% des Einkommens für



Kankenhaus der Minister Ehrenberg und das von ihm betriebene Kostendämpfungsgesetz verantwortlich ist.

z.erm. **Ein Drittel bis die Hälfte der westdeutschen Lebensmittelhändler habe noch keine Änderung im Verbraucherverhalten der deutschen Käufer verspürt, erklärt die Zentrale Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft.** Demzufolge haben also zwei Drittel bis die Hälfte der Lebensmittelhändler einen Rückgang im Verbrauch von Lebensmitteln beobachtet. Aus dem Schaubild wird deutlich, in welchem Ausmaß die Volksmassen den Konsum von Lebensmitteln, deren Preis in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist, einschränken und auf billigere Nahrungsmittel beschränken mußten. Dabei enthalten die vom Statistischen Bundesamt erhobenen Zahlen noch den Konsum der Bourgeois. Hat ein 4-Personen-„Arbeitnehmerhaushalt" laut Warenkorb 1973 noch 27% des Einkommens für



Nahrungsmittel aufgewandt, sind es 1978 nur noch 24,9%. Dagegen ist der Anteil des Lohns für Güter für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung z.B. von 12 auf 15,4% gestiegen.

z.urb. **Die Erhöhung der Beitragssätze um durchschnittlich bis zu einem halben Prozentpunkt kündigte der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen Rügenberg für 1980 an.** Von 50 Millionen 1953 auf 619 Millionen DM 1978 steigerte allein die AOK Frankfurt die Beitragseinnahmen. Von 8,14% (1970) auf 11,5% (1979) steigerten die Ortskrankenkassen ihren durchschnittlichen Beitragssatz. Die Begründung für die erneute Erhöhung: Um 7,5% seien die Ausgaben im 1. Halbjahr 1979 gestiegen, vor allem „wegen einer größeren Zahl schlechter Risiken in der Mitgliederstruktur". Mit anderen Worten: weil die Mehrheit der Versicherten in den Ortskrankenkassen Arbeiter sind, deren Arbeitskraft zunehmend ruiniert wird. Schon jetzt müssen mit der Trennung in AOK und Ersatzkassen 57% der Mitglieder in den Ortskrankenkassen, überwiegend Arbeiter, einen höheren Anteil ihres Lohns als Beitrag zahlen als Angestellte in den Ersatzkassen. 1970 waren es erst 15%. Jetzt hält der AOK-Bundesverband „den Zeitpunkt für gekommen, der erneut Handeln erfordert". Von Ehrenberg vor einigen Wochen dazu aufgefordert, will er jetzt nicht nur die Lohnplünderung weiter steigern, sondern auch dem erneuten Anlauf in der Durchsetzung der Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen Rückendeckung geben. So fordert Rügenberg die Durchsetzung der „Bagatell-Liste", die verschärfte Durchsetzung des Arzneimittelhöchstbetrages und Streichungen im Bereich der Heil-und Hilfsmittel.

Ministerin Huber will jetzt bei den ledigen Müttern „ansetzen"

z.mam. 1978 hat die Bourgeoisie an „legalen Abtreibungen" 73500 registriert, das sind 35% mehr als im Jahr vorher. Davon sind 67% von den Beratungsstellen wegen „sozialer Notlage" genehmigt worden. 90% der Frauen waren ledig. Die Huber meint dazu: „Die Zunahme war zu erwarten, hat sich aber verlangsamt. Soziale Notlagen umschreiben fast immer ein Problemknäuel, keine reinen Geldfragen." Das „Problemknäuel" läßt sich leicht lösen. Laut Familienbericht der Bundesregierung waren 1976 73,6% aller ledigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig. Zuhause ist also niemand, der sich um die Kinder kümmern könnte; Lohnsenkung und „Mobilität" der Arbeiterklasse haben die Kinderversorgung durch die Großmütter ebenfalls eingeschränkt. Was bleibt ist Rennen, Anstehen, Bitten und Blechen für einen Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz. Hat man einen, hat der bürgerliche Staat die Kinder unter seiner Fuchtel, aus der Erziehung hat man sich rauszuhalten und noch dankbar zu sein, daß man seine Kinder überhaupt „untergebracht" hat. Müttern unehelicher Kinder wird gleich mit Geburt per Gesetz jegliches Recht auf ihre Kinder genommen. § 40 JWG (Jugendwohlfahrtsgesetz): „Mit der Geburt eines nichtehelichen Kindes wird das Jugendamt Pfleger nach § 1706 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wenn die Mutter Deutsche im Sinne des Grundgesetzes ist."

Nach Auffassung der Richter, Anwälte und Vertreter von Jugendämtern des 2. Familiengerichtstags in Brühl vom 7. Oktober, für die Frauen nach erledigter Gebärpflicht sowieso nur ein „Versorgungsproblem" darstellen, ist die Bespitzelung und Bevormundung der Familien noch nicht genug zentralisiert. Sie fordern „Schluß zu machen mit der Zersplitterung der Kompetenzen von Familienrichtern, Vormundschaftsgericht, Jugendamt und allen anderen Institutionen, die im Konfliktsfall mit der Familie befaßt werden", nach ihrer Vorstellung „würde jedes einzelne Familienmitglied von der Wiege bis zur Bahre juristisch nur von dem Familienrichter betreut".

Die Huber hat einen weiteren Vorschlag: „Da der Anteil der Nichtverheirateten bei den Abbrüchen zehnmal so hoch ist wie bei den Verheirateten, sollten alle helfen, die immer noch vorhandene gesellschaftliche Ächtung der ledigen Mütter zu beseitigen." Das klingt schon pfäffisch, und deshalb wendet sie sich auch direkt an die schwarze Riege, die sich in den letzten Wochen gegenseitig übertrumpft hat bei der Verdeutlichung des „strafgesetzlichen Charakters" des § 218. Huber: „Das heißt nicht, daß die Kirche – jenseits der Strafgesetze – den Menschen nicht ins Gewissen reden soll, sich auch unter Opfern für ein Kind zu entscheiden." Vogel, Justizminister, meinte dazu „in seiner Eigenschaft als katholischer Bundestagsabgeordneter" in einem „Welt"-Interview, „... daß es sich hier um eine Aufgabe handelt, die alle angeht: Nämlich in einer Konfliktsituation konkret zu helfen. Daher hoffe ich, daß geradezu ein Wettstreit in Gang kommt, Hilfe nicht nur verbal, sondern auch konkret zu leisten." Die evangelischen Pfaffen sind schon angetreten mit 120 DM monatlich für ein Jahr an ledige Mütter, wenn sie ihr Kind taufen lassen. Die katholischen Beratungsstellen überbieten mit 150 DM monatlich als Beihilfe für 3 Jahre. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 600 und 1400 DM monatlich, über das 55% aller Haushalte lediger Mütter verfügen, kann man auf die nächsten Angebote im Wettrennen um die Unterdrückung der Frauen gespannt sein.

Vorbereitung des Arbeitsdienstes: ABM-Programme

Rasanter Anstieg der Arbeitsbeschaffungsarbeiten / Millionenbeträge an die Kapitalisten

z.gug. Im „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 hatten die Faschisten die Ausbeutung der Arbeiter bei Arbeitsbeschaffungsarbeiten zum Preis einer warmen Mahlzeit garantiert: „Dem herangezogenen Arbeitslosen werden... vom Träger der Arbeit eine warme Mahlzeit je Arbeitstag" gewährt (§ 2). Zwei Jahre später war das Reichsarbeitsdienstgesetz in Kraft.

Mit der Arbeitsbeschaffungsverordnung der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) vom 12.7.76 zahlt die Bundesregierung den Kapitalisten über die Löhne bei Arbeitsbeschaffungsarbeiten noch drauf. Der Zuschuß, gezahlt aus der Arbeitslosenversicherung, kann für Arbeitsbeschaffungsarbeiten bis zu 120% betragen. Den Weg zum Arbeitsdienst glättete zunächst im Sommer 77 das Bundessozialgericht und urteilte, daß „... der Empfänger von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung... eine weitgehende Anpassung... an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts" schulde. Diesen Grundsatz hat die Regierung in die Präambel des Runderlasses 230 vom November 1978 geschrieben und seit 2 Wochen liegt nun die Verordnung der BfA zur Zumutbarkeitsklausel vor. Darin wird mit dem feinsinnigen Wechsel von Zumutbarkeit auf Unzumutbarkeit die

ten auf Arbeiten zur „Verbesserung der sozialen Struktur" erweitert, alle Kapitalisten zu Trägern von ABM gemacht und ihnen die Lohnzuschüsse von 60 auf 80% erhöht. In ihren kurz darauf verabschiedeten Richtlinien vom 12. Juli für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sichert sie den Kapitalisten darüberhinaus für Arbeitsbeschaffungsarbeiten wie Kranken-, Alten- und Behindertenbetreuung, Betreuung von Jugendlichen, Rettungsdiensten, Arbeiten in der Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung, Naturschutz, Landschaftspflege u.ä. einen Lohnzuschuß in Höhe des gesamten Lohns plus einem einmaligen Zuschuß von 1000 DM für Arbeiter mit „Vorbildung" und 2000 DM bei „nicht aus-

träge, kein Streik- und Tarifrecht, keine Vertretungsorgane, kaum Lohn. (z.Vgl.: 1974: 3208) 33% von ihnen waren von den Arbeitsämtern Arbeiten in Büro und Verwaltung, 31% Arbeiten in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau beschafft worden. Bis zu einem Drittel der Arbeiter sind über 45 Jahre alt, wo sie bei Arbeitslosigkeit eh schlecht Arbeit kriegen, weshalb die Regierung für sie bei ABM extra hohe Zuschüsse zahlt. Ca. 581 Mio. DM sind für ABM im letzten Jahr über das Netz der sozialen Sicherheit aus der Versicherungskasse an die Kapitalisten gegangen, fast ein Fünftel mehr als noch 2 Jahre zuvor. Um diesen eindeutigen Kurs der Regierung durchzudrücken, sah sich die BfA gezwungen

Rasanter Anstieg der Arbeitsbeschaffungsarbeiten / Millionenbeträge an die Kapitalisten

z.gug. Im „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 hatten die Faschisten die Ausbeutung der Arbeiter bei Arbeitsbeschaffungsarbeiten zum Preis einer warmen Mahlzeit garantiert: „Dem herangezogenen Arbeitslosen werden... vom Träger der Arbeit eine warme Mahlzeit je Arbeitstag" gewährt (§ 2). Zwei Jahre später war das Reichsarbeitsdienstgesetz in Kraft.

Mit der Arbeitsbeschaffungsverordnung der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) vom 12.7.76 zahlt die Bundesregierung den Kapitalisten über die Löhne bei Arbeitsbeschaffungsarbeiten noch drauf. Der Zuschuß, gezahlt aus der Arbeitslosenversicherung, kann für Arbeitsbeschaffungsarbeiten bis zu 120% betragen. Den Weg zum Arbeitsdienst glättete zunächst im Sommer 77 das Bundessozialgericht und urteilte, daß „... der Empfänger von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung... eine weitgehende Anpassung... an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts" schulde. Diesen Grundsatz hat die Regierung in die Präambel des Runderlasses 230 vom November 1978 geschrieben und seit 2 Wochen liegt nun die Verordnung der BfA zur Zumutbarkeitsklausel vor. Darin wird mit dem feinsinnigen Wechsel von Zumutbarkeit auf Unzumutbarkeit die Lohnarbeit zu einem Lohn unter Arbeitslosenhilfesatz (58% des vorherigen Lohns) als unzumutbar erklärt, noch jedenfalls.

Die Regierung hat mit der 5. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Sommer die Arbeitsbeschaffungsarbeiten auf Arbeiten zur „Verbesserung der sozialen Struktur" erweitert, alle Kapitalisten zu Trägern von ABM gemacht und ihnen die Lohnzuschüsse von 60 auf 80% erhöht. In ihren kurz darauf verabschiedeten Richtlinien vom 12. Juli für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sichert sie den Kapitalisten darüberhinaus für Arbeitsbeschaffungsarbeiten wie Kranken-, Alten- und Behindertenbetreuung, Betreuung von Jugendlichen, Rettungsdiensten, Arbeiten in der Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung, Naturschutz, Landschaftspflege u.ä. einen Lohnzuschuß in Höhe des gesamten Lohns plus einem einmaligen Zuschuß von 1000 DM für Arbeiter mit „Vorbildung" und 2000 DM bei „nicht ausreichend vorgebildeten". Dafür zahlt die BfA aus der Versicherungskasse in den Jahren 1980–82 zusätzliche 50 Mio. DM. Im letzten Jahr arbeiteten 51236 Arbeiter (72,9%) und Arbeiterinnen (27,1%) unter Bedingungen der Arbeitsbeschaffung: keine Arbeitsverträge, kein Streik- und Tarifrecht, keine Vertretungsorgane, kaum Lohn. (z.Vgl.: 1974: 3208) 33% von ihnen waren von den Arbeitsämtern Arbeiten in Büro und Verwaltung, 31% Arbeiten in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau beschafft worden. Bis zu einem Drittel der Arbeiter sind über 45 Jahre alt, wo sie bei Arbeitslosigkeit eh schlecht Arbeit kriegen, weshalb die Regierung für sie bei ABM extra hohe Zuschüsse zahlt. Ca. 581 Mio. DM sind für ABM im letzten Jahr über das Netz der sozialen Sicherheit aus der Versicherungskasse an die Kapitalisten gegangen, fast ein Fünftel mehr als noch 2 Jahre zuvor. Um diesen eindeutigen Kurs der Regierung durchzudrücken, sah sich die BfA gezwungen, ihre Sicherheitsvorkehrungen rechtzeitig zu erhöhen. Im Dienstblatt 55 von 1977: „Der Anstieg... von Tätlichkeiten bzw. Gewaltandrohungen gegenüber... der BfA... (gebieten) geeignete Türsicherungen oder amtsinterne Alarmanlagen..."

z.hej. **Die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anke Fuchs, bohrt weiter: nach dem „Vorschlag", die Renten zu besteuern, jetzt die Beitragszahlung durch die Hausfrauen.** Für die Reform der Hinterbliebenenversorgung regt Fuchs auf der Arbeitstagung der Juristinnen an, daß „die Ehemänner die Steuervorteile zugunsten ihrer den Hauhalt führenden Ehefrauen in die Rentenversicherung einzahlen" sollen. Mit der „Gleichstellung von Mann und Frau" würden die „Vorteile" der Steuerklasse III (in diesem Jahr etwa 30 Mrd. DM) die Rentenkasse auffüllen. Beitragszahlung für alle nicht oder teilzeitbeschäftigten Ehefrauen in Höhe des Mutterschaftsgeldes von 750 DM (135 DM Beitrag/Monat) einführen; die gemeinsam erworbenen Rentenansprüche 50 : 50 aufteilen; beim Tode eines Ehepartners 70% der gemeinsamen Rente an den Hinterbliebenen zahlen – so tastet sich die Bourgeoisie an den Raubzug für 1984 ran.

z.tit. **Ab 1981 sollen die selbständigen Künstler und Publizisten in der Renten- und Krankenversicherung pflichtversichert werden.** Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf jetzt dem Bundestag zur Verabschiedung vorgelegt. Die Beiträge zu der Versicherung sollen, ähnlich wie bei Arbeitern und Angestellten, zur Hälfte von den Künstlern und Publizisten aufgebracht werden, zu einem Drittel von den „Vermarktern" durch eine Umlage von 8% (1981) der für Honorar verausgabten Mittel und zu einem Sechstel von der Staatskasse. Dieser „fiktive Arbeitnehmerstatus" soll der Kapitalistenklasse den Zugriff auf immerhin mindestens 250 Mio. DM jährlich aus den Einkommen der Künstler sichern, immerhin 15 Jahre lang bevor irgendeine Rente bezahlt wird. Zur Abspaltung von den Lohnabhängigen und zur bürokratischen Kontrolle soll die „Künstlersozialkasse", als Bundesbehörde Ehrenberg unterstellt, errichtet werden. Zur Beruhigung der „Vermarkter" vermag die FAZ zu bemerken, daß diese ja „in der Lage (sind), die zusätzliche Abgabe dem Künstler selbst durch die Kürzung seines Honoraranspruches anzulasten". Die von den Kapitalisten begnadeten Künstler mit einem Verdienst von über 4000 DM/Monat sind von der Versicherungspflicht ausgenommen, was ihren Bourgeoisstandpunkt festigt.

z.gek. **Die niedersächsische Landesregierung hat ein neues Sicherheits- und Ordnungsgesetz" (SOG) im Kabinett verabschiedet.** Wegen des starken Widerstandes, den es seit Jahren vor allem von seiten der Gewerkschaften, auch der Polizeigewerkschaft, gegen die Einführung von Maschinengewehren und Handgranaten gibt, verzichtet das niedersächsische SOG entgegen dem „Musterentwurf" der sozial- und christdemokratischen Innenminister darauf. Dafür ist der Einsatz des Bundesgrenzschutzes mit voller Ausrüstung unter dem Kommando der Landesregierung vorgesehen. Neben zahlreichen anderen Erweiterungen der Polizeibefugnisse ist die Einführung des Todesschusses vorgesehen, mit der ausdrücklichen Feststellung, daß ein Polizist ihn nicht verweigern kann, da er bei seiner Ausbildung entsprechend belehrt und anschließend auf Kadaver-

„Wir werden die Landräuber nicht entschädigen“

ZANU läßt sich keine Ultimaten stellen / Interview mit Genossen Mugabe

London, 13.10.1979

Die Patriotische Front hat, vorbehaltlich des abschließenden Ergebnisses der Verhandlungen, Kompromissen bei einigen Verfassungsfragen zugestimmt, so bei den besonderen Parlamentssitzen für Weiße. Warum?

Ja, wir haben den Punkt der Vertretung der Weißen überdacht. Wir haben das bewußt getan. Erstens, uns war zugestanden worden, daß diese Gruppe Weißer bestimmte eventuelle Verfassungsänderungen oder überhaupt die Gesetzgebung nicht blockieren kann, die das souveräne Parlament möglicherweise beschließen will. Auf dieser Grundlage stimmten wir einem Prozentsatz von 20 Sitzen von 100 als Vertretung der Weißen zu. Wir taten das in der Bereitschaft zu verhandeln und um die Dinge in Bewegung zu bringen. Wir sind des weiteren der Ansicht, daß dies wirklich nicht die grundlegende Frage war. Bei den Verhandlungen, die wir führen, gibt es bestimmte wesentliche Aspekte der Verfassung, die grundlegend sind, und in Bezug auf diese können wir keine Kompromisse schließen. Das sind die Fragen der Machtstrukturen, egal welcher Regierung, nämlich die Streitkräfte, die Polizeikräfte, die Verwaltung und die Justiz. Hier liegt wirklich die Macht. Deshalb ist die Macht auch nicht notwendigerweise in den Händen der Parlamentsabgeordneten. Wenn sie keine Gewehre haben, keine Polizeikräfte haben, dann haben sie keine Macht, und sie können das Land nicht regieren. Das ist die gegenwärtige Lage, in der Muzorewa als Premierminister vorgeführt wird, aber er ist Premierminister ohne Macht. Denn diese lebenswichtigen Instrumente der Macht sind weiterhin in den Händen der Weißen. Folglich betrachten wir das nicht als eine entscheidende Frage, solange die Afrikaner im Parlament genug parlamentarische Stärke haben, um alle Gesetze zu verabschieden, die sie für notwendig halten.

Die britische Regierung hat die Patriotische Front erneut in ultimativer Form aufgefordert, Ja oder Nein zu ihrem Verfassungsvorschlag zu sagen, der Bestimmungen enthält, die praktisch die Enteignung verbieten, insbesondere des Lands der Siedler. Was ist eure Position dazu?

Nun, unsere Position ist so, wie wir den Briten mitgeteilt haben: Wir akzeptieren diese Art von Ultimatum nicht, das die Briten uns vorlegen. Wir werden das einfach ignorieren. Wir sind hierhergekommen, um zu verhandeln, wir werden nicht mit einer Reihe von Ja- oder Nein-Antworten erwidern. Wir werden unsere Position so vortragen, wie sie ist. In der Mehrzahl der Fälle wird es bestimmte Aspekte

mentsabgeordneten. Wenn sie keine Gewehre haben, keine Polizeikräfte haben, dann haben sie keine Macht, und sie können das Land nicht regieren. Das ist die gegenwärtige Lage, in der Muzorewa als Premierminister vorgeführt wird, aber er ist Premierminister ohne Macht. Denn diese lebenswichtigen Instrumente der Macht sind weiterhin in den Händen der Weißen. Folglich betrachten wir das nicht als eine entscheidende Frage, solange die Afrikaner im Parlament genug parlamentarische Stärke haben, um alle Gesetze zu verabschieden, die sie für notwendig halten.

Die britische Regierung hat die Patriotische Front erneut in ultimativer Form aufgefordert, Ja oder Nein zu ihrem Verfassungsvorschlag zu sagen, der Bestimmungen enthält, die praktisch die Enteignung verbieten, insbesondere des Lands der Siedler. Was ist eure Position dazu?

Nun, unsere Position ist so, wie wir den Briten mitgeteilt haben: Wir akzeptieren diese Art von Ultimatum nicht, das die Briten uns vorlegen. Wir werden das einfach ignorieren. Wir sind hierhergekommen, um zu verhandeln, wir werden nicht mit einer Reihe von Ja- oder Nein-Antworten erwidern. Wir werden unsere Position so vortragen, wie sie ist. In der Mehrzahl der Fälle wird es bestimmte Aspekte

der Verfassung geben, mit denen wir übereinstimmen. Wir werden das sagen, wenn wir ihnen zustimmen. Mit bestimmten anderen stimmen wir nicht überein, und das werden wir auch sagen. Bekanntlich macht das das Wesen von Verhandlungen aus. Die Fragen, die die Verhandlungen jetzt aufgehalten haben, umfassen natürlich die Landfrage und das Recht der Regierung auf Enteignung von Land im Interesse der Allgemeinheit. Dagegen besteht die britische Regierung darauf, daß Entschädigungen gezahlt werden, und zwar sofort, wobei das Geld auf ein Auslandskonto überwiesen werden soll. Wir können nicht akzeptieren, daß die Weißen überhaupt ein Recht haben, Entschädigungen für jede mögliche Nationalisierung des Landes zu fordern, das sie im Moment im Besitz haben. Denn sie haben es ursprünglich an sich gerissen, unser Volk beraubt und vertrieben und nicht einen Cent für das Land bezahlt. Sie haben unserem Volk keine Entschädigung gezahlt. Und jetzt, wo wir unser Land zurückbekommen, bestehen die Briten darauf, daß wir die ursprünglichen Räuber entschädigen. Wir werden diese Position natürlich auf keinen Fall akzeptieren. Wenn die Briten sie gerne entschädigen möchten, dann mögen sie einen Fonds dafür errichten. Aber das darf keine Last für die neue Regierung Zimbabwes sein.

Wir haben gehört, daß in den letzten Wochen, während ihr hier verhandelt, der bewaffnete Kampf auch gut verläuft. Wie ist beides verbunden?

Das hier ist die politische Front, um die wir uns kümmern, und es gibt die militärische Front, so wurde unser Kampf schon immer geführt. Die militärische Front macht weiterhin Fortschritte, zusätzlich zu unseren Anstrengungen, unsere Stellungen in den befreiten Zonen zu verstärken und die halbbefreiten Gebiete in befreite Zonen zu verwandeln. Wir tragen den Krieg auch in die städtischen Gebiete. Praktisch jede Stadt ist jetzt von unseren Streitkräften umringt, in dem Sinne, daß wir eine rückwärtige Basis für praktisch jedes städtische Gebiet geschaffen haben. Aber wir müssen den Krieg in den städtischen Gebieten selbst erst noch verstärken. Die letzten Aktionen sind ein Anzeichen für das momentane Stadium, in dem wir unsere Aktionen in den städtischen Zentren intensivieren wollen, während wir gleichzeitig die andere Aufgabe fortführen, nämlich die Festigung unserer Macht in den ländlichen Gebieten und die Unterbrechung der Straßen-, Eisenbahn- und Kommunikationsverbindungen. Wir sind sehr zufrieden mit den Siegen, die wir erzielen, und sie sollten für jederman ein Zeichen sein, daß wir den Krieg auch ohne Lancaster *(Lancaster House: Ort der Londoner Rhodesien-Konferenz)* gewinnen können. Lancaster ist eine rein zusätzliche Sache zu unseren Kriegsanstrengungen. Und sollten die Briten sich entschließen, die Verhandlungen abzubre-

die wir uns kümmern, und es gibt die militärische Front, so wurde unser Kampf schon immer geführt. Die militärische Front macht weiterhin Fortschritte, zusätzlich zu unseren Anstrengungen, unsere Stellungen in den befreiten Zonen zu verstärken und die halbbefreiten Gebiete in befreite Zonen zu verwandeln. Wir tragen den Krieg auch in die städtischen Gebiete. Praktisch jede Stadt ist jetzt von unseren Streitkräften umringt, in dem Sinne, daß wir eine rückwärtige Basis für praktisch jedes städtische Gebiet geschaffen haben. Aber wir müssen den Krieg in den städtischen Gebieten selbst erst noch verstärken. Die letzten Aktionen sind ein Anzeichen für das momentane Stadium, in dem wir unsere Aktionen in den städtischen Zentren intensivieren wollen, während wir gleichzeitig die andere Aufgabe fortführen, nämlich die Festigung unserer Macht in den ländlichen Gebieten und die Unterbrechung der Straßen-, Eisenbahn- und Kommunikationsverbindungen. Wir sind sehr zufrieden mit den Siegen, die wir erzielen, und sie sollten für jederman ein Zeichen sein, daß wir den Krieg auch ohne Lancaster *(Lancaster House: Ort der Londoner Rhodesien-Konferenz)* gewinnen können. Lancaster ist eine rein zusätzliche Sache zu unseren Kriegsanstrengungen. Und sollten die Briten sich entschließen, die Verhandlungen abzubre-

chen, dann heißt das, wir werden auf das eine, das effektivste Mittel für die Erringung des Sieges zurückgreifen müssen, den bewaffneten Kampf. Und mittels des bewaffneten Kampfes werden wir einen klareren, vielleicht noch deutlicheren Sieg erringen als den, zu dem uns die Verhandlungen in Lancaster House führen können.

Die westdeutsche Regierung hat erneut Vertretern des Zentralen Komitees der ZANU, die auf Veranstaltungen des KBW sprechen wollten, die Einreise nach Westdeutschland verweigert. Welche Haltung nimmt die ZANU dazu ein?

Es ist bedauerlich, daß die westdeutsche Regierung weiterhin unsere Reisen nach Westdeutschland zum Zweck der Förderung der Solidarität mit dem KBW behindert. Wir haben langerprobte Beziehungen zum KBW. Wir versicherten der westdeutschen Regierung, daß wir nicht nur mit dem KBW Solidaritätsbeziehungen haben, sondern auch mit anderen Solidaritätsbewegungen in Westdeutschland, wie dem lutherischen Weltdienst und anderen Hilfsorganisationen, und daß unsere Verbindung und Partnerschaft mit dem KBW im Licht unseres Kampfes gesehen werden muß. Daß der KBW unseren Kampf unterstützt, und wenn wir nach Westdeutschland fahren und ihn unterstützen, dann geschieht das zum Zweck der Mobilisierung von Unterstützung und der Organisierung von Hilfe für den Kampf, und nicht zum Sturz der westdeutschen Regierung. Wir hoffen, daß sie unseren Standpunkt verstehen wird und anfängt, progressiver zu arbeiten. Aber man darf natürlich nicht vergessen, daß sie in vieler Hinsicht eine reaktionäre Regierung ist. Sie fördert und unterstützt das Smith-Regime, sie erlaubt ihren Firmen, mit dem Smith-Regime Handel zu treiben, und in dieser Hinsicht arbeitet sie tatsächlich gegen unseren Kampf und fördert die Ziele von Unterdrückung und Kolonialismus in Zimbabwe wie auch in Südafrika. Deshalb muß man ihre Weigerung, unseren Mitgliedern des Zentralen Komitees die Einreise zum Zweck der Organisierung von Hilfe mit dem KBW zu erlauben, in diesem Licht sehen, daß sie grundsätzlich gegen uns ist, daß ihre Ziele, die grundsätzlich kapitalistisch sind, darin bestehen, den Fortbestand der Systeme, die in Zimbabwe und Südafrika existieren, sicherzustellen. Wir wollen, daß sie sich darüber klar werden, ihre Interessen gleich welcher Art in unserem Land können nicht dadurch gesichert werden, daß sie unsere Einreise nach Westdeutschland verhindern, sondern eher durch den Versuch, eine freundliche Basis für Beziehungen zwischen ihnen und uns zu schaffen. Wir haben ihnen unsere Auffassung mitgeteilt: obgleich wir prinzipiell für verschiedene gesellschaftliche Ziele eintreten, sollte es eine bestimmte Koexistenz geben, Geben und Nehmen auf beiden Seiten, und wir würden zumindest etwas humanitäre Hilfe von Westdeutschland erwar-

darf natürlich nicht vergessen, daß sie in vieler Hinsicht eine reaktionäre Regierung ist. Sie fördert und unterstützt das Smith-Regime, sie erlaubt ihren Firmen, mit dem Smith-Regime Handel zu treiben, und in dieser Hinsicht arbeitet sie tatsächlich gegen unseren Kampf und fördert die Ziele von Unterdrückung und Kolonialismus in Zimbabwe wie auch in Südafrika. Deshalb muß man ihre Weigerung, unseren Mitgliedern des Zentralen Komitees die Einreise zum Zweck der Organisierung von Hilfe mit dem KBW zu erlauben, in diesem Licht sehen, daß sie grundsätzlich gegen uns ist, daß ihre Ziele, die grundsätzlich kapitalistisch sind, darin bestehen, den Fortbestand der Systeme, die in Zimbabwe und Südafrika existieren, sicherzustellen. Wir wollen, daß sie sich darüber klar werden, ihre Interessen gleich welcher Art in unserem Land können nicht dadurch gesichert werden, daß sie unsere Einreise nach Westdeutschland verhindern, sondern eher durch den Versuch, eine freundliche Basis für Beziehungen zwischen ihnen und uns zu schaffen. Wir haben ihnen unsere Auffassung mitgeteilt: obgleich wir prinzipiell für verschiedene gesellschaftliche Ziele eintreten, sollte es eine bestimmte Koexistenz geben, Geben und Nehmen auf beiden Seiten, und wir würden zumindest etwas humanitäre Hilfe von Westdeutschland erwar-

ten. Wir wollen also, daß sie zur Kenntnis nehmen, daß wir in unseren Beziehungen zum KBW nicht nachlassen können. Denn der KBW und wir haben den gemeinsamen Feind bekämpft, und wir werden in dauernder Freundschaft und Solidarität mit ihm bleiben.



Während die Patriotische Front in London verhandelt, setzt sie den bewaffneten Kampf fort. Letzte Woche wurde u.a. die Starkstromleitung Kariba – Salisbury gesprengt, Umtali wurde erfolgreich beschossen. Die Siedler holten sich bei Überfällen auf Mosambik blutige Nasen.

Die Imperialisten wollen die SWAPO entwaffnen und den UNO-Namibia-Plan revidieren

z.rua. Am 30. September ist der Termin verstrichen, den die 33. UNO-Generalversammlung am 29. September 1978 als spätesten Zeitpunkt für die Abhaltung von Wahlen in Namibia unter Beteiligung der SWAPO als legitimer und einziger Vertreterin des namibischen Volkes bestimmt hatte. Laut Beschluß der UNO-Generalversammlung sollten bis dahin die Besatzertruppen des südafrikanischen Kolonialregimes aus Namibia abgezogen werden; unmittelbar nach den Wahlen sollte der koloniale Staatsapparat vollständig aufgelöst werden, um die Voraussetzung für die wirkliche Unabhängigkeit des namibischen Volkes zu schaffen. In der Übergangszeit sollte die SWAPO feste Stützpunkte im Innern des Landes errichten.

Unter dem Druck des erstarkenden Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika und der sie unterstützenden Völker der Welt haben die westlichen Imperialisten scheinbar diesem Beschluß zugestimmt, um hinterrücks seine Durchführung zu hintertreiben. Sie operierten nicht offen, sondern unter Vorschickung des südafrikanischen Kolonialregimes. Nach den von ihm unter Ausschluß der namibischen Volksmassen im Dezember 1978 abgehaltenen „Wahlen“, aus denen die Turnhallenallianz als „Sieger“ hervorging, wurde im Mai dieses Jahres eine „Nationalversammlung“ unter südafrikanischer Administration konstituiert. Die UNO hat sowohl die Scheinwahlen als auch die Bildung dieser „Nationalversammlung“ mehrheitlich verurteilt. Die Imperialisten widersetzen sich diesen Beschlüssen und versuchen, das von Südafrika konstruierte Gebilde als Schritt zur Unabhängigkeit Namibias zu deklarieren. So erklärte der britische Außenminister Carrington, „er glaube nicht, daß die der Nationalversammlung übertragenen Machtbefugnisse eine Einigung auf überwachte Neuwahlen verhindern würden“ (Pressedienst der südafrikanischen Botschaft in Wien, 10.8.).

Gleichzeitig ließen die Imperialisten

SWAPO feste Stützpunkte im Innern des Landes errichten.

Unter dem Druck des erstarkenden Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika und der sie unterstützenden Völker der Welt haben die westlichen Imperialisten scheinbar diesem Beschluß zugestimmt, um hinterrücks seine Durchführung zu hintertreiben. Sie operierten nicht offen, sondern unter Vorschickung des südafrikanischen Kolonialregimes. Nach den von ihm unter Ausschluß der namibischen Volksmassen im Dezember 1978 abgehaltenen „Wahlen“, aus denen die Turnhallenallianz als „Sieger“ hervorging, wurde im Mai dieses Jahres eine „Nationalversammlung“ unter südafrikanischer Administration konstituiert. Die UNO hat sowohl die Scheinwahlen als auch die Bildung dieser „Nationalversammlung“ mehrheitlich verurteilt. Die Imperialisten widersetzen sich diesen Beschlüssen und versuchen, das von Südafrika konstruierte Gebilde als Schritt zur Unabhängigkeit Namibias zu deklarieren. So erklärte der britische Außenminister Carrington, „er glaube nicht, daß die der Nationalversammlung übertragenen Machtbefugnisse eine Einigung auf überwachte Neuwahlen verhindern würden“ (Pressedienst der südafrikanischen Botschaft in Wien, 10.8.).

Gleichzeitig ließen die Imperialisten

ihren südafrikanischen Kettenhund Botha die „Gesamtstrategie“ einer Staatenkonstellation im südlichen Afrika lancieren, die von Südafrika unter Einbeziehung seiner „Homelands“, Zimbabwes und Namibias gebildet werden solle. Diese Idee spreche ihn an, erklärte H. Oppenheimer, Vorsitzender der Anglo American Corp. in Südafrika (dto., 13.9.). In das Konzept der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gehört ferner, sich selbst in diesen Auseinandersetzungen still zu verhalten und ihren Kettenhund Botha über ihre vermeintliche SWAPO-Freundlichkeit, die Südafrika förmlich in die Hände der Sozialimperialisten treibe, knurren zu lassen. Somit wäre das Terrain gesteckt, aus „Gründen der Sicherheit der westlichen Welt“ den UNO-Plan offiziell zu Fall zu bringen.

Anfang Oktober veröffentlichten die „verantwortlichen fünf Westmächte“ USA, Großbritannien, Kanada, BRD und Frankreich ein „Arbeitspapier“ zwecks Revision des Unabhängigkeitsplans, um „den Einwänden Südafrikas Rechnung zu tragen“ (Neue Zürcher Zeitung, 6.10.). Kernstück ist, der SWAPO das Recht auf Bildung von Stützpunkten *in Namibia* zu verweigern und bewaffnete SWAPO-Kämpfer in Namibia jederzeit entwaffnen und außer Landes treiben zu können. Während die SWAPO in vier Stützpunkten in eine „entmilitarisierte Zone“ außerhalb des Landes gepfercht und verpflichtet werden soll, diese Stützpunkte nicht zu verlassen, wird dem südafrikanischen Kolonialregime die Aufrechterhaltung von fünf Militärstützpunkten *in Namibia* mit 16000 Mann Besatzertruppen eingeräumt.

Um die Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes vom Territorium der benachbarten Frontstaaten Angola, Sambia und Botswana aus zu verhindern, soll eine „entmilitarisierte Zone“ entlang der 1500 km langen Grenze zu Namibia mit einer Breite von 100 km geschaffen werden. Jeweils 50 km dieser Zone sollen *auf dem Territorium der Frontstaaten* eingerichtet werden. Das bedeutet schlichte Okkupation von 75000 km^2 Land unabhängiger Staaten, ein Umfang, der die Größe Bayerns z.B. um 5000 km^2 übersteigt.

BRD und Frankreich ein „Arbeitspapier“ zwecks Revision des Unabhängigkeitsplans, um „den Einwänden Südafrikas Rechnung zu tragen“ (Neue Zürcher Zeitung, 6.10.). Kernstück ist, der SWAPO das Recht auf Bildung von Stützpunkten *in Namibia* zu verweigern und bewaffnete SWAPO-Kämpfer in Namibia jederzeit entwaffnen und außer Landes treiben zu können. Während die SWAPO in vier Stützpunkten in eine „entmilitarisierte Zone“ außerhalb des Landes gepfercht und verpflichtet werden soll, diese Stützpunkte nicht zu verlassen, wird dem südafrikanischen Kolonialregime die Aufrechterhaltung von fünf Militärstützpunkten *in Namibia* mit 16000 Mann Besatzertruppen eingeräumt.

Um die Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes vom Territorium der benachbarten Frontstaaten Angola, Sambia und Botswana aus zu verhindern, soll eine „entmilitarisierte Zone“ entlang der 1500 km langen Grenze zu Namibia mit einer Breite von 100 km geschaffen werden. Jeweils 50 km dieser Zone sollen *auf dem Territorium der Frontstaaten* eingerichtet werden. Das bedeutet schlichte Okkupation von 75000 km^2 Land unabhängiger Staaten, ein Umfang, der die Größe Bayerns z.B. um 5000 km^2 übersteigt.

Ein abenteuerlicher Plan, abenteuerlich wie die Pläne der Imperialisten zwecks Vorherrschaft in der Region insgesamt. Allein im August dieses Jahres haben die US-Imperialisten über General Motors und International Harvester 56 Mio. DM an Neu-Investitionen in der Region angelegt.

---

gehorsam vereidigt worden ist.

z.acr. **Das Bundeswirtschaftsministerium hat die „Bundestarifordnung Elektrizität“ geändert.** Danach werden für einen Teil der nach Tarif II zahlenden Haushalte die Preise ab 1. April 1980 erhöht. Die Haushaltstarife setzen sich aus Grundpreis und Arbeitspreis zusammen. Das bewirkt eine Senkung des Durchschnittspreises pro Kilowattstunde bei steigendem Verbrauch. Nach der Änderung wird eine „lineare Komponente wirksam“, um das Sinken des Durchschnittspreises des Tarifs II unter den Arbeitspreis des Tarifs I zu verhindern. Von dieser Grenze ab werden künftig ein „Einheitspreis“ pro Kilowattstunde und Verwaltungsgebühren berechnet. Gleichzeitig „ermöglichte“ es das Ministerium, bei Tariferhöhungen, verstärkt die Arbeitspreise anzuheben und hob ihre Höchstgrenzen auf. Für die Kapitalisten gilt diese Regelung nicht. Sie zahlen als „Sonderabnehmer“ eh schon niedrigere Tarife. Ihr geschäftsführender Ausschuß sorgt für die Erhöhung der Profite und bürdet den Volksmassen einen weiteren Teil der Kosten für Instandhaltung und Ausbau der Stromversorgung auf.

z.kup. **In der letzten Woche berieten das Parlament sowie die Regierung mit den Vertretern von Gewerkschaften und Beamtenverbänden über die Ausdehnung der Gehaltsklasse A9 mit Zulage auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes.** Eingeführt ist die neue Gehaltsklasse A9 mit Zulage (225 DM) bereits bei der Polizei seit Anfang dieses Jahres. Die Bundesregierung will das neue Spitzenamt A9 mit Zulage analog dem Polizeivollzug für 30% der Gehaltsgruppe A9 einführen. Die Gewerkschaft fordert die Ausdehnung der Zulage auf den gesamten Bereich A9. So liegt der Lohn bei einem Beamten mit 16 Dienstjahren, einem Kind, Gehaltsgruppe A9 jetzt bei 2547 DM. Die Regierung will mit der 225 DM Zulage ein Verzahnungsamt vom mittleren zum höheren Dienst einführen und den Posten eines Feldwebels im mittleren Dienst stärken.

z.mab. **Am 19.9. ist der Krankenpfleger Reinhard Böse aus Rheinfelden erneut inhaftiert worden.** Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hatte am 18.9. dem Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft Lörrach stattgegeben, und damit den Freispruch vom August 1978 aufgehoben. Böse war im Dezember 1975 verhaftet worden, nachdem innerhalb von zwei Monaten in dem neuerrichteten Kreiskrankenhaus Rheinfelden 20 Patienten auf der Intensivstation gestorben waren. „Der Mörder war immer der Pfleger“, schrieb der Spiegel 1978 zur Eröffnung des ersten Verfahrens. Die Sache hatte sich anders entwickelt. Das Verfahren war zu einer Anklage gegen die Verhältnisse am Rheinfeldener Krankenhaus, gegen die Kostendämpfung im Gesundheitswesen geworden. Böses Kollegen hatten die Anklage nicht, wie von Seiten des Gerichts geplant, gegen ihn, sondern gegen die Zustände am Krankenhaus geführt. Die Bundesrichter in Karlsruhe haben mit ihrer Entscheidung neue Maßstäbe gesetzt für das, was der Polizei bei Vernehmungen offiziell erlaubt ist. Reinhard Böse war nach seiner Verhaftung 1975 in stundenlangen Verhören mit Heilanstalt gedroht worden, er war als eiskalter Mörder beschimpft worden etc. Das damals so erpreßte Geständnis soll jetzt zur Grundlage der Beweisführung gemacht werden. Böse selbst soll durch erneute monatelange Haft gebrochen werden. Beschäftigte der Unikliniken Freiburg, die ÖTV-Delegierten- und Vertrauensleuteversammlung, Bereich Gesundheitswesen Stuttgart, 400 Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten aus Südbaden fordern: Sofortige Freilassung des Krankenpflegers Böse, Einstellung des Verfahrens.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

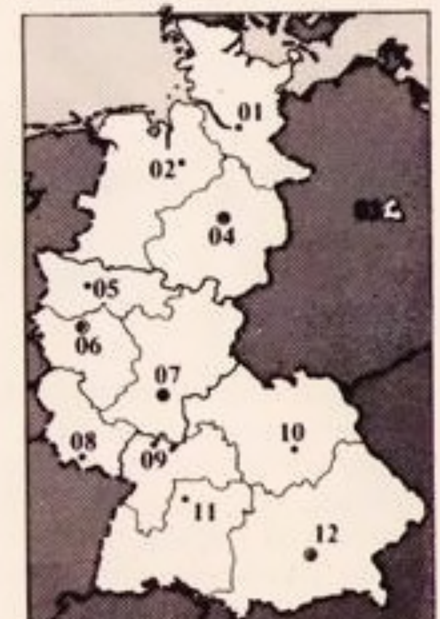
Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.uwz. **DGB-Jugend organisiert Kampf der Soldaten um gewerkschaftliche Rechte.** Mit der Verabschiedung eines Forderungsprogramms für Soldaten und der Gründung eines Arbeitskreises der DGB-Jugend für Wehrpflichtige hat die DGB-Jugend begonnen, den Kampf der Soldaten für gewerkschaftliche und politische Rechte zu organisieren. Der AK Wehrpflichtige führte dazu eine öffentliche Veranstaltung im Gewerkschaftshaus durch, an der sich 30 Soldaten aus Hamburger und umliegenden Kasernen beteiligten. Anhand eines Films über die Arbeit der holländischen Soldatengewerkschaft VVDM wurde beraten, wie der Zusammenschluß in der Armee von den Gewerkschaften organisiert werden kann. Die Vertreter des VVDM, die auf Einladung des DGB Kreis Hamburg auf der Veranstaltung sprachen, traten für den Austritt aus der NATO und die Auflösung der Militärbündnisse ein. In der Diskussion wurde von den Soldaten und den Gewerkschaftern gegen eine von einem Wehrdienstverweigerer vorgebrachte Position die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit in der Armee betont, da die Soldaten „Arbeiter und Gewerkschafter in Uniform seien". Der Schwerpunkt des DGB-Arbeitskreises Wehrpflichtiger soll der Kampf für die 40-Stundenwoche und für den vollen Dienstausgleich bei Zusatzdiensten sein, wie es die DGB-Jugend fordert. Am 17. Oktober soll im Takelboden des Hamburger Gewerkschaftshauses die Beratung fortgeführt werden, wie die beschlossenen Forderungen durchgesetzt werden können. Auch das Verbot des Standortkommandanten von Hamburg, die DGB-Flugblätter in den Kasernen zu verteilen („kein kultureller Beitrag") hält die DGB-Jugend nicht ab, alle gewerkschaftlich organisierten Soldaten weiterhin einzuladen.

b.mee. **Erneut läßt der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner den „Maschineneinsatz" fördern.** Es soll aber nicht die Zusammenarbeit der Bauern gefördert werden, sondern nur Lohnunternehmer, Genossenschaften, eingetragene Vereine



oder Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Die geförderte Maschine muß mehr als 15000 DM kosten. Und sie muß neu sein, um den Landmaschi-

können. Auch das Verbot des Standortkommandanten von Hamburg, die DGB-Flugblätter in den Kasernen zu verteilen („kein kultureller Beitrag") hält die DGB-Jugend nicht ab, alle gewerkschaftlich organisierten Soldaten weiterhin einzuladen.

b.mee. **Erneut läßt der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner den „Maschineneinsatz" fördern.** Es soll aber nicht die Zusammenarbeit der Bauern gefördert werden, sondern nur Lohnunternehmer, Genossenschaften, eingetragene Vereine



oder Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Die geförderte Maschine muß mehr als 15000 DM kosten. Und sie muß neu sein, um den Landmaschi-nenkapitalisten zu Profiten zu verhelfen. Das Bild zeigt einen selbstfahrenden Maishäcksler, der ca. 100000 DM kostet. Die Bergung und Silierung des Silo-Maises, die zur Zeit auf Hochtouren läuft, ist ein klassisches Beispiel dafür, wie eine ehemals bäuerliche Produktion jetzt kapitalistisch von Lohnunternehmern betrieben wird.



b.clm. **Der Versuch des dänischen Kapitalistenverbandes, durch Klage vor Gericht die Unterstützung des Kampfes der Fährarbeiter durch den dänischen Gewerkschaftsbund LO zu verhindern, ist gescheitert.** Der Gewerkschaftsbund hat die zweite Warnung ausgesprochen, und seit dem 11.10. boykottieren die Gewerkschaft Handel und Büro sowie der Spezialarbeiterverband die Förde-Reederei auf allen Linien. – Gleich nach diesem mißglücktem Versuch hat der dänische Staatsapparat neue Unterdrückungs- und Spaltungsmaßnahmen ergriffen. Mit Freiheitsstrafen ohne Bewährung urteilte das Schöffengericht in Tondern ab, daß „in einem Piratenakt das im Hafen von Havneby liegende Fährschiff Vikingland überfallen und Kapitän und Steuermann der Fähre über eine Planke ins Wasser geworfen wurden." Der stellvertretende Vorsitzende des Seemannsbundes und der verantwortliche Reisesekretär wurden zu je 60 Tagen ohne Bewährung, sechs weitere Seeleute zu 30 Tagen verurteilt. Zusätzlich sollen sie jeweils 10000 Kronen an die beiden Schiffsoffiziere sowie 10770 Kronen an die Förde-Reederei zahlen. Ein Mitglied der Restaurant- und Gaststä.tengewerkschaft wurde freigesprochen. – Die dänischen Gewerkschaften reagieren auf diese Maßnahme mit der Verschärfung und der Ausweitung des Boykotts gegen die Flensburger Förde-Reederei.

b.wol. **Schärfere Kontrollen und hartes Durchgreifen hatte die KVAG aufgrund der rund 400000 Schwarzfahrer im Jahr angekündigt.** Hierzu ließ sie den Kieler Richter Jasper einen 19-jährigen Arbeitslosen wegen „Beförderungserschleichung in 6 Fällen" zu 9 Monaten Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilen. Zwei vorherige Verurteilungen wegen Schwarzfahren hatten ihn „überhaupt nicht beeindruckt". Eine Stelle bei HDW hatte er abgelehnt. So muß ihm „der Wert seiner Freiheit deutlich gemacht" und er „an einen geregelten Tagesablauf herangeführt werden."

b.hee.Schleswig. **Die Preise der Kreisverkehrsbetriebe Schleswig-Flensburg sind um durchschnittlich 5% erhöht worden.** zum 1. Januar war schon eine Preiserhöhung. Nach den Preisbestimmungen vom 1.1. kostet die Strecke 1-4 km 1,20 DM, die einfache Monatskarte auf derselben Strecke 36 DM, die Schülermonatskarte 30 DM, bei einem km mehr schon 37 DM. – Zwei Kinder einen Monat lang von Busdorf zur Lornsenschule in Schleswig zu schicken, kostet einer Familie schon 50 DM im Monat. Schon diese Monatskarte wird sich voraussichtlich um 2-3 DM verteuern. Bei 10 km, z.B. aus Jagel, sieht es schon anders aus, einfache Fahrt 1,60 DM, auf Monatskarte 49 DM, Schülerkarte 40 DM, bei zwei Geschwistern 68 DM, also eine Verteuerung von ca. 3-4 DM für eine Geschwisterschülerkarte. – Die Erträge stiegen um 190000 DM auf 4,1 Mio. DM. Die Kreditzahlungen an das Land sollen durch kommunale Ausplünderung des Volkes gezahlt weren.

b.obj.Hamburg. **Mit Geld und guten Zeugnissen konnte Hafenkapitalist Eckelmann seinen Angriff auf gewerk-**

beeindruckt". Eine Stelle bei HDW hatte er abgelehnt. So muß ihm „der Wert seiner Freiheit deutlich gemacht" und er „an einen geregelten Tagesablauf herangeführt werden."

b.hee.Schleswig. **Die Preise der Kreisverkehrsbetriebe Schleswig-Flensburg sind um durchschnittlich 5% erhöht worden.** zum 1. Januar war schon eine Preiserhöhung. Nach den Preisbestimmungen vom 1.1. kostet die Strecke 1-4 km 1,20 DM, die einfache Monatskarte auf derselben Strecke 36 DM, die Schülermonatskarte 30 DM, bei einem km mehr schon 37 DM. – Zwei Kinder einen Monat lang von Busdorf zur Lornsenschule in Schleswig zu schicken, kostet einer Familie schon 50 DM im Monat. Schon diese Monatskarte wird sich voraussichtlich um 2-3 DM verteuern. Bei 10 km, z.B. aus Jagel, sieht es schon anders aus, einfache Fahrt 1,60 DM, auf Monatskarte 49 DM, Schülerkarte 40 DM, bei zwei Geschwistern 68 DM, also eine Verteuerung von ca. 3-4 DM für eine Geschwisterschülerkarte. – Die Erträge stiegen um 190000 DM auf 4,1 Mio. DM. Die Kreditzahlungen an das Land sollen durch kommunale Ausplünderung des Volkes gezahlt weren.

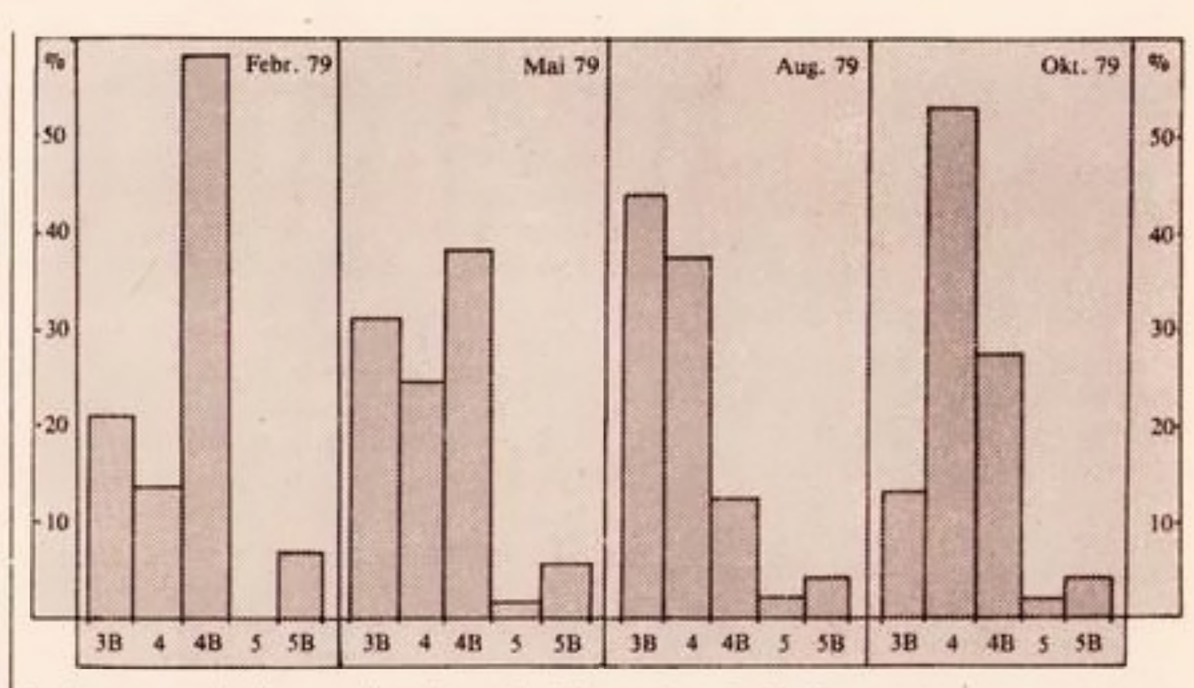
b.obj.Hamburg. **Mit Geld und guten Zeugnissen konnte Hafenkapitalist Eckelmann seinen Angriff auf gewerk-****schaftliche Rechte nicht sichern.** Zum 14.9. hatte Eckelmann einem Betriebselektriker gekündigt, weil er die Pausen laufend überschritten haben soll und er „häufig während der Arbeitszeit längere Debatten mit Mitarbeitern begonnen und diese dadurch von der Arbeit abgehalten" haben soll. Der Betriebsrat hat dagegengestimmt, die ÖTV hat Rechtsschutz übernommen. Die Tochtergesellschaft Eckelmann Ewerführerei ist am 1.1.79 aus dem Hafenschiffahrtsverband ausgetreten, um die Hafentarife zu umgehen. Insbesondere die festgelegten Arbeitszeiten. Mit der Kündigung soll ein Hafenarbeiter vom Eurokai entfernt werden, der sich mit Kollegen aus der E-Werkstatt gerade auch gegen die Wochenendarbeit und gegen die Nachtarbeit stark gemacht hat. Beim ersten Gerichtstermin wurden die angebotenen 4000 DM netto als Vergleich abgelehnt. Es wurde auf der Wiedereinstellung bestanden. Da kommt Eckelmann auch nicht weiter, wenn er neue Kündigungsgründe zusammenbastelt. Die Übergabe des gesamten Schriftwechsels an Belegschaftsmitglieder soll, so führt Eckelmann in der Klageerwiderung aus, „erneut zu erheblicher Unruhe im Betrieb geführt" haben. Neuer Termin ist am 14.11..

b.sal.Dithmarschen. **Zwei Anträge der Medizinstudenten im Praktischen Jahr sind auf der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Dithmarschen mehrheitlich verabschiedet worden.** Zuvor hatte die Personalversammlung des Kreiskrankenhauses Heide die Anträge 1. nach einem Ausbildungs-und Tarifvertrag durch die ÖTV für die Medizinstudenten im Praktischen Jahr und 2. daß sie die Möglichkeit erhalten sollen, in die ÖTV einzutreten, einstimmig beschlossen. 1977 sind die damaligen Medizi nalassistenten in den Studentenstatus zurückversetzt worden und haben so das Recht auf einen Tarifvertrag und Bezahlung ihrer Arbeitskraft sowie alle gewerkschaftlichen Rechte verloren. Die Krankenhausbelegschaft unterstützt den notwendigen Kampf dagegen, weil er die Einheit der Kollegen um einen höheren Lohn und den gemeinsamen Kampf um politische und gewerkschaftliche Rechte stärkt.

VW Braunschweig: Höhergruppierungen durchgesetzt

r.mar. In der Lohnkommission des VW Werkes Braunschweig mußten die Vertreter der Betriebsführung vorletzte Woche der Höhergruppierung von 19 Arbeisplätzen in der Golf Hinterachsmontage zustimmen. Sechs Arbeitsplätze von Akkordlohngruppe 4A (12,88 DM/Std.) auf 4B (13,10 DM/Std.) und 13 von 3B (12,67 DM/Std.) auf 4A. Die Erhöhung muß für alle Arbeiter nachgezahlt werden seit der Inbetriebnahme der Bänder. Mit der Verlagerung der Hinterachse von Wolfsburg ins „Achswerk Braunschweig" hatte die Betriebsführung den Lohn an den Bändern kräftig gedrückt. Während in Wolfsburg kein Arbeiter unter Lohngruppe 4A bezahlt wurde, wurden in Braunschweig an jedem Band vier Arbeitsplätze mit 3B eingestuft. Außerdem wollte die Betriebsführung für das Verpacken der fertig montierten Achsen auch nur 3B bezahlen.

In einem Untersuchungsbericht des Vertrauensmannes an den Betriebsrat hatten die Arbeiter die Lohnsenkung und Steigerung der Ausbeutung mit der Verlagerung nachgewiesen und in einem Brief mit 37 Unterschriften zur Vorbereitung des 1. Mai insbesondere den niedrigen Lohn an den Bändern angegriffen und Festgelderhöhungen gefordert. Die Absicht der VW Kapitalisten war, im Zuge der Verlagerung in der Hinterachsmontage eine Lohngruppenbelegung zu schaffen, die viele zu Überstunden zwingt und ihnen dazu noch allerhand Möglichkeiten zur Spaltung eröffnet. Durchschlagen sollte diese Senkung des Lohnstandarts der Abteilung dann vollends mit der Einstellung der Vorderachsmontage für den Transporter (Typ 2) zum Werksurlaub. Dadurch sind insgesamt 23 4B Arbeitsplätze und 2 mit 5B weggefallen. Während von allen Arbeitern bei VW Braunschweig nach dem Stand 6.6.78 nur knapp 19% mit 3B und niedriger eingestuft waren, gelang es der Betriebsführung in der Abt. 3187 auf diese Weise 43,8% auf 3B zu drücken.



Lohngruppenbelegung in der Abteilung der Golf-Hinterachsmontage Werk Braunschweig.

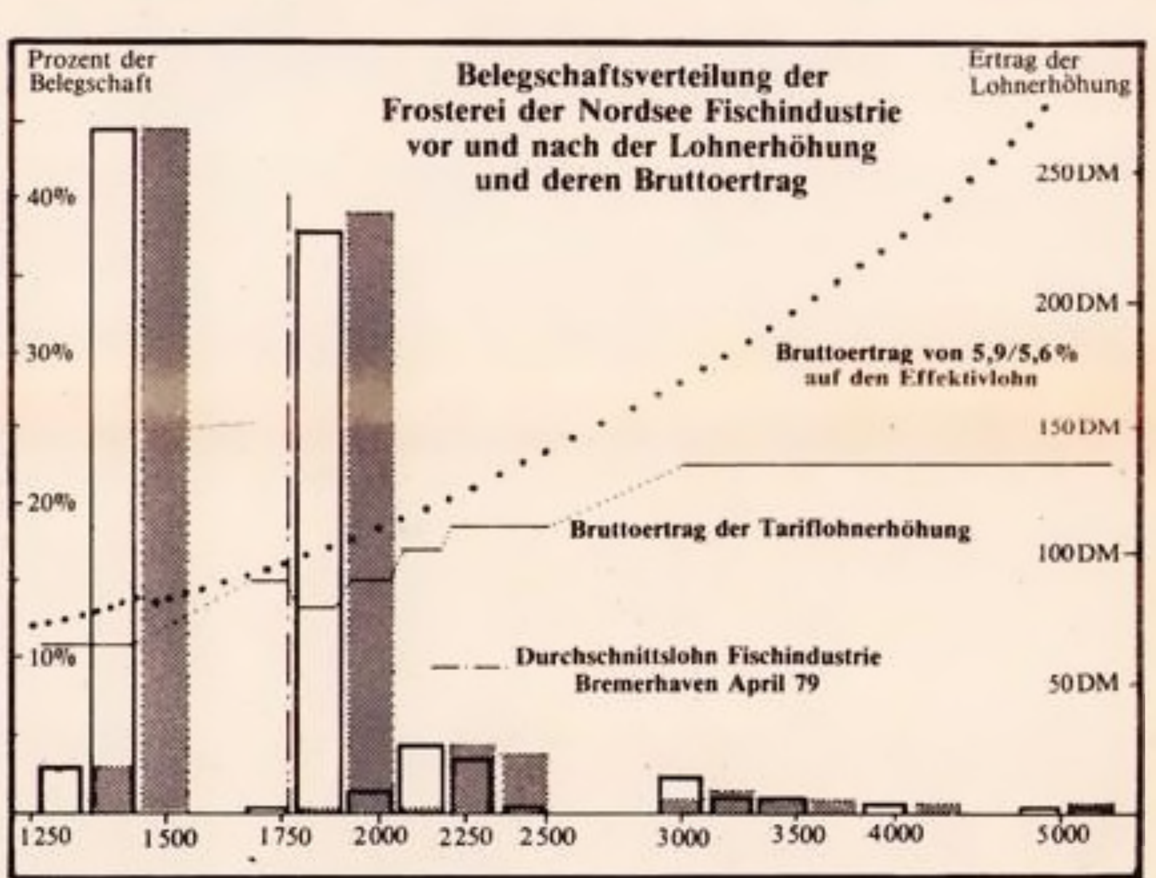
Mit der jetzt durchgesetzten Höhergruppierung konnte den VW Kapitalisten ein wirksamer Strich durch die Rechnung gemacht werden. Offen geblieben ist jedoch noch die Höhergruppierung der Arbeiter, die die Achsen vom Band auf die Kette hängen. Genauso wie die absolute Niedrigkeit des Lohnes, die nur durch Tariflohnerhöhung nicht unter 170 DM geändert werden kann. Die Vorbereitung des Lohnkampfes wird sich auch günstig gegen die Versuche der Betriebsführung auswirken, erneut die Akkordhetze durch den Abzug der Schraubensetzer von den Bändern zu erhöhen.

Lohnabschluß Fischindustrie Bremerhaven mit 5,6/5,9%

– Kampf um volle Durchsetzung der Effektivlöhne

r.ruz. Der neue Lohn- und Gehaltstarifvertrag in der Fischindustrie Bremerhaven kann die dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre nicht beenden. Mit 5,9% für die Lohngruppe „Leichte Arbeit" und 5,6% für alle anderen Lohn- und Gehaltsgruppen ist die Erhöhung dazu zu niedrig ausgefallen. Das Fehlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpern und ein Organisationsgrad von nur 66% sind schlechte Bedingungen für die Entfaltung der Kampfkraft der Belegschaften. Der im Frühjahr gefaßte Beschluß der NGG-Mitglieder-Versammlung, diese Mängel zu beheben, muß dringend umgesetzt werden.

Die schon in der Belegschaftsverteilung der Frosterei der Nordsee-Fischindustrie sichtbare Niedrigkeit des Lohnniveaus und die tiefe Abspaltung der ungelernten Frauen und Männer ist in der gesamten Branche noch stärker. Im April 79 waren 60% der Arbeiter und Arbeiterinnen an- und ungelernte Frauen mit einem Tariflohn von 6,29 DM und einem statistischen Durchschnittslohn von 1500 DM (incl. Überstunden). Mitte der 50iger Jahre betrug



Die schwarz umrandeten Säulen geben die alte Belegschaftsverteilung an, die gerasterten die nach Erhöhung um 5,6/5,9%. Bei den beiden hohen Säulen, den ungelernten Arbeiterinnen und Arbeitern, ist der relative Unterschied zwischen Tariflohnerhöhung und Erhöhung der Effektivlöhne um 5,6/5,9% besonders groß. Müßte die Nordsee nur die Tariflohnerhöhung zahlen, stiege die Gesamt-

der Hinterachsmontage eine Lohn- diese Weise 43,8% auf 3B zu drücken. zer von den Bändern zu erhöhen.

Lohnabschluß Fischindustrie Bremerhaven mit 5,6/5,9%

– Kampf um volle Durchsetzung der Effektivlöhne

r.ruz. Der neue Lohn- und Gehaltstarifvertrag in der Fischindustrie Bremerhaven kann die dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre nicht beenden. Mit 5,9% für die Lohngruppe „Leichte Arbeit" und 5,6% für alle anderen Lohn- und Gehaltsgruppen ist die Erhöhung dazu zu niedrig ausgefallen. Das Fehlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpern und ein Organisationsgrad von nur 66% sind schlechte Bedingungen für die Entfaltung der Kampfkraft der Belegschaften. Der im Frühjahr gefaßte Beschluß der NGG-Mitglieder-Versammlung, diese Mängel zu beheben, muß dringend umgesetzt werden.

Die schon in der Belegschaftsverteilung der Frosterei der Nordsee-Fischindustrie sichtbare Niedrigkeit des Lohnniveaus und die tiefe Abspaltung der ungelernten Frauen und Männer ist in der gesamten Branche noch stärker. Im April 79 waren 60% der Arbeiter und Arbeiterinnen an- und ungelernte Frauen mit einem Tariflohn von 6,29 DM und einem statistischen Durchschnittslohn von 1500 DM (incl. Überstunden). Mitte der 50iger Jahre betrug

Prozent der Belegschaft
Belegschaftsverteilung der Frosterei der Nordsee Fischindustrie vor und nach der Lohnerhöhung und deren Bruttoertrag
Ertrag der Lohnerhöhung
40% 30% 20% 10%
250DM 200DM 150DM 100DM 50DM
Bruttoertrag von 5,9/5,6% auf den Effektivlohn
Bruttoertrag der Tariflohnerhöhung
Durchschnittslohn Fischindustrie Bremerhaven April 79
1250 1500 1750 2000 2250 2500 3000 3500 4000 5000

Die schwarz umrandeten Säulen geben die alte Belegschaftsverteilung an, die gerasterten die nach Erhöhung um 5,6/5,9%. Bei den beiden hohen Säulen, den ungelernten Arbeiterinnen und Arbeitern, ist der relative Unterschied zwischen Tariflohnerhöhung und Erhöhung der Effektivlöhne um 5,6/5,9% besonders groß. Müßte die Nordsee nur die Tariflohnerhöhung zahlen, stiege die Gesamt-lohnsumme der Frosterei nur um 4,5%. Setzen sich die Arbeiter durch, werden es 5,7%. Auf den Betrieb hochgerechnet geht es darum, der Nordsee 24000 DM pro Monat zusätzlich an Lohnzahlung abzutrotzen.

dieser Anteil noch 55%.

Gerade weil wegen der Niedrigkeit der Löhne ein Mehr oder Weniger von 10 bis 20 DM schon erheblich ins Gewicht fällt, beginnt in den Betrieben jetzt der Kampf der Belegschaften und ihrer Betriebsräte um die volle Erhöhung der Effektivlöhne. Bisher weigerten sich die Nordsee-Kapitalisten regelmäßig, die übertariflichen Zeitlohnzuschläge und die nicht tariflich abgesicherten Leistungslohnzuschläge ebenso wie die Tariflöhne zu erhöhen. Bisher war das branchenüblich. Erst im September gelang es dem Betriebsrat der Fisch-Union in Cuxhaven, eine Betriebsvereinbarung durchzusetzen, die die Kapitalisten zwingt, den Tarifabschluß auf den Effektivlohn zu zahlen, jedenfalls bei den Akkordlöhnern. Das Beispiel macht jetzt Schule.

b.güt. **Um 5,8% ist das Steueraufkommen gewachsen (1978 4,2%).** Trotz

Steueraufkommen in Hamburg in Mio. DM

Steuerart	Jan.79	Jan. 78	Änd. %
Lohnsteuer	2436	2386	+ 2,1
Eink.-St.	709	850	- 17,4
Ertragsst.	115	176	- 34,9
Körperschafts.	1039	516	+ 101,8
Umsatzst.	1996	1476	+ 035,4
Verbrauchsst.	4094	4153	- 1,6
davon Ölsteuer	3844	3920	- 1,9

sinkendem Verbrauch (Verbrauchssteuer) müssen die Massen höhere Steuern bezahlen (Umsatzsteuer). Die Erhöhung der Mehrwertsteuer setzt erst am 1.7. ein.

r.scm. **Die niedersächsische Landesregierung will die Mustersatzung für Freiwillige Feuerwehren unverändert durchsetzen.** Das ließ Innenminister Möcklinghoff in Beantwortung einer Kleinen Anfrage eines SPD-Abgeordneten erklären, der sich besorgt über die Unruhe unter den Mitgliedern der Wehren zeigte. Die Mustersatzung weist den alten und Ehrenmitgliedern nur noch beratende Stimme in den Versammlungen zu, wogegen verschiedene Feuerwehren andere Satzungen beschlossen haben. Das Niedersächsische Brandschutzgesetz, Rechtsgrundlage für die Mustersatzung, bestimmt, daß alle Gemeinden, die keine Berufsfeuerwehren haben, Freiwillige Feuerwehren aufstellen müssen. Deren Mitglieder sind „ehrenamtlich" tätig und durch das Brandschutzgesetz zum Dienst verpflichtet, während die Berufsfeuerwehrleute Beamte sind. Als Vorgesetzte sind Orts- und Gemeindebrandmeister vom Gemeinderat zu berufen, die nach der Mustersatzung die Führer der einzelnen Einheiten bestimmen. Die Mitgliederversammlung hat personalpolitisch das Vorschlagsrecht und das Recht auf Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes. Die Mitgliederaufnahme erfolgt durch den Ortsbrandmeister und die von ihm bestellten Zug- und Gruppenführer nach vorheriger Unterrichtung des Gemeindedirektors.

b.jok. **Rund 600 Asylsuchende aus Asien und Afrika sind im Wohnheim an der Wetternstraße in Harburg ein-**



quartiert. 2 bis 4 Mann hausen in 20 qm großen Räumen. Auf jedem Flur

Mehr Staat gegen Familien. Neues SPD-Familienprogramm in Niedersachsen

r.gör. Die SPD reagiert auf die familienpolitische Propaganda der CDU/CSU. Ein neues familienpolitisches Programm der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen wurde von ihrem Vorsitzenden Ravens vorgelegt.

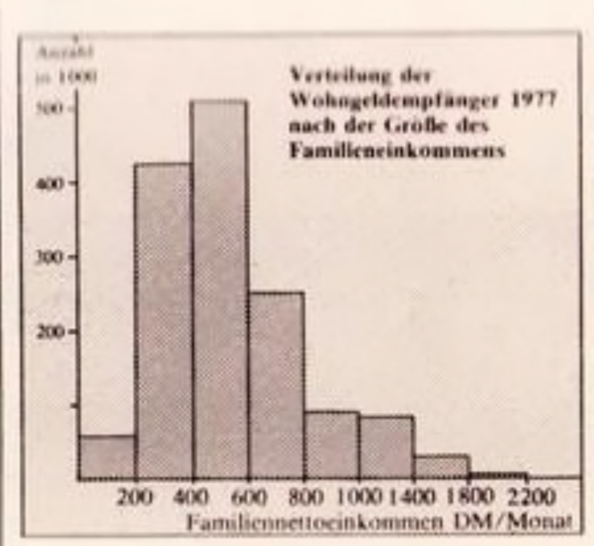
„Damit Mann und Frau partnerschaftlich und frei über ihre Lebensgestaltung und die Erziehung der Kinder entscheiden können, besteht die vordringliche Aufgabe darin, durch geeignete gesellschaftliche Hilfen Kindererziehung und Beruf vereinbar zu machen." Das klingt fortschrittlich gegenüber der christlich-sozialen Familienideologie, die ökonomische Unselbständigkeit als Freiheit verklären möchte und in Wirklichkeit bloß mittels Erweiterung des Subsidiaritätsprinzips den Kapitalisten noch mehr Reproduktionskosten der Arbeiterklasse einsparen will. Aber es klingt bloß fortschrittlich. Tatsächlich handelt es sich nicht darum, die ökonomische und politische Selbständigkeit gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat zu vergrößern; sondern die Gesamtheit der Forderungen zielt darauf, das Familienleben mittels staatlicher Eingriffe an den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion auszurichten.

Die Haltung zur Schichtarbeit ist ein Beispiel. Nicht deren Abschaffung wird gefordert, sondern unter der Überschrift „Gestaltung einer humanen und familienfreundlichen Arbeitswelt" – damit nämlich die ganze Familie „ihre Selbstverwirklichung im Beruf" finden könne – heißt es ganz am Schluß: „Darüber hinaus sind Überlegungen zur Einschränkung der familienfeindlichen Schichtarbeit anzustellen." Die programmatisch fixierten „Überlegungen" gehen freilich in genau entgegengesetzte Richtung: wie bei Ausweitung der Schichtarbeit Produktion von Nachwuchs und Bereitstellung von mehr Familienarbeitskraft gleichwohl organisiert werden kann. Daraus wird etwa geschlußfolgert: „Die Organisations- und Zeitpläne der Schule sind besser auf die Bedürfnisse der Familie abzustimmen (Schulbeginn – Arbeitsbeginn, Schichtarbeit – Familienleben, Schulzeit – Freizeit)." Und Hausaufgabenbetreuung und Ganztagsschulen gewinnen ihren Sinn daraus, daß dann mehr Frauen in Wechsel- und Spätschicht arbeiten können.

Bei den niedersächsischen Amtsgerichten haben 1978 die „Familiensachen" um ein Drittel, 6915 Fälle, zugenommen. Die überwiegende Anzahl der Fälle drückt Widersprüche aus, die ihre Ursache darin haben, daß das Geld für den Familienunterhalt nicht hin und nicht her reicht. Das SPD-Programm fordert mehr „Aufklärung" und verstärkte Einrichtung von Meldestellen". Und in bezug auf das

ist bloß die Kehrseite des sinkenden (strategisch: zu senkenden!) Lohnanteils. Die Statistik der Arbeiterhaushalte zeigt, daß das Familiennettoeinkommen mit jedem weiteren Familienmitglied um durchschnittlich ca. 400 Mark zunimmt. Natürlich werden diese Kosten weder vom Kindergeld noch vom BAföG noch sonstwie gedeckt. Soll sich das ändern? „Das Kindergeld soll den Charakter eines Familienlastenausgleichs, insbesondere durch seine Abhängigkeit von der sozialen Situation der Familie und von der Familiengröße erhalten." Nicht mehr Geld also, sondern differenziertere Verteilung; nicht für das Kind, sondern für die Bedürftigkeit soll es dann in Zukunft Kindergeld geben. Der uneingeschränkte staatliche Zugriff, der bisher nur über die Sozialhilfe möglich ist, soll über das neu organisierte Kindergeld verallgemeinert werden. Und statt mehr Geld soll das Darlehensprinzip des BAföG verallgemeinert werden, nämlich als „Sofortmaßnahme": „die Gewährung von Familiendarlehen an in Not, insbesondere in finanzielle Not geratene Familien". – Im Resultat trifft sich so die „Fortschrittlichkeit" der SPD mit der familienpolitischen Reaktion der Christlich-Sozialen. Richtig ist dagegen, nicht nur die Erhöhung des Kindergeldes, sondern auch seine Auszahlung durch selbstverwaltete Sozialeinrichtungen zu fordern.

Ein weiteres Beispiel. Von 1974 bis 1977 ist nach Auskunft des jüngsten Statistischen Jahrbuches die Zahl der Plätze in Kindergärten um 0,35% (5060) erhöht, die der Erziehungsheime um 11,2% (3515) erhöht, die der Säuglings- und Kinderheime um 11,6% (5706) verringert worden. Will die SPD am Ausbau der staatlichen Zuchtanstalten für Arbeiterkinder etwas ändern? Fordert sie vielleicht Betriebskindergärten unter Kontrolle der Betriebsräte? Nein, sie propagiert mehr und „unbürokratischer" zu handhabende Adoptionen; dann könnte „Heimerziehung oft vermieden werden". (Und dann sei scheinbar der § 218 kein Problem mehr; im ganzen Familienprogramm findet sich kein Wort darüber!)

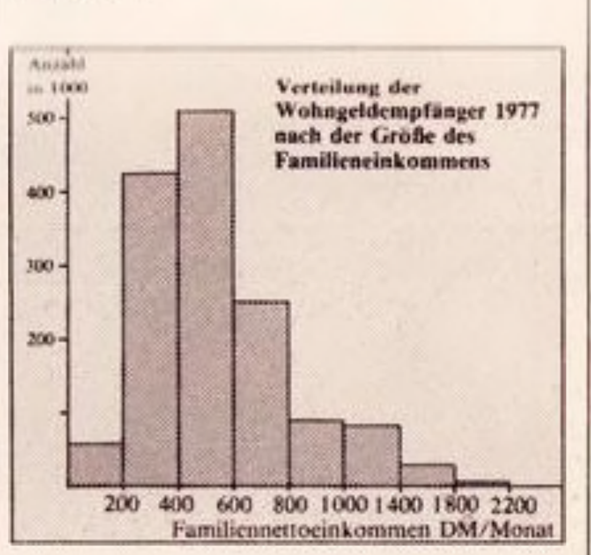


Beispiel. Nicht deren Abschaffung wird gefordert, sondern unter der Überschrift „Gestaltung einer humanen und familienfreundlichen Arbeitswelt" – damit nämlich die ganze Familie „ihre Selbstverwirklichung im Beruf" finden könne – heißt es ganz am Schluß: „Darüber hinaus sind Überlegungen zur Einschränkung der familienfeindlichen Schichtarbeit anzustellen." Die programmatisch fixierten „Überlegungen" gehen freilich in genau entgegengesetzte Richtung: wie bei Ausweitung der Schichtarbeit Produktion von Nachwuchs und Bereitstellung von mehr Familienarbeitskraft gleichwohl organisiert werden kann. Daraus wird etwa geschlußfolgert: „Die Organisations- und Zeitpläne der Schule sind besser auf die Bedürfnisse der Familie abzustimmen (Schulbeginn – Arbeitsbeginn, Schichtarbeit – Familienleben, Schulzeit – Freizeit)." Und Hausaufgabenbetreuung und Ganztagsschulen gewinnen ihren Sinn daraus, daß dann mehr Frauen in Wechsel- und Spätschicht arbeiten können.

Bei den niedersächsischen Amtsgerichten haben 1978 die „Familiensachen" um ein Drittel, 6915 Fälle, zugenommen. Die überwiegende Anzahl der Fälle drückt Widersprüche aus, die ihre Ursache darin haben, daß das Geld für den Familienunterhalt nicht hin und nicht her reicht. Das SPD-Programm fordert mehr „Aufklärung" und verstärkte Einrichtung von Meldestellen". Und in bezug auf das
Geld? Ohne Kindergeld, nur von den Löhnen, ist es nicht möglich, Kinder aufzuziehen. Die Tatsache, daß der Anteil der staatlichen Zuweisungen am Familieneinkommen der Arbeiterhaushalte schon im Durchschnitt über 15% liegt, beweist das. Die sozialdemokratische Ideologie, diesen Anteil also auch den staatlichen Eingriff, auszuweiten,

seine Auszahlung durch selbstverwaltete Sozialeinrichtungen zu fordern.

Ein weiteres Beispiel. Von 1974 bis 1977 ist nach Auskunft des jüngsten Statistischen Jahrbuches die Zahl der Plätze in Kindergärten um 0,35% (5060) erhöht, die der Erziehungsheime um 11,2% (3515) erhöht, die der Säuglings- und Kinderheime um 11,6% (5706) verringert worden. Will die SPD am Ausbau der staatlichen Zuchtanstalten für Arbeiterkinder etwas ändern? Fordert sie vielleicht Betriebskindergärten unter Kontrolle der Betriebsräte? Nein, sie propagiert mehr und „unbürokratischer" zu handhabende Adoptionen; dann könnte „Heimerziehung oft vermieden werden". (Und dann sei scheinbar der § 218 kein Problem mehr; im ganzen Familienprogramm findet sich kein Wort darüber!)



Wie alle staatlichen Zuweisungen will die SPD auch das Wohngeld „verbessern". Aber es ist bloß das staatliche Zugeständnis, daß Millionen Familien weit unter dem Existenzminimum gedrückt sind. Über die Hälfte der Wohngeldempfänger bekommt weniger als 60 Mark.

Ohne Finanzausgleich wird die Demokratie zur Farce

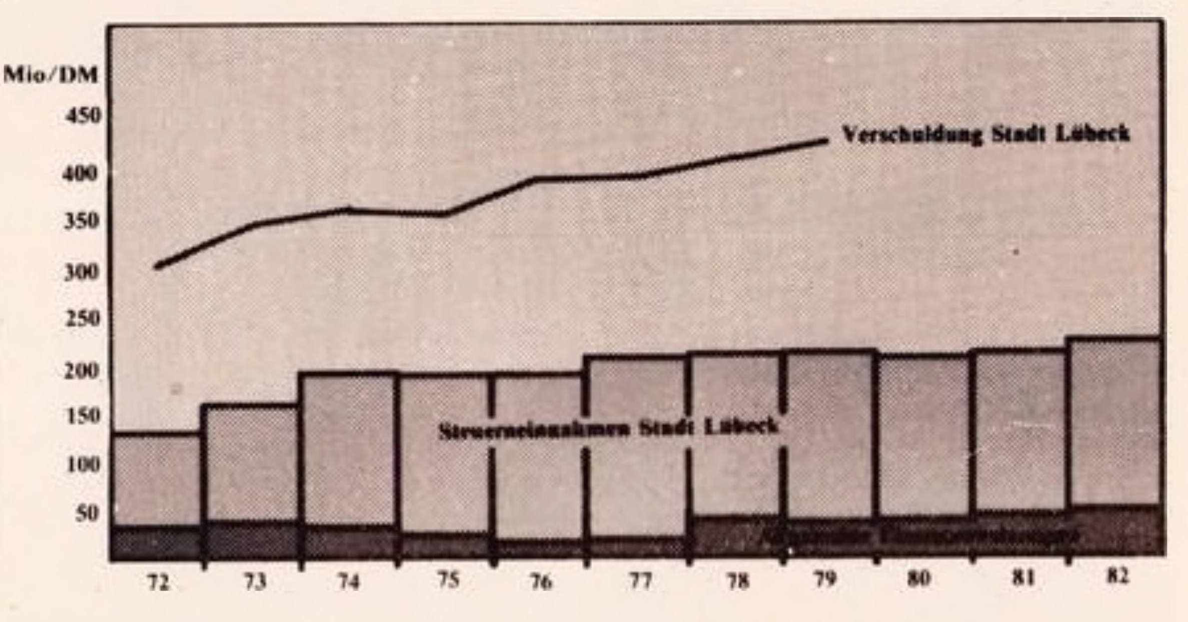
b.kaq. Mit dem Haushaltsplan für 1979 hat die Stadt Lübeck ihre Finanz- und Investitionsplanung bis 1982 vorgelegt. Bei einem Haushaltsvolumen von 575 Mio. DM im Jahre 1979 sieht die Planung für 1980 einen Fehlbedarf von 22,2 Mio. DM vor, der bis 1982 auf 52 Mio. DM steigt. Die der Stadt zukommenden Steuereinnahmen von 213 Mio. DM werden laut Plan 1980 auf 207 Mio. DM fallen, 1981 212 Mio. DM erreichen und erst 1982 wieder auf 226 Mio. DM steigen. Hintergrund dieser stagnierenden Steuerentwicklung sind die Steueränderungen der Lohn- und Einkommenssteuer 1978, die einen Fehlbedarf von jährlich 17 Mio. DM bis 1982 ausmachen.

Weitere Einbußen entstehen durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer von jährlich 29 Mio. DM, durch die Erhöhung des Freibetrages für die Gewerbekapitalsteuer von 60000 DM auf 120000 DM, so daß die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nur unerheblich von 1979 84 Mio. DM auf 1982 89 Mio. DM steigen werden. Die Kapitalistensteuern gegenüber den Gemeinden sind damit gesenkt worden. Den Reibach macht der Bund durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für die Stadt Lübeck ergibt sich eine jährliche Mindereinnahme von ca. 50 Mio. DM. Das Andrehen der Gebührenschraube und die Verschärfung der Rationalisierung im Öffentlichen Dienst sind die Folgen.

In ihrer Finanzplanung geht die Stadt Lübeck von einer jährlichen Steigerung der Gebühren von 8%, aber einer jährlichen Steigerung der Personalkosten von nur 4% aus. Eine weitere Verschuldung wird nicht in Betracht gezogen, da die Verschuldung bereits 433 Mio. DM und die jährlichen Zinszahlungen 28,8 Mio. DM betragen. Durch Investitionsförderungsmaßnahmen an die Kapitalisten und die hohen Investitionskosten für den Lübecker Hafen von bisher 160 Mio. DM ist diese Verschuldung entstanden. Wie der Fehlbedarf der Finanzplanung der kommenden Jahre gedeckt werden soll, läßt die Planung offen.

Innenminister Barschel winkt mit der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kommunalabgabengesetzes, das jetzt im Landtag vorgelegt wurde. Bei weiterer Streichung der Getränke- und Vergnügungssteuer, die in Lübeck jährlich 3 Mio. DM ausmachen, soll der kommunale Finanzausgleich um 125 Mio. DM erhöht werden, sowie die Zuweisungen für die kreisfreien Städte um nochmals 5 Mio. DM. „Investition in die Demokratie" nennt er dies lächerliche Angebot gegenüber dem Einnahmeverlust der Städte und Gemeinden. Die Sozialdemokratie und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bodo Richter fordern mehr Selbstverwaltung, weniger Bürokratisierung und die Aufhebung der Projektbindung der Zuweisungen an die Gemeinden. Lösen läßt sich das Problem damit nicht.

Uneingeschränkte Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt und Steuereinzug ausschließlich durch die Kommunen, bei gleichzeitiger Änderung des Steuerrechts. Steuern ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, nicht weitere Verschuldung der Städte, sondern Bezahlung der Schulden allein durch die Kapitalisten ist notwendig.



Die Gewerbeordung verspricht keinen Schutz – das Beispiel Stoltzenberg

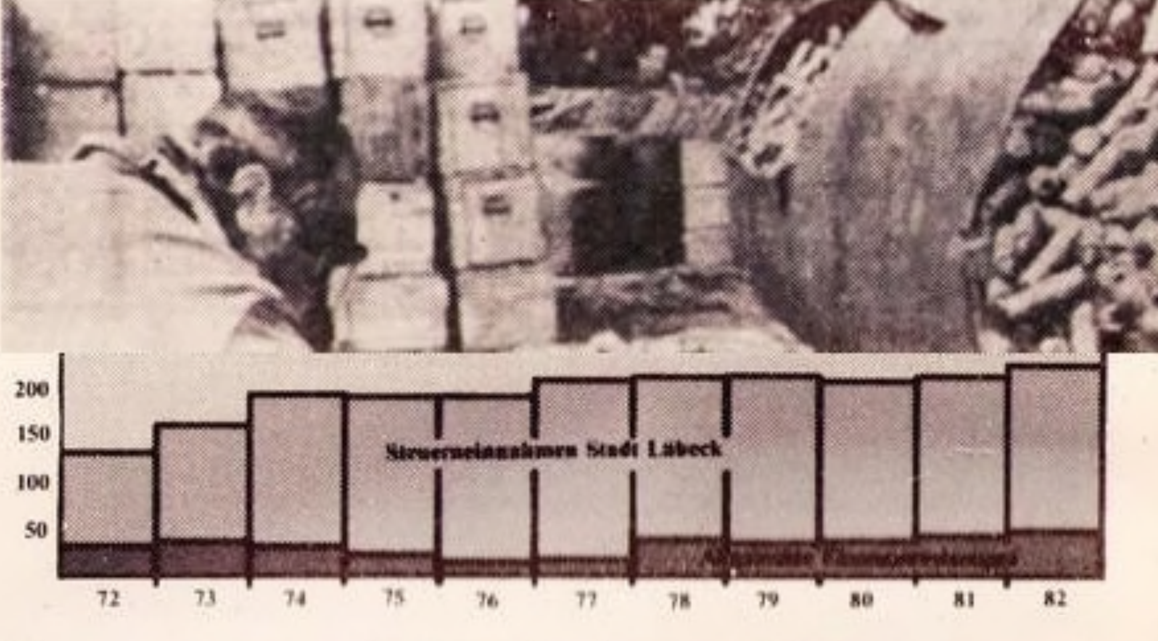
b.ert. „Alles in allem scheint hier eher eine zeitweilige Experimentierwerkstatt eines geldlich wenig bedarften Liebhabers vorzuliegen als ein Produktionsbetrieb". Das steht in dem Bericht des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft nach einer Überprüfung der Firma Stoltzenberg aus dem Jahr 1970. Mit dem Liebhaber glaubte die Bourgeoisie den Dreh gefunden zu haben, auf der Grundlage der Gewerbeordnung Stoltzenberg weiterproduzieren zu lassen.

„Zum Schutze der Beschäftigten und Dritter vor Gefahren durch Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen", schreibt die Gewerbeordnung vor im §24, diese Betriebe zu überwachen. Was gefährlich ist, geht dabei nach Profitinteressen und Kriegsplänen.

1941 wurde im Bescheid des Gewerbeaufsichtsamtes die Firma Stoltzenberg, die in verrottetem Zustand Kampfstoffe für den imperialistischen Krieg produzierte, „geduldet unter Be-

ab 1955 Kampfgaspatronen für das Bundesverteidigungsministerium, für die Kriegsvorbereitung. Dabei wurde er von der Gewerbeaufsicht von Auflagen und Strafen trotz undichter Behälter und Bränden weitgehend verschont. „Der Begriff der wirtschaftlichen Unternehmung, der mit dem in §24 GO verwendeten Begriff übereinstimmt, ist mit der herrschenden Meinung weit auszulegen." (Kommentar zur GO). Und Rabels in seinem Untersuchungsbericht: „Die Tatsache, daß ein Teil der Produktion bei Stoltzenberg unter freiem Himmel mit einem Minimum an Apparaturen und wenigen Mitarbeitern stattfand, hat die Erfassung dieser Vorgänge als technischen Produktionsprozeß und insbesondere die Feststellung davon ausgehender Umweltgefährdungen offenbar erschwert".

Die Umgehung der Gewerbeaufsicht wird solchen Kapitalisten wie Stoltzenberg leicht gemacht. Die Arbeits- und Sozialbehörde hielt, angesichts der „nur relativ geringen Mengen des Giftes LOST", die von Stoltzenberg produziert worden waren, weder eine gewerbliche Erlaubnis noch eine Einbeziehung der Firma in die Betriebe mit Eigengefahr für erforderlich.



nahme von ca. 50 Mio. DM. Das Andrehen der Gebührenschraube und die Verschärfung der Rationalisierung im Öffentlichen Dienst sind die Folgen.

In ihrer Finanzplanung geht die Stadt Lübeck von einer jährlichen Steigerung der Gebühren von 8%, aber ei-

Die Gewerbeordung verspricht keinen Schutz – das Beispiel Stoltzenberg

b.ert. „Alles in allem scheint hier eher eine zeitweilige Experimentierwerkstatt eines geldlich wenig bedarften Liebhabers vorzuliegen als ein Produktionsbetrieb". Das steht in dem Bericht des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft nach einer Überprüfung der Firma Stoltzenberg aus dem Jahr 1970. Mit dem Liebhaber glaubte die Bourgeoisie den Dreh gefunden zu haben, auf der Grundlage der Gewerbeordnung Stoltzenberg weiterproduzieren zu lassen.

„Zum Schutze der Beschäftigten und Dritter vor Gefahren durch Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen", schreibt die Gewerbeordnung vor im §24, diese Betriebe zu überwachen. Was gefährlich ist, geht dabei nach Profitinteressen und Kriegsplänen.

1941 wurde im Bescheid des Gewerbeaufsichtsamtes die Firma Stoltzenberg, die in verrottetem Zustand Kampfstoffe für den imperialistischen Krieg produzierte, „geduldet unter Be-
rufung darauf, daß dieses lediglich eine Kriegsmaßnahme sei, die nach Kriegsende wieder verschwinden müsse" (Bericht an den Hamburger Senat von Rabels). Da die Genehmigung gefährlicher Anlagen grundsätzlich unbefristet erfolgt, konnte Stoltzenberg nach dem Krieg die Produktion fortsetzen,

ab 1955 Kampfgaspatronen für das Bundesverteidigungsministerium, für die Kriegsvorbereitung. Dabei wurde er von der Gewerbeaufsicht von Auflagen und Strafen trotz undichter Behälter und Bränden weitgehend verschont. „Der Begriff der wirtschaftlichen Unternehmung, der mit dem in §24 GO verwendeten Begriff übereinstimmt, ist mit der herrschenden Meinung weit auszulegen." (Kommentar zur GO). Und Rabels in seinem Untersuchungsbericht: „Die Tatsache, daß ein Teil der Produktion bei Stoltzenberg unter freiem Himmel mit einem Minimum an Apparaturen und wenigen Mitarbeitern stattfand, hat die Erfassung dieser Vorgänge als technischen Produktionsprozeß und insbesondere die Feststellung davon ausgehender Umweltgefährdungen offenbar erschwert".

Die Umgehung der Gewerbeaufsicht wird solchen Kapitalisten wie Stoltzenberg leicht gemacht. Die Arbeits- und Sozialbehörde hielt, angesichts der „nur relativ geringen Mengen des Giftes LOST", die von Stoltzenberg produziert worden waren, weder eine gewerbliche Erlaubnis noch eine Einbeziehung der Firma in die Betriebe mit Eigengefahr für erforderlich.



Jahrzehntelang drückten die Ordnungsbehörden angesichts der Produktion von B- und C-Waffen beide Augen zu. Durch einen Unfall ans Licht gezerrt, werden die Kampfstoffe abtransportiert – ins Bundeswehrlager Munster.

---

gibt es eine Küche: 1 Tisch, wenige Stühle, 6 Kochplatten; kein Regal, kein Kühlschrank. Im Hausflur steht „Vorsicht Rattengift". Pro Bett kassiert das Sozialamt 60 DM Miete.

b.hör. **Teile der Haseldorfer Marsch (bei Wedel an der Unterelbe) sollen als Feuchtgebiete unter Naturschutz gestellt werden.** Bei der Sturmflut am 3.1.76 war dieses Gebiet vollständig überflutet. 1972 kaufte dort das Land Schleswig-Holstein 930 ha Vorlandfläche (nicht eingedeichtes Gebiet) auf. Jetzt wurden von der Bundesregierung 2,45 Mio. DM einer „Stiftung Naturschutz" übergeben, die dafür 340 ha Feuchtgebiet in und vor der Haseldorfer Marsch ankaufen will. Jetzige Eigentümer dieses Gebietes sind: Das Land (Landgesellschaft), der Bund und der Prinz Schöneich Karolat, der seinen Herrensitz in Haseldorf hat. Das Feuchtgebiet soll vom Landschaftsschutz auf Naturschutz umgestellt werden.

r.ulr. **Mit ca. 200 Fahrzeugen demonstrierte fast die ganze Belegschaft der Firma Feinprüf, Göttingen, am 11.10. um das Göttinger Rathaus,** weil sich die Fahrt von der Fabrik nach Hause um eine viertel bis dreiviertel Stunde verlängert hat, da eine baufällige Brücke gesperrt wurde und die Stadtverwaltung sich weigert, Abhilfe zu schaffen. Der Versuch der Polizei, die Demonstration zu zerstückeln und aufzulösen, scheiterte völlig: Von 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr brach der Verkehr auf dem Innenstadtring zusammen.



b.khg. **Am Dienstag letzter Woche sind vier iranische Studenten, denen Raub und Körperverletzung an einem SAVAK-Agenten vorgeworfen wird, aus der Untersuchungshaft entlassen worden.** Insgesamt 80 Tage hatten sie gesessen. Die vier weiteren der ehemals acht inhaftierten Iraner waren schon nach ca. vier Wochen Haft entlassen worden. Richter Mentz vom Landgericht meinte, es bestehe keine Fluchtgefahr mehr.

Veranstaltungskalender

Kampuchea und Vietnam – zwei völlig entgegengesetzte Wege nach dem Sieg über den US-Imperialismus. Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in seinem Widerstandskrieg. Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen! Ohne Ende der Aggression kein Ende des Elends und Hungers.
Hamburg, 26.10.1979, 20.00 Uhr, Handelsschule Schlankreye, Hamburg-Eimsbüttel.
Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW.

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, den 19. /ktober, 18.00 bis 21.00, HfbK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II. Stock.

Musikzug
Hamburg, Montag, 15.10. bis Donnerstag 18.10.1979. Noten, Rhytmik, Harmonie, ein Grundkurs; jeweils 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Sportgruppen
Kiel, Sonntag, 21.Oktober, 10.00 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 21./Oktober, 10.00 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Freitag, 19. Oktober, 9.15 Uhr, Landgericht Südergraben gegen M. Lohnstein, G.J. Ludwig, B. Bartels und K. Pollmann wegen Verteilens der Volksmiliz

Prozeß wegen Aktion gegen § 218-Beratungsstelle
Hamburg, Montag, 15. Oktober, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz, Raum 181, Verhandlung wegen Nötigung und „Urkundenunterdrückung", weil gegen die Bespitzelung durch die Beratungsstelle der Pro-Familia in Hamburg Langenhorn die Karteikarten entwendet und veröffentlicht wurden.

Prozeß wegen Iran-Demonstration
Hamburg, Donnerstag, 18. Oktober, 11.30, DAG-Haus, Raum 405 gegen K. Köhler.

Gesundheitssenatorin Elstner will Ambulatorien unter ihre Fuchtel – Kostendämpfung

b.kym. Als ,,Vorstoß zur Verbesserung der medizinischen Versorgung" wertet der Senat den Plan Helga Elstners, die Ambulanzen in den staatlichen Krankenhäusern weiter auszubauen. Dies sei notwendig, so die Senatorin auf einer Pressekonferenz am 28.9., weil die ambulante Behandlung durch die niedergelassenen Ärzte schlecht organisiert sei: zu wenig Sprechstunden, mangelhafte Bereitschaftsdienste, schlechte Notfallversorgung, technische Überkapazität, die Ärzte wollten ihre freien Tage genießen und munter kassieren. Der Sprecher der Kassenärzte Mulckau wies diese Kritik zurück. Wie die Krankenhausärzte, die um Beschränkung der Bereitschaftsdienste auf einen pro Woche kämpfen, arbeiten die Kassenärzte mehr als 60 Stunden die Woche. Die meisten Arztpraxen haben zu wenig moderne Technik, für Spezialuntersuchungen in den Krankenhäusern gibt es lange Wartezeiten.

Mit diesem Hetzmanöver gegen die Ärzte will die Senatorin die Verstärkung der staatlichen Kontrolle über die ambulante Behandlung einleiten. Im 1. Halbjahr 79 ist wieder ein starker Ausgabenzuwachs bei den Kassen zu verzeichnen. Die Kassenärzte sind schwer in den Griff zu kriegen: sie verschreiben zuviel und zu teure Medikamente – so Ehrenberg –, sie schreiben zu oft krank – so z.B. die HAW-Kapitalisten. In den Ambulanzen der Krankenhäuser hat die Senatorin mit dem Dienstrecht den direkten Zugriff auf Pflegepersonal und Ärzte. Lange Regreßverhandlungen gegen Kassenärzte sind nicht nötig. Zentralisierung zwecks besserer Kostendämpfung, zur Durchsetzung dieses Plans will Elstner eine Art Konzertierte Aktion à la Ehrenberg einrichten: ein Beratungsgremium aus Vertretern der ,,Gesundheitsberufe", der Kassen, der Bürgerschaft und der ,,Steuerzahler". Schon länger investiert die Gesundheitsbehörde Mio.-Beträge in den Ausbau der Ambulanzen, von 71 bis 77 ist die Zahl der ambulanten Behandlungen um 49% gestiegen, ohne Einstellung von mehr Pflegepersonal. Die Krankenhausbeschäftigten sind gegen diesen Plan, weil er ihnen nur mehr Arbeit bringt.

Kommunales Kino eröffnet – Tarnowski zimmert an ,,Filmstadt Hamburg"

b.ulh. Am 13.10. ist in Hamburg von Kultursenator Tarnowski das ,,Kommunale Kino" eröffnet worden. Für ihn ein zweiter Höhepunkt – nach dem Filmfest der Filmemacher – auf dem Weg zur ,,Filmstadt Hamburg".

1978 hatte Klose den Kultursenat geschaffen und in der Regierungserklärung die ,,Kulturpolitik zum Bestandteil der Gesellschaftspolitik" erklärt. ,,Kunst und Kultur müssen in den Alltag einbezogen werden" forderte er; und Tarnowski 1979: ,,Wir werden einen Produktionsort bieten auch für Nachwuchsfilmer. Wir werden ein Konzept zur Filmförderung entwickeln. Für das nächste Jahr sind im Etat 3 Mio. DM vorgesehen." ,,Kultur für alle", ist der Leitspruch seiner Behörde.

Damit tritt Tarnowski in ausgetretene Spuren. 1899 schrieb ein Gustav Schiefler über ,,Hamburgische Kulturaufgaben": ,,Es bietet sich eine glänzende Aussicht, Hamburg, den wirtschaftlichen Mittelpunkt eines guten Teiles unseres Vaterlandes auch die geistige Führung ergreifen zu sehen... Verpaßt es diesen Moment, so geht ihm ein unschätzbarer Vorteil verloren; anstatt als ein Zentrum modernen deutscher Bildung eine leitende Rolle in der Bewegung zu spielen, wird es nachhinken ... und auch materiellen Schaden erleiden." Und der erste Senator der Kulturverwaltung Biermann-Ratjen erklärte 1946 im Rundfunk: ,,...was wir erstreben: ein Kunstleben, deutsch seinem Wachstum und Wesen, hamburgisch und heimatlich dazu, gerichtet auf das Universelle, menschlich gerichtet, weltverständlich, wie alle Kunst ist und immer sein wird."

Die ,,auf das Menschliche gerichtete Kunst" war für den Hamburger Senat immer nur bürgerliches Machwerk. Revolutionäre Kunst und Kultur hat er verfolgt. Jede Vorstellung des 1929 gegründeten Volksfilmverbandes beschickte der Senat mit Polizeispitzeln. Die Arbeiterbewegung setzte von Anfang an auf ihre eigene Kulturproduktion, in direkter Abgrenzung gegen ,,Kitsch und Schund". Mit fahrbaren Vorführwagen, dem ,,Roten Volkskino", und im Lichtspieltheater der Gewerkschaft wurde in der Weimarer Republik die Kultur der Volksmassen organisiert.

Filmwirtschaft in Hamburg 1976
(letztes Erhebungsjahr)

Beschäftigte	1700
Unternehmen	97
Umsatz (in Mio. DM)	185
aus Filmübertragungsrechten an Fernsehanstalten (Mio. DM)	30,1
produzierte Filme	1238
Werbefilme unter 1 Min	800
abendfüllende Filme	35
Kinobesuch Einwohner/Jahr	23
Kinos	73
Kinoplätze	22000

,,Zielgruppenorientiertes Kino" ist jetzt die Angriffslinie Tarnowskis. Insbesondere auf die Jugend hat er es abgesehen. 2 DM soll der Eintritt für Jugendliche betragen, 4 DM für Mitglieder und 6 DM für Erwachsene. Den 3. Platz hinter München und Berlin nimmt Hamburg in der Filmproduktion ein. Der Kinobesuch ist seit Jahren auf um 3 pro Einwohner und Jahr gesunken. Alle Anstrengungen der Kulturbehörde gehen dahin, der bürgerlichen Propaganda mehr Spielraum zu verschaffen.

Kultursenator Tarnowski das ,,Kommunale Kino" eröffnet worden. Für ihn ein zweiter Höhepunkt – nach dem Filmfest der Filmemacher – auf dem Weg zur ,,Filmstadt Hamburg".

1978 hatte Klose den Kultursenat geschaffen und in der Regierungserklärung die ,,Kulturpolitik zum Bestandteil der Gesellschaftspolitik" erklärt. ,,Kunst und Kultur müssen in den Alltag einbezogen werden" forderte er; und Tarnowski 1979: ,,Wir werden einen Produktionsort bieten auch für Nachwuchsfilmer. Wir werden ein Konzept zur Filmförderung entwickeln. Für das nächste Jahr sind im Etat 3 Mio. DM vorgesehen." ,,Kultur für alle", ist der Leitspruch seiner Behörde.

Damit tritt Tarnowski in ausgetretene Spuren. 1899 schrieb ein Gustav Schiefler über ,,Hamburgische Kulturaufgaben": ,,Es bietet sich eine glänzende Aussicht, Hamburg, den wirtschaftlichen Mittelpunkt eines guten Teiles unseres Vaterlandes auch die geistige Führung ergreifen zu sehen... Verpaßt es diesen Moment, so geht ihm ein unschätzbarer Vorteil verloren; anstatt als ein Zentrum modernen deutscher Bildung eine leitende Rolle in der Bewegung zu spielen, wird es nachhinken ... und auch materiellen Schaden erleiden." Und der erste Senator der Kulturverwaltung Biermann-Ratjen erklärte 1946 im Rundfunk: ,,...was wir erstreben: ein Kunstleben, deutsch seinem Wachstum und

Kunst" war für den Hamburger Senat immer nur bürgerliches Machwerk. Revolutionäre Kunst und Kultur hat er verfolgt. Jede Vorstellung des 1929 gegründeten Volksfilmverbandes beschickte der Senat mit Polizeispitzeln. Die Arbeiterbewegung setzte von Anfang an auf ihre eigene Kulturproduktion, in direkter Abgrenzung gegen ,,Kitsch und Schund". Mit fahrbaren Vorführwagen, dem ,,Roten Volkskino", und im Lichtspieltheater der Gewerkschaft wurde in der Weimarer Republik die Kultur der Volksmassen organisiert.

Filmwirtschaft in Hamburg 1976 (letztes Erhebungsjahr)
Beschäftigte 1700; Unternehmen 97; Umsatz (in Mio. DM) 185; aus Filmübertragungsrechten an Fernsehanstalten (Mio. DM) 30,1; produzierte Filme 1238; Werbefilme unter 1 Min 800; abendfüllende Filme 35; Kinobesuch Einwohner/Jahr 23; Kinos 73; Kinoplätze 22000

,,Zielgruppenorientiertes Kino" ist jetzt die Angriffslinie Tarnowskis. Insbesondere auf die Jugend hat er es abgesehen. 2 DM soll der Eintritt für Jugendliche betragen, 4 DM für Mitglieder und 6 DM für Erwachsene. Den 3. Platz hinter München und Berlin nimmt Hamburg in der Filmproduktion ein. Der Kinobesuch ist seit Jahren

,,Apocalypse now" – Hinterhältigste Propaganda gegen Befreiungskriege

b.clm. Die Handlung des Films ist einfach: Hauptmann Willard bekommt vom CIA den Auftrag, Oberst Kurtz ausfindig zu machen. Einen Offizier ,,von ehemals höchster geistiger und moralischer Qualifikation", der jetzt in einer versunkenen Tempelstadt des kampucheanischen Dschungels ,, ein barbarisches Regiment führt und alles tötet, was in die Reichweite seiner Waffen kommt." Zentrum des Schreckens ist dann das Reich, das der Hauptmann vorfindet. Völlig sinnlos abgeschlagene Köpfe liegen herum, die Eingeborenen befolgen jeden grausamen Befehl des Oberst Kurtz, den sie als Gott verehren.

Blutrünstig, fanatisch und primitiv, so stellt die bürgerliche Propaganda die rechtmäßige Regierung des Demokratischen Kampuchea dar. Der Film stützt das, ohne daß es einem bewußt wird, das ist das hinterhältige daran. Die Greuelmärchen vom Abschlachten des kampucheanischen Volkes durch seine eigene Regierung soll die Manöver der westlichen und östlichen Imperialisten erleichtern. Die ,,Eingeborenen Kampucheas" bedürfen unserer ,,zivilisatorischen Hilfe" (Filmkurier).



Mit einer Flugblattaktion wurde der Inhalt des Films angegriffen.

Krankenpflegeschüler schreiben an Ehrenberg und Sozialminister Braun

b.chc. Auf dem landesweiten Treffen der Krankenpflegeschüler Schleswig-Holsteins im September wurde ein Brief an Ehrenberg und sein Ministerium sowie an die Landesregierung und Sozialminister Braun verabschiedet. Darin heißt es: ,,... Nach wie vor werden wir auf den Stellenplan angerechnet. ... und somit als billige Arbeitskräfte auf den Stationen eingesetzt. Von praktischer Ausbildung ist dort kaum etwas zu spüren, denn es hängt von der Besetzung mit Pflegepersonal ab. Deshalb sind wir gegen die Anrechnung von Auszubildenden in der Krankenpflege auf den Planstellenplan, und wir fordern pro Station, auf denen wir eingesetzt werden, eine Schwester (mit entsprechender Bezahlung), die allein für unsere praktische Ausbildung zuständig ist. ... Um eine gute Verbindung von Theorie und Praxis zu erreichen, wären sogar zwei Unterrichtstage mit 5 Stunden Unterricht, die als 8-Stundentag gelten, angebracht."



Gerade die Nachtarbeit, in der die Schülerinnen ohne Anleitung ,,eigenverantwortlich" auf den Stationen arbeiten, macht weitere Kampfschritte erforderlich.

Aus Dortmund ist bekannt geworden, daß eine Schülerin mit der ÖTV einen Prozeß gegen die Städtischen Kliniken gewonnen hat, und in dem Urteil nicht einmal der Richter sich getraute, die im Hause erreichbare examinierte Schwester als Anleitung gelten zu lassen, wenn die Schülerinnen alleine Nachtdienst tun müssen.

Dieses Urteil gegen den Nachtdienst der Schülerinnen ist eine gute Grundlage, um den Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit zu führen.

Im neuen Krankenpflege- und Hebammengesetz unternimmt die Bundesregierung den Versuch, zehn Nachtdienste im 2. und 3. Ausbildungsjahr als legale Vorschrift durchzusetzen. Die Hamburger Gesundheitsbehörde hat eine interne Regelung vom Gesamtpersonalrat absegnen lassen, wonach im 3. und 4. Kurs 10 Nächte mit einer examinierten Kraft von den Schülerinnen gearbeitet werden sollen, im 5. und 6. Kurs dann 5 Nächte alleine. In Schleswig-Holstein ,,wird die Entscheidung für die praktische Ausbildung der Schülerinnen letzthin unter Berücksichtigung des jeweiligen Bedarfs auf den Stationen getroffen", so Bürgermeister Beisenkötter aus Rendsburg, stellvertretend für seinesgleichen.

Das Urteil aus Dortmund wie auch die auf dem landesweiten Treffen beschlossene Untersuchung der Tätigkeitsmerkmale der Schülerinnen in den einzelnen Krankenhäusern wird ausreichend Munition liefern, um den Kampf für eine umfassende theoretische wie praktische Ausbildung der Schülerinnen bei entsprechender Bezahlung zu führen.

Der Trick mit der amtlichen Durchschnittslohnberechnung

b.güt. Auf 14,14 DM ließ der Hamburger Senat durch das Statistische Landesamt den *durchschnittlichen Bruttostundenlohn* der Hamburger Industriearbeiter (männlich und weiblich) berechnen. Mitgerechnet wurden alle Zuschläge für Überstunden, Akkord, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit.

Der Durchschnittslohn im Schiffbau ist nach amtlicher Statistik 14,31 DM – bei einer Wochenarbeitszeit von 46,5 Std. Im Maschinenbau kommen die Arbeiter bei 42,6 Wochenarbeitsstunden auf 14,47 DM/Std. und einen Bruttomonatslohn von 2677 DM. Nebenstehende Lohnverteilung von Still zeigt, daß dies tatsächlich der Fall ist. Nur verschweigt die Statistik, wieviel durch Akkord verdient werden muß. Bei Still geben die Arbeiter im Schnitt 45% Akkord ab, d.h. ein knappes Drittel ihres Lohns. Bei den Hamburger Aluminiumwerken rechnet die Betriebsführung den Arbeitern gerne vor, daß sie einen Stundenlohn von 16 DM erhielten. Sie hat dann gleich die bei der Contischicht übliche Nacht- und Sonntagsarbeit mitgerechnet, die 25% des zum Leben nötigen Lohns ausmachen.

Derartige Statistiken haben u.a. den Zweck, die wirklichen Bedingungen, unter denen die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, wegzulügen, um den Lohnkampf der Arbeiter für hohe Festgeldforderungen zu isolieren.

% der Beschäftigten
Akkordlöhner
Zeitlöhner
Abgerechnete akkordprozente in %
100 110 120 130 140 150 160 170

Effektivlohnverteilung aller Arbeiter und Vorarbeiter (Mai 79)
01
%
1552 1783 2048 2353 2702 3104 DM

als legale Vorschrift durchzusetzen. Die Hamburger Gesundheitsbehörde hat eine interne Regelung vom Gesamtpersonalrat absegnen lassen, wonach im 3. und 4. Kurs 10 Nächte mit einer examinierten Kraft von den Schülerin-

chend Munition liefern, um den Kampf für eine umfassende theoretische wie praktische Ausbildung der Schülerinnen bei entsprechender Bezahlung zu führen.

Aus Dortmund ist bekannt geworden, daß eine Schülerin mit der ÖTV einen Prozeß gegen die Städtischen Kliniken gewonnen hat, und in dem Urteil nicht einmal der Richter sich ge-

Der Trick mit der amtlichen Durchschnittslohnberechnung

b.güt. Auf 14,14 DM ließ der Hamburger Senat durch das Statistische Landesamt den durchschnittlichen Bruttostundenlohn der Hamburger Industriearbeiter (männlich und weiblich) berechnen. Mitgerechnet wurden alle Zuschläge für Überstunden, Akkord, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit.

Der Durchschnittslohn im Schiffbau ist nach amtlicher Statistik 14,31 DM – bei einer Wochenarbeitszeit von 46,5 Std. Im Maschinenbau kommen die Arbeiter bei 42,6 Wochenarbeitsstunden auf 14,47 DM/Std. und einen Bruttomonatslohn von 2677 DM. Nebenstehende Lohnverteilung von Still zeigt, daß dies tatsächlich der Fall ist. Nur verschweigt die Statistik, wieviel durch Akkord verdient werden muß. Bei Still geben die Arbeiter im Schnitt 45% Akkord ab, d.h. ein knappes Drittel ihres Lohns. Bei den Hamburger Aluminiumwerken rechnet die Betriebsführung den Arbeitern gerne vor, daß sie einen Stundenlohn von 16 DM erhielten. Sie hat dann gleich die bei der Contischicht übliche Nacht- und

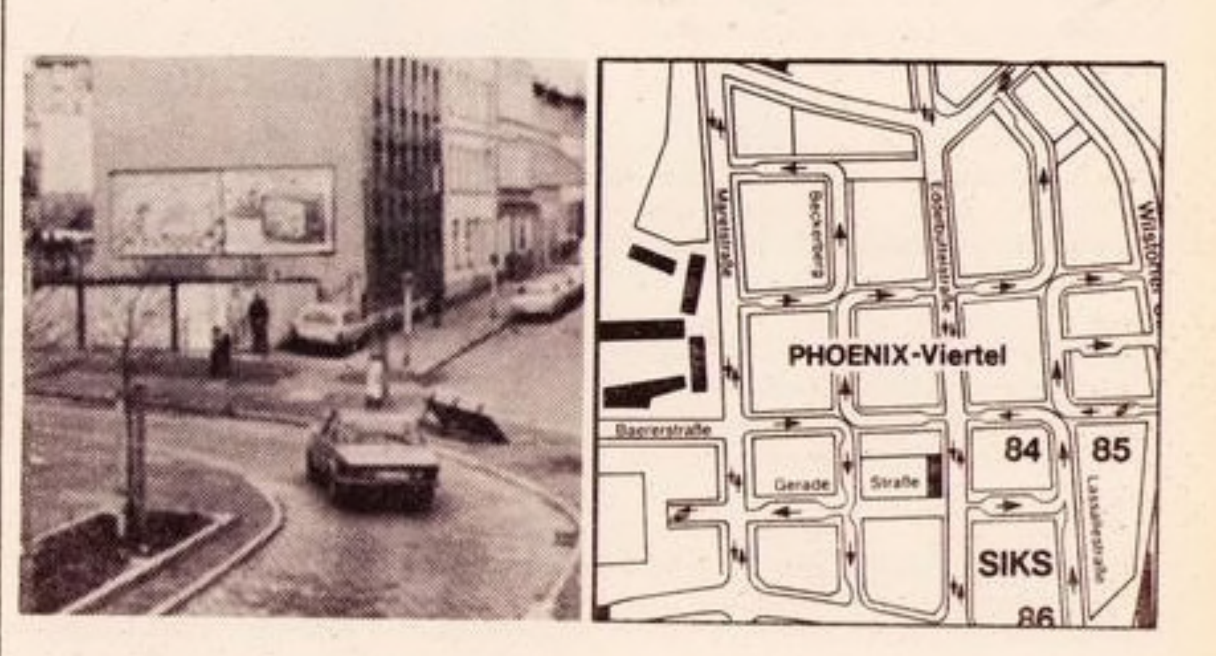
% der Beschäftigten
Akkordlöhner
Zeitlöhner
Abgerechnete akkordprozente in %
Effektivlohnverteilung aller Arbeiter und Vorarbeiter (Mai 79)
01

Verkehrsberuhigtes Phoenix-Viertel
Höhere Mieten sollen verlangt werden

b.jok. Das Phoenix-Viertel hat eine günstige Lage; zur Harburger Innenstadt, zum Bahnhof, zum Phoenix-Hauptwerk sind es nur Minuten. – Also eigentlich gute Bedingungen für Grundeigentümer, hohe Mieten zu kassieren. Tatsächlich ist das Viertel aber ziemlich verfallen, was die Miethöhe drückt. Neben einem Sanierungsprogramm, das Renovierungsmaßnahmen der Grundeigentümer subventioniert, führt der Senat ab 75 ein Programm der ,,Wohnumfeldverbesserung" durch. Zweck ist die Erhöhung der Grundrente, die der Bodenbesitzer über höhere Mieten realisiert. Am ,,Ende (soll) dieses Quartier als qualifizierter, innenstadtnaher Wohnbereich gesichert" werden (staatliche Pressestelle Hamburg, 28.9.79).

Kern dieses Programms sind die ,,Bügelstraßen", die eine gerade Stadt-Durchfahrt durchs Viertel unmöglich machen. Zur verkehrsgünstigen Lage soll dadurch eine ruhige Wohnlage geschaffen werden. Zusätzlich sind einige Bäume aufgestellt worden. Die Forderung der Bewohner nach ausreichenden Spiel- und Erholungsmöglichkeiten für die Kinder wird durch die geringe Gefahr, daß die Kinder überfahren werden, abgestumpft.

Die Einrichtung der Bügelstraßen hat zur Vernichtung von Parkplätzen in großen Ausmaß für die Bewohner des Viertels sowie für die Arbeiter von Phoenix geführt. Die Arbeiter müssen jetzt im Parkverbot parken, was die Stadt zu razziamäßigen Strafzettelaktionen nutzt. Dahinter steckt schon die Absicht, die Arbeiter bräuchten das Auto nicht.



Das System abknickender Einbahnstraßen (Bügelstaßen) verhindert eine Durchfahrt durchs Phoenix-Viertel. Höchstens 40 km/h kann man fahren.





Vier Wochen dauert der Grundlehrgang Metall, den alle Lehrlinge in Metallberufen absolvieren müssen, um das „richtige Gefühl" für die Handhabung der Feile zu bekommen – Schüler demonstrieren für ihre Forderungen.

Meldorfer Berufschule: 12 Stunden Unterricht und Kontrollrecht der Gewerkschaften gefordert

b.gem. Acht Uhr Schulbeginn in der Meldorfer Berufsschule. Einzeln oder in Gruppen kommen die Schüler zur Schule. Ein Teil mit dem Bus und Zug und dann vom Bahnhof oder der Bushaltestelle zur Schule gehetzt. Denn jede Verspätung gibt eine Eintragung, die später im Zeugnis erscheint. Kommt ein Schüler vom Land, z.B. aus Hennstedt, muß er um 6.45 Uhr an der Haltestelle sein, steigt um 7.28 Uhr in Heide in einen D-Zug und ist um 7.35 Uhr in Meldorf. Von da ist es dann noch ein Fußweg von 1½ km zur Schule, und es ist sicher, daß er fünf Minuten nach Unterrichtsbeginn erst da ist. Die Hin- und Rückfahrt beträgt 8 DM. Fast alle der Betriebe zahlen kein Fahrgeld zur Berufsschule. Bei den schlechten Verbindungen, der Schüler aus Hennstedt ist erst um 18.35 Uhr zu Hause, bilden die Schüler oft Fahrgemeinschaften, sobald einer von ihnen durch Überstunden und Schwarzarbeit sich einen Wagen leisten kann.

Die erste Doppelstunde in der Metallklasse MTO IIb ist Fachunterricht. Die 23 Schüler der Klasse sind ausnahmslos aus kleinen Handwerksbetrieben in Dithmarschen. Die Klasse nimmt in Fachrechnen Vektoren durch, die Kräfte darstellen sollen. Diese werden addiert, subtrahiert und Parallelogramme werden bis zum Exzeß geübt. Als nächstes werden praktische Textaufgaben geübt. „Eine Lampe hängt in einer Mitte eines 10 m langen Seiles. Welche Kräfte treten an dem Seil auf?" oder „Berechnen Sie Kräfte, die bei einem Körnerschlag entstehen." Am Ende der Stunde muß der Lehrer feststellen, daß ein Großteil der Schüler die Vektorrechnung nicht verstanden hat. Wen wundert es auch, wo im Betrieb der Schlosser wissen muß, wie man einen Körner ansetzt, aber

Kommt ein Schüler vom Land, z.B. aus Hennstedt, muß er um 6.45 Uhr an der Haltestelle sein, steigt um 7.28 Uhr in Heide in einen D-Zug und ist um 7.35 Uhr in Meldorf. Von da ist es dann noch ein Fußweg von 1½ km zur Schule, und es ist sicher, daß er fünf Minuten nach Unterrichtsbeginn erst da ist. Die Hin- und Rückfahrt beträgt 8 DM. Fast alle der Betriebe zahlen kein Fahrgeld zur Berufsschule. Bei den schlechten Verbindungen, der Schüler aus Hennstedt ist erst um 18.35 Uhr zu Hause, bilden die Schüler oft Fahrgemeinschaften, sobald einer von ihnen durch Überstunden und Schwarzarbeit sich einen Wagen leisten kann.

Die erste Doppelstunde in der Metallklasse MTO IIb ist Fachunterricht. Die 23 Schüler der Klasse sind ausnahmslos aus kleinen Handwerksbetrieben in Dithmarschen. Die Klasse nimmt in Fachrechnen Vektoren durch, die Kräfte darstellen sollen. Diese werden addiert, subtrahiert und Parallelogramme werden bis zum Exzeß geübt. Als nächstes werden praktische Textaufgaben geübt. „Eine Lampe hängt in einer Mitte eines 10 m langen Seiles. Welche Kräfte treten an dem Seil auf?" oder „Berechnen Sie Kräfte, die bei einem Körnerschlag entstehen." Am Ende der Stunde muß der Lehrer feststellen, daß ein Großteil der Schüler die Vektorrechnung nicht verstanden hat. Wen wundert es auch, wo im Betrieb der Schlosser wissen muß, wie man einen Körner ansetzt, aber

nicht, mit welcher Kraft er auf den Körner schlagen muß.

Es ist 9.30 Uhr und jeder sieht zu, so schnell wie möglich auf den Pausenhof zu kommen. Am Kiosk muß man anstehen und will man noch eine Zigarette rauchen, muß man sich beeilen. Beratungen über die Schülerratswahlen, über die letzten Arbeiten finden schnell noch in der Pause statt, Gespräche über die konkreten Erfahrungen mit den Meistern und Betriebsleitern werden geführt, über das letzte Wochenende und ob man mal wieder blau machen soll.

Die nächste Doppelstunde ist Gemeinschaftskunde. Der erste Weltkrieg soll besprochen werden. Ein Arbeitsblatt über den Verlauf des Krieges wird vom Lehrer verteilt. Die Schüler stellen sich auf eine ruhige Stunde ein. Alles, was sie in der nächsten Arbeit wissen sollen, haben sie schwarz auf weiß, ob z.B. ein Herr Schlieffen den Schlachtplan aufgestellt hat, dafür kann und will sich keiner begeistern. Der Rest des Frühstücks wird unter der Bank gegessen oder die Tageszeitung gelesen. Der Großteil der Klasse schaut gelangweilt herum, und am Ende der Stunde hat man Mühe, die Augen noch offen zu halten. Ganz anders in der Pause. Es wird dann darüber diskutiert, was die Ursachen für den Krieg sind und was man heute gegen die steigende Kriegsgefahr tun kann. Andere überlegen, warum solche Diskussionen nicht in der Klasse geführt werden und wollen Referate ausarbeiten, um von der reinen Datenpaukerei wegzukommen und im Unterricht tatsächlich etwas Nützliches zu lernen.

Mit Fachkunde geht der Unterricht weiter. Der Lehrer hat gewechselt. Genormte Wellen und Bohrungen werden durchgenommen und das schon seit längerem. Der Lehrer sagt selbst, daß das ziemlich trockener Stoff ist, aber es sei halt im Lehrplan vorgesehen und er könne da auch nichts machen, einen praktischen Schulunterricht gibt es nicht, und in den Kleinbetrieben fallen solche Arbeiten fast nie an.

Die Schüler denken an den Montag,

Die nächste Doppelstunde ist Gemeinschaftskunde. Der erste Weltkrieg soll besprochen werden. Ein Arbeitsblatt über den Verlauf des Krieges wird vom Lehrer verteilt. Die Schüler stellen sich auf eine ruhige Stunde ein. Alles, was sie in der nächsten Arbeit wissen sollen, haben sie schwarz auf weiß, ob z.B. ein Herr Schlieffen den Schlachtplan aufgestellt hat, dafür kann und will sich keiner begeistern. Der Rest des Frühstücks wird unter der Bank gegessen oder die Tageszeitung gelesen. Der Großteil der Klasse schaut gelangweilt herum, und am Ende der Stunde hat man Mühe, die Augen noch offen zu halten. Ganz anders in der Pause. Es wird dann darüber diskutiert, was die Ursachen für den Krieg sind und was man heute gegen die steigende Kriegsgefahr tun kann. Andere überlegen, warum solche Diskussionen nicht in der Klasse geführt werden und wollen Referate ausarbeiten, um von der reinen Datenpaukerei wegzukommen und im Unterricht tatsächlich etwas Nützliches zu lernen.

Mit Fachkunde geht der Unterricht weiter. Der Lehrer hat gewechselt. Genormte Wellen und Bohrungen werden durchgenommen und das schon seit längerem. Der Lehrer sagt selbst, daß das ziemlich trockener Stoff ist, aber es sei halt im Lehrplan vorgesehen und er könne da auch nichts machen, einen praktischen Schulunterricht gibt es nicht, und in den Kleinbetrieben fallen solche Arbeiten fast nie an.

Die Schüler denken an den Montag,

wenn sie wieder im Betrieb sind und Treppengeländer oder Müllpressen zusammenschweißen müssen. Da kommt es auch oft auf die Genauigkeit an, aber was hat das mit genormten Wellen und Bohrungen zu tun. In einer Umfrage der Landesschülervertretung der Berufsbildenden Schulen sagte ein Energiegeräteelektroniker aus Meldorf: „Die Verbindung von Schule und Beruf müßte besser sein. Es müßten Theorie und Praxis besser zusammenpassen". Die Umfrage selbst wurde im letzten Jahr an einigen Schulen in Schleswig-Holstein durchgeführt. Das Landesschulamt hatte sie verbieten lassen, aber als es in der Schule bekannt wurde, war die Fragebogenaktion schon durchgeführt. In der Begründung zum Verbot wurde angegeben, daß die Fragen 2 bis 5 nicht „rein schulische Fragen" beträfen. Das stimmt auch, aber gerade über diese Fragen wie nach dem Ausbildungsgeld, dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld, nach der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und dem Stand des Fachkundeunterrichts hat es eine rege Debatte unter den Schülern gegeben und sind die Forderungen der Landesschülervertretung von vielen unterstützt worden.

Bei der Tagesschülersprecher- und Gesamtschülersprecherwahl kandidierte ein Schüler auf der Grundlage der Forderung: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, Kontrollrecht der Gewerkschaften über die Berufsausbildung. Ein Lehrer der Meldorfer Gelehrtenschule, der die Tagesschülersprecherwahl durchführte, unterstützte diese Forderung, weil der Stoff viel zu viel ist und nach sechs Stunden Schule kein Schüler mehr etwas aufnehmen kann. Der Schülersprecher, der von der Berufsfachschule kommt, will sich für die Schüler einsetzen, konnte sich zu den Forderungen aber nicht äußern, weil er über die Berufsschule zu wenig wisse. Vertrauenslehrer Zwilling begrüßte die Forderung und äußerte, daß die Lehrer sie vor zwei Jahren auch aufgestellt haben. In der Umfrage der Landesschülervertretung hatten zwölf Prozent der befrag-

kannt wurde, war die Fragebogenaktion schon durchgeführt. In der Begründung zum Verbot wurde angegeben, daß die Fragen 2 bis 5 nicht „rein schulische Fragen" beträfen. Das stimmt auch, aber gerade über diese Fragen wie nach dem Ausbildungsgeld, dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld, nach der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und dem Stand des Fachkundeunterrichts hat es eine rege Debatte unter den Schülern gegeben und sind die Forderungen der Landesschülervertretung von vielen unterstützt worden.

Bei der Tagesschülersprecher- und Gesamtschülersprecherwahl kandidierte ein Schüler auf der Grundlage der Forderung: 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, Kontrollrecht der Gewerkschaften über die Berufsausbildung. Ein Lehrer der Meldorfer Gelehrtenschule, der die Tagesschülersprecherwahl durchführte, unterstützte diese Forderung, weil der Stoff viel zu viel ist und nach sechs Stunden Schule kein Schüler mehr etwas aufnehmen kann. Der Schülersprecher, der von der Berufsfachschule kommt, will sich für die Schüler einsetzen, konnte sich zu den Forderungen aber nicht äußern, weil er über die Berufsschule zu wenig wisse. Vertrauenslehrer Zwilling begrüßte die Forderung und äußerte, daß die Lehrer sie vor zwei Jahren auch aufgestellt haben. In der Umfrage der Landesschülervertretung hatten zwölf Prozent der befrag-

ten Schüler nicht einmal die gesetzlich vorgesehenen acht Stunden Berufsschulunterricht. Daß es aber möglich ist, die Forderung durchzusetzen, sieht man daran, daß z.B. die Elektrotechniker 16 Stunden Unterricht an zwei Tagen haben (Aus Ergebnissen der Fragebogenaktion).

Bedingungslose Einstellung des Berufschulprozesses!

b.sul. Wegen Leitung einer verbotenen Demonstration bzw. wegen Verstoßes gegen polizeiliche Auflagen, also Verletzung des Versammlungsgesetzes, will Richter Hübner im Auftrag des Hamburger Senats Uwe Zabel verurteilen. Er beginnt sein Geschäft am 26.10.79 im Strafjustizgebäude, Sievekingplatz, Raum 142. Die Berufsschüler hatten gegen die Einführung des Kurssystems Demonstrationen durchführen müssen, um die Verschärfung der Konkurrenz zu verhindern. Sie hatten Erfolg, denn bis jetzt konnte Schulsenator Grolle seinen Beschluß in keiner Weise anwenden. Es sieht auch überhaupt nicht so aus, als ob sie mit dem bevorstehenden gerichtlichen Verfahren diese Niederlage, die der Hamburger Senat und seine Schulbehörde haben einstecken müssen, wettmachen könnten. Viele Solidaritätsresolutionen bestärken die Berufsschüler in ihren gerechten Forderungen, bestehen auf dem uneingeschränkten Versammlungs- und Demonstrationsrecht und fordern bedingungslose Einstellung des Verfahrens. In dem Beschluß der Großen Funktionärskonferenz der IG Metall heißt es: „... Im Herbst 1978 hatten über 5000 Hamburger Berufsschüler, darunter viele junge Kolleginnen und Kollegen der IG Metall für ihre berechtigte Forderung gegen die Verkürzung und Verschlechterung ihrer Ausbildung, gegen das Kurssystem zur Schulbehörde demonstriert. Wir verurteilen es auf das entschiedenste, wenn ein Kollege, der als Blocksprecher der G 16 und Mitglied der Demonstrationsleitung gewählter Vertreter war, jetzt als ‚Rädelsführer' herausgegriffen werden soll und mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen bedroht wird. Die Berufsschüler haben von dem von der Arbeiterbewegung erkämpften Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht, um ihre Forderung durchzusetzen ..."

Weitere Resolutionen wurden verabschiedet von: Delegiertenversammlung IG Druck und Papier, Kreisjugendausschuß DGB, Schülerkammer Hamburg, Landesausschuß berufsbildende Schulen, Betriebsjugendgruppe AEG IGM, Ortsjugendkonferenz GdED, Jugendarbeitskreis GHK, Gesamtschülerrat G 16, Vollversammlung und Schülerrat G 5 und G 6, Jugendgruppe GGLF, Handwerksjugendgruppen IGM, OJA IGM und OJA HBV u.a.

Baumschulen – Vorreiter in der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft

b.dim. Die Baumschulkapitalisten brüsten sich zum Auftakt der Saison: „Schleswig-Holsteins Baumschulen haben auch einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Lösung der Ausbildungssituation geleistet ... Die Baumschulen sind damit im erfreulichen Maße dem Aufruf ihres Verbandes und der Landwirtschaftskammer gefolgt, das Lehrstellenangebot angesichts der beklagenswerten jugendlichen Arbeitslosigkeit zu erhöhen."

Haben die Kapitalisten plötzlich Interesse an der Ausbildung der Arbeiterjugend gefunden? In der Tat haben die Baumschulkapitalisten im Jahre 78/79 350 Lehrlinge in 80 anerkannten Ausbildungsbetrieben eingestellt. Vor drei Jahren waren es noch 170, im Schnitt 4,5 Lehrlinge pro Baumschule.

Kleine Baumschulen von 2 bis 8 ha halten sich mit der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft über Wasser (1 bis 5 Lehrlinge). Manche expandieren auch dabei. Große Baumschulen zwischen 60 und 150 ha und solche, die in der Produktion das Hauptgewicht auf die gängigsten und am einfachsten zu vermehrenden Pflanzen legen, halten sich überwiegend Lehrlinge. Die Gebr. Mohr in Elmshorn, denen vom Kapitalistenverband einige Anerkennung gezollt wird, haben dieses System weit entwickelt. Bei einer Belegschaft von ca. 50 Arbeitern sind etwa 25 Gärtnerlehrlinge und 4 bis 5 Bürokaufmannslehrlinge. Je nach Lehrjahr und Alter

b.dim. Die Baumschulkapitalisten brüsten sich zum Auftakt der Saison: „Schleswig-Holsteins Baumschulen haben auch einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Lösung der Ausbildungssituation geleistet ... Die Baumschulen sind damit im erfreulichen Maße dem Aufruf ihres Verbandes und der Landwirtschaftskammer gefolgt, das Lehrstellenangebot angesichts der beklagenswerten jugendlichen Arbeitslosigkeit zu erhöhen."

Haben die Kapitalisten plötzlich Interesse an der Ausbildung der Arbeiterjugend gefunden? In der Tat haben die Baumschulkapitalisten im Jahre 78/79 350 Lehrlinge in 80 anerkannten Ausbildungsbetrieben eingestellt. Vor drei Jahren waren es noch 170, im Schnitt 4,5 Lehrlinge pro Baumschule.

Kleine Baumschulen von 2 bis 8 ha halten sich mit der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft über Wasser (1 bis 5 Lehrlinge). Manche expandieren auch dabei. Große Baumschulen zwischen 60 und 150 ha und solche, die in der Produktion das Hauptgewicht auf die gängigsten und am einfachsten zu vermehrenden Pflanzen legen, halten sich überwiegend Lehrlinge. Die Gebr. Mohr in Elmshorn, denen vom Kapitalistenverband einige Anerkennung gezollt wird, haben dieses System weit entwickelt. Bei einer Belegschaft von ca. 50 Arbeitern sind etwa 25 Gärtnerlehrlinge und 4 bis 5 Bürokaufmannslehrlinge. Je nach Lehrjahr und Alter

erhalten die Lehrlinge zwischen 295 DM und 460 DM brutto. Überstunden, die in großer Anzahl (50- bis 55-Stundenwoche) erzwungen wurden, werden mit 4 bis 6 DM bar auf die Hand gezahlt. Ein Arbeiter erhielt dagegen 8 bis 9 DM/Std. nach Tarif. Übertarifliche Zahlung ist selten und kommt sowieso eher bei höheren Lohngruppen vor.

Durch die Ausbeutung der Lehrlinge steigt der Profit erheblich. Immerhin machten die schleswig-holsteinischen Baumschulen im letzten Jahr einen Umsatz von 300 Mio. DM.



Nur 0,65% der gesamten Ackerfläche, das entspricht 4000 ha, werden von den 800 Baumschulkapitalisten genutzt. Dennoch konnten sie 1978 20% der gesamten ackerbaulichen Erlöse auf sich ziehen.

Die Lehrlinge können genauso eingesetzt werden wie die übrigen Arbeiter. Die Anlernzeit für das Stecklingsstecken und das Herausknüppeln von Ballenpflanzen ist kurz. Alles, was die Lehrlinge lernen, wird ihnen vom Mei-

gegen 8 bis 9 DM/Std. nach Tarif. Übertarifliche Zahlung ist selten und kommt sowieso eher bei höheren Lohngruppen vor.

Durch die Ausbeutung der Lehrlinge steigt der Profit erheblich. Immerhin machten die schleswig-holsteinischen Baumschulen im letzten Jahr einen Umsatz von 300 Mio. DM.



Nur 0,65% der gesamten Ackerfläche, das entspricht 4000 ha, werden von den 800 Baumschulkapitalisten genutzt. Dennoch konnten sie 1978 20% der gesamten ackerbaulichen Erlöse auf sich ziehen.

Die Lehrlinge können genauso eingesetzt werden wie die übrigen Arbeiter. Die Anlernzeit für das Stecklingsstecken und das Herausknüppeln von Ballenpflanzen ist kurz. Alles, was die Lehrlinge lernen, wird ihnen vom Mei-

ster oder den Gehilfen beigebracht oder auch von älteren Lehrlingen. Ausreichend ist dies bei weitem nicht. Die Gebr. Mohr sind dafür bekannt, daß viele ihrer Lehrlinge durch die Prüfung fallen.

BGH-Urteil zur Aburteilung im Wehrkraftzersetzungsprozeß

b.clm. Es wird immer klarer, daß es sich in dem jetzt seit einigen Monaten laufenden Prozeß der Staatsschutzkammer Flensburg gegen vier Verteiler der Volksmiliz entscheidet, ob es Bundeswehrführung, Staatsanwaltschaft und Gericht gelingt, die seit einem Jahr stockende Welle von Wehrkraftzersetzungsprozessen wieder ins Rollen zu bringen. Am 3.10. hat der Bundesgerichtshof den Freispruch der Staatsschutzkammer Flensburg für die Genossen Metzger-Petersen und Koch aufgehoben. Ziel ist, jede Möglichkeit einer Flugblattverteilung an Soldaten und Polizisten, auch wenn sie zufällig an einen in Zivil an einer beliebigen Stelle in der Stadt vorbeikommenden Polizisten erfolgt, als Wehrkraftzersetzung verfolgen zu können. Der imperialistische Gewaltapparat soll vollständig gegen zersetzende Einflüsse abgeschottet werden, den Polizisten und Soldaten auch in ihrer dienstfreien Zeit die Möglichkeit genommen werden, sich über ihre Kampfziele zu verständigen und sich notwendige Nachrichten zu verschaffen

Auf den jetzt stattfindenden Prozeß soll das Urteil gleich doppelte Wirkung zeigen. Erstens ist die Verurteilung zweier Verteiler so erst wirklich möglich, die Flugblätter an den Polizeioffizier Mertelsmann verteilt haben sollen. Zweitens soll die Aufhebung des Freispruchs bewirken, daß Sauer um jeden Preis verurteilt. Nachdem das Gericht die GSG 9 nicht von der Bezeichnung „Metzgerhunde" reinwaschen konnte, nachdem zusätzlich drei Belastungszeugen für das Gericht nichts Brauchbares aussagen wollten, versucht es nun, die Glaubwürdigkeit des Musterzeugen Mertelsmann zu retten. Dieser hatte in zwei verschiedenen Prozessen jeweils das ausgesagt, was zu einer Verurteilung notwendig war. Mit dem Haken, daß sich die Aussagen widersprachen.

Das Gericht ist zu jeder juristischen Verdrehung bereit, um zu Verurteilungen zu kommen. Deshalb können diese nur durch politischen Druck verhindert werden. Zweck der Prozesse ist es, durch Entrechtung, Hungersold und Unterdrückung der einfachen Soldaten



den imperialistischen bewaffneten Apparat gegen die Volksmassen im Innern und gegen andere Völker einsetzbar zu machen. Unterdrückung und Hungersold, Unterdrückung der Soldatenbewegung zu diesem Zweck wird im weiteren Verlauf des Prozesses unter Beweis gestellt. Insbesondere die Gewerkschaften und die wehrpflichtige Jugend haben ein Interesse daran, daß dieser Beweis durchgesetzt wird. Sie müssen das unterstützen.

Hamburger Referendare beschlossen Aktionsprogramm

b.inb. Am 4.10. ist der Referendarvorstand (RV), das Vertretungsorgan der Hamburger Referendare, neu gewählt worden. Der neue RV, der sich aus DKP-Mitgliedern und Jusos zusammensetzt, hatte sich in seinem Programmvorschlag zwar vor wichtigen Aufgaben gedrückt und die Konfrontation mit der Dienstaufsicht vermieden, konnte aber von der Referendarvollversammlung auf Forderungen festgelegt werden, die dem Zusammenschluß der Referendare gegen die wachsende Unterdrückung durch den Staat dienen.

Die Versammlung verpflichtete den RV, sich gegen Mehrarbeit durch bedarfsdeckenden Unterricht, Vertretungsunterricht und Lehraufträge für Referendare auszusprechen. Der RV ist beauftragt worden, den Kampf der Lehrer um Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen und die Beteiligung der Referendare an dem von der GEW geplanten Warnstreik vorzubereiten. Der RV wurde weiter darauf verpflichtet, den Kampf gegen die Unterdrückung im Examen auf Grundlage folgender Forderungen zu führen: Weg mit der Hausarbeit! Solange die Hausarbeit Pflicht bleibt, muß die 4-Wochen-Frist für ihre Erstellung eingehalten werden! Einspruchsrecht des RV bei allen Prüfungsangelegenheiten! Öffentlichkeit der Prüfungen sowie der Prüfungsausschüsse bei der Notenfestlegung!

Eine längere Auseinandersetzung gab es um den Kampf gegen die Berufsverbote. Der RV war in seinem Programm dafür eingetreten, daß die versprochene Liberalisierung der Berufsverbote endlich verwirklicht werden soll. Demgegenüber wurde von einigen Kollegen klargestellt, daß die Berufsverbote solange nicht beseitigt sind, wie die Ministerpräsidentenbeschlüsse nicht vollständig beseitigt und alle Verfassungsschutzakten aus den Personalakten entfernt sind. Der RV hat die entsprechenden Forderungen in sein Programm übernommen. Gleichzeitig sperrte er sich gegen die Forderungen nach Streikrecht und gegen das Beamtenrecht. Nachdem sich etwa die Hälfte der Versammlung für die Forderung nach Streikrecht ausgesprochen hatte, mußte sich der RV auch darauf festlegen lassen. Die Einigung auf dieses Programm war möglich, weil sich in einigen Seminaren vor der Versammlung über die nötigen Forderungen auseinandergesetzt worden war.



r.mak Über 5000 Lehrer demonstrierten am 11.10.79 durch die Hamburger Innenstadt unter den Forderungen: 40-Stundenwoche! Einstellung aller Lehrer! Kleinere Klassen! Auf den Personalversammlungen aller Schularten wurden vorher die Personalräte zur Streikunterstützung aufgefordert.

Pestels „qualifizierte Lehrerausbildung“

r.pee. Eine 11 Seiten lange Begründung hat Minister Pestel zum Entwurf für die „Ordnung der ersten staatlichen Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen im Lande Niedersachsen“ des Kultusministeriums herausgegeben. „Die künftigen Lehrer ... (werden) breiter als bisher qualifiziert“, heißt es darin. Zum 1.1.1980 soll das Machwerk, welches von 18 Paragraphen auf 28 Paragraphen verfeinert wurde und auf dem Niedersächsischen Hochschulgesetz vom 1.10.1978 fußt, insbesondere die Paragraphen 19 – 22, in Kraft treten.

Gab es bisher keine Beschränkungen, wird jetzt laut §5 die Prüfung „schwerpunktmäßig für eine der Schulformen Grund- und Hauptschule abgelegt“, mit vorgeschriebener Fächerkombination: „Erstes oder zweites Unterrichtsfach ...“. Der §15 gibt detaillierte Vorschriften für die im §6 vorgeschriebenen Prüfungsteile von 3 Unterrichtsfächern (bisher 2); zwei vierstündige Klausuren (bisher eine).

Der §14 verlangt „praxismethodische Prüfungen“ in Hauswirtschaft, Technik, Kunst und Sport, wo bisher nicht geprüft wurde, sowie zwei „ausbildungsbegleitende“ Leistungsnachweise (bisher keine). Das Ganze wird „nur in Lehrveranstaltungen für Fortgeschrittene und nur unter prüfungsähnlichen Bedingungen vor einem Mitglied des Prüfungsamtes erbracht“, und von ihm benotet. Als „Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungsteilen“ wird jetzt der „Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an fünf Lehrveranstaltungen“ über „Erstunterricht“ verlangt (§8). Ab dem 3. Semester stehn somit die Studenten unter Druck. Vollends sollen sie der Willkür der Professorenschaft unterworfen werden, denn diese vergeben die benötigten Leistungsnachweise. Und damit nicht genug, hat jeder Student nach dem 4. Semester die vorgeschriebenen Leistungsnachweise nicht, wird ihm das BAföG gestrichen.

Man merkt gleich, es geht nicht um „qualifiziertere Lehrerausbildung“, wie Pestel sich ausdrückte, es geht um qualifizierte Abrichtung. Mit dem Knüppel des Entzugs der materiellen Basis, durch Entzug des Leistungsnachweises, soll den Studenten nichts anderes übrig bleiben, als das eben hinzunehmen, was sie, von den Professoren ausgeheckt, als Lehrinhalt vorgesetzt bekommen. Und ein so abgerichteter zukünftiger Lehrer wird gut vorbereitet, die Funktion als Stufenlehrer auszufüllen. Remmers erhält mobile Lehrer, die er jederzeit von Hauptschul- zu Grundschullehrern zurückstufen kann. Nach der geplanten Verschlechterung der Lehrerbesoldung bedeutet das eine Rückstufung von A 12 auf A 11.

Damit mit der Abrichtung auch alles klappt, muß obendrein entrechtet werden, um somit Voraussetzungen zu schaffen, den Kampf der Studenten gegen solche Prüfungsbedingungen und Verschärfungen durch die Studienreform abzuwürgen. Nach §22 ist „auf Wunsch eines Mitglieds des Prüfungsausschusses (bisher nur des Kandidaten, der Verf.) die Öffentlichkeit auszuschließen“. Auch das Recht des Studenten auf den Prüfer seiner Wahl ist beschnitten und in eine „Kann-Bestimmung“ verwandelt worden. Wurden bisher nur Arbeiten von Studenten mit Noten Eins oder Fünf einem zweiten „Gutachten“ durch Professoren unterworfen, dürfen jetzt überhaupt nur noch Professoren Gutachten erstellen, also die Benotung durch einen wissenschaftlichen Assistenten oder akademischen Rat, die in der Regel die Wahlprüfer der Studenten waren, ist untersagt.

An den Verantwortlichen zur Durchführung des Erlasses ist auch gedacht worden; er steigt vom „Vorsitzenden des örtlichen Prüfungsamtes“ zum „Direktor beim wissenschaftlichen Landesprüfungsamt für Lehrämter“ auf – höher bezahlt – versteht sich.

Lehrer in Niedersachsen bereiten Kampfmaßnahmen vor

r.kab. Der Landesverband in Niedersachsen ruft auf, am 13. November 1979 in der vierten und fünften Unterrichtsstunde die Arbeit niederzulegen. „Seit 1971 ist die Regelstundenzahl der niedersächsischen Lehrer unverändert hoch geblieben. Die Landesregierung weigert sich nach wie vor ..., die notwendigen Konsequenzen für die Arbeitszeit der Lehrer zu ziehen. Sie verschanzt sich hinter dem sogenannten Stillhalteabkommen der Länder“, heißt es im Aufruf der GEW, den 4000 Lehrer unterzeichnen müssen, damit der Landesvorstand die Arbeitsniederlegung beschließt.

Am 13.11.79 treffen sich die Ministerpräsidenten in Celle, um erneut über das Stillhalteabkommen zu verhandeln. Was dabei herauskommt, wird davon abhängen, wie jetzt die Kampfmaßnahmen zur Verkürzung der Arbeitzeit vorbereitet werden, nicht von einem Grundsatzurteil in Lüneburg, nach dem die bestehende Lehrerarbeitszeit „verfassungswidrig“ sein soll. Sind es doch Verfassung und Beamtenrecht, mit denen die Landesregierungen die Lehrer zu fesseln versuchen.

In vielen Beschlüssen vor den Sommerferien ist die große Kampfbereitschaft der Lehrer zum Ausdruck gebracht worden. Daran gemessen sind 4000 Unterschriften nicht viel. Dennoch ist nicht gesichert, daß diese Anzahl rechtzeitig zu den Herbstferien am 24.10.79 erreicht wird.

Für den Streik hat sich am 9.10. die Kreisdelegiertenversammlung Hannover Stadt ausgesprochen. Es wurde überschlagen, daß etwa 400 Lehrer bis zu diesem Zeitpunkt unterschrieben hatten, das ist die Hälfte der im Kreisverband Hannover benötigten Anzahl. Unter anderen haben die Kreisverbände Wolfsburg und Norden mit den Streikvorbereitungen begonnen. In Wolfsburg gibt es ca. 125 Unterschriften. In verschiedenen Orten werden Informationsstände durchgeführt. An einigen Gymnasien (Hannover, Norden) wird in der Zeit vom 12. bis 17.11. eine Aktion „40-Stundenwoche“, in der alle Arbeiten in der Schule erledigt werden, durchgeführt. Gymnasium Garbsen hat einen Dienst „nach Vorschrift“ beschlossen. Kundgebungen in Hannover und dezentral an den Orten werden bereits von den Lehrern geplant. Die Beispiele zeigen, daß es gehen kann, und die Erfahrungen der Bremer Lehrer, sowie die Demonstration in Hamburg sind eine gute Stütze.

Dennoch gibt es Probleme, die Vorbereitungen laufen nicht gleichmäßig, es gibt Spaltung über die Frage des Beamtenrechts. Das macht die Lage gefährlich. Hat der Dienstherr das Beamtenrecht als Knebelungsunstrument in der Hand, können die Lehrer den Kampf nur gegen das Beamtenrecht gewandt führen. Auf Grundlage der §§ 62, 64, 68, NBG, das sind: „Pflicht zur politischen Mäßigung, Verschwiegenheitspflicht, Pflicht zu achtungswürdigem Verhalten, Pflicht zur Befolgung von Weisungen“, hat die Landesregierung die Arbeitszeit der Lehrer mit den Sparerlassen noch erhöhen können, hat sie verstärkt Teilzeitarbeit eingeführt. Diese Paragraphen stehen den Forderungen nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung direkt entgegen. Die sog. Fürsorgepflicht widerspricht der Forderung nach Tarifautonomie. Mit dem Appell an die Fürsorgepflicht und dem „Ausschöpfen“ des Beamtenrechts versucht die GEW-Führung den Kampf um Arbeitszeitverkürzung ideologisch zu führen. Damit stärkt sie das Beamtenrecht, anstatt auf die Kraft der Bewegung zu vertrauen. Die Disziplinierungen gegen 500 Lehrer in Bremen könnten mit einer starken Bewegung in Niedersachsen zurückgekämpft werden, das würde der Landesregierung einige Schwierigkeiten bereiten. Notwendig sind Versammlungen mit Eltern und Schülern, wie an einigen Orten geplant. Mit der Stoßrichtung gegen das Beamtenrecht werden die Eltern auch in ihren Gewerkschaften den Streik unterstützen, man muß sie nicht um „Verständnis bitten“

Besoldungsverteilung bei der Westberliner Polizei

r.kög. Nach den „Zielstellenplänen des Polizeivollzugsdien.tes“, herausgegeben vom Westberliner Senat am 21.3.78, waren für den Westberliner Polizeiapparat 14262 Stellen vorgesehen, für die rund 3,5 Mio DM ausgegeben wurden. Das nachstehende Schaubild stellt dar, wie sich diese Summe auf die dort als Beamte Beschäftigten verteilt. Zum Vergleich ist eine Lohn- und Gehaltsverteilung der im öffentlichen Dienst insgesamt Beschäftigten unterlegt. Die benutzten Brutto-Beträge der beiden Verteilungen entsprechen Effektivlöhnen, d.h. enthalten die dort gewöhnlich gezahlten Dienstalters-und Ortszuschläge.

%
der Beschäftigten
15
10
5
Polizei
öffentlicher Dienst
1024 2048 4096 8192 DM

Auffallend an der Verteilung der Polizei ist insbesondere das relativ hohe „Eintritts-Geld“. Zwischen 1750 und 2410 DM wird den Jugendlichen gezahlt, die in den polizeiapparat eintreten und sich einer „Ausbildung“ dort unterziehen. Im Vergleich zu den in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in der Industrie, aber auch im öffentlichen Dienst ein sehr hoher Betrag. Doch die Nachwuchssorgen sind dadurch auch nicht beseitigt worden und schaut man sich die weitere Verteilung an, erweist sich die relativ hohe Anfangsentlohnung sowieso als bloßes Lockmittel, die mit zunehmenden Dienstjahren nicht entsprechend erhalten bleibt. So bildet die Besoldungsgruppe A9 bereits die obere Grenze des Mittleren Dienstes und reicht von 2180 bis 3020 DM. Und in diesem Bereich etwa liegt auch die große Mehrzahl der Beschäftigten, nämlich ca. 75%. Die untere Grenze dieses Bereichs bildet der Streifendienst, die obere die stellvertretenden Zugführer der Einsatzabteilungen, die Wachleiter, die Kontaktbeamten. Die über die besondere Entrechtung und über das Prinzip von Befehl und Gehorsam organisierte Hierarchie des Polizeiapparates schlägt sich tatsächlich nicht in einer entsprechend zerklüfteten Lohnskala nieder. Es existieren in der Polizei keine unteren Lohngruppen wie in der metallverarbeitenden Industrie, dennoch haben auch die einfachen Polizisten keine Reichtümer.

Die Bourgeoisie hat ein unbedingtes Interesse daran, die Beschäftigten innerhalb des staatlichen Gewaltapparates von den übrigen Lohnabhängigen zu isolieren. Ab den Besoldungsgruppen A14, in der die Leiter eines Abschnitts sind und A15, den Führern einer Einsatzabteilung, werden deshalb vor ihr Schmiergelder gezahlt, doch diese Posten sind rar. Den einfachen Polzisten wird es gewaltsam und durch die fehlende Tarifautonomie und fehlendes Streikrecht schwer gemacht, sich an die Seite der übrigen im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu stellen.

ums herausgegeben. „Die künftigen Lehrer ... (werden) breiter als bisher qualifiziert“, heißt es darin. Zum 1.1.1980 soll das Machwerk, welches von 18 Paragraphen auf 28 Paragraphen verfeinert wurde und auf dem Niedersächsischen Hochschulgesetz vom 1.10.1978 fußt, insbesondere die Paragraphen 19 – 22, in Kraft treten.

Gab es bisher keine Beschränkungen, wird jetzt laut §5 die Prüfung „schwerpunktmäßig für eine der Schulformen Grund- und Hauptschule abgelegt“, mit vorgeschriebener Fächerkombination: „Erstes oder zweites Unterrichtsfach ...“. Der §15 gibt detaillierte Vorschriften für die im §6 vorgeschriebenen Prüfungsteile von 3 Unterrichtsfächern (bisher 2); zwei vierstündige Klausuren (bisher eine).

Der §14 verlangt „praxismethodische Prüfungen“ in Hauswirtschaft, Technik, Kunst und Sport, wo bisher nicht geprüft wurde, sowie zwei „ausbildungsbegleitende“ Leistungsnachweise (bisher keine). Das Ganze wird „nur in Lehrveranstaltungen für Fortgeschrittene und nur unter prüfungsähnlichen Bedingungen vor einem Mitglied des Prüfungsamtes erbracht“, und von ihm benotet. Als „Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungsteilen“ wird jetzt der „Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an fünf Lehrveranstaltungen“ über „Erstunterricht“ verlangt (§8). Ab dem 3. Semester stehn somit die Studenten unter Druck. Vollends sol-

anderes übrig bleiben, als das eben hinzunehmen, was sie, von den Professoren ausgeheckt, als Lehrinhalt vorgesetzt bekommen. Und ein so abgerichteter zukünftiger Lehrer wird gut vorbereitet, die Funktion als Stufenlehrer auszufüllen. Remmers erhält mobile Lehrer, die er jederzeit von Hauptschul- zu Grundschullehrern zurückstufen kann. Nach der geplanten Verschlechterung der Lehrerbesoldung bedeutet das eine Rückstufung von A 12 auf A 11.

Damit mit der Abrichtung auch alles klappt, muß obendrein entrechtet werden, um somit Voraussetzungen zu schaffen, den Kampf der Studenten gegen solche Prüfungsbedingungen und Verschärfungen durch die Studienreform abzuwürgen. Nach §22 ist „auf Wunsch eines Mitglieds des Prüfungsausschusses (bisher nur des Kandidaten, der Verf.) die Öffentlichkeit auszuschließen“. Auch das Recht des Studenten auf den Prüfer seiner Wahl ist beschnitten und in eine „Kann-Bestimmung“ verwandelt worden. Wurden bisher nur Arbeiten von Studenten mit Noten Eins oder Fünf einem zweiten „Gutachten“ durch Professoren unterworfen, dürfen jetzt überhaupt nur noch Professoren Gutachten erstellen, also die Benotung durch einen wissenschaftlichen Assistenten oder akademischen Rat, die in der Regel die Wahlprüfer der Studenten waren, ist untersagt.

4000 Unterschriften nicht viel. Den- tenrecht als Knebelungsunstrument in nis bitten“

Besoldungsverteilung bei der Westberliner Polizei

r.kög. Nach den „Zielstellenplänen des Polizeivollzugsdien.tes“, herausgegeben vom Westberliner Senat am 21.3.78, waren für den Westberliner Polizeiapparat 14262 Stellen vorgesehen, für die rund 3,5 Mio DM ausgegeben wurden. Das nachstehende Schaubild stellt dar, wie sich diese Summe auf die dort als Beamte Beschäftigten verteilt. Zum Vergleich ist eine Lohn- und Gehaltsverteilung der im öffentlichen Dienst insgesamt Beschäftigten unterlegt. Die benutzten Brutto-Beträge der beiden Verteilungen entsprechen Effektivlöhnen, d.h. enthalten die dort gewöhnlich gezahlten Dienstalters-und Ortszuschläge.

% der Beschäftigten 15 10 5 Polizei öffentlicher Dienst 1024 2048 4096 8192 DM

Auffallend an der Verteilung der Polizei ist insbesondere das relativ hohe „Eintritts-Geld“. Zwischen 1750 und 2410 DM wird den Jugendlichen gezahlt, die in den polizeiapparat eintreten und sich einer „Ausbildung“ dort unterziehen. Im Vergleich zu den in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in der Industrie, aber auch im öffentlichen Dienst ein sehr hoher Betrag. Doch die Nachwuchssorgen sind dadurch auch nicht beseitigt worden und schaut man sich die weitere Verteilung

etwa liegt auch die große Mehrzahl der Beschäftigten, nämlich ca. 75%. Die untere Grenze dieses Bereichs bildet der Streifendienst, die obere die stellvertretenden Zugführer der Einsatzabteilungen, die Wachleiter, die Kontaktbeamten. Die über die besondere Entrechtung und über das Prinzip von Be-

Reichtümer.

Die Bourgeoisie hat ein unbedingtes Interesse daran, die Beschäftigten innerhalb des staatlichen Gewaltapparates von den übrigen Lohnabhängigen zu isolieren. Ab den Besoldungsgruppen A14, in der die Leiter eines Abschnitts sind und A15, den Führern ei-

Dr. rer. pol. E.A. DER STAAT – IDEE & WIRKLICHKEIT

KAP. III: VOM WESEN DES MENSCHEN



„Der menschliche Geist ist nicht von der Art, daß er rein als Geist zu sein vermöchte. Er bedarf des Körpers als Medium. Selbst wenn der menschliche Geist ohne Körper existieren könnte, so wäre er doch nicht das, was er ist.“ (S. 94)

„Der Staat hat der Körperlichkeit des Menschen Rechnung zu tragen, sie zu respektieren und sich um sie zu sorgen. Hier liegt ein wichtiger, wenn auch nicht ausschließlicher Grund für die staatliche Tätigkeit ...“ (S. 93)



„Menschsein heißt, der Kommunikation fähig und bedürftig zu sein. Erst im Umgang mit Seinesgleichen, im geistigen und existentiellen Austausch mit anderen Personen ist der Mensch ganz Mensch. Ohne diesen Umgang und Austausch könnten auch seine sonstigen Wesensmerkmale nicht zu voller Entfaltung kommen.“ (S. 94)

„Indem ich die Rückwendung auf mich selbst vollziehe, mich auf mich selbst besinne und wertend zu mir Stellung nehme, indem ich mich sodann an dem messe, was mir als Idee meiner selbst vorschwebt, bin ich imstande, mein eigenes Sein zu formen. (...) Dies ist es, was wir unter der Selbstmächtigkeit des Menschen verstehen.“ (S. 109)

„Das Wesen des Menschen überhaupt, die Idee des Menschen liegt fest. Sie ist, was sie ist, und kann vom Menschen selbst nicht geändert werden, vermag nicht, Gegenstand seines Entwurfs zu sein, ist vielmehr selbst der Maßstab, an dem die Entwürfe der Menschen von sich selbst zu messen sind. Je näher diese Entwürfe der Idee des Menschen kommen, desto vollkommener sind sie, je weiter sie sich von ihr entfernen, desto mißglückter sind sie. Der Mensch kann sein Wesen auch verfehlen.“ (S. 110)



Steuern zahlen die Bauern wirklich reichlich

Einkommensteuerverschärfung ist der CDU nicht ausgefeilt genug / Grunderwerbsteuerreform in Gang gesetzt

z.mif. Die Pläne zur Ausweitung der Buchführungs- und Einkommensteuerpflicht in der Landwirtschaft, die Ertl/Matthöfer ausgeheckt haben (vgl. KVZ 27/79), hat sich der Bundesrat in seiner Sitzung am 28.9. nicht zu eigen gemacht. Nicht weil die CDU gegen höhere Steuern für die Bauern wäre, sondern weil die Reform nicht straff genug den Zwang zur Buchführung durchsetze. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum kritisierte, daß die Bauern mit Einkommen bis 36000 DM durch den Entwurf nicht zur ,,vereinfachten Buchführung" gezwungen werden könnten, da sie nicht umsatzsteuerpflichtig seien und somit keine Belege hätten. Daher würde die Besteuerung bis zum Bereich von 36000 DM entweder weiterhin auf Grundlage von Steuerschätzungen nach Durchschnittssätzen erfolgen, ,,oder die Finanzämter werden gehalten, wesentlich schärfere Schätzungsverfahren als bisher für die Besteuerung einzuführen", um die Bauern so zu zwingen, ihre in Wirklichkeit weit geringeren Gewinne mittels Buchführung nachzuweisen. Gaddum ist dagegen, daß mangels gesetzlicher Regelung die Frage der Verschäfung der Steuerplünderung auf die Finanzverwaltung abgewälzt wird. Die Folgerung aus dieser Argumentation kann nur sein: Ausweitung der Buchhaltungspflicht auf Klein- und Mittelbauern, wegen der damit verbundenen größeren ,,Gerechtigkeit" der Steuer, die dann nicht mehr auf Schätzungen beruht. Das entspricht Matthöfers Motto: ,,Die Neuregelung bezweckt vor allem mehr Steuergerechtigkeit innerhalb der Land- und Forstwirtschaft. Sie soll nicht vorrangig dazu dienen, Steuermehreinnahmen zu erzielen." (Gesetzentwurf) Ist vorrangig die Gerechtigkeit eingeführt, wird nach bewährten Steuerprogressionsmustern auf breiter Front an die Mehreinnahmen gegangen.

Verabschiedet hat der Bundesrat in der gleichen Sitzung den Entwurf eines Grunderwerbsteuergesetzes, der von sieben Ländern quer durch die Fraktionen eingebracht wurde. Bisher sind etwa 80% der Grundstückskäufe von der 7%igen Grunderwerbsteuer befreit, das Steueraufkommen betrug 1978 1802 Mio. DM. Jetzt soll, ebenfalls wegen der Gerechtigkeit, mit den Ausnahmen, zu denen auch die Landwirtschaft gehört, Schluß sein, künftig wird der Steuersatz 2% betragen, zur Schonung der Spekulanten und Schröpfung der Bauern und der hausbauenden Lohnabhängigen. Von der Grunderwerbsteuer ausgenommen sollen nur noch innerfamiliäre Grundstücksverkäufe der Bourgeoisie und der diplomatische Bereich sein. In der Landwirtschaft wurde 1977 30319 mal Grunderwerb getätigt, 30173 ha wechselten dabei den Besitzer, der Durchschnittspreis betrug 22160 DM/ha, das Gesamtvolumen 668,6 Mio. DM. Demnach hätte der Staat, konkret die Landkreise, die in der Regel über diese Steuer verfügen, 1977 13,4 Mio. DM von den Bauern kassiert.

Und welche Steuern zahlen die Bauern sonst?

Steuerleistungen in der Landwirtschaft
Wirtschaftsjahr 1976/77, in Mio. DM

Betriebssteuern	
Grundsteuer	438
Kraftfahrzeugsteuer	142
Sonstige Steuern	20
	600
Landwirtschaftsabgabe	70
	670
Private Steuern	
Einkommensteuer	406
Kirchensteuer	35
Lastenausgleichsabgaben	96
Kraftfahrzeugsteuer	29
Sonstige Steuern	12
	578
Steuerleistung insg.	1248

Die *Grundsteuer* wird vierteljährlich eingetrieben, ihre Höhe hängt bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken vom Ertrag des Grundstücks ab, ferner ist der Hebesatz von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. In Schleswig-Holstein sind in der Gemeinde Kotzenbüll 7,80 DM je ha vierteljährlich zu zahlen, in der Gemeinde Winnert 13,50 DM/ha. Die Grundsteuer macht damit auf den statistischen Reinertrag je ha von 174 DM zwischen 17% und 31% aus.

Die *Kraftfahrzeugsteuer* beträgt 14,40 DM / 100 ccm Hubraum, von ihr ausgenommen sind lediglich die landwirtschaftlichen Zugmaschinen.

Die *Lastenausgleichsabgaben* beruhen auf dem Lastenausgleichsgesetz, nach dem bis zum 31. März dieses Jahres in vierteljährlichen Raten eine Entschädigung für den Verlust der ,,deutschen Ostgebiete" zu zahlen war, in einer Höhe von 50% des Vermögens, das man 1948 in der BRD besaß, einschließlich seither aufgehäufter Zinsen. Mit Hilfe eines bürokratischen Apparats werden diese Zahlungen als ,,Lastenausgleich" vor allem an die Junker gezahlt, die über ihrem Kriegsabenteuer die geraubten Güter eingebüßt haben. Das Gesamtvolumen dieses Lastenausgleichs beträgt bisher 117 Milliarden DM.

Gorleben: Nötigungsprozesse gegen sieben Bauern – Einstellung gefordert, Mai-Blockade gerecht



150 Bauern und Gegner der Kernenergie haben sich am 11.10 vorm Amtsgericht Uelzen versammelt, um die 7 angeklagten Bauern im Kampf gegen die Nötigungsprozesse zu unterstützen. ,,Warum sieben? Wir sind alle nicht schuldig" – ,,Wir wollen in Frieden leben, aber wir wollen nicht in Frieden untergehen." Die Transparente an den Treckern drücken die Kampfentschlossenheit der Bauern aus. Sie fordern die Einstellung der Prozesse. Sie wollen erreichen, daß das Gericht die Mai-Blockade als gerecht anerkennen muß. Auf Grund der Einheit der Bauern ist es nicht gelungen, das Gutsbesitzerehepaar von Blottnitz aus der Front der Bauern rauszubrechen.

Deutsch-holländischer Schweinekrieg – BRD setzt sich durch

z.elb. Am 2. Oktober schließen die BRD-Imperialisten die Grenze für die Einfuhr niederländischen Schweinefleisches. Als Hüter der Volksgesundheit spielen sie sich auf und fordern von der niederländischen Regierung die Ausdehnung der Untersuchung des Fleisches auf Trichinen auf jedes Schwein, wie es in der BRD nach Vorschrift gehandhabt werden sollte. In den Niederlanden wird jedes 100. Tier untersucht. – Nach der BRD und Frankreich sind die Niederlande der drittgrößte Schweinefleischproduzent in der EG; 30% ihrer Exporte gehen in die BRD. Am 10. Oktober ist der Schweinefleischkrieg beendet: Die BRD-Imperialisten setzen durch, daß in den Niederlanden neun zusätzliche Labors zur Kontrolle des für den Export bestimmten Fleisches eingerichtet werden. Die dadurch bedingte Anhebung der Produktionskosten für die niederländischen Agrarkapitalisten verschafft den BRD-Imperialisten einen Konkurrenzvorteil. Das mit der Grenzschließung verbundene zweite Ziel der BRD-Imperialisten, die Verschlechterung der Fleischkontrolle, d.h. die Senkung der eigenen Kosten, dürfte erreicht werden: Die EG-Kommission muß über eine ,,angemessene" Fleischbeschaumethode entscheiden und hat schon verlauten lassen, daß ,,die deutschen Anforderungen weiter gehen, als vom gesundheitlichen Standpunkt nötig".

Nahrungsmittelmonopole senken Gemüseanbau

z.doj. 1979 wurden gegenüber dem Vorjahr die Gemüseanbauflächen um 5% auf 5147 ha eingeschränkt. Herbstweißkohl und Buschbohnen, Möhren und Erbsen sowie Rotkohl konnten nur noch zu durchschnittlich 13% weniger angebaut werden. Seit 1948 haben die westdeutschen Imperialisten die Anbauflächen auf weniger als die Hälfte hinuntergedrückt. Obwohl Gemüse wegen seines Mineralstoff- und Vitamingehaltes wesentlicher Bestandteil der menschlichen Nahrung ist und klimatisch hier günstig angebaut werden kann, wurde der Selbstversorgungsgrad in der BRD von 1966: 55% auf 1976: 31% gedrückt. Über 80% der Gemüsebauern haben weniger als 2 ha. Die meisten können sich Unterglasanbau finanziell nicht leisten, sind damit jahreszeitabhängig und zu Vertragslieferungen an die Gemüseverarbeitungsindustrie gezwungen. Die Nahrungsmittelkapitalisten drücken die Gemüsepreise mit von anderen Ländern erzwungenen Billigsteinfuhren. Sie kaufen z.B. Tomaten aus Rumänien und Bulgarien zu Niedrigstpreisen ein, fast ebenso niedrig aus Ägypten, Marokko, Israel und den Kanarischen Inseln. Auch die Einfuhrtomaten aus Spanien liegen noch wesentlich unter den durchschnittlichen EG-Preisen. Diesem Preisdruck konnten die Bauern in Westdeutschland nicht

Sowjetische Viehwirtschaft vor dem Zusammenbruch

,,Förderung" der privaten Viehhaltung: Ablieferpflicht von Jungtieren

z.rua. Die Mißernten von 1972 und 1975 in der Sowjetunion zogen massenhafte Notschlachtungen nach sich. 1975 wurde z.B. der Bestand an Schweinen um 20% reduziert. Am 1.1.1978 betrug der Bestand an Rindern 112,7 Mio., der an Schweinen 70,5 Mio. und der an Schafen und Ziegen 141 Mio. (Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1978). Nach der ebenfalls offiziellen Zeitung ,,Ekonomitscheska-

tung aus dieser Argumentation kann nur sein: Ausweitung der Buchhaltungspflicht auf Klein- und Mittelbauern, wegen der damit verbundenen größeren ,,Gerechtigkeit" der Steuer, die dann nicht mehr auf Schätzungen beruht. Das entspricht Matthöfers Motto: ,,Die Neuregelung bezweckt vor allem mehr Steuergerechtigkeit innerhalb der Land- und Forstwirtschaft. Sie soll nicht vorrangig dazu dienen, Steuermehreinnahmen zu erzielen." (Gesetzentwurf) Ist vorrangig die Gerechtigkeit eingeführt, wird nach bewährten Steuerprogressionsmustern auf breiter Front an die Mehreinnahmen gegangen.

Verabschiedet hat der Bundesrat in der gleichen Sitzung den Entwurf eines Grunderwerbsteuergesetzes, der von sieben Ländern quer durch die Frak-

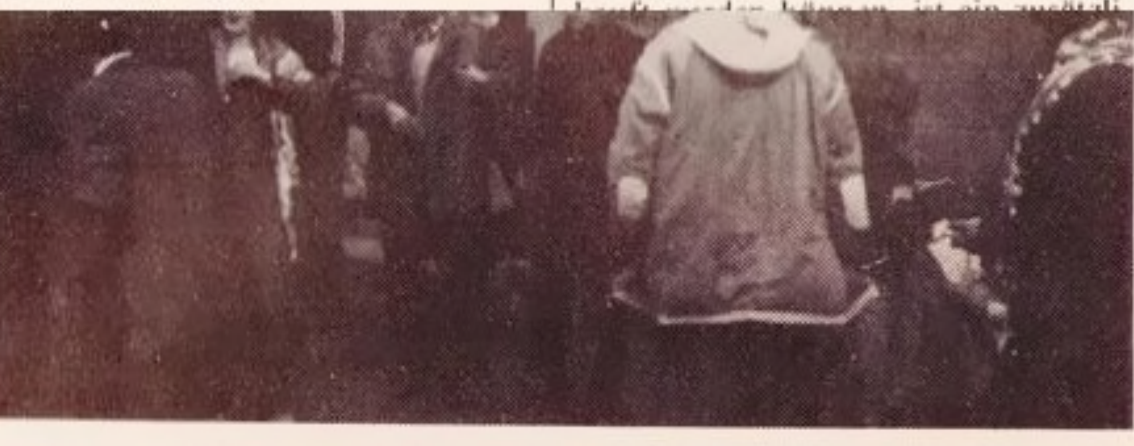
so notwendig. Anfang 1979 mußten den Kolchosen 7,3 Mrd. Rubel fällige Schulden gestundet werden, weil sie zahlungsunfähig waren. Seit 1975 werden die dauernd unrentabel wirtschaftenden Kolchosbetriebe zwangsweise den Sowchosen bzw. den agro-industriellen Komplexen einverleibt. Die Anzahl der Kolchosen sank in diesem Zeitraum von 28500 auf 26300, die Zahl der Sowchosen stieg von 18100

Kraftfahrzeugsteuer 142
Sonstige Steuern 20
600
Landwirtschaftsabgabe 70
670
Private Steuern
Einkommensteuer 406
Kirchensteuer 35
Lastenausgleichsabgaben 96
Kraftfahrzeugsteuer 29
Sonstige Steuern 12
578
Steuerleistung insg. 1248

Die Grundsteuer wird vierteljährlich eingetrieben, ihre Höhe hängt bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken vom Ertrag des Grundstücks ab, ferner ist der Hebesatz von Gemeinde zu Ge-

1978 kauften die staatlichen Aufkaufstellen 70% der gesamten Fleisch-, 63% der Milch- und 61% der Eierproduktion auf. Der Erzeugerpreis für Fleisch lag hier z.B. zwischen 1,55 und 1,57 Rubel pro kg. Er sinkt gemessen an den vor allem durch Verteuerung von Ersatzteilen und Futter steigenden Erzeugerkosten beständig. Mehr und mehr wird die private Viehhaltung zur Substistenzwirtschaft.

ten, für 1 kg Rindfleisch 3,51 Stunden. 1 Liter Milch erforderte eine halbe Stunde Arbeitszeit, 1 Ei 14 Minuten. Auch der angeblich seit 1929 ,,feste Brotpreis" fordert inzwischen pro kg die Verausgabung von einer halben Arbeitsstunde (Berechnungen nach Stat. Jahrbuch 1978). Ob diese für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Nahrungsmittel letztenendes in den staatlichen Läden überhaupt ge-



150 Bauern und Gegner der Kernenergie haben sich am 11.10 vorm Amtsgericht Uelzen versammelt, um die 7 angeklagten Bauern im Kampf gegen die Nötigungsprozesse zu unterstützen. ,,Warum sieben? Wir sind alle nicht schuldig" – ,,Wir wollen in Frieden leben, aber wir wollen nicht in Frieden untergehen." Die Transparente an den Treckern drücken die Kampfentschlossenheit der Bauern aus. Sie fordern die Einstellung der Prozesse. Sie wollen erreichen, daß das Gericht die Mai-Blockade als gerecht anerkennen muß. Auf Grund der Einheit der Bauern ist es nicht gelungen, das Gutsbesitzerehepaar von Blottnitz aus der Front der Bauern rauszubrechen.

Standpunkt nötig".

Nahrungsmittelmonopole senken Gemüseanbau

z.doj. 1979 wurden gegenüber dem Vorjahr die Gemüseanbauflächen um 5% auf 5147 ha eingeschränkt. Herbstweißkohl und Buschbohnen, Möhren und Erbsen sowie Rotkohl konnten nur noch zu durchschnittlich 13% weniger angebaut werden. Seit 1948 haben die westdeutschen Imperialisten die Anbauflächen auf weniger als die Hälfte hinuntergedrückt. Obwohl Gemüse wegen seines Mineralstoff- und Vitamingehaltes wesentlicher Bestandteil der menschlichen Nahrung ist und klimatisch hier günstig angebaut werden kann, wurde der Selbstversorgungsgrad in der BRD von 1966: 55% auf 1976: 31% gedrückt. Über 80% der Gemüsebauern haben weniger als 2 ha. Die meisten können sich Unterglasanbau finanziell nicht leisten, sind damit jahreszeitabhängig und zu Vertragslieferungen an die Gemüseverarbeitungsindustrie gezwungen. Die Nahrungsmittelkapitalisten drücken die Gemüsepreise mit von anderen Ländern erzwungenen Billigsteinfuhren. Sie kaufen z.B. Tomaten aus Rumänien und Bulgarien zu Niedrigstpreisen ein, fast ebenso niedrig aus Ägypten, Marokko, Israel und den Kanarischen Inseln. Auch die Einfuhrtomaten aus Spanien liegen noch wesentlich unter den durchschnittlichen EG-Preisen. Diesem Preisdruck konnten die Bauern in Westdeutschland nicht

mehr standhalten, und die Inlandsproduktion von Tomaten wurde auf 8% hinuntergedrückt.

Sowjetische Viehwirtschaft vor dem Zusammenbruch

,,Förderung" der privaten Viehhaltung: Ablieferpflicht von Jungtieren

z.rua. Die Mißernten von 1972 und 1975 in der Sowjetunion zogen massenhafte Notschlachtungen nach sich. 1975 wurde z.B. der Bestand an Schweinen um 20% reduziert. Am *1.1.1978* betrug der Bestand an Rindern 112,7 Mio., der an Schweinen 70,5 Mio. und der an Schafen und Ziegen 141 Mio. (Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1978). Nach der ebenfalls offiziellen Zeitung ,,Ekonomitscheskaja Gazeta" gab es in der Sowjetunion am *1.10.1978* nur noch 89,2 Mio. Rinder, 58,4 Mio. Schweine und 127,1 Mio. Schafe und Ziegen. Innerhalb von 10 Monaten also eine durchschnittliche Reduzierung um 21%, wobei der Bestand an Kühen um 38% sank. Dies, obwohl die Ernte 1977 durchschnittlich war und die des Jahres 1978 ein Rekordergebnis von 235 Mio. t brachte. Seit Beginn der 70er Jahre jedoch steckt die sowjetische Landwirtschaft in einer tiefen Krise, deren Auswirkungen sich zunehmend verschärfen. In diesem Jahr werden die Getreideerträge mit 180 Mio. t um 40 Mio. t unter den Planvorhaben liegen und verheerende Folgen für die Viehwirtschaft und die Ernährungslage der Volksmassen haben.

In der Ruinierung der Viehwirtschaft spiegelt sich die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie drastisch wider. Bei ständigen Appellen, den Tierbestand und die Tierproduktion zu steigern, werden keine Maßnahmen getroffen, um die Futtermittel*grundlage* zu schaffen. Mit Beginn des 10. Planjahrfünfts 1976 wurden die staatlichen Investitionen auf Kosten der Sowchose verstärkt in die Schwerindustrie gelenkt; die eigenverantwortlich wirtschaftenden Kolchosbetriebe sind bis über die Ohren bei der Staatsbank verschuldet. Gegenüber einer jährlichen Brutto-Produktion von 7 – 8 Mrd. Rubel müssen sie pro Jahr 9,5 Mrd. Rubel investieren, wovon die Hälfte auf Reparatur- und Ersatzteilkosten fällt. Eine jährliche Kreditaufnahme von 1,5 – 2,5 Mrd. Rubel ist also notwendig. Anfang 1979 mußten den Kolchosen 7,3 Mrd. Rubel fällige Schulden gestundet werden, weil sie zahlungsunfähig waren. Seit 1975 werden die dauernd unrentabel wirtschaftenden Kolchosbetriebe zwangsweise den Sowchosen bzw. den agro-industriellen Komplexen einverleibt. Die Anzahl der Kolchosen sank in diesem Zeitraum von 28500 auf 26300, die Zahl der Sowchosen stieg von 18100 auf 20500.

Maschinerie und Stallungen sind – soweit vorhanden – veraltet und verrottet, die Hektarerträge stagnieren und liegen im Weltmaßstab auf geringem Niveau. Als Hauptviehfutter wird Stroh zu Silage verarbeitet, die kaum Eiweiß enthält. Aufgrund dieses Eiweißmangels muß dem Vieh die vierfache Menge an Silage gegenüber Hafer verfüttert werden. Besonders arbeits- und kostenintensiv ist die Aufzucht von Muttertieren. Gemessen an den Jungtier-Erträgen müssen auf 1 kg Rindfleisch 15,1 kg Futter verwendet werden, bei Schweinen 11,2 kg. Der chronische Eiweißmangel des Viehs beeinträchtigt die Fruchtbarkeit und verlangsamt das Wachstum. Die Jahresmilchleistung pro Kuh liegt z.B. mit 2218 kg um knapp die Hälfte unter dem Stand der BRD (4313 kg).

Seit Beginn dieses Jahres forcieren die Sozialimperialisten die ,,Förderung der privaten Viehhaltung". Die Arbeiter der Kolchosen und Sowchosen werden angehalten, auf ihrem Nebenerwerbsland von 0,2 – 0,5 ha verstärkt Vieh zu halten. Für den Kauf einer Kuh können sie bei der Staatsbank Kredite mit fünfjähriger Laufzeit aufnehmen, von staatlichen Stellen Futter erwerben und gegen Gebühren ihr Vieh besamen und auf staatlichem Weideland grasen lassen. Eine eigene Vieh*zucht* können sie jedoch nicht betreiben. Anfang September faßte das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR einen Beschluß, daß ab sofort in privaten Wirtschaften geworfenes Jungvieh von staatlichen Stellen zwecks Mast aufzukaufen ist.

1978 kauften die staatlichen Aufkaufstellen 70% der gesamten Fleisch-, 63% der Milch- und 61% der Eierproduktion auf. Der Erzeugerpreis für Fleisch lag hier z.B. zwischen 1,55 und 1,57 Rubel pro kg. Er sinkt gemessen an den vor allem durch Verteuerung von Ersatzteilen und Futter steigenden Erzeuger*kosten* beständig. Mehr und mehr wird die private Viehhaltung zur Substistenzwirtschaft.

1978 betrug der *durchschnittliche* pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch in der Sowjetunion 57 kg im Jahr (BRD: 87,5 kg). Bei einem monatlichen Einkommen über 100 Rubel (33% aller Beschäftigten) lag er bei 88 kg. Für ⅔ aller Beschäftigten ergibt sich daraus ein pro-Kopf-Verbrauch von 45 kg. Der Bruttolohn eines Kolchos-Arbeiters betrug 1976 98,5 Rubel (58,5% des Industriearbeiterlohns). Um 1 kg Schweinefleisch zum Preis von 2 Rubel zu kaufen, mußte er 3,34 Stunden arbeiten, für 1 kg Rindfleisch 3,51 Stunden. 1 Liter Milch erforderte eine halbe Stunde Arbeitszeit, 1 Ei 14 Minuten. Auch der angeblich seit 1929 ,,feste Brotpreis" fordert inzwischen pro kg die Verausgabung von einer halben Arbeitsstunde (Berechnungen nach Stat. Jahrbuch 1978). Ob diese für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Nahrungsmittel letztenendes in den staatlichen Läden überhaupt gekauft werden können, ist ein zusätzlicher Risikofaktor.

Bis 1985 haben die Sozialimperialisten die Steigerung der Fleischproduktion von 15,2 Mio. t (1978) auf 19,5 Mio. t angeordnet. Werden die Pläne nicht erfüllt, werden die Aufkaufpreise weiter reduziert, die Verkaufspreise hingegen für das inzwischen zur ,,Luxusware" gewordene Fleisch erhöht. Spaltung zwischen Industriearbeitern und Landarbeitern ist der politische Kern zwecks Verschärfung der Ausbeutung insgesamt.



Die Rückständigkeit in der Entwicklung der Produktivkraft zeigt sich drastisch bei der Zuckerrübenernte. Bei 1,6% der Gesamt-Anbaufläche werden 10,6% des gesamten Arbeitsaufwands verausgabt. Grund, die Arbeitshetze zu verschärfen. Auf dem Schild: Namen der Arbeiterinnen und Höhe ihrer Planverpflichtung.

Die Spenger Bauern kämpfen zäh gegen den Flugplatz

z.kiu. Über 4000 Bauern, Arbeiter, Angestellte und Jugendliche führten am 25. September in Spenge, Kreis Herford, eine Demonstration durch gegen den von der Stadt Bielefeld geplanten Bau des Flugplatzes Nagelsholz. 180 Bauern führten die Demonstration mit Treckern und Schleppern an. 14000 Leute aus dem Kreis Herford und den angrenzenden Bielefelder Stadtgebieten haben beim Regierungspräsidenten Einspruch eingelegt gegen den Flugplatzbau. 20 Bauern, denen das Land des geplanten Flugplatzes gehört, haben in einer von ihnen unterschriebenen Resolution erklärt, daß sie nicht bereit sind, ihr Land zu diesem Zweck zu verkaufen. Demgegenüber halten Landtag, Stadtrat und die Bielefelder Kapitalisten an ihrer Forderung fest, ,,der ... ostwestfälische Wirtschaftsraum muß an das deutsche und europäische Luftverkehrsnetz angeschlossen werden ... ." Frech erklärt der Lederwarenkapitalist Krämer in einem Leserbrief: ,,Ich bin der Meinung, daß die Interessen der Allgemeinheit vor die Interessen einzelner gestellt werden müssen." Die Sprecherin der Bauern erklärte auf der Abschlußkundgebung der Demonstration: ,,18 Jahre haben die Bielefelder, die den Flugplatz wollen, an unserer Existenz gerüttelt. Aber wir sind in unserem Widerstand zusammengewachsen."

Die Enge des Marktes macht die Elektro-Monopole verwundbar

z.frb. Die in der Elektrobranche tätigen Kapitalisten befinden sich in einem Stellungskrieg. Auf einem nur noch schwach expandierenden Markt sind die Anteile der konkurrierenden Kapitalistenklassen seit der Krise von 1975 festgeschrieben. Für Zehntel Prozente werden die waghalsigsten Unternehmungen in Gang gesetzt. Nur 80% des fixen Kapitals ist ausgelastet. Störung der Produktion, Ausfall von Lieferungen sind in dieser Lage Schreckensgedanken für die Kapitalisten eines jeden Landes. Nicht nur die Profite für die Dauer eines Streiks sind dann entschwunden. Jetzt oder nie, sagt sich die Konkurrenz. Was jetzt gewonnen ist, ist für die Zukunft gewonnen, und was jetzt verloren ist, ist für die Zukunft verloren. Die Transportkosten sind gering, das Vertriebsnetz ist eng, wo die Front einbricht, kann sofort nachgestoßen werden. Die Verwundbarkeit der Kapitalisten drängt sich auf.

Die 30 größten Elektromonopole

Firma	Land	Umsatz Mrd. $	Beschäftigte
1 Gen. Electric	USA	19,6	401000
2 Philips	NL	15,1	387900
3 ITT	USA	15,3	379000
4 IBM	USA	21,1	325517
5 Siemens	BRD	13,9	322000
6 W. Electric	USA	9,5	161000
7 Gen.d'Electr.	F	7,0	152000
8 Westinghouse	USA	6,1	141394
9 Hitachi	J	9,1	138690
10 AEG-Telefunken	BRD	6,0	131500
11 Thomson-Brandt	F	5,1	114600
12 RCA	USA	5,9	111000
13 Toshiba	J	5,7	100000
14 Brown-Boveri	CH	4,5	98500
15 Thorn El.Ind.	GB	1,9	82400
16 Electrolux	S	2,7	75631
17 Texas Instr.	USA	2,0	68521
18 LM Ericsson	S	2,0	65100
19 Mitsubishi	J	3,3	64996
20 Samsung Group	Süd-korea	2,0	62214
21 Motorola	USA	1,8	60000
22 Plessey	GB	1,1	58692
23 Textron	USA	2,8	57810
24 Teledyne	USA	2,2	48700
25 ASEA	S	2,2	43071
26 Emerson El.	USA	1,8	42900
27 Grundig	BRD	1,2	37449
28 Gould	USA	1,6	37127
29 Standard T.C.	GB	1,0	36199
30 Northern Eng.	GB	0,9	35989

Die westdeutsche Elektroindustrie ist dem Umsatz nach der drittgrößte Industriezweig des verarbeitenden Gewerbes. Der Anteil machte 1978 10,4% aus. Den Beschäftigten nach steht die Branche an zweiter Stelle nach dem Maschinenbau. Ende 1978 wurden 985000 Arbeiter und Angestellte von dem in diesem Zweig angelegten Kapital ausgebeutet. 15% waren ausländischer Nationalität, 40% sind Frauen.

Die Elektroindustrie galt jahrelang als expandierende Industrie. Damit ist es vorbei. Betrug die Wachstumsrate im Durchschnitt der Jahre 1969 – 73 11,3%, so im Schnitt der Jahre 1974 – 78 noch 4,0%.

Mit dieser Entwicklung geht eine Änderung in der Zusammensetzung der Teilmärkte einher. Der Absatz von Gebrauchsgütern hat einen starken Einbruch erlebt und der Umsatzanteil sank von 1976 bis 1978 von 25,6% auf 24,0%. Dagegen weitete sich der Anteil der Investitionsgüter von 56,2% auf 57,5% aus. Der Verband der Elektrokapitalisten (ZVEI) konstatiert seit 1977 einen Wandel. ,,Bis dahin bestimmten nämlich sowohl in den Aufschwüngen als auch in den rezessiven Phasen die Gebrauchsgüter weit stärker als die Investitionsgüter das jeweilige Ausmaß des Wachstums durch überdurchschnittliche Ausweitung bzw. Einschränkungen. Seit 1977 wurde das Wachstum dagegen von den Investitionsgütern getragen.'' Und damit ist es auch nicht weit her. Bei starkstromtechnischen Investitionsgütern dauert die jahrelange Stagnation an. Überdurchschnittliche Bestellungen verzeichnet lediglich die Nachrichtentechnik, technische Grundlage für die Erhöhung der Produktivität und Intensität der Arbeit. Aber selbst bei den EDV-Einrichtungen ging die Nachfrage schon Ende 1978 in Stagnation über.

Neue Märkte sind kaum zu erschließen, gekämpft wird um die Aufteilung der bestehenden Märkte. 45% der Produktion in Westdeutschland gehen auf die Exportmärkte. Der Anteil der Einfuhr am inländischen Absatz beträgt 32%. Am engsten sind die Beziehungen innerhalb Europas. Etwa 70% des westdeutschen Exports gehen nach Europa, das meiste (43,5%) in die EG. Die größten Empfängerländer sind Frankreich (11,7%; 1960 gingen dorthin erst 3,7%), Niederlande (9,3%), Italien (8,2%), Österreich (6,4%), Belgien-Luxemburg (6,2%), Iran (5,6%), Großbritannien (5,4%), Schweiz (5,1%), USA (3,7%).

Anteile am Welt-Elektromarkt (in %)

	1965	1970	1976	1977	1978
USA	24	23	21	21	21
BRD	20	18	19	19	19
Japan	10	17	18	19	19
Großbrit.	12	9	8	8	8
Frankreich	7	7	8	8	8
Italien	5	6	5	6	5
Niederlande	8	6	6	5	5

(Quelle: Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) Stat. Berichte)

Die Abhängigkeit der westdeutschen Imperialisten von den Außenmärkten und der Einfluß, den die Kämpfe der Arbeiter anderer Länder über die Handelsbeziehungen der Kapitalisten auf die Kampfbedingungen in Westdeutschland ausüben, wird noch deutlicher, wenn man die Produktionsanteile vergleicht. Während die USA, die BRD und Japan je ein rundes Fünftel des Exportmarktes halten, beuten US-Monopole die Hälfte aller von den 30 größten Elektromonopolen der Welt ausgebeuteten Lohnarbeiter aus, BRD-Monopole 13,3%, japanische Monopole 10,8%. Der niederländische Philips-Konzern hat die Arbeitskraft von 10,5% der Arbeiter und Angestellten angekauft, die französischen Monopole unter den 30 größten 7,2%, die britischen 5,8%, Schweden 5%.

Die Kenntnis dieser Daten erleichtert es, dem Gegner eine Niederlage beizubringen.

Nachrichtenlage Metallindustrie: Harte Arbeit am Aufbau der Lohnfront, aber eine richtige Forderung ist noch lange nicht gesichert

Heinz Kluncker hat gegenüber dem Handelsblatt erklärt, man wolle sich bei der Stuktur der Forderung an der Industrie ausrichten. Ihm schiene eine Forderung von x Prozent, mindestens aber soundsoviel DM am gerechtestens. Eugen Loderer wurde von der ,,Welt am Sonntag'' gefragt, ob er in der Größenordnung von 10,5% fordern wolle. Über die genaue Höhe der Forderung, kann heute, vier Monate vor Auslaufen der geltenden Tarifverträge noch nichts gesagt werden, antwortet er. Prompt muß er sich fragen lassen, ob vielleicht nicht doch ein Abschluß von Typ des 4,3% / 13 Monate Tarifs in Frage käme. Loderer: ,,Und wir würden völlig unglaubwürdig vor unserer Mitgliedschaft stehen, wenn wir so etwas auch nur ins Auge fassen würden. Ein solches Verlangen der Unternehmer ist so anmaßend arrogant und auch provokativ, daß eine Gewerkschaft, die auf sich was hält, darauf mit aller Schärfe reagieren muß''. – Wenn er einen Hauch von Aussicht wittert, daß derartiges geschluckt würde, wird Loderer also Prozente aufstellen lassen und zwar erstaunlich niedrig. Kluncker wird dann der Großen Tarifkommission raten, sich ,,an der Industrie zu orientieren''. So liest man diese Äußerungen im Klartext.

Kleve, 3.9.79. Vertrauensleuteversammlung der Probat-Werke. Nach Angaben des 1. Bevollmächtigten der IG Metall Verwaltungsstelle Bocholt, Marschner, soll ein Ausschuß für Tarifpolitik die Aufstellung einer gemischten Forderung vorgeschlagen haben: Für die Lohngruppen 2 – 6 ein Festbetrag für alle gleich, für die Lohngruppen ab Ecklohn aufwärts eine Prozentforderung. Er halte 10% für angemessen.

Köln, 14.9.79. Betriebsversammlung bei DIAG / Kolb. IGM-Sekretär Malzkorn erklärt, daß die IGM-Vertreterversammlung einen Beschluß über die sofortige Vorbereitung der Lohnauseinandersetzung gefaßt hat, in dem die Aufstellung einer hohen Lohnforderung gefordert wird sowie eine Demonstration gegen die Preisstreiberei der Kapitalisten ins Auge gefaßt wird.

Krefeld, 18.9.79. Loderer vor 250 Funktionären auf der IGM-Funktionärskonferenz über Ablehnung der Kündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen und den bevorstehenden Tarifkampf: ,,Wir wollen unsere ganze Kraft auf die kommende Tarifrunde konzentrieren... Heute zeichnen sich die Konturen für die Tarifrunde ab. Gesamtmetall ist gerüstet.'' Die IGM werde sich auf Lohn- und Gehalt- ohne Nebenforderungen konzentrieren. Die 9%-Forderung der Presse sei konstruiert.

Wuppertal, 19.9.79. IG Metall Vorstandsmitglied Herr spricht auf der Betriebsversammlung der Neimann & Co. KG zum Tarifkampf. Dabei zieht er die Forderung nach Abschaffung der LG 2 in Erwägung. Die 9% seien zwar nicht durch die IG Metall ins Spiel gebracht, unter Berücksichtigung der Preissteigerung und Produktionssteigerung müsse die Forderung jedoch hoch ausfallen, womöglich als Sockel- und Prozentforderung.

Saarlouis, 20.9.79. Konferenz der Vertrauensleute der Ford-Werke Saarlouis in Saarwellingen. Die IG Metall werde in der Tarifpolitik keinen Kurswechsel vornehmen, erklärte der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Völklingen, Kurt Hartz, jedoch müßten die Preissteigerungsrate von 4,9%, die Produktivitätsrate und die Umverteilungskomponente voll in die Forderung einbezogen werden. Höhe und Art der Forderung, ob Festgeld oder Prozent, müßten von der Tarifkommission festgelegt werden, fest stehe jedenfalls schon, daß die unteren Lohngruppen verstärkt angehoben werden müßten.

Baunatal, 28.9.79 Betriebsversammlung der VW-Werke in Kassel. Der VK-Vorsitzende Riemann spricht sich für eine hohe Tarifforderung aus. Betriebsratsvorsitzender Mihr macht sich für eine ,,realistische Politik'' im Tarifkampf stark und für eine Steuerreform. Mit seiner Forderung nach Steuerreform wandte er sich direkt gegen einen Redebeitrag, in dem ein Steuerfreibetrag von 25% des Durchschnittslohns gefordert worden war.

Hannover, 29.9.79. Vertreterversammlung des IG-Metall-Bezirks. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, erklärte, noch habe der Vorstand der IGM weder über die Höhe noch über den Inhalt der Tarifforderung beraten. Er werde das tun, sobald genügend Beschlüsse von seiten der einzelnen Tarifbezirke vorlägen. Der Vorsitzende der IGM-Ortsverwaltung, Klaus Wagner, rief auf, die Tarifauseinandersetzungen vorzubereiten. In Anbetracht der Lage müßten ,,harte Auseinandersetzungen'' eingeleitet werden.

Köln, 29.9.79. Arbeitskreis Klein- und Mittelbetriebe der IGM in Köln-Ehrenfeld. Nach Angaben des Kölner IGM-Sekretärs, Malzkorn, ist der IGM-Hauptvorstand für eine Lohnforderung in Festgeld als Mindestbetrag und Prozenten. Denkbar sei z.B. eine Forderung von 10%, mindestens 150 DM.

Bruchsal, 30.9.79. Beratung der Großen Tarifkommission der IGM Nordwürttemberg/Nordbaden, Mitte September. Es habe eine längere Auseinandersetzung zwischen Vertretern einer Forderung nach 200 DM Festgeld und einem Forderungsvorschlag des Vorstands von 10% gegeben. In der Abstimmung habe sich schließlich eine Mehrheit für einen dritten Vorschlag – gemischte Forderung 10% / 150 DM mindestens – ergeben.

Braunschweig, 1.10.79. Betriebsversammlung bei VW Braunschweig. Zum anstehenden Lohnkampf äußerte sich IGM Bevollmächtigter, Leuendorf: ,,Solidarische Lohn- und Tarifpolitik ist eine Existenzfrage der Gewerkschaften, deshalb auch gegen Nachschlagsforderung''. Eine Reallohnverbesserung für 1980 sei nötig und möglich. Nötig sei auch eine Steuerentlastung, die nicht auf die Tariferhöhung angerechnet werden darf. Leuendorf sprach sich insbesondere für die Erhöhung der untersten Einkommen aus: ,,Wir lassen unsere Kollegen in den unteren Einkommen nicht zu Fürsorgeempfängern werden.''

Hamburg, 3.10.79. Große Funktionärsversammlung der IGM. Der Ortsverwaltungsvorsitzende Müllner, Mitglied des IGM-Vorstandes, erklärte, daß angesichts der Lohnsituation großer Unmut bestehe und begrüßte in diesem Zusammenhang die Initiative der Vertrauensleutekörper von Haller und Meurer und von AEG N4, die 170 DM bzw. 175 DM, 8% mindestens fordern. Vorstandsmitglied Preis redete lange: ,,Der Vorstand der IGM und die Gesamtorganisation werden sich dem Lohndiktat der Unternehmer nicht beugen ... Aber die Stimmung in den Betrieben, wie ist die eigentlich ... (Gelächter bei den Delegierten) ... Extratouren wie Nachschlag kann es nicht geben, die geschlossene Organisation muß sich auf die Tarifrunde vorbereiten, der Kampf um den Lohn 79/80 wird ein politischer Kampf ...'' Nach mit Beifall unterstützten Beiträgen u.a. der Vertrauensleute von Haller und Meurer und von AEG N4 erklärte Preis zum Schluß: mit Müllner an der Spitze seien die Vorstandsmitglieder aus dem Norden bereits für Festgeld eingetreten, bzw. für eine höhere Anhebung der unteren Lohngruppen.

Heilbronn, 3.10.79. Funktionärsversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Heilbronn. Der 1. Bevollmächtigte Zwickel erklärte vor über 200 Betriebsräten und Vertrauensleuten: Bei der Art der Forderung sei bisher der große Wurf noch nicht gelungen, die absoluten Löhne und Gehälter gingen deshalb auseinander. Die hauptamtlichen Funktionäre der Verwaltungsstelle hätten sich bis jetzt auf die Formel ,,x DM gleich, möglicherweise hoch ansetzen, und darauf einige Prozent'' geeinigt, ähnlich wie die ÖTV in den letzten Jahren. ,,Gleicher Betrag für alle könnt ihr vergessen, der kann nicht so hoch sein, daß alle zufrieden sind.''

Bielefeld, 6.10.79. Die Vertrauensleutekörper von Gildemeister und Thyssen-Rheinstahl beschließen für den Tarifkampf 79/80 die Forderung nach 200 DM / 12% mehr.

Dortmund, 10.10.79. Gemeinsame Sitzung der IGM-Stadtteilgruppe Scharnhorst, Derne und Kirchderne. HV-Mitglied Janßen erläuterte die Vorstellungen des Hauptvorstandes über die notwendige Tarifforderung: Anhebung der Lohngruppen unter dem Ecklohn durch einen Festgeldbetrag, Konzentration auf den Lohn. Noch sei, erklärte Janßen, die Aufstellung einer Forderung zu früh, um nicht ein Trommelfeuer von Unternehmer, ihrer Institute und des Wirtschaftsministeriums auf sich zu lenken.

8 Westinghouse USA 6,1 141394
9 Hitachi J 9,1 138690
10 AEG-Telefunken BRD 6,0 131500
11 Thomson-Brandt F 5,1 114600
12 RCA USA 5,9 111000
13 Toshiba J 5,7 100000
14 Brown-Boveri CH 4,5 98500
15 Thorn El.Ind. GB 1,9 82400
16 Electrolux S 2,7 75631
17 Texas Instr. USA 2,0 68521
18 LM Ericsson S 2,0 65100
19 Mitsubishi J 3,3 64996
20 Samsung Group Süd-korea 2,0 62214
21 Motorola USA 1,8 60000
22 Plessey GB 1,1 58692
23 Textron USA 2,8 57810
24 Teledyne USA 2,2 48700
25 ASEA S 2,2 43071
26 Emerson El. USA 1,8 42900
27 Grundig BRD 1,2 37449
28 Gould USA 1,6 37127
29 Standard T.C. GB 1,0 36199
30 Northern Eng. GB 0,9 35989

Die westdeutsche Elektroindustrie ist dem Umsatz nach der drittgrößte Industriezweig des verarbeitenden Gewerbes. Der Anteil machte 1978 10,4% aus. Den Beschäftigten nach steht die Branche an zweiter Stelle nach dem Maschinenbau. Ende 1978 wurden 985000 Arbeiter und Angestellte von dem in diesem Zweig angelegten Kapital ausgebeutet. 15% waren ausländischer Nationalität, 40% sind Frauen.

Die Elektroindustrie galt jahrelang als expandierende Industrie. Damit ist es vorbei. Betrug die Wachstumsrate im Durchschnitt der Jahre 1969 – 73

Frankreich (11,7%; 1960 gingen dorthin erst 3,7%), Niederlande (9,3%), Italien (8,2%), Österreich (6,4%), Belgien-Luxemburg (6,2%), Iran (5,6%), Großbritannien (5,4%), Schweiz (5,1%), USA (3,7%).

Anteile am Welt-Elektromarkt (in %)
1965 1970 1976 1977 1978
USA 24 23 21 21 21
BRD 20 18 19 19 19
Japan 10 17 18 19 19
Großbrit. 12 9 8 8 8
Frankreich 7 7 8 8 8
Italien 5 6 5 6 5
Niederlande 8 6 6 5 5
(Quelle: Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) Stat. Berichte)

Die Abhängigkeit der westdeutschen Imperialisten von den Außenmärkten und der Einfluß, den die Kämpfe der Arbeiter anderer Länder über die Handelsbeziehungen der Kapitalisten auf die Kampfbedingungen in Westdeutschland ausüben, wird noch deutlicher, wenn man die Produktionsanteile vergleicht. Während die USA, die BRD und Japan je ein rundes Fünftel des Exportmarktes halten, beuten US-Monopole die Hälfte aller von den 30 größten Elektromonopolen der Welt ausgebeuteten Lohnarbeiter aus, BRD-Monopole 13,3%, japanische Monopole 10,8%. Der niederländische Phi-

einandersetzung gefaßt hat, in dem die Aufstellung einer hohen Lohnforderung gefordert wird sowie eine Demonstration gegen die Preisstreiberei der Kapitalisten ins Auge gefaßt wird.

Krefeld, 18.9.79. Loderer vor 250 Funktionären auf der IGM-Funktionärskonferenz über Ablehnung der Kündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen und den bevorstehenden Tarifkampf: ,,Wir wollen unsere ganze Kraft auf die kommende Tarifrunde konzentrieren... Heute zeichnen sich die Konturen für die Tarifrunde ab. Gesamtmetall ist gerüstet.'' Die IGM werde sich auf Lohn- und Gehalt- ohne Nebenforderungen konzentrieren. Die 9%-Forderung der Presse sei konstruiert.

Wuppertal, 19.9.79. IG Metall Vorstandsmitglied Herr spricht auf der Betriebsversammlung der Neimann & Co. KG zum Tarifkampf. Dabei zieht er die Forderung nach Abschaffung der LG 2 in Erwägung. Die 9% seien zwar nicht durch die IG Metall ins Spiel gebracht, unter Berücksichtigung der Preissteigerung und Produktionssteigerung müsse die Forderung jedoch hoch ausfallen, womöglich als Sockel- und Prozentforderung.

Saarlouis, 20.9.79. Konferenz der Vertrauensleute der Ford-Werke Saarlouis

freibetrag von 25% des Durchschnittslohns gefordert worden war.

Hannover, 29.9.79. Vertreterversammlung des IG-Metall-Bezirks. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, erklärte, noch habe der Vorstand der IGM weder über die Höhe noch über den Inhalt der Tarifforderung beraten. Er werde das tun, sobald genügend Beschlüsse von seiten der einzelnen Tarifbezirke vorlägen. Der Vorsitzende der IGM-Ortsverwaltung, Klaus Wagner, rief auf, die Tarifauseinandersetzungen vorzubereiten. In Anbetracht der Lage müßten ,,harte Auseinandersetzungen'' eingeleitet werden.

Köln, 29.9.79. Arbeitskreis Klein- und Mittelbetriebe der IGM in Köln-Ehrenfeld. Nach Angaben des Kölner IGM-Sekretärs, Malzkorn, ist der IGM-Hauptvorstand für eine Lohnforderung in Festgeld als Mindestbetrag und Prozenten. Denkbar sei z.B. eine Forderung von 10%, mindestens 150 DM.

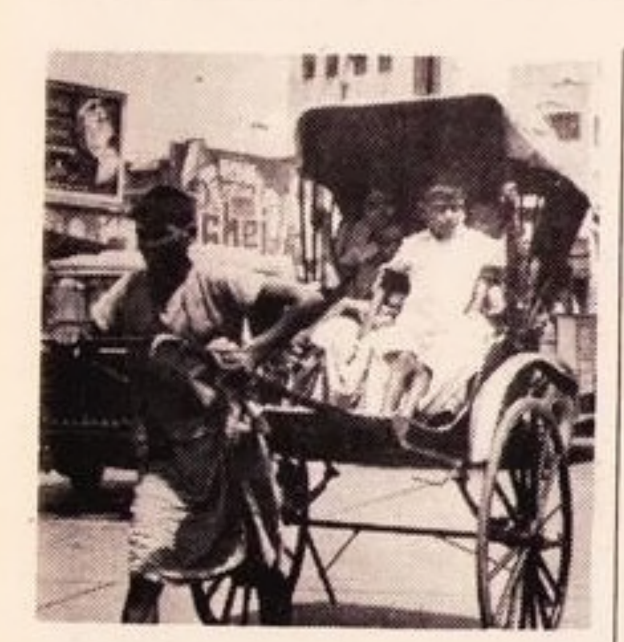
Bruchsal, 30.9.79. Beratung der Großen Tarifkommission der IGM Nordwürttemberg/Nordbaden, Mitte September. Es habe eine längere Auseinandersetzung zwischen Vertretern einer Forderung nach 200 DM Festgeld und einem Forderungsvorschlag des Vorstands von 10% gegeben. In der Abstimmung habe sich schließlich eine Mehrheit für einen dritten Vorschlag

mit Beifall unterstützten Beiträgen u.a. der Vertrauensleute von Haller und Meurer und von AEG N4 erklärte Preis zum Schluß: mit Müllner an der Spitze seien die Vorstandsmitglieder aus dem Norden bereits für Festgeld eingetreten, bzw. für eine höhere Anhebung der unteren Lohngruppen.

Heilbronn, 3.10.79. Funktionärsversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Heilbronn. Der 1. Bevollmächtigte Zwickel erklärte vor über 200 Betriebsräten und Vertrauensleuten: Bei der Art der Forderung sei bisher der große Wurf noch nicht gelungen, die absoluten Löhne und Gehälter gingen deshalb auseinander. Die hauptamtlichen Funktionäre der Verwaltungsstelle hätten sich bis jetzt auf die Formel ,,x DM gleich, möglicherweise hoch ansetzen, und darauf einige Prozent'' geeinigt, ähnlich wie die ÖTV in den letzten Jahren. ,,Gleicher Betrag für alle könnt ihr vergessen, der kann nicht so hoch sein, daß alle zufrieden sind.''

Bielefeld, 6.10.79. Die Vertrauensleutekörper von Gildemeister und Thyssen-Rheinstahl beschließen für den Tarifkampf 79/80 die Forderung nach 200 DM / 12% mehr.

Dortmund, 10.10.79. Gemeinsame Sitzung der IGM-Stadtteilgruppe Scharnhorst, Derne und Kirchderne. HV-Mitglied Janßen erläuterte die Vorstellungen des Hauptvorstandes über die not-



z.rül. **Die 30000 Rikschafahrer in Kalkutta (Indien) kämpfen gegenwärtig um den Aufbau einer eigenen Gewerkschaft, um sich besser gegen die Ausbeutung durch die Besitzer der Rikschas und die ständigen Schikanen durch Polizei und Stadtverwaltung zur Wehr zu setzen.** Die meisten Fahrer sind ehemalige Bauern, die erst vor kurzem von den Grundbesitzern und Banken von ihrem Land vertrieben wurden. Sie müssen sich täglich zehn bis zwölf Stunden schinden, um durchschnittlich zehn Rupien zu verdienen. Die Besitzer der Rikschas kassieren davon ein Drittel ein, so daß die Fahrer im Monat gerade 200 Rupien verdienen (ca. 50 DM). Das entspricht dem Preis für eine Mahlzeit am Tag für eine Familie. Die Arbeiter wohnen in elenden Löchern und werden oft die Opfer von Tuberkulose und anderen Krankheiten. Stadtverwaltung und Polizei schikanieren die Fahrer ständig wegen angeblich fehlender Erlaubnis für die Rikschas. Die Polizei zieht dann die Fahrzeuge ein und gibt sie erst gegen die Zahlung von 40 Rupien, also fast einem Wochenlohn, wieder heraus. Dagegen traten die Fahrer vor kurzem zum ersten Mal in einen 24-stündigen Streik.

z.rül. **Seit dem 17.9. streiken 6000 Hafenarbeiter in Kalkutta, dem wichtigsten Hafen an der Ostküste Indiens.** Die Hafenkapitalisten hatten 1974 den Arbeitern die Akkordzuschläge gestrichen und konnten erst vor kurzem von den Gewerkschaften gezwungen werden, die Streichungen rückgängig zu machen und die Zuschläge rückwirkend ab 1.4.1978 auszuzahlen. Die Arbeiter fordern, daß die Zuschläge vom 1.1.1974 an nachgezahlt werden. Die Hafenverwaltung erklärte am 23.9. den Streik für illegal und setzte 1000 Soldaten als Streikbrecher ein. Als am 3. Oktober etwa 500 Hafenarbeiter diese Streikbrecherarbeiten zu verhindern versuchten, eröffnete die Polizei das Feuer auf sie. Vier Arbeiter wurden erschossen, sechs verwundet und 59 verhaftet. Trotz der Streikbrecherarbeiten ist die Zahl der nicht entladenen Schiffe inzwischen auf über 50 angestiegen.

z.mif. **Die 2500 Elektrizitätsarbeiter Kolumbiens haben ihren Streik erfolgreich beendet.** Nach zweieinhalbmonatigem Arbeitskampf gestand die Elektrizitätsgesellschaft von Bogotá Ende September Lohnerhöhungen von 26% in den nächsten zwei Jahren zu sowie andere Verbesserungen. Der Generalstreik vom 14. September (vgl. KVZ 40/79) hat die Arbeiterklasse Kolumbiens gestärkt. Die mehr als 13000 Beschäftigten des Finanzministeriums stehen nach Berichten seit dem 22. August im Streik um höhere Löhne. Der Streik hat in gewissem Umfang die Regierungsgeschäfte beeinträchtigt. In Barranquilla, einer großen Hafenstadt am Karibischen Meer, einem Hauptumschlagplatz für den US- und Europa-Handel, traten am 28. September 1500 Hafenarbeiter in Streik gegen die von der Regierung verfügte Änderung der Anfangszeiten. Seit Jahren verlangen die Imperialisten von der kolumbianischen Regierung promptere Bedienung in den Häfen beim Abtransport kolumbianischer Produkte, vor allem des Kaffees, und bei der Einfuhr der imperialistischen Exporte. Sie fordern Einstellung von nicht gewerkschaftlich organisierten Saisonarbeitern. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter hat das bisher verhindern können; jedoch hat die Regierung im letzten Jahr zeitweise die Hafenarbeiter von Buenoventura, dem großen Pazifik-Hafen, entlassen und durch Militär ersetzt.

z.gek. **,,Ohne Ergebnis ist der seit vier Monaten andauernde Streik der Lehrer Perus abgebrochen worden'', freut sich ,,Associated Press'' in einer Meldung vom 4. Oktober.** Ohne Ergebnis? Die Mehrzahl der peruanischen Lehrer hat diesen Streik standhaft und geschlossen unter den Forderungen ihrer revolutionären Gewerkschaft, der SUTEP, geführt: Verdoppelung der Löhne von (umgerechnet) 172 DM im Monat, die unter IWF-Diktat ,,eingefroren'' bleiben sollen! Feste Anstellungsverträge! Wiedereröffnung der Hochschule für Lehrerausbildung! Rücknahme der 5000 Entlassungen und Freilassung der Verhafteten vom Streik im letzten Jahr! – Jetzt sind erneut Tausende gekündigt worden; 300 Funktionäre der SUTEP sind in Haft. 10 Tote und Dutzende Verletzte haben die Lehrer zu beklagen. Und dennoch wurde ihr Streik nicht gebrochen, sondern sie mußten ihn wegen nacktem Hunger einfach aufgeben. Die SUTEP ist nicht zerschlagen. Die Einheit mit den Gewerkschaften der Arbeiter, den Ligen und Komitees der Bauern im ganzen Land ist nur fester geworden. Gerade diese das ganze Land umfassende Einheit und Organisation der Volksmassen zu zerschlagen, war aber das Ziel der Militärregierung und der sie kommandierenden Imperialisten gewesen. – Über den angekündigten ,,Aktivsaldo von 1250 Mio. $ für Ende 1979'' reiben sich die IWF-Gläubiger nun die Hände (Nachrichten für Außenhandel, 27.9.).

z.lup. **Seit dem 24. April streiken die 78 Arbeiter der Teigwarenfabrik Fattis & Monis in Azania.** Der Streik war ausgelöst worden durch die Entlassung von 5 Arbeitern, die ihre Gewerkschaft aufgefordert hatten, für die Durchsetzung eines wöchentlichen Mindestlohns von 40 Rand (= 90 DM), der 40-Stunden-Woche, regelmäßiger Tuberkulose-Untersuchungen sowie der Anerkennung ihrer Gewerkschaft den

AEG N4: In der Rüstungsproduktion Verschärfung der Ausbeutung durch Zeituhren und Schicht

z.uwz. Die AEG-Kapitalisten wittern in der Rüstungsproduktion bei N4 Morgenluft und Extraprofite. Nicht nur Export, sondern ,,Ausbau der Kapazitäten im Ausland'' (Dr. Blydt Hansen, Geschäftsleitung) wollen sie. Fregatte 122 und Panzerzielgeräte für Leopard 2 zur Expansion. Dafür müssen sie die Arbeiter in Westdeutschland verschärft ausbeuten und Kapital anhäufen. In dem Werk Wedel sieht man das deutlich. Schon im Tagbetrieb bringt die Ausbeutung von 32 Arbeitern an NC-Dreh- und Fräswerken den AEG-Kapitalisten einen Extraprofit. Um diesen zu steigern, lassen sie die Maschinerie, die pro Stück ca. 1 Mio. DM gekostet hat, rund um die Uhr laufen. Die Arbeit an den NC-Werken, deren Produktivität ca. 40 Dreher an herkömmlichen Heidenreich-Bänken ersetzen, erfordert höchste Konzentration von den Einrichtern. Der Maschinenbediener muß neben laufender Kontrolle auch noch die Werkstücke entgraten. Das alles bei ständigem Lärm und schlechter Luft, angetrieben durch ein Zeitlohnsystem mit Zeitvorgaben verbunden mit einer ,,Leistungsbeurteilung für Arbeiter''. Dagegen haben sich die Arbeiter immer zusätzliche Pausen erkämpft, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. Der Arbeitstag soll jetzt mittels der Einführung von Zeituhren, einer Art Fahrtenschreibern, die auf 6 Sekunden genau feststellen können, ob der Arbeiter arbeitet oder nicht, verdichtet werden. Bei jedem Maschinenstillstand müssen verschiedene Knöpfe getätigt werden (Einrichten, Reparatur usw), so daß die Kapitalisten jede kostbare Minute zur Ausbeutung des Arbeiters haben.

Ohne Kampf geht es nicht ab, so wurde bereits vor einem Jahr bei N42P kurz die Arbeit niedergelegt, um die Montage der Uhren zu verhindern. Der Betriebsrat beschloß damals, daß die Uhren weg müssen.

In allem, was die AEG-Kapitalisten durchsetzen wollen, müssen sie Front gegen die IG Metall bei AEG N4 machen. Versuche, den Vertrauenskörper-Leiter Uwe Zabel zu entlassen oder die Debatte um den Lohnkampf auf der Betriebsversammlung zu unterdrücken, scheiterten an der wachsenden Einheit der Belegschaft, die auch in dem einstimmigen Beschluß des Vertrauenskörpers der IGM im Lohnkampf 175 DM/mindestens 8% zu fordern, dokumentiert wird. Während die IG Metall grundsätzlich die Montage der Zeituhren ablehnt, versucht die AEG, vom Betriebsrat einzelne Knöpfe dieser Uhren abzuhandeln. Dieser will jedoch jede ,,Personenkontrolle'' ablehnen. Grundlegend, um diesen Kampf zu bestehen, ist der Tarifkampf. Nur mit einem ausreichenden Tariflohn können die Schichtarbeiter diese Intensivierung der Ausbeutung zurückschlagen und die Forderung des Vertrauenskörpers ,,Verbot der Schichtarbeit'' durchsetzen.

Tarifverhandlungen im Rheinischen Braunkohlebergbau

z.hew. Am 26.9 hat die erste Verhandlung zwischen den Rheinbraun-Kapitalisten, 100%ige Tochter der RWE, und der IG Bergbau und Energie über den neuen Gehaltstarif stattgefunden. Verhandelt werden die Gehälter der 15232 Arbeiter und Angestellten der Rheinischen Braunkohlewerke. Die IG Bergbau fordert die Erhöhung der Gehälter um 8%, Freischichten für die Arbeiter in Nacht- und Wechselschicht, Erhöhung der Deputatmenge und der vermögenswirksamen Leistungen.

Die Rheinbraun ist nach der Ruhrkohle und Ruhrgas mit einem Anteil von 7,8% der drittgrößte Primärenergielieferant in der BRD, aus ihrer Rohbraunkohleförderung werden 21% des in der BRD erzeugten Stroms gewonnen. Gefördert wird die Kohle von 4700 Arbeitern im Tagebau im vollkontinuierlichen 3-Schichtbetrieb. 5271 Arbeiter arbeiten in der Instandhaltung in 2 Schichten, abwechselnd Frühschicht von Montag bis Samstag und Spätschicht von Dienstag bis Freitag. In der letzten Zeit werden ver-

Zeituhren, einer Art Fahrtenschreibern, die auf 6 Sekunden genau feststellen können, ob der Arbeiter arbeitet oder nicht, verdichtet werden. Bei

diese Intensivierung der Ausbeutung zurückschlagen und die Forderung des Vertrauenskörpers ,,Verbot der Schichtarbeit'' durchsetzen.

Tarifverhandlungen im Rheinischen Braunkohlebergbau

z.hew. Am 26.9 hat die erste Verhandlung zwischen den Rheinbraun-Kapitalisten, 100%ige Tochter der RWE, und der IG Bergbau und Energie über den neuen Gehaltstarif stattgefunden. Verhandelt werden die Gehälter der 15232 Arbeiter und Angestellten der Rheinischen Braunkohlewerke. Die IG Bergbau fordert die Erhöhung der Gehälter um 8%, Freischichten für die Arbeiter in Nacht- und Wechselschicht, Erhöhung der Deputatmenge und der vermögenswirksamen Leistungen.

Die Rheinbraun ist nach der Ruhrkohle und Ruhrgas mit einem Anteil von 7,8% der drittgrößte Primärenergielieferant in der BRD, aus ihrer Rohbraunkohleförderung werden 21% des in der BRD erzeugten Stroms gewonnen. Gefördert wird die Kohle von 4700 Arbeitern im Tagebau im vollkontinuierlichen 3-Schichtbetrieb. 5271 Arbeiter arbeiten in der Instandhaltung in 2 Schichten, abwechselnd Frühschicht von Montag bis Samstag und Spätschicht von Dienstag bis Freitag. In der letzten Zeit werden ver-

stärkt Sonderschichten gefahren; die Geschäftsleitung hat auf der Betriebsversammlung im September erklärt, daß die Abraumbewegung zu niedrig sei. In der Instandhaltung z.B. wird häufig auch in der Spätschicht montags und samstags gearbeitet. Zum Teil auch sonntags. Dann gehen die Meister mittwochs oder donnerstags rum und fragen, wer am Sonntag Zeit hat.

Die Zulage für Zweitschicht beträgt 8 DM, für Nachtschicht 16 DM pro Schicht, für Sonntagschicht 60%. Der Grund dafür, daß die Rheinbraun einen Teil der Belegschaft zu dieser zusätzlichen Verausgabung von Arbeitskraft zwingen kann, ist das niedrige Grundgehalt. In dem für Arbeiter und Angestellte einheitlichen Gehaltstarif gibt es 20 Tarifgruppen. Dabei sind Facharbeiter in der Regel in TG 6 oder 7 (2091 bis 2363 DM), ungelernte Arbeiter in TG 4 (1911 bis 2088 DM). Wo im Akkord gearbeitet wird (z.B. mechanische Fertigung, Montage) kommen noch einmal ca. 25% dazu. Zusätzlich einmal im Jahr die Deputatbriketts, 50 Zentner für Ledige, 150 für Verheiratete, die man sich auszahlen lassen kann.

Gerade die unteren Tarifgruppen können am ehesten zu Sonderschichten gezwungen werden; ein E-Kranfahrer in TG 4 (kein Akkord) im 3. Jahr kann mit 1970 DM plus ca. 240 DM Schichtzulage die Reproduktion seiner Familie nicht sicherstellen.

Bei der ersten Verhandlung haben die Kapitalisten 4,6% Erhöhung der Gehälter, für Arbeiter in Nachtschicht 2 Freischichten im Jahr und eine Erhöhung des Deputats auf 95 DM pro Tonne angeboten. Die Gewerkschaft hat abgelehnt. In der zweiten Verhandlung sind die Kapitalisten nicht über ihr Angebot hinausgegangen. Die dritte Verhandlung wird am 17.10. in Köln stattfinden.

Die Zulage für Zweitschicht beträgt 8 DM, für Nachtschicht 16 DM pro Schicht, für Sonntagschicht 60%. Der Grund dafür, daß die Rheinbraun einen Teil der Belegschaft zu dieser zusätzlichen Verausgabung von Arbeitskraft zwingen kann, ist das niedrige Grundgehalt. In dem für Arbeiter und Angestellte einheitlichen Gehaltstarif gibt es 20 Tarifgruppen. Dabei sind Facharbeiter in der Regel in TG 6 oder 7 (2091 bis 2363 DM), ungelernte Arbeiter in TG 4 (1911 bis 2088 DM). Wo im Akkord gearbeitet wird (z.B. mechanische Fertigung, Montage) kommen noch einmal ca. 25% dazu. Zusätzlich einmal im Jahr die Deputatbriketts, 50 Zentner für Ledige, 150 für Verheiratete, die man sich auszahlen lassen kann.

Gerade die unteren Tarifgruppen können am ehesten zu Sonderschichten gezwungen werden; ein E-Kranfahrer in TG 4 (kein Akkord) im 3. Jahr kann mit 1970 DM plus ca. 240 DM Schichtzulage die Reproduktion seiner Familie nicht sicherstellen.

Bei der ersten Verhandlung haben

Arabischer Golf: Über den Arbeitsmarkt suchen die Monopole nach Einmischung

z.anb. 1977 vergab die Arabische Schiffahrtsgesellschaft *United Arab Shipping Company*, in der sich die OAPEC-Staaten zusammengeschlossen haben, einen 300-Mio-Dollar-Auftrag zum Bau eines großen Trockendocks im Hafen von Bahrain an ein südkoreanisches Unternehmen. Dieses verbrachte 2000 Arbeiter sowie die eigenen Baumaschinen auf einem Schiff, auf dem die Arbeiter auch wohnen und ihr Essen einnehmen sollten, an Ort und Stelle. Dort wurde der Auftrag in Vierschichtbetrieb rund um die Uhr in der schnellstmöglichen Zeit fertiggestellt, die imperialistische Konkurrenz war im Preisangebot um 25% unterboten worden. Die Arbeiter erhielten von der südkoreanischen Werft 30% dessen, was diese von der Arab Shipping Company als Lohnkosten für die Arbeitskräfte einforderte.

Derzeit sind in der Region des Arabischen Golfes auf Großbaustellen 80000 Arbeiter aus Südkorea beschäftigt. Oftmals werden sie nach Abschluß des Auftrages kurzerhand entlassen, d.h. nicht einmal in ihr Heimatland zurückgebracht. Sie werden in den Golfstaaten auf den Arbeitsmarkt geworfen. Völlig mittellos und ohne Habe wären sie dem Verhungern preisgegeben, wenn nicht staatliche Unterstützung organisiert würde. Diese Leih- und Saisonarbeiter stellen einen ständig wachsenden Teil der über 2 Millionen, die pro Jahr auf den Arbeitsmarkt der Golfstaaten drängen. Obschon dieser durch hohe Nachfrage nach Arbeitskräften gekennzeichnet ist, – die in den letzten Jahren eingeleiteten Industrialisierungsprojekte sind dafür maßgeblich – verschiebt sich zunehmend die Zusammensetzung dieser Armee an industriellen Arbeitskräften, ihre Qualifikation und Herkunft. Von den heute 860000 Einwohnern der Vereinigten Arabischen Emirate, das Sechsfache der Einwohnerzahl von 1968, sind ¾ Ausländer, in Kuwait beträgt der Anteil der einheimischen Arbeiter noch 40% (400000), in Saudi-Arabien hat sich das Verhältnis von einheimischen zu ausländischen Arbeitern von 1975 4:1 auf derzeit 2:1 verschoben.

Von den insgesamt 5,5 Mio. Lohnabhängigen in den arabischen Golfstaaten waren bereits 1975 ⅗ ausländischer Herkunft, 25,8% davon aus asiatischen Ländern, vor allem Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong.

,,In den Golfstaaten wächst die Angst vor Überfremdung'', heißt es in der imperialistischen Presse. Daß es sich um eine auf Seiten der imperialistischen Monopole bewußt forcierte Umwälzung des zahlenmäßig rasch anwachsenden Arbeiterheeres handelt, verschwindet hinter der Fassade der

stützung organisiert würde. Diese Leih- und Saisonarbeiter stellen einen ständig wachsenden Teil der über 2 Millionen, die pro Jahr auf den Arbeitsmarkt der Golfstaaten drängen. Obschon dieser durch hohe Nachfrage nach Arbeitskräften gekennzeichnet ist, – die in den letzten Jahren eingeleiteten Industrialisierungsprojekte sind dafür maßgeblich – verschiebt sich zunehmend die Zusammensetzung dieser Armee an industriellen Arbeitskräften, ihre Qualifikation und Herkunft. Von den heute 860000 Einwohnern der Vereinigten Arabischen Emirate, das Sechsfache der Einwohnerzahl von 1968, sind ¾ Ausländer, in Kuwait beträgt der Anteil der einheimischen Arbeiter noch 40% (400000), in Saudi-Arabien hat sich das Verhältnis von einheimischen zu ausländischen Arbeitern von 1975 4:1 auf derzeit 2:1 verschoben.

Von den insgesamt 5,5 Mio. Lohnabhängigen in den arabischen Golfstaaten waren bereits 1975 ⅗ ausländischer Herkunft, 25,8% davon aus asiatischen Ländern, vor allem Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong.

,,In den Golfstaaten wächst die Angst vor Überfremdung'', heißt es in der imperialistischen Presse. Daß es sich um eine auf Seiten der imperialistischen Monopole bewußt forcierte Umwälzung des zahlenmäßig rasch anwachsenden Arbeiterheeres handelt, verschwindet hinter der Fassade der

Propaganda, es handle sich um Wanderungsbewegungen in die vor Geldkapital strotzenden OAPEC-Staaten.

Mitte letzten Jahres hat die saudiarabische Regierung gesetzliche Maßnahmen ergriffen, um den inländischen Arbeitsmarkt gegen die Wirkungen dieser Strategie abzuschirmen. Sie hat untersagt, ausländische Arbeiter ohne angemessene Unterkunft und Verpflegung und unter rechtlichen Zwangsbedingungen, die sie der Illegalität preisgeben, ins Land zu bringen.

Über ihre durch Kapitalexport errichteten Niederlassungen in den asiatischen ,,Niedriglohnländern'' verfolgen die imperialistischen Monopole einen abgründigen Plan: die Maßnahmen der arabischen Golfstaaten zur Hebung des Ausbildungsniveaus der einheimischen Arbeiterklasse, die Politik des nationalen Aufbaus der Wirtschaft gestützt auf die eigenen Kräfte, die zielgerichtete Nutzung der Einnahmen aus dem Export des wichtigsten Produkts der Region, des Erdöls, all das soll unterminiert und für neokoloniale Einnistung des imperialistischen Kapitals Spielraum geschaffen werden.

Durch die Nationalisierung der Ölproduktion und in stets wachsendem Umfang auch der Weiterverarbeitung und des Transports haben die Golfstaaten gewaltige Reserven für den wirtschaftlichen Aufschwung freigesetzt. Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften ist ein deutliches Indiz dafür. Je mehr das Ausbildungsniveau der arabischen Arbeiter durch kollektive Programme der Golfstaaten gehoben wird, umso mehr schwindet für die Imperialisten die Möglichkeit, durch ihre eigenen Leitungskader den Zugriff auf die industrielle Produktion zu halten und sich in die politische Festlegung und Umsetzung der nationalen Entwicklungspläne einzumischen. Von den 4000 Arbeitern der staatlichen Bahrain Petroleum Company sind heute bereits 83,7% arabischer Nationalität, Fachkräfte aus den USA machen lediglich noch 1,5% aus.

Jedoch erfordert die Fortsetzung der kostspieligen Ausbildungs- und Schulprogramme, tatsächlich nur ein Teil des Gesamtplans für den Aufbau eigener Industrie, wachsende Geldmittel, die Einnahmen aus dem Ölexport hingegen sinken trotz der OPEC-Preisanpassungen aufgrund des Dollarverfalls ab. Das Erdöl, der nicht erneuerbare natürliche Reichtum der Region, kann nicht die Basis der Volkswirtschaft abgeben. Für die Entfaltung der Industrieproduktion, der Petrochemie, Aluminiumverarbeitung, der Stahlproduktion sind aber nach wie vor sowohl die technologischen Kenntnisse als auch die Maschinerie aus den imperialistischen Metropolen unverzichtbar. Hier setzen die Imperialisten ihre neue Variante der Einmischung an: der britische Reederei-Konzern Gray Mackenzie, seit über 100 Jahren ,,im Geschäft'' und auf Hafenmanagement spezialisiert, hat bei der Vergabe eines Auftrags zum Ausbau des Containerhafens von Kuwait sogar südkoreanische Konkurrenz aus dem Feld geschlagen, indem er mit seinem Preisangebot die Bedingung verknüpfte, die Arbeiter für das Projekt selbst in Indien und Pakistan zu rekrutieren. Inzwischen erwärmen sich auch westdeutsche Monopole wie die Howaldt-Werft für derartige ,,westlich-asiatische'' Kooperation auf Drittmärkten.

Je rechtloser die Lage, je elender der Lohn der so verschacherten Arbeiter, umso schärfer der Druck auf den Arbeitsmarkt der arabischen Staaten. Es ist eine Strategie gegen den Weltlohnstandard, auf den die Reproduktionslage der Arbeiter in den arabischen Golfstaaten Wirkung hat, eine Wirkung, die dem imperialistischen Extraprofit ins Gesicht schlägt. Die Arbeiter dort zahlen keine Steuern, Schulwesen und Gesundheitswesen sind unentgeltlich, in Abu Dhabi sind darüberhinaus auch Strom, Wasser und Wohnung kostenlos; kuwaitische Arbeiter haben im Alter Anspruch auf 80% ihres letzten Lohnes, wobei brutto gleich netto ist, ohne daß ihnen dafür vorab Rentenbeiträge abgezogen wurden. Der Mindestlohn ist staatlich festgelegt, derzeit auf umgerechnet 350 DM. Durch feste Verbraucherpreise bei gleichzeitigen staatlichen Subventionen für die Bauern wird die aufgrund des Dollarverfalls hohe Inflationsrate (im Durchschnitt 20%) für die Grundnahrungsmittel außer Wirkung gesetzt.



Imperialisten die Möglichkeit, durch ihre eigenen Leitungskader den Zugriff auf die industrielle Produktion zu halten und sich in die politische Festlegung und Umsetzung der nationalen Entwicklungspläne einzumischen. Von den 4000 Arbeitern der staatlichen Bahrain Petroleum Company sind heute bereits 83,7% arabischer Nationalität, Fachkräfte aus den USA machen lediglich noch 1,5% aus.

Jedoch erfordert die Fortsetzung der kostspieligen Ausbildungs- und Schulprogramme, tatsächlich nur ein Teil des Gesamtplans für den Aufbau eigener Industrie, wachsende Geldmittel, die Einnahmen aus dem Ölexport hingegen sinken trotz der OPEC-Preisanpassungen aufgrund des Dollarverfalls ab. Das Erdöl, der nicht erneuerbare

Golfstaaten Wirkung hat, eine Wirkung, die dem imperialistischen Extraprofit ins Gesicht schlägt. Die Arbeiter dort zahlen keine Steuern, Schulwesen und Gesundheitswesen sind unentgeltlich, in Abu Dhabi sind darüberhinaus auch Strom, Wasser und Wohnung kostenlos; kuwaitische Arbeiter haben im Alter Anspruch auf 80% ihres letzten Lohnes, wobei brutto gleich netto ist, ohne daß ihnen dafür vorab Rentenbeiträge abgezogen wurden. Der Mindestlohn ist staatlich festgelegt, derzeit auf umgerechnet 350 DM. Durch feste Verbraucherpreise bei gleichzeitigen staatlichen Subventionen für die Bauern wird die aufgrund des Dollarverfalls hohe Inflationsrate (im Durchschnitt 20%) für die Grundnahrungsmittel außer Wirkung gesetzt.



Saudi-arabische Arbeiter installieren eine neue Ölbohranlage. Die Regierung hat die Unterbezahlung asiatischer Leiharbeiter in ihren Projekten untersagt.

Kampf zu organisieren. Versuche des Kapitalisten und der Kolonialmacht, durch weitere Entlassungen, Geldstrafen und die Drohung mit Abschiebung in die ,,Homelands'' die Einheit der Arbeiter zu zerschlagen und den Streik zu brechen, scheiterten.

z.mif. **In den USA wurden seit Beginn des Schuljahres 134 örtliche Streiks der Lehrer gemeldet.** In Jefferson Parish, einem Vorort von New Orleans, Louisiana, streiken 2000 Lehrer bereits im zweiten Monat. Die städtische Schulbehörde droht mit Entlassung, andernorts mit Geld- und Gefängnisstrafen. Zentren der Auseinandersetzung sind Detroit, Oklahoma City und San Francisco. In San Francisco wurden die Lehrerlöhne in den letzten vier Jahren nur um 8% erhöht. Jetzt verweigert die Stadt jede Erhöhung unter Hinweis auf die Volksabstimmung letztes Jahr (,,Proposition 13''), in der die Grundstückssteuer, die die hauptsächliche Kommunalsteuer ist, um ca. 60% gekürzt wurde. (Durch Erhöhung sämtlicher städtischer Gebühren sind tatsächlich San Franciscos Steuereinnahmen seither gestiegen.) 2000 Lehrer wurden entlassen; der Spaltungsversuch der Schulbehörde, einen Teil auf 1-Jahres-Verträgen wieder einzustellen gegen Lohnstopp für alle Lehrer auf ein Jahr, wurde in einer Abstimmung zurückgewiesen.

z.ulg.Rom. **Seit dem 4.10. bestreiken die Lehrbeauftragten an den italienischen Hochschulen die Prüfungen, um Festeinstellung durchzusetzen.** Seit Jahren läßt die Bourgeoisie einen Großteil der Lehrtätigkeit von ,,Prekären'' mit einjährigen Stipendien, wahren Hungerlöhnen, verrichten. Um das Dozentenkorps zu säubern, will die Regierung jetzt die Festeinstellung von einer ,,Eignungsprüfung'' abhängig machen, der sich die zum Teil seit Jahren in der Lehre tätigen Lehrbeauftragten unterwerfen sollen. Die Gewerkschaftsführung will sich darauf grundsätzlich einlassen. Ein Teil der ,,Prekären'' hat sich daher selbständig organisiert und fordert automatische Übernahme aller Lehrbeauftragten auf Planstellen.

z.ulg.Rom. **Gegen neue Rentensenkungspläne der Regierung haben die italienischen Gewerkschaften Rentenerhöhungen gefordert.** Fast zwei Drittel der 12,6 Mio. Rentner erhalten nur die Mindestrente von kümmerlichen 122300 Lire (269 DM), kaum ein Viertel des durchschnittlichen Arbeiterlohns. Ab 1.1.80 steigt die Mindestrente nach der geltenden Formel auf 143100 Lire (315 DM). Die Gewerkschaften fordern zusätzlich 10000 Lire (22 DM) und Erhöhung der noch niedrigeren Sozialrenten. Für die übrigen Renten hatte die Regierung bereits in diesem Jahr die fällige Erhöhung ,,einmalig'' gekürzt. Reformertrag: 248 Mrd. Lire (545 Mio. DM), pro Rentner umgerechnet 122 DM. Jetzt will die Regierung die ,,einmalige'' Kürzung 1980 wiederholen. Die Gewerkschaften wenden sich dagegen und fordern außerdem künftig halb- oder vierteljährliche Anpassung der Renten an die Teuerung.

z.ulg.Rom. **Die italienische Eisenbahnergewerkschaft hat am 5. Oktober auf einer Delegiertenkonferenz die Tarifforderungen beschlossen.** Gegenwärtig verdient ein Eisenbahner in der Ecklohngruppe zwischen 420000 und 500000 Lire (920 bis 1100 DM) netto. Gefordert werden 20000 Lire (44 DM) für alle und weitere durchschnittlich 25000 Lire gestaffelt nach Lohngruppen und Dienstalter. Das wäre mehr, als z.B. die Metallarbeiter durchsetzen könnten. Die Laufzeit soll statt der sonst üblichen drei Jahre nur 18 Monate betragen. Ende 1980 – nach Inkrafttreten der von den Revisionisten und Reformisten geforderten Eisenbahnreform – soll dann neu verhandelt werden. Die Eisenbahner streben damit gleichen Lohn wie die anderen Lohnabhängigen im Verkehrssektor an. Doch statt für den ganzen öffentlichen Dienst die Beseitigung des besonderen Dienstrechts zu fordern, tritt die Gewerkschaftsführung nur bei der Bahn für ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis ein. Das läuft darauf hinaus, einen der kampfstärksten Zweige von den anderen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst abzuspalten. Ende des Monats sollen die ersten Kampfmaßnahmen für die Tarifforderungen durchgeführt werden.

z.pel.Paris. **Die Beteiligung von 12000 Arbeitern der größten Ausbeutungsstätte des Renault-Konzerns in Paris-Billancourt am Streik vom 9.10. hat die Erfolgsaussichten im Lohnkampf der französischen Automobilindustrie erheblich verbessert.** Insgesamt waren am letzten Dienstag rund 30000 Arbeiter des Konzerns (107000 Beschäftigte) auf Aufruf von CGT und CFDT in den Werken Billancourt, Le Mans, Cléon und St. Quentin in den Streik getreten. In Sandouville, Douai und der zweitgrößten Fabrik Flins übergaben starke Delegationen der Direktion ihre Forderungen nach 300 FF Lohnerhöhung und 35-Stundenwoche. Der Kampf der Renault-Arbeiter nährt sich aus vielen Einzelkämpfen auf Abteilungsebene. So hatten die Streiks am 17.8. mit der Arbeitsniederlegung der angelernten Arbeiter in Le Mans wegen zu hoher Bandgeschwindigkeit begonnen. In Orléans, der schlimmsten Schinderstätte des Konzerns, folgten die Arbeiter am 19.8. Dort sind nahezu alle Facharbeiter eine Lohngruppe niedriger eingestuft, und die Kapitalisten versuchen, mit für 15 Tage zu Hungerlöhnen von 2200 FF eingestellten Leiharbeitern die Taktzeiten hochzuschrauben. Ein Facharbeiter (P1) verdient mit 3000 FF (1 FF = 42 Pf.) schon wenig genug. Die Konzernleitung hat jetzt 2% Lohnerhöhung angeboten. Gleichzeitig versucht sie mit der Entlassung von vier gewerkschaftlichen Delegierten bei Renault-Industriefahrzeuge in Vernissieux, den Kampf zu brechen. Dort haben am 10.10. 10000 demonstriert. Arbeiter zahlreicher Zulieferbetriebe fordern jetzt gleichen Lohn wie bei Renault.

Entwurf einer „Studienreform" verabschiedet Fachtagung brütet über Effizienz der Hochschulen

z.bil. Ende September gebiert die ständige Kommission für die Studienreform nach langem Kreißen einen Entwurf für Grundsätze für Studium und Prüfungen. Kurz darauf findet eine „Fachtagung" der Westdeutschen Rektorenkonferenz unter dem Thema „Effizienz in den Hochschulen" statt, auf der das Schmude-Ministerium referiert. Der Fahrplan das „Jahr 1978 zur Verständigung über die dringlichsten Ziele und Maßnahmen der Studienreform zu machen" ist nicht eingehalten, die Ergebnisse in der Durchsetzung der Studienreform entsprechen bei weitem nicht dem, was die Bourgeoisie von dem Unternehmen Hochschule mit 900000 Studenten erwartet. Staatssekretär Granzow spricht zu der Fachtagung über Hochschul*ökonomie*, „die Vorbehalte gegenüber Maßstäben wie Gewinnmaximierung und marktgesetzlichen Bedingungen müßten abgebaut werden" und stattdessen „Leistungskriterien und geeignete Instrumente wie Budgetierungssysteme, Hochschulkostenrechnungssysteme, Kennzahlensysteme und EDV-gestützte Betriebsoptimierungssysteme" zum Einsatz kommen. Das betrifft die sächliche und formelle Seite, das Unternehmen Hochschule zu rationalisieren und Bedingungen zu schaffen, die das Schleusensystem des jetzt verabschiedeten Entwurfs ermöglichen: „Gliederung des Studiengangs in eine orientierende, breit angelegte erste Studienphase und eine entsprechend dem Studienziel und Neigungen und Fähigkeiten der Studenten aufgefächerte zweite Studienphase." Ähnlich der Stufenausbildung in der Berufsausbildung ist geplant, in einem „zeitlich gestuften System" verschiedene „berufsqualifizierende Abschlüsse" in kürzeren Studiengängen, Ergänzungsstudien und -kursen, Aufbaustudien usw. einzurichten, die ermöglichen, beliebig verfügbare Arbeitskraft auszuscheiden und *niedrig* zu entlohnen. Dazu gehört die fast unentgeltliche Vernutzung dieser Arbeitskräfte unter dem Stichwort „Praxisbezug" in Praxissemestern usw.

Der Staatssekretär fährt fort, über die „Ertrags- und Leistungsseite" zu sprechen. „... aber es gibt auch – Zähl- und Meßbares, bei dem es im Prinzip nur einer Einigung auf ein einheitliches Verfahren bedarf. Ob man die Ausbildungsleistung durch – Studenten in der Regelstudienzeit – Studienanfänger – Anzahl der Examina – Lehrstunden etc. messen oder eine Kombination mehrerer Größen im Rahmen einer Leistungsskala zugrundelegen will, ist eine Frage vernünftiger Übereinkunft". Als *Sofort*maßnahme sahen die Orientierungspunkte von Schmude die Straffung und Neuordnung der Studiengänge vor, gefolgt von einem System von Zwangsveranstaltungen mit Anwesenheitspflicht, Eignungsprüfungen auf jeder Stufe. „Leistungssteigerung und vollständige Kapazitätsausnutzung durch Schaffung von Anreizsystemen" ist der zusätzliche Vorschlag, der ersichtlich die Konkurrenz zwischen den Studenten steigern soll. Nur was ist mit der „vernünftigen Übereinkunft"? Die Beschlußfassungen von VDS-Fachtagungen stehen dagegen.

Bildungsminister Schmude müht sich um die Ausbildung der Ausbilder

z.hej. Bundesregierung und Kapitalisten entdecken die Ausbilder, die „eine Schlüsselstellung in der weiteren Entwicklung der Reform der beruflichen Bildung einnehmen" sollen und fördern seit 5 – 6 Jahren die Ausbildung der Ausbilder mit 28 Millionen DM. Nach § 21 Berufsbildungsgesetz (BBiG) hat der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen 1972 in der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) für die gewerbliche Wirtschaft vorgeschrieben, daß über die fachliche Eignung hinaus, die Ausbilder den Erwerb „berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse" durch eine Prüfung nachweisen müssen.

Die in der AEVO festgelegten „berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse" enthüllen, worin der Ausbilder ausgebildet werden soll. In den allgemeinen „Grundfragen der Berufsausbildung" wird der Ausbilder in z.B. den „Anspruch auf Chancengleichheit, Mobilität und Aufstieg, Bedeutung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung" und „seine Aufgabe, Stellung und Verantwortung" ausgebildet, damit er geeignet ist, um Stufenausbildung, Akkordarbeit und Ausbeutung Ausbildungsinhalte" geübt, den Lehrlingen mit programmierten Übungen, Tests und z.B. dem stumpfsinnigen Montieren nach Vorlage minuziös die Lerninhalte einzubläuen. Die „Zusammenarbeit mit der Berufsschule, Lehrverfahren und Lehrgespräch, Lern- und Führungshilfen und das Beurteilen und Bewerten" sind die Polizeimethoden, mit denen unterdrückt wird, rebelliert die Arbeiterjugend gegen die Ausbildungsinhalte. Für die Bespitzelung der Jugend, nicht nur im Betrieb, wird der Ausbilder in „typische Entwicklungserscheinungen und Verhaltensweisen im Jugendalter, Motivationen und Verhalten", den „betrieblichen und außerbetrieblichen Umwelteinflüssen" und „das soziale und politische Verhalten Jugendlicher" ausgebildet.

Durch die Ausbildung der Ausbilder soll die Arbeiterjugend an die Kandare gelegt werden. Schließt sich der Ausbilder mit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten zusammen, gilt er als „ungeeignet". Schmude wird Mühe haben, die Eignung an den Mann zu bringen. Mit 550000 DM hat das Bundes-

Erziehungsziel: „Duldsamkeit" und „Tüchtigkeit"

Gegen ihre politische Rechtlosigkeit bauen die Schüler Vertretungsorgane auf

z.erm. Zur „sittlichen Persönlichkeit" haben es sich die Bourgeois vorgenommen, die Schüler zu erziehen, mehr noch, „zur beruflichen Tüchtigkeit und zur politischen Verantwortung, zum selbständigen Dienst am Volk und an der Menschheit, durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung, Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit" – und um allen Mißverständnissen vorwegzugreifen: „Auffassungen", welche „die Grundlagen des Demokratischen Staates gefährden", werden „nicht geduldet". So steht es in der Landesverfassung von Hessen im § 56, und in den anderen Bundesländern ist es nicht anders mit dem „Bildungsauftrag".

Was also die Schüler dürfen und die von ihnen gewählte Schülervertretung, oder besser, was diese nicht dürfen, ist damit umrissen – „die Schülervertretungen dürfen politische Bildungsarbeit nur im Rahmen des Artikel 56 betreiben". Zur lückenlosen Entrechtung der Schüler haben die Länderregierungen dann noch zusätzlich ihre Verordnungen für Schülervertretungen. Diese wurden von der Kultusbürokratie in den letzten Jahren verschärft, die Hessische Verordnung zu den Schülervertretungen vom 30.8.1970 z.B. zuletzt im August 1976 – als Reaktion auf die Massenstreiks der Schüler 1975 gegen die neue Rahmenverordnung des hessischen Kultusministers und auf die zunehmende Organisierung der Schüler aller Schularten über den Aufbau der Schülervertretungsorgane.

In allen Schülervertretungsverordnungen ist den Schülern das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit abgesprochen. Streik wird als „organisiertes unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht" verboten. Die Schüler brauchen und nehmen sich diese Rechte, um Forderungen gegen den zunehmenden Unterrichtsausfall, für Lernmittelfreiheit und Fahrgelderstattung und vor allem gegen die Auslese und Abrichtung durch Notenterror und Prüfungsordnungen durchsetzen zu können. In zahlreichen Programmen zu den Schülervertretungswahlen in den letzten Wochen sind diese Forderungen enthalten.

Grundsätzlich ist der Schülervertreter zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der Schulleitung verpflichtet – im Sinne des „Bildungsauftrags". Veranstaltungen der Schüler, sei es die Vollversammlung oder eine Veranstaltung öffentlichen Charakters, müssen vom Schulleiter genehmigt sein. Der verfügt über das Hausrecht und kann bei „vorhersehbarer Störung" jederzeit seine Genehmigung verweigern.

Schülerzeitungen müssen dem Schulleiter vor Herausgabe vorgelegt werden, sie dürfen keine „allgemein politische Erklärungen" enthalten, ein Verbot der freien Meinungsäußerung, des politischen Mandats.

In Hamburg z.B. kann der Schulleiter nach einem neuen Erlaß „innerhalb von 2 Schultagen die Verteilung der Ausgabe auf dem Schulgelände untersagen, wenn nach seinen Überzeugungen in dieser Schülerzeitung Persönlichkeitsrechte von Mitgliedern der Schule oder Jugendschutzbestimmungen verletzt werden oder gegen andere gesetzliche Bestimmungen verstoßen wird".

In der hessischen Verordnung für die Schülervertretungen ist die Teilnahme von 6 Schülervertretern an den Gesamtkonferenzen vorgesehen, ein Recht, das sich die Schüler erkämpft haben. Ausdrücklich sind sie jedoch von den Noten- und Versetzungskonferenzen sowie bei „Personalangelegenheiten der Lehrer" ausgeschlossen. Beschließt die Konferenz die „Vertraulichkeit" für bestimmte Tagesordnungspunkte, müssen sich die Schüler zur Verschwiegenheit gegenüber ihren Mitschülern verpflichten, eine Regelung, die der Schulleitung auch zur Spaltung der Schüler untereinander dient. Gerade in der Frage der Notenvergabe und Prüfungsverschärfung, für die Bourgeoisie ein wesentliches Mittel zur Disziplinierung und Auslese der Schüler, fordern die Schüler das Recht auf Einspruch. 50 Klassensprecher am Schulzentrum Bremen Alwin-Lonke-Straße z.B. haben diese Forderungen in einen Satzungsvorschlag für die Schülervertretung aufgenommen. Weitere Forderungen waren: Für das politische Mandat, jederzeitiges Vollversammlungsrecht, Satzungshoheit der Schülervertretung, gegen das Schulverwaltungsgesetz. Die Gesamtschülervertretung Bremen hat am 25.9. unter diesen Forderungen eine Demonstration gegen die Schulpolitik des Bremer Senats, unterstützt vom Bezirksvorstand der GEW Bremen, beschlossen.

Auch an den Berufsschulen und Umschulungskursen bauen die Schüler zunehmend Vertretungen zur Organisierung ihrer Kämpfe auf und stützen sich dabei auf die Gewerkschaft. Vor allem gegen den Unterrichtsausfall an den Berufsschulen, gegen den Blockunterricht – für die Kapitalisten Mittel zur intensiveren Vernutzung billiger Arbeitskraft – richten sich die Kämpfe.

Um den Zusammenschluß der Berufsschüler zu behindern, hat das Kultusministerium von NRW eine Verordnung erlassen, nach der nur Schüler gewählt werden können, die zur Zeit am Blockunterricht teilnehmen. 60% aller Berufsschüler in der Stadt Witten z.B. sind danach nicht vertreten. Die neue Schülervertretung an dieser Berufsschule hat in ihr Programm sofort die Forderung nach Streikrecht für Schüler und Lehrlinge und nach Vertretung aller Berufsschüler mit Blockunterricht in der Schülervertretung aufgenommen.



Demonstration der Gesamtschule West, Bremen 1976

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/81 40 45
Zelle Telefunken

Telefunken Hannover, Celle
8. Oktober 1979
41d2z0450h

Jugendliche setzen Auszahlung des vollen Lohns durch

DM, brutto. Daß man davon nicht leben kann, ist einleuchtend. Über die Runden kommt man damit überhaupt nur, weil die Eltern zustecken. Oder man versucht über Ausbildungsbeihilfe oder Wohngeld noch ein paar Mark mehr zu bekommen.

denten aufgefächerte zweite Studienphase." Ähnlich der Stufenausbildung

schlußfassungen von VDS-Fachtagungen stehen dagegen.

Bildungsminister Schmude müht sich um die Ausbildung der Ausbilder

z.hej. Bundesregierung und Kapitalisten entdecken die Ausbilder, die „eine Schlüsselstellung in der weiteren Entwicklung der Reform der beruflichen Bildung einnehmen" sollen und fördern seit 5 – 6 Jahren die Ausbildung der Ausbilder mit 28 Millionen DM. Nach § 21 Berufsbildungsgesetz (BBiG) hat der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen 1972 in der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) für die gewerbliche Wirtschaft vorgeschrieben, daß über die fachliche Eignung hinaus, die Ausbilder den Erwerb „berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse" durch eine Prüfung nachweisen müssen.

Die in der AEVO festgelegten „berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse" enthüllen, worin der Ausbilder ausgebildet werden soll. In den allgemeinen „Grundfragen der Berufsausbildung" wird der Ausbilder in z.B. den „Anspruch auf Chancengleichheit, Mobilität und Aufstieg, Bedeutung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung" und „seine Aufgabe, Stellung und Verantwortung" ausgebildet, damit er geeignet ist, um Stufenausbildung, Akkordarbeit und Ausbeutung
in Lohnarbeit für die Kapitalisten gegen die Interessen der Arbeiterjugend in den Lehrwerkstätten durchzusetzen. Unter „Planung und Durchführung der Ausbildung" wird die „didaktische und methodische Aufarbeitung der
Ausbildungsinhalte" geübt, den Lehrlingen mit programmierten Übungen, Tests und z.B. dem stumpfsinnigen Montieren nach Vorlage minuziös die Lerninhalte einzubläuen. Die „Zusammenarbeit mit der Berufsschule, Lehrverfahren und Lehrgespräch, Lern- und Führungshilfen und das Beurteilen und Bewerten" sind die Polizeimethoden, mit denen unterdrückt wird, rebelliert die Arbeiterjugend gegen die Ausbildungsinhalte. Für die Bespitzelung der Jugend, nicht nur im Betrieb, wird der Ausbilder in „typische Entwicklungserscheinungen und Verhaltensweisen im Jugendalter, Motivationen und Verhalten", den „betrieblichen und außerbetrieblichen Umwelteinflüssen" und „das soziale und politische Verhalten Jugendlicher" ausgebildet.

Durch die Ausbildung der Ausbilder soll die Arbeiterjugend an die Kandare gelegt werden. Schließt sich der Ausbilder mit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten zusammen, gilt er als „ungeeignet". Schmude wird Mühe haben, die Eignung an den Mann zu bringen. Mit 550000 DM hat das Bundes-
ministerium für Bildung und Wissenschaft eine Schallplatte mit Jürgen von Manger gefördert, um die Ausbilder, „die den AEVO-Nachweis noch nicht erbracht haben, zu diesem Schritt zu ermuntern".

aller Schularten über den Aufbau der Schülervertretungsorgane.

In allen Schülervertretungsverordnungen ist den Schülern das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit abgesprochen. Streik wird als „organisiertes unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht" verboten. Die Schüler brauchen und nehmen sich diese Rechte, um Forderungen gegen den zunehmenden Unterrichtsausfall, für Lernmittelfreiheit und Fahrgelderstattung und vor allem gegen die Auslese und Abrichtung durch Notenterror und Prüfungsordnungen durchsetzen zu können. In zahlreichen Programmen zu den Schülervertretungswahlen in den letzten Wochen sind diese Forderungen enthalten.

Grundsätzlich ist der Schülervertreter zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der Schulleitung verpflichtet – im Sinne des „Bildungsauftrags". Veranstaltungen der Schüler,

zur Verschwiegenheit gegenüber ihren Mitschülern verpflichten, eine Regelung, die der Schulleitung auch zur Spaltung der Schüler untereinander dient. Gerade in der Frage der Notenvergabe und Prüfungsverschärfung, für die Bourgeoisie ein wesentliches

Schülervertretung an dieser Berufsschule hat in ihr Programm sofort die Forderung nach Streikrecht für Schüler und Lehrlinge und nach Vertretung aller Berufsschüler mit Blockunterricht in der Schülervertretung aufgenommen.



Demonstration der Gesamtschule West, Bremen 1976

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/81 40 45
Zelle Telefunken

Telefunken Hannover, Celle
8. Oktober 1979
41d2z0450h

Jugendliche setzen Auszahlung des vollen Lohns durch

Am 1.9.79 haben 25 Auszubildende ihre Lehre bei Telefunken begonnen, 4 Feinmechaniker, 3 Werkzeugmacher und 18 Nachrichtenmechaniker. Sie haben einen guten Einstand gehabt und gleich dafür gesorgt, daß die Telefunkenkapitalisten statt der bisher üblichen 200 DM „Wunschabschlag" den vollen Monatslohn auszahlen mußten. So hatten Hellmanns und Co. die Neuen sich bestimmt nicht vorgestellt.

Eine der ersten Fragen des 1. Lehrjahres war natürlich die Frage nach dem Lohn. Nach Tarifvertrag erhält das 1. Lehrjahr 456 DM, netto 380 DM. Dem erstaunten Lehrjahr mußten die jugendlichen Vertrauensleute nun aber erzählen, daß sie nicht etwa diese 380 DM am Ende des Monats ausgezahlt bekommen, sondern nur einen „Wunschabschlag" von 200 DM. Natürlich „wünscht" sich niemand weniger als ihm zusteht, auch nicht das erste Lehrjahr. Dementsprechend sauer waren sie und die Vertrauensleute haben sie dahingehend unterstützt, das nicht einfach hinzunehmen, zumal die Telefunkenkapitalisten direkt gegen den Tarifvertrag verstoßen. Im „Abkommen für die Auszubildenden" heißt es: „§ 3 (3) Die Vergütung für den laufenden Kalendermonat ist spätestens am letzten Arbeitstag des Monats zu zahlen; sie wird bar oder bargeldlos gezahlt".

Mit ihrer bisherigen Zahlungsmethode betreiben die Telefunkenkapitalisten schlichten Betrug und ergaunern sich einen zinslosen Kredit, nicht nur von den Jugendlichen, auch von den Akkordarbeitern. Diese bekommen auch einen „Wunschabschlag". Maximale Höhe: 80%. Die eigentliche Abrechnung kommt dann einen Monat später.

Die Jugendlichen beschlossen, den „Wunschabschlag" auf der Betriebsversammlung anzusprechen. Auch dort wurde die Auszahlung des vollen Geldes gefordert. Die feste Haltung der Jugendlichen versuchte die Geschäftsleitung mit leichten Zugeständnissen aufzuweichen. Angeboten wurde die Erhöhung des „Wunschabschlages" von 200 DM auf 225 DM. Aber auch das hat das 1. Lehrjahr nicht akzeptiert und so müssen die Kapitalisten jetzt den ganzen Nettolohn auszahlen. Auch für das 2. und 3. Lehrjahr mußte die Auszahlung des vollen Lohnes zugestanden werden, so daß für die Jugendlichen der „Wunschabschlag" damit aus der Welt ist.

Dieser Erfolg ist zustande gekommen, weil das erste Lehrjahr geschlossen vorgegangen ist und die gute Unterstützung einiger jugendlicher Vertrauensleute hatte.

Man sollte die günstige Gelegenheit nützen und sich jetzt gleich Gedanken darüber machen, was die Jugendlichen in der Tarifrunde fordern sollten. 380 DM sind wenig, zu wenig. Ein großer Teil des ersten Geldes geht sowieso für die nötigen Anschaffungen drauf. Bücher, Rechner und Zeichengerät kosten nach einer Aufstellung des jetzigen 2. Lehrjahres rund 260 DM.

Die Kapitalisten zahlen davon keinen Pfennig. Laut Tarifvertrag erhält das 2. Lehrjahr 510 DM, das 3. Lehrjahr 575 DM und das 4. Lehrjahr 623

DM, brutto. Daß man davon nicht leben kann, ist einleuchtend. Über die Runden kommt man damit überhaupt nur, weil die Eltern zustecken. Oder man versucht über Ausbildungsbeihilfe oder Wohngeld noch ein paar Mark mehr zu bekommen.

Im letzten Jahr haben die Jugendlichen bei Telefunken 100 DM mehr gefordert. Wir meinen, daß man dieses Jahr rund 120 DM fordern sollte, für alle Lehrjahre gleich. Der Vertrauensleutekörper hat im letzten Jahr die Forderung der Jugendlichen unterstützt, man wird ihn auch diesmal dafür gewinnen können.

Die Betriebsjugendgruppe ist der richtige Ort, über die Tarifforderung zu diskutieren.

Was der Lehrjahresbeginn kostet

Hildesheim, 22.9.79. Folgende Kosten haben die Funkelektrolehrlinge, die jetzt bei Blaupunkt angefangen haben: Rechner 70 DM, Zeichenplatte mit Kopf 60 DM, Tuschefüller, 4 Stck. 30 DM, Rechenbuch 32 DM, Zeichenbuch 17,50 DM, Gemeinschaftskundebuch 20 DM, Zeichenmaterial 20 DM, Zirkelkasten 45 DM, macht zusammen 294,50 DM. Hefte usw. sind nicht enthalten und es handelt sich um eine Sammelbestellung, die noch 20% ermäßigt ist. Blaupunkt ersetzt nichts.

Betriebsjugendgruppe der IGM bei AEG fordert Fahrtkostenzuschuß

Hamburg. 24.9.79. Die BGJ der IGM, die JV und die Jugendkomission des BR fordern von den AEG-Kapitalisten, daß diese für alle Auszubildenden alle Fahrgelder, die über 10 DM liegen, ersetzen. Eine Fahrkarte, um die Werke der AEG zu erreichen, kostet im Schnitt 56 DM. Bisher wurde alles über 38 DM erstattet. Diese Forderung soll auf der Jugendversammlung am 24. Oktober 1979 erhoben werden. Dazu ruft die IG-Metall-Jugend mit einem Flugblatt auf.

Eltern und Schüler gegen Klassenaufteilung

r.mab. An der Westberliner Gerhart-Hauptmann-Schule soll die Klasse 8/2 aufgeteilt werden, da die Schülerzahl 21 beträgt. Der Frequenz-Richtwert des Westberliner Senats liegt jedoch bei 29,3, d.h. die Klassen, die darunter liegen, werden aufgelöst. Eltern und Schüler sind gegen die Auflösung und fordern die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer; in ihrer Presseerklärung heißt es u.a.: „Das Schulamt und die Schulleitung sagen, daß die Finanzen fehlen, um die Klassenauflösung zu verhindern. Wir wissen aber, daß genügend Geld vorhanden ist ... Wir haben bereits am 12.9. Herrn Senator Rasch und Herrn Oberschulrat Klein schriftlich unser Anliegen mitgeteilt, aber keine Antwort erhalten. Deshalb müssen wir selber handeln: Jetzt unterrichtet uns eine Mutter, denn Schulamt und Rektor vernachlässigen die Aufsichtspflicht."

Daraufhin kam der Schulstadtrat in der 1. Stunde in die Schule, um „einen geregelten Unterrichtsablauf zu gewährleisten." Die Schüler ließen sich nicht von ihm einschüchtern. Bei der Verteilung der Presseerklärung vor anderen Kreuzberger Schulen wurden die Schüler durch die Rektoren daran gehindert. Nach seinem Besuch in der Schule verschickte der Stadtrat Briefe an die Eltern der Schüler, in denen er die Eltern aufforderte, in der nächsten Woche vormittags zwecks Besprechung der Vorfälle ins Bezirksamt zu kommen. Inzwischen versuchen auch Schüler anderer Schulen, die Gerhart-Hauptmann-Schüler zu unterstützen. So hat zum Beispiel die SV der Robert-Koch-Oberschule beschlossen, den Schülern der Klasse 8/2 ein Solidaritätstelegramm zu schicken. Weiterhin wollen sie versuchen, über den Bezirksschülerausschuß eine weitergehende Unterstützung der Schüler zu erreichen.



Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit – Entwicklungshelfern folgen Polizeiberater

z.acr. Der parlamentarische Staatssekretär von Schoeler erklärte dem Abgeordneten Ey von der CDU/CSU-Fraktion auf die Frage nach den Aufwendungen und rechtlichen Grundlagen für die Entsendung deutscher Polizeibeamter ins Ausland am 26.9.: ,,Die Ausbilder- und Beratertätigkeit deutscher Polizeibeamter im Ausland auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Übereinkommens mit dem jeweiligen Staat ist Teil der allgemeinen Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Staaten auf polizeilichem Gebiet... Bei nur kurzfristigem Einsatz im Ausland werden die Beamten nach den Reisekostenbestimmungen abgefunden. Bei längerer Tätigkeit im Ausland werden die Beamten unter Wegfall der Dienstbezüge beurlaubt und von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unter Vertrag genommen..."

Die GTZ hat für den Stichtag 1.1.1975 elf Beamte im Fernmeldewesen, Polizei und Verwaltung und fünf Polizeilehrer in ihren Diensten ausgewiesen. Für den 30.6.1977 sind ,,Polizeiprojekte" in Afghanistan, der Türkei und Ruanda angegeben. Über die neuere Entwicklung dieser ,,technischen Zusammenarbeit" schweigt sie sich aus. Den BRD-Imperialisten gelingt es offenbar mehr und mehr, die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt zu nutzen und über Berater und Ausbilder auch direkten Einfluß auf die Polizeikräfte dieser Länder zu gewinnen. Ein wichtiges Instrument für ihre Machenschaften in der Dritten Welt ist dabei die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

Die Gründung der GTZ geht auf eine Forderung des Bundes Deutscher Industrieller (BDI) zurück. Der BDI stellte in seinem Jahresbericht 1973/74 fest: ,,Der von der Verteuerung der Ölversorgung ausgehende weltweite Schock hat sich 1974 sehr schnell auf die gesamte Breite der Rohstoffe übertragen ... Da die Frage der gesicherten Rohstoffversorgung für fast alle Bereiche der Industrie von überaus großer Bedeutung ist, räumt der BDI ihr hohe Priorität ein. Dabei bestand niemals ein Zweifel daran, daß Rohstoffbeschaffung und -bevorratung in erster Linie Aufgaben der privaten Wirtschaft sind... Auf ein staatliches Förderungsinstrument, das an die neuen Gegebenheiten angepaßt werden muß, kann als flankierende Maßnahme auf bestimmten Gebieten nicht verzichtet werden."

Die Bundesregierung legte am 1.1.1975 ihre entscheidenden Entwicklungshilfeinstitutionen zusammen und gründete die GTZ, um ,,Kompetenzstreitigkeiten, Reibungsverluste in der Arbeit und Unübersichtlichkeit" aus dem Wege zu räumen. ,,Technische Hilfe" über die GTZ gewähren die BRD-Imperialisten nur, wenn ein Land der Dritten Welt einen Antrag stellt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) den Antrag ,,entwicklungspolitisch" überprüft hat. Das heißt, die BRD-Imperialisten maßen sich an, darüber zu entscheiden, ob ,,das Vorhaben wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für die Bevölkerung (anstrebt) und den Bedürfnissen und Plänen des Entwicklungslandes (entspricht)". Natürlich können sie das nicht immer durchsetzen, weil die anderen Imperialisten in Konkurrenz zu ihnen ,,Entwicklungshilfe" betreiben. Daß es den Imperialisten insgesamt dennoch fast immer gelingt, ihre Interessen durchzusetzen, beweist die Entwicklung des Anteils der Länder der Dritten Welt am Welthandel: 1950 – 31,7%, 1975 – 25%, 1976 – 25,4%, 1977 – 25,8%, 1978 – 23,9% (Zahlen nach Angaben des BMZ).

Für die in der OPEC zusammengeschlossenen Länder haben sich die BRD-Imperialisten etwas Besonderes einfallen lassen. Beantragt eines dieser Länder technische Hilfe beim BMZ, dann kann es ,,technische Zusammenarbeit gegen Entgelt" erhalten. Der Grund: ,,Der Entschluß der Organisation der Ölausfuhrländer ,OPEC', die Ölpreise Ende 1973 drastisch zu erhöhen, hat für die Mitgliedsstaaten eine grundlegende Verbesserung ihrer Finanzsituation erbracht."

Über ihre Erfolge berichtet die GTZ im Geschäftsbericht: ,,Mit dem Berichtsjahr hat die GTZ den bisher größten Auftragswert, der 1975 bei DM 584,5 Mio. lag (1978: 727,8 Mio. DM, die Red.), erstmals weit übertroffen; damit ist 1978 das Geschäftsjahr mit dem bisher besten Auftragsergebnis. Maßgeblich beteiligt an diesem Zuwachs ist die ,Bilaterale Technische Zusammenarbeit', die von DM 470,2 Mio. auf 597,0 Mio. um 27% zunahm."

Gegen *diese* ,,Bilaterale Zusammenarbeit" fordern die Länder der Dritten Welt die Erhöhung der Finanzmittel bei den internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen. Dagegen sind die Imperialisten, um ihren Einfluß in den Entwicklungsländern nicht zu verlieren. So drängen sie ihnen ihre Berater bei Polizei und Militär auf, um neben ihrem wirtschaftlichen auch direkten militärischen Einfluß zu bekommen und sich vor einem Rausschmiß abzusichern. Die BRD-Imperialisten befinden sich dabei im Anfangsstadium.

,,Grundrechte" im Fall von Naturkatastrophen ,,Anordnungen sind zu befolgen"

z.mal. Mit den Katastrophenschutzgesetzen hat sich die Bourgeoisie vielfältige Möglichkeiten zum Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft und persönliches Eigentum geschaffen. Der Katastrophenschutz ist durch Landesgesetz geregelt. Im folgenden wird das Hessische Katastrophenschutzgesetz vom 12.7.78 behandelt.

Jede selbständige Aktion der Massen zur Beherrschung der Katastrophe wird von Anfang an ausgeschaltet. ,,Die untere Katastrophenschutzbehörde (in der Regel der Landrat oder Oberbürgermeister) stellt Eintritt und Ende des Katastrophenfalles fest..." Ist nach deren Kalkül und Zweckmäßigkeitserwägungen der ,,Katastrophenfall" festgestellt, so kann zugleich ,,*jedermann* zu Dienstleistungen bis zu einer Dauer von drei Tagen" herangezogen werden. (§ 15) Die Katastrophenschutzbehörde kann auch von ,,jedermann Sach- und Werkleistungen in Anspruch nehmen". (§ 15) Nach dem Gesetzestext müssen ,,bewegliche und unbewegliche Sachen" überlassen werden. Die ,,Durchführung von Instandsetzungsarbeiten, ... Überlassen von Funkanlagen und Fernsprecheinrichtungen" werden ausdrücklich genannt. Das private Auto kann als ,,bewegliche Sache" beschlagnahmt werden, wie die Wohnung als ,,unbewegliche Sache" zur Verfügung gestellt werden muß. Mit dem § 24 wird das demokratische Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung aufgehoben.

In § 17 wird sodann den Katastrophenbehörden Befehlsgewalt zugeteilt. ,,Alle am Einsatzort anwesenden Personen haben die Anordnungen der Katastrophenschutzbehörde... über die Räumung, Absperrung oder Sicherung des Einsatzortes *unverzüglich* zu befolgen." Jedermann steht damit in der Befehlsgewalt der Katastrophenschutzbehörde, ist ihrer Dienstpflicht unterstellt. Das Katastrophengebiet ist zum Kasernenhof geworden. Aber damit nicht genug. ,,Nach Maßgabe dieses Gesetzes können eingeschränkt werden die Grundrechte 1. der körperlichen Unversehrtheit; 2. der Freiheit der Person; 3. der Freizügigkeit; 4. der Unverletzlichkeit der Wohnung; 5. der Unverletzlichkeit des Eigentums." Da bleibt nicht mehr viel über von den ,,unveräußerlichen Grundrechten" wann immer ein Landrat oder Oberbürgermeister den Katastrophenfall feststellt. Die Einrichtungen des Katastrophenschutzes sind weit ausgelegt: Brandschutz, Bergung und Instandsetzung, Sanitätswesen, ABC-Schutz, Veterinärwesen, Fernmeldewesen und Betreuung.

Mit dem Gesetz vom 9.7.1968 über die ,,Erweiterung des Katastrophenschutzes" hat sich die Regierung diese Einrichtungen zunutze gemacht ,,hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen". Die Schneekatastrophen des letzten Winters haben gezeigt, wie der Katastrophenschutz genutzt wird zu militärischen Übungen. Damit keine Lücke offen bleibt, ist im Bundesleistungsgesetz vom 27.9.1961 festgelegt, daß auch bei ,,Manövern und anderen Übungen"... ,,Grundstücke überquert, vorübergehend besetzt oder zeitweilig gesperrt werden können". (§ 68 Bundesleistungsgesetz)



Autobahn frei für die Panzer, Fahrverbot für Privatfahrzeuge

Arbeitssicherstellungsgesetz: Wer nicht freiwillig in den Krieg zieht, der wird dazu gezwungen

z.rev. ,,Die Freiwilligkeit des Roten Kreuzes verlangt, daß die in ihm tätigen Menschen ihre Arbeit nicht aus Zwang leisten, beispielsweise auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung" (einer der sieben Grundsätze des Roten Kreuzes aus dem Buch ,,Rotes Kreuz, Werden, Gestalt, Wirken" S. 168). Wie diese Freiwilligkeit aussieht, wird im Zivilschutzgesetz und im Katastrophenschutzgesetz geregelt. Im Kriegs- und Katastrophenfall werden die Zivilschutz- und Hilfsorganisationen, das sind das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter Unfallhilfe (JUH), der Malteser Hilfsdienst (MHD), der Arbeitersamariter Bund (ASB) und seit 1975 die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), direkt dem Innenminister unterstellt.

Wie militärische Verbände unterliegen sie der Regierung und im Arbeitssicherstellungsgesetz wird ausdrücklich noch einmal die Zwangsverpflichtung zu Arbeitsdiensten festgelegt: § 1 ,,Das Grundrecht der freien Wahl des Arbeitsplatzes (Artikel 12 des Grundgesetzes) gilt auch in Spannungszeiten und im Verteidigungsfall". Von den in § 2 geregelten Verpflichtungsbefugnissen darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn und soweit ,,die in der genannten Vorschrift aufgeführten Arbeitsleistungen nicht auf der Grundlage der Freiwilligkeit sichergestellt werden können." ,,Maßnahmen der Sicherstellung von Arbeitsleistungen – Für die Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes 1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Männern ... und Frauen ... beschränkt werden, ... 3. eine Frau ... im Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden." Jeder kann nach diesen Paragraphen zu Arbeitsdiensten verpflichtet werden und wer schon einmal im Roten Kreuz ist, der wichtigsten paramilitärischen Organisation, dem wird das Kündigungsrecht untersagt. Im § 31 wird bestimmt, daß jeder Zwangsverpflichtete ,,Gefahren und Erschwernisse auf sich zu nehmen" hat, wer sich weigert, ,,die aufgetragene zumutbare Arbeit zu verrichten", der wird nach § 32 mit ,,Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft."

Die Arbeitsbereiche für die Zwangsverpflichtung sind in § 4 festgelegt: 1. bei der Bundeswehr und verbündeten Streitkräften, 2. im Öffentlichen Dienst, 3. beim Zivilschutz, 4. in der Wasser- und Energieversorgung sowie der Abwasser- und Abfallbeseitigung, 5. in Krankenanstalten, 6. im Bereich der Mineralölversorgung, 7. in allen Verkehrsunternehmen.

Schon jetzt finanziert der Bund die Ausbildung von jährlich 12000 Schwesternhelferinnen, die im Ernstfall in Krankenhäusern, Hilfskrankenhäusern und ortsfesten Lazaretten eingesetzt werden. DRK, MHD und JUH führen diese Ausbildung durch und erfassen die Schwesternhelferinnen mit einer jährlichen Fragebogenaktion in einer Kartei.



Krankenpflegerinnen beim Russischunterricht in Berlin während des Ersten Weltkrieges

ten, Reibungsverluste in der Arbeit und Unübersichtlichkeit" aus dem Wege zu räumen. ,,Technische Hilfe" über die GTZ gewähren die BRD-Imperialisten nur, wenn ein Land der Dritten Welt einen Antrag stellt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) den Antrag ,,entwicklungspolitisch" überprüft hat. Das heißt, die BRD-Imperialisten maßen sich an, darüber zu entscheiden, ob ,,das Vorhaben wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für die Bevölkerung (anstrebt) und den Bedürfnissen und Plänen des Entwicklungslandes (entspricht)". Natürlich können sie das nicht immer durchsetzen, weil die anderen Imperialisten in Konkurrenz zu ihnen ,,Entwicklungshilfe" betreiben. Daß es den Imperialisten insgesamt dennoch fast immer gelingt, ihre Interessen durchzusetzen, beweist die Entwicklung des Anteils der Länder der Dritten Welt am Welthandel: 1950 – 31,7%, 1975 – 25%, 1976 – 25,4%, 1977 – 25,8%, 1978 – 23,9% (Zahlen nach Angaben des BMZ).

Für die in der OPEC zusammengeschlossenen Länder haben sich die BRD-Imperialisten etwas Besonderes einfallen lassen. Beantragt eines dieser Länder technische Hilfe beim BMZ, dann kann es ,,technische Zusammenarbeit gegen Entgelt" erhalten. Der Grund: ,,Der Entschluß der Organisation der Ölausfuhrländer ,OPEC', die Ölpreise Ende 1973 drastisch zu erhöhen, hat für die Mitgliedsstaaten eine grundlegende Verbesserung ihrer Finanzsituation erbracht."

Über ihre Erfolge berichtet die GTZ im Geschäftsbericht: ,,Mit dem Berichtsjahr hat die GTZ den bisher größten Auftragswert, der 1975 bei DM 584,5 Mio. lag (1978: 727,8 Mio. DM, die Red.), erstmals weit übertroffen; damit ist 1978 das Geschäftsjahr mit dem bisher besten Auftragsergebnis. Maßgeblich beteiligt an diesem Zuwachs ist die ,Bilaterale Technische Zusammenarbeit', die von DM 470,2 Mio. auf 597,0 Mio. um 27% zunahm."

Gegen *diese* ,,Bilaterale Zusammenarbeit" fordern die Länder der Dritten Welt die Erhöhung der Finanzmittel bei den internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen. Dagegen sind die Imperialisten, um ihren Einfluß in den Entwicklungsländern nicht zu verlieren. So drängen sie ihnen ihre Berater bei Polizei und Militär auf, um neben ihrem wirtschaftlichen auch direkten militärischen Einfluß zu bekommen und sich vor einem Rausschmiß abzusichern. Die BRD-Imperialisten befinden sich dabei im Anfangsstadium.

in den Krieg zieht, der wird dazu gezwungen

z.rev. ,,Die Freiwilligkeit des Roten Kreuzes verlangt, daß die in ihm tätigen Menschen ihre Arbeit nicht aus Zwang leisten, beispielsweise auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung" (einer der sieben Grundsätze des Roten Kreuzes aus dem Buch ,,Rotes Kreuz, Werden, Gestalt, Wirken" S. 168). Wie diese Freiwilligkeit aussieht, wird im Zivilschutzgesetz und im Katastrophenschutzgesetz geregelt. Im Kriegs- und Katastrophenfall werden die Zivilschutz- und Hilfsorganisationen, das sind das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter Unfallhilfe (JUH), der Malteser Hilfsdienst (MHD), der Arbeitersamariter Bund (ASB) und seit 1975 die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), direkt dem Innenminister unterstellt.

Wie militärische Verbände unterliegen sie der Regierung und im Arbeitssicherstellungsgesetz wird ausdrücklich noch einmal die Zwangsverpflichtung zu Arbeitsdiensten festgelegt: § 1 ,,Das Grundrecht der freien Wahl des Arbeitsplatzes (Artikel 12 des Grundgesetzes) gilt auch in Spannungszeiten und im Verteidigungsfall". Von den in § 2 geregelten Verpflichtungsbefugnissen darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn und soweit ,,die in der genannten Vorschrift aufgeführten Arbeitsleistungen nicht auf der Grundlage der Freiwilligkeit sichergestellt werden können." ,,Maßnahmen der Sicherstellung von Arbeitsleistungen – Für die Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes 1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Männern ... und Frauen ... beschränkt werden, ... 3. eine Frau ... im Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden." Jeder kann nach diesen Paragraphen zu Arbeitsdiensten verpflichtet werden und wer schon einmal im Roten Kreuz ist, der wichtigsten paramilitärischen Organisation, dem wird das Kündigungsrecht untersagt. Im § 31 wird bestimmt, daß jeder Zwangsverpflichtete ,,Gefahren und Erschwernisse auf sich zu nehmen" hat, wer sich weigert, ,,die aufgetragene zumutbare Arbeit zu verrichten", der wird nach § 32 mit ,,Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft."

Die Arbeitsbereiche für die Zwangsverpflichtung sind in § 4 festgelegt: 1. bei der Bundeswehr und verbündeten Streitkräften, 2. im Öffentlichen Dienst, 3. beim Zivilschutz, 4. in der der Abwasser- und Abfallbeseitigung, 5. in Krankenanstalten, 6. im Bereich der Mineralölversorgung, 7. in allen Verkehrsunternehmen.

Schon jetzt finanziert der Bund die Ausbildung von jährlich 12000 Schwesternhelferinnen, die im Ernstfall in Krankenhäusern, Hilfskrankenhäusern und ortsfesten Lazaretten eingesetzt werden. DRK, MHD und JUH führen diese Ausbildung durch und erfassen die Schwesternhelferinnen mit einer jährlichen Fragebogenaktion in einer Kartei.



Krankenpflegerinnen beim Russischunterricht in Berlin während des Ersten Weltkrieges

Über die NVA der DDR hat die Sowjetunion den Oberbefehl

Besatzerrechte der Sozialimperialisten in der DDR

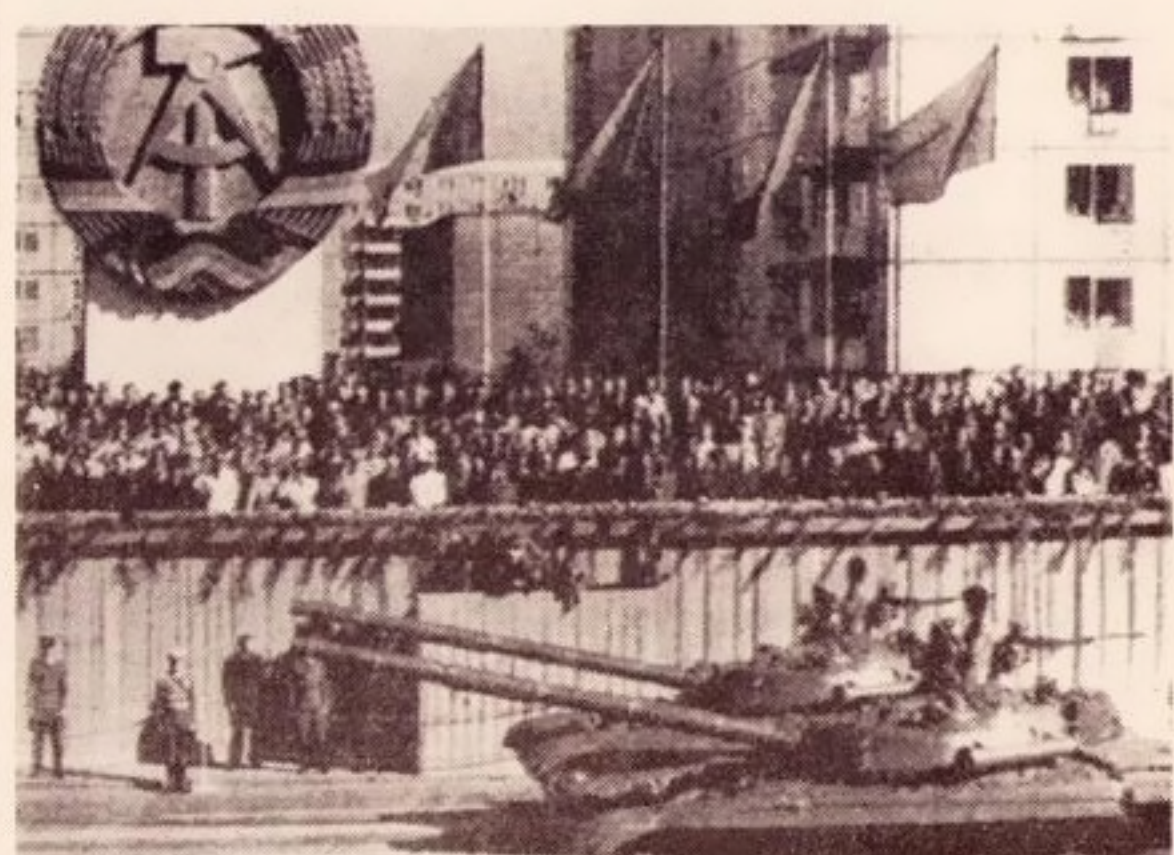
z.krk. Am Anfang der besonderen Beziehungen zwischen NVA und der sowjetischen Armee stand die Gründung der NVA selbst. Bis 1956 gab es in der DDR keine reguläre Armee. Die einzige bewaffnete Formation war die kasernierte Volkspolizei (mit schweren Waffen fast gar nicht ausgerüstet), mit etwa 100000 Mann. Ein Jahr nach Abschluß des Warschauer Vertrages, am 18. Januar 1956, wurde die NVA gegründet, zunächst als Freiwilligenarmee, aber von *vorneherein* als Teil dieses Bündnisses und nicht als national unabhängige Armee. Im Warschauer Pakt gelten für die DDR zwei Sonderregelungen. In der deutschen Fassung des Vertragstextes heißt es: ,,Im Falle eines Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages ... wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ... dem Staat oder Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages, mit allen Mitteln, die *ihnen* erforderlich scheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt erweisen." In allen anderen Sprachen heißt es: ... die *ihm* erforderlich scheinen ...", das heißt, zumindest dem Vertragstext nach, können die anderen Staaten selbst über Mittel und Ausmaß ihrer Hilfe bestimmen, während über die Hilfeleistung der DDR in den Leitungsgremien des Warschauer Paktes entschieden wird.

Die zweite Sonderregelung betrifft die Unterordnung von Truppen dem Vereinten Kommando des Warschauer Vertrages. Im Vertragstext heißt es: ,,Die vertragsschließenden Seiten kamen überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelndem Kommando zur Verfügung gestellt werden." Da es zur Zeit der Gründung noch keine DDR-Armee gab, faßte der Politische Beratungsausschuß, damals höchstes Organ des Warschauer Paktes, später im Januar 1956 folgenden Beschluß: ,,Es wurde der Vorschlag der Delegation der DDR angenommen, daß nach der Aufstellung der NVA der DDR *ihre bewaffneten Kontingente in die Vereinigten Streitkräfte einbezogen werden.*" Nicht Teile also, sondern die bewaffneten Kontingente. Mit der Einrichtung des Vereinten Kommandos vorfolgten die sowjetischen Revisionisten allen Teilnehmersaaten gegenüber die Politik der Einverleibung ihrer Armeen, aber nirgendwo hat die Einschränkung der Souveränität ein solches Maß erreicht, wie bei der NVA. Zusätzlich zu den oben genannten Bestimmungen wurde dem Ministerium für Nationale Verteidigung ein ständiger Vertreter des Vereinten Kommandos, ein russischer General, zugeordnet. Ausbildungsstand und Bewaffnung wurde mit gewissen Abstrichen, z.B. Atomwaffen, der GSSD angeglichen. Technische Ausbilder der NVA sind sowjetische Offiziere, die Sprache gemeinsamer Übungen ist Russisch.

Mit dem Freundschaftsvertrag von 1975 mit der SU wird die Beistandspflicht der DDR auf die ganze Welt ausgedehnt (der Warschauer Vertrag bezog sie nur auf Europa). Das neue Verteidigungsgesetz von 1978 enthält die entsprechende Klausel des Freundschaftsvertrages. Der Verteidigungszustand kann ,,in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen" genausogut ausgesprochen werden, wie im Fall der Bedrohung der DDR, selbst ein dehnbarer Begriff. ,,Lieferungen, Leistungen oder andere Maßnahmen nach diesem Gesetz können auch zugunsten der Streitkräfte der verbündeten Staaten erfolgen." (§ 13 des Verteidigungsgesetzes). Die Sozialimperialisten können damit die Bürger der DDR zu Zwangsarbeit verpflichten, ihnen Haus, Hof, Pkw und jegliches Eigentum rauben. Nicht nur hat die SU die NVA ihren bewaffneten Formationen einverleibt, über sie sichert sie sich auch Rechte, vor allem direkt der Bevölkerung gegenüber, die sie offen zu deklarieren nicht wagen könnte.

Ihre entscheidenden Besatzerrechte, mit denen sie sich gegenüber Staat und Armee der DDR souverän bewegen können, regelten sie schon im Abkommen über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR, 1957. Sie selbst bestimmen über Standort, und Stärke ihrer Truppen, Manövergebiete werden mit der Regierung der DDR vereinbart. Über die Höhe von Schadensersatzzahlungen bei Schäden, angerichtet durch die Besatzertruppen, befindet eine gemischte Kommission. Die Zahlungen für benutzte Stützpunkte, Straßen, Fernmelde- und Funkeinrichtungen usw. werden über Sonderabkommen geregelt. Sie sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Die NVA ist heute 157000 Mann stark, im Vergleich zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten, gemessen an der Größe der Bevölkerung, nicht besonders groß. Aber in ihrer Ausrüstung gehört sie zu den Elitetruppen des Vertrages. Bei der Größe braucht es nicht für immer zu bleiben. Z.B. für den Fall, daß die Zahl des sowjetischen Militärpersonals in der DDR um 20000 vermindert werden sollte.



Die NVA mit sowjetischem Gerät auf der 30-Jahresfeier. Eine eigene Rüstungsindustrie besitzt die DDR nicht.

Paris: 50000 demonstrieren für das Recht auf Abtreibung – Kampffront jedoch gespalten

z.pel.Paris. 50000, zu 90% Frauen, demonstrierten am 7.10. in Paris gegen die Unterdrückung und Schikane, die der bürgerliche Staat mit Hilfe des bestehenden Abtreibungsgesetzes gegen die Volksmassen ausübt. Es war die größte Demonstration bisher, sie war jedoch zugleich schwer gespalten. Forderte eine Minderheit in diesem Umzug die „Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf Abtreibung beschränken", so war die Manifestation dominiert von Transparenten und Sprechchören, mit denen das Recht der Frauen, „über ihren Körper zu verfügen", das „Recht zu wählen" verlangt wurde.


Bezahlung der Abtreibung durch die Krankenkassen! Forderung am 7.10.

Am 17. November muß die Nationalversammlung über Bestätigung oder Abänderung des im Januar 1975 durch den Druck der Massenbewegung für die vollständige Freigabe der Abtreibung erzwungenen Gesetzes entscheiden. Sie hatte damals den Artikel 317 des Strafgesetzbuches, der die Abtreibung unter Gefängnisstrafe stellt, suspendiert und die Abtreibung in „Fällen höchster Not" in den ersten zehn Wochen der Schwangerschaft zugestanden. Ausländerinnen ohne festen Wohnsitz in Frankreich waren ausgenommen. Zwingende Ärztegutachten, „beratende" Gespräche bei staatlichen Spitzelstellen und generelles Verweigerungsrecht für Ärzte, die Abtreibung vorzunehmen, komplettierten das Unterdrückungsinstrumentarium. Nur 7602 Abtreibungen bei 12181 in der Region Paris 1977 durchgeführten „Beratungen" mag die Bourgeoisie als Erfolg buchen. Unter massiver Hetze gegen „reaktionäre Ärzte", mit dem Vorschlag auf Ausdehnung der Frist auf 14 Wochen sowie mit Kritik „an dem Desinteresse der Regierung, das Gesetz anzuwenden" (L'Humanité), wollen Revisionisten und Sozialistische Partei die Massenbewegung für Zustimmung zum Vorhaben der Regierung gewinnen, das bestehende Gesetz bei „effektiverer Kontrolle und Bestrafung bei Verstößen" endgültig festzuschreiben.

Kreiskys „Vollbeschäftigung" bringt den Banken 14,45 Mrd. S Schuldendienst

z.anb.Wien. In den Direktionsetagen des Bankkapitals erwartet man ein klares Wort von Kreiskys SPÖ-Regierung: die gesamte Finanzschuld des Bundes ist auf 199,17 Mrd. S (100 S = 14,08 DM) angewachsen, das entspricht 92,7% der gesamten Einnahmen des Jahres 1978. 70% Gläubigeranteil sind das gewichtige Argument, mit dem das österreichische Finanzkapital nach „Sanierung" des Haushalts schreit. 14,45 Mrd. S wird in diesem Jahr der Schuldendienst einfordern.

Finanzminister Androsch erklärte, der Haushalt 1980 werde die Neuverschuldung auf 30 Mrd. S begrenzen. Unmittelbar darauf kündigte Sozialminister Weißenberg die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge ab 1. Januar an. Der Sturm der Empörung, der bis in die SPÖ-Vorstandsspitze des Gewerkschaftsbundes schwappte, ließ ihn jedoch das Ausmaß der Erhöhung von 3 auf 1% reduzieren. Im Gegenzug erklärte er, es gehe ohnehin nicht um die Finanzierung der Renten, sondern um die Einsparung von Bundeszuschüssen, das sei nun mal der Preis für die Vollbeschäftigung. 1977 hatte der Bund noch 11,5 Mrd. S an die Rentenkasse gezahlt, 1978 nur noch 7,5 Mrd; die Beitragserhöhung spart dem Bund noch einmal 3 Mrd. davon.

Nicht nur Weißenberg liefert „seinen Beitrag zur Gesamtpolitik" der SPÖ, alle fixen Ausgabenposten des Arbeiterhaushalts werden einer kaltblütigen Prüfung unterzogen – und verteuert: Altbaumieten sollen an die Preisentwicklung der Neubauten „angepaßt" werden, die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 8 auf 18% steigen, die Heizbetriebe in Wien, die die Arbeitersiedlungen mit Fernwärme beliefern, wollen ihre Preise um 40% erhöhen, die Verkehrsbetriebe die Fahrpreise um 10%. Die Ausgaben für Brot, Milch, Eier, Käse, Quark sind um 6% gestiegen im Verhältnis zu 1978.

1,25 Mio. Lohnabhängige (45,5%) belegen inzwischen die Lohnklassen bis 8000 S brutto, nur 24% verdienen den statistischen Durchschnittslohn von 12500 S brutto und mehr. Seit 1974 sind die Lohnsteuereinnahmen jedoch um 87,4% gestiegen, das statistische Pro-Kopf-Einkommen nur um 40,8%. Die Politik der „Vollbeschäftigung", von der SPÖ als Rechtfertigung für die immer krassere Verwandlung von Lohn in Profit angeführt, bestand 1978 in der Entlassung von 10718 Arbeitern und in über den Arbeitsmarkt organisierter Lohnsenkung bei weiteren 43947.

Krankenkassen! Forderung am 7.10. | schreiben.

Kreiskys „Vollbeschäftigung" bringt den Banken 14,45 Mrd. S Schuldendienst

z.anb.Wien. In den Direktionsetagen des Bankkapitals erwartet man ein klares Wort von Kreiskys SPÖ-Regierung: die gesamte Finanzschuld des Bundes ist auf 199,17 Mrd. S (100 S = 14,08 DM) angewachsen, das entspricht 92,7% der gesamten Einnahmen des Jahres 1978. 70% Gläubigeranteil sind das gewichtige Argument, mit dem das österreichische Finanzkapital nach „Sanierung" des Haushalts schreit. 14,45 Mrd. S wird in diesem Jahr der Schuldendienst einfordern.

Finanzminister Androsch erklärte, der Haushalt 1980 werde die Neuverschuldung auf 30 Mrd. S begrenzen. Unmittelbar darauf kündigte Sozialminister Weißenberg die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge ab 1. Januar an. Der Sturm der Empörung, der bis in die SPÖ-Vorstandsspitze des Gewerkschaftsbundes schwappte, ließ ihn jedoch das Ausmaß der Erhöhung von 3 auf 1% reduzieren. Im Gegenzug erklärte er, es gehe ohnehin nicht um die Finanzierung der Renten, sondern um die Einsparung von Bundeszuschüssen, das sei nun mal der Preis für die Vollbeschäftigung. 1977 hatte der Bund noch 11,5 Mrd. S an die Rentenkasse gezahlt, 1978 nur noch 7,5 Mrd; die Beitragserhöhung spart dem Bund noch einmal 3 Mrd. davon.

Nicht nur Weißenberg liefert „seinen Beitrag zur Gesamtpolitik" der SPÖ, alle fixen Ausgabenposten des Arbeiterhaushalts werden einer kaltblütigen Prüfung unterzogen – und verteuert: Altbaumieten sollen an die Preisentwicklung der Neubauten „angepaßt" werden, die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 8 auf 18% steigen, die Heizbetriebe in Wien, die die Arbeitersiedlungen mit Fernwärme beliefern, wollen ihre Preise um 40% erhöhen, die Verkehrsbetriebe die Fahrpreise um 10%. Die Ausgaben für Brot, Milch, Eier, Käse, Quark sind um 6% gestiegen im Verhältnis zu 1978.

1,25 Mio. Lohnabhängige (45,5%) belegen inzwischen die Lohnklassen bis 8000 S brutto, nur 24% verdienen den statistischen Durchschnittslohn von 12500 S brutto und mehr. Seit 1974 sind die Lohnsteuereinnahmen jedoch um 87,4% gestiegen, das statistische Pro-Kopf-Einkommen nur um 40,8%. Die Politik der „Vollbeschäftigung", von der SPÖ als Rechtfertigung für die immer krassere Verwandlung von Lohn in Profit angeführt, bestand 1978 in der Entlassung von 10718 Arbeitern und in über den Arbeitsmarkt organisierter Lohnsenkung bei weiteren 43947.

England: Angriffe auf Kündigungsschutz und Schutzrechte der Frauen in Kleinbetrieben

z.rül.London. Ende September legte Arbeitsminister Prior Pläne für Änderungen der Arbeitsgesetzgebung vor, die noch in diesem Jahr in Kraft treten sollen. Sie richten sich vor allem gegen Lohnabhängige in Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten und hier vor allem gegen Frauen. Allein 200000 Frauen beuten die britischen Kapitalisten zum Beispiel in der Textilindustrie aus, zu Hungerlöhnen von knapp über 40 Pfund im Durchschnitt. Da viele davon in Kleinbetrieben arbeiten und die gewerkschaftliche Organisierung gering ist, soll der Angriff zuerst gegen sie geführt werden. Auch in anderen Branchen ist der Anteil der Arbeiter in Kleinbetrieben erheblich, insgesamt 530000 Lohnabhängige (von 7 Mio.) werden in der verarbeitenden Industrie in Betrieben unter 20 Beschäftigten ausgebeutet. Die erste wesentliche Änderung betrifft die Schutzrechte bei Schwangerschaft. Bisher haben schwangere Frauen das Recht, bis 29 Wochen nach der Geburt des Kindes ihren alten Arbeitsplatz wieder zu erhalten, zum gleichen Lohn wie früher einschließlich der inzwischen durchgesetzten Lohnerhöhungen. Vorbedingung dafür ist, daß sie vor Beginn des Schwangerschaftsurlaubs ihre Entlassung verhindern können. Dann haben sie nämlich keinen gesetzlichen Kündigungsschutz, sondern der Kapitalist kann jede Frau mit der Begründung entlassen, sie schaffe die Arbeit nicht mehr. Nun will die Regierung auch das Recht auf Rückkehr an den alten Arbeitsplatz in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten beseitigen. *Kündigungsschutz:* Bisher können Lohnabhängige nach einem halben Jahr Beschäftigung bei einem Kapitalisten gegen „ungerechtfertigte" Entlassungen vor einem Arbeitstribunal klagen. Das Tribunal setzt sich aus einer gleich großen Zahl von Vertretern der Gewerkschaft und der Kapitalisten zusammen und aus einem vom Arbeitsminister berufenen Vorsitzenden. In den letzten Jahren war die Zahl der abgewiesenen Klagen bereits von 63% (1973) auf 69% (1977) gestiegen. Dennoch nimmt die Zahl der Klagen ständig zu. Nun sollen die Lohnabhängigen bereits in mündlichen Vorverhandlungen abgewiesen werden können. Außerdem will die Regierung – wegen der vielen „ungerechtfertigten Klagen", wie sie mit Hinweis auf die abgewiesenen Klagen erklärt – zur „Abschreckung" die Gebührensätze für die Verfahren drastisch erhöhen. Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt im Juni hatte sie die als Vorbedingung für ein Klagerecht verlangte Beschäftigungsdauer bei einem Kapitalisten von einem halben Jahr auf ein Jahr erhöht, für Jugendliche unter 18 Jahren auf zwei Jahre. Für Lohnabhängige in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten soll jetzt das Klagerecht gegen Kündigungen ganz beseitigt werden, zwecks „Arbeitsplatzbeschaffung". Die Gewerkschaften haben die geplanten Gesetzesänderungen sofort nach Bekanntwerden abgelehnt.

Billiges Öl für Westeuropas größte Raffinerien

Energiepolitik der italienischen Imperialisten / Kriegskasse aus Lohn

z.ulg.Rom. „Diese Opfer mußten dem italienischen Volk vorgeschlagen werden, um zu verhindern, daß morgen schwerere Opfer aufgezwungen werden müssen", ließ sich Ministerpräsident Cossiga – als langjähriger Polizeiminister im „Aufzwingen" erfahren – am 14.9. im Fernsehen vernehmen. Der „Vorschlag" zur Güte besteht in einem „Energieverbrauchseinschränkungsgesetz", das die Regierung per Verordnung sofort in Kraft gesetzt hat.

Darin werden für jeden Ort die Heizperiode und die tägliche Heizdauer festgelegt. Ein eigens aufgestelltes Korps von 700 Spezialagenten soll in den Wohnungen der Volksmassen herumschnüffeln, ob auch niemand außerhalb dieser Zeiten oder gar „zu warm", nämlich über 20 Grad, heizt. Die Arbeiter und Bauern dergestalt in kriegsmäßige Kälte versetzt, widmet sich die Regierung im zweiten Teil des Gesetzes der Beschaffung der nötigen Kriegskasse für den Kampf um billiges Öl. Ein „Fonds für Maßnahmen im Energiebereich" wird gebildet, und gefüllt wird dieser Fonds durch allgemeine Mineralölsteuererhöhung. Geschätzte Mehreinnahmen bis Ende 1980: 1050 Mrd. Lire (2,3 Mrd. DM).

Innerhalb von zwei Monaten ist der Benzinpreis damit von 500 auf 600 Lire (1,10 bzw. 1,32 DM) getrieben worden. Nachdem die Ölkonzerne durch künstliche Benzinverknappung für die nötige Lichter-aus-Stimmung gesorgt hatten, war Ende Juli im ersten Schritt der Nettopreis ab Raffinerie von 104 auf 143 Lire/l erhöht worden. Nebenbei stieg damit der Mehrwertsteueranteil um 5 Lire. Insgesamt haben die italienischen Bourgeois durch die beiden Erhöhungen den Steueranteil von 355 auf 411 Lire/l gebracht und damit ihre europäische Spitzenstellung behauptet.

Die Hälfte der so geschaffenen Kriegskasse soll zur Aufstockung des Kapitals der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL verwandt werden, hauptsächlich zur Finanzierung des Kernenergieprogramms. Zusätzlich wurde noch am gleichen Abend der Strompreis um 7 Lire/kWh, das ist für die meisten Familien des Volkes fast ein Viertel, erhöht. Eine weitere Erhöhung um 15% ist angekündigt. 50 Mrd. Lire (110 Mio. DM) aus dem Fonds sollen noch in diesem Jahr den Ölkonzernen zugeschanzt werden, als „Ausgleich für höhere Ölpreise".

Daß sie auf ihrem eigenen Territorium kaum über Energieträger verfügen, ist eine strategische Schwäche der italienischen Imperialisten. 1977 deckten sie 68,1% ihres Energiebedarfs mit Öl, 15,3% mit Erdgas, 8,5% mit Wasserkraft und Erdwärme und 10,2% mit festen Brennstoffen. Außer Wasserkraft und Erdwärme konnten sie nur von Erdgas einen nennenswerten Anteil im Lande fördern, gut die Hälfte des Verbrauchs.

Zwar beträgt die italienische Stromproduktion mit 1977 146 Mrd. kWh nicht einmal die Hälfte der westdeutschen (335 Mrd. kWh). Doch nimmt man den Stromverbrauch pro Lohnabhängigen in der Industrie als einen Maßstab für das Niveau in der Auspressung der menschlichen Arbeit, haben die italienischen Bourgeois mit ihren westdeutschen Konkurrenten fast gleichgezogen. Die entsprechende Zahl betrug 1977 für Italien 17410 kWh/Lohnabhängigen gegenüber 18683 in Westdeutschland.

Verfügung über billige Energie, und das heißt heute im wesentlichen: über billiges Öl, ist eine Voraussetzung, um in den Konkurrenzschlachten der Imperialisten zu bestehen. Frühzeitig haben sich die italienischen Imperialisten daher auf die Sicherung „eigener" Ölquellen im Ausland geworfen. 1953 wurde dazu der staatliche Ölkonzern ENI gegründet, der sich bis 1974 über 1 Mio. km² Konzessionsgebiete – das Vierfache der Fläche Italiens – gesichert hatte, meist, aber nicht immer, in „Kooperation" mit den multinationalen Ölkonzernen oder staatlichen Ölgesellschaften der Förderländer.

Eigene Produktion und Käufe der ENI decken heute über die Hälfte des inländischen Rohölbedarfs von 1978 86,8 Mio. t. Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Herkunftsländer (1978, in 1000 t):

	ENI-Prod.	ENI-Käufe	insges.
Libyen	6158	5764	11922
Irak		8886	8886
Saudi-Ar.		3858	3858
Nigeria	3779		3779
UdSSR		3737	3737
Iran	294	2838	3132
Norwegen	1991		1991
Qatar	1427		1427
Ägypten	1133		1133
Italien	1198		1198
Insg.	17700	26451	44151

Darauf gestützt haben die italienischen Imperialisten die größten Raffineriekapazitäten Westeuropas errichtet, die ihnen ermöglichen, nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern zusätzlich jährlich netto über 12 Mio. t Raffinerieprodukte mit Extraprofit zu exportieren. Dabei waren die Raffinerien 1978 nur zu 61,5% ausgelastet. Die Gesamtkapazität von 180 Mio. t zeigt, was sich die Finanzbourgeoisie vorgenommen hat.

Gleichzeitig hat sie den Energieverbrauch der Volksmassen auf ein absolutes Minimum beschränkt. 92,5% der Haushalte haben nur bis zu 3 kW Leistung installiert, 27,2% sogar nur bis zu 1,5 kW. Dafür gibt es einen „Sozialtarif", der beiläufig doppelt so hoch liegt wie der Tarif für die 5000 Großverbraucher von Hochspannung über 500 kW. Jetzt wo hoher Strompreis und fortschreitende Verelendung genug zum „Sparen" zwingen, soll der „Sozialtarif" drastisch eingeschränkt werden.

Der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder in der OPEC hat den Ambitionen der italienischen Imperialisten, sich zur „Ölmacht" aufzuschwingen, Grenzen gesetzt. In vier Jahren ist die Fläche der „Konzessionsgebiete" halbiert worden. Erhöhung des Ölpreises und höhere Ölsteuern der Förderländer haben die Möglichkeiten zu Extraprofit verringert. Doch die Finanzbourgeoisie hat ihre Pläne keineswegs aufgegeben. Mit forciertem Kapitalexport versucht sie, sich neue „eigene" Ölquellen in der Dritten Welt zu sichern. Ein Drittel ihrer gesamten Investitionen, 46% der Investitionen im Energiesektor, hat die ENI 1978 im Ausland gemacht: rund 900 Mio. DM. Im Inland soll das noch in den ersten Anfängen stehende Kernenergieprogramm forciert werden. In dem kürzlich beschlossenen Fünfjahresplan der staatlichen Atomenergiebehörde ist vorgesehen, 1980 bis 1984 jedes Jahres mit dem Bau zweier neuer Kernkraftwerke zu beginnen.

Finanziert werden soll die Schlacht um billiges Öl aus Lohn, durch Steuer- und Tariferhöhungen. Wie weit die Bourgeoisie damit durchkommt, ist ungewiß. Zwar ist die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm durch bürgerliche Kräfte vielfach gespalten, doch im Kampf gegen Strompreiserhöhungen hat die Arbeiterbewegung große Erfahrungen.

(1,10 bzw. 1,32 DM) getrieben worden. Nachdem die Ölkonzerne durch künstliche Benzinverknappung für die nötige Lichter-aus-Stimmung gesorgt hatten, war Ende Juli im ersten Schritt der Nettopreis ab Raffinerie von 104 auf 143 Lire/l erhöht worden. Nebenbei stieg damit der Mehrwertsteueranteil um 5 Lire. Insgesamt haben die italienischen Bourgeois durch die beiden Erhöhungen den Steueranteil von 355 auf 411 Lire/l gebracht und damit ihre europäische Spitzenstellung behauptet.

Die Hälfte der so geschaffenen Kriegskasse soll zur Aufstockung des Kapitals der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL verwandt werden, hauptsächlich zur Finanzierung des Kernenergieprogramms. Zusätzlich wurde noch am gleichen Abend der

Verfügung über billige Energie, und das heißt heute im wesentlichen: über billiges Öl, ist eine Voraussetzung, um in den Konkurrenzschlachten der Imperialisten zu bestehen. Frühzeitig haben sich die italienischen Imperialisten daher auf die Sicherung „eigener" Ölquellen im Ausland geworfen. 1953 wurde dazu der staatliche Ölkonzern ENI gegründet, der sich bis 1974 über 1 Mio. km² Konzessionsgebiete – das Vierfache der Fläche Italiens – gesichert hatte, meist, aber nicht immer, in „Kooperation" mit den multinationalen Ölkonzernen oder staatlichen Ölgesellschaften der Förderländer.

Eigene Produktion und Käufe der ENI decken heute über die Hälfte des

lutes Minimum beschränkt. 92,5% der Haushalte haben nur bis zu 3 kW Leistung installiert, 27,2% sogar nur bis zu 1,5 kW. Dafür gibt es einen „Sozialtarif", der beiläufig doppelt so hoch liegt wie der Tarif für die 5000 Großverbraucher von Hochspannung über 500 kW. Jetzt wo hoher Strompreis und fortschreitende Verelendung genug zum „Sparen" zwingen, soll der „Sozialtarif" drastisch eingeschränkt werden.

Der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder in der OPEC hat den Ambitionen der italienischen Imperialisten, sich zur „Ölmacht" aufzuschwingen, Grenzen gesetzt. In vier Jahren ist die Fläche der „Konzessionsgebiete" halbiert worden. Erhöhung des Ölpreises und höhere Ölsteuern der Förderländer haben die Möglichkeiten zu Extraprofit verringert. Doch die Finanzbourgeoisie hat ihre Pläne keineswegs aufgegeben. Mit forciertem Kapitalexport versucht sie, sich neue „eigene" Ölquellen in der Dritten Welt zu sichern. Ein Drittel ihrer gesamten Investitionen, 46% der Investitionen im Energiesektor, hat die ENI 1978 im Ausland gemacht: rund 900 Mio. DM. Im Inland soll das noch in den ersten Anfängen stehende Kernenergieprogramm forciert werden. In dem kürzlich beschlossenen Fünfjahresplan der staatlichen Atomenergiebehörde ist vorgesehen, 1980 bis 1984 jedes Jahres mit dem Bau zweier neuer Kernkraftwerke zu beginnen.


Petrochemieanlage der ENI in Gela an der Südküste Siziliens. Hungerlöhne und Öl aus Nordafrika sind Grundlage für Extraprofite im Export.

Französische Bourgeoisie muß bei Plünderung zurückstecken

z.inl.Paris. 17 Mio. Francs sollte die im Haushaltsentwurf für 1980 angekündigte Besteuerung von Motorrädern der französischen Finanzbourgeoisie einbringen. Die Ankündigung ist Anfang September, der Rückzug vier Wochen später. Nachdem Tausende von Jugendlichen mehrere Tage lang in den Städten mit Motorrädern demonstrieren und am 30.9. den Verkehr auf der Südautobahn lahmlegen, erklärt die Finanzkommission, nur noch die Besteuerung von Maschinen über 750 cm³ zu erwägen. Für den Raubzug auf die Lohngelder (s. KVZ Nr. 37) hat auch der Justizminister Peyrefitte zwei Gesetzesinitiativen ergriffen: Anhebung der Geldstrafen von heute 2000 FF Höchstgrenze auf 6000 FF und Verdoppelung der Strafe, wenn nicht sofort bezahlt wird. So werden aus 500 FF (210 DM) wegen Geschwindigkeitsüberschreitung (30 km/h) 1000 FF, wenn man kein Geld dabei hat. Und wenn man das Geld nicht hat und nach einem Monat nicht bezahlt hat, Verdreifachung, 1500 FF. 12 Mio. Strafmandate hat der Staatsapparat 1978 verteilt. Allein die Erhöhung der Mindeststrafe auf 50 FF gerechnet, plündert er zusätzlich 72 Mio. FF. „Wir wollen nicht die neuen Milchkühe des Staates sein", erklärten die Jugendlichen ihren Kampf gegen die Motorradsteuer. Ihre kraftvollen Aktionen sind den Bourgeois in die Knochen gefahren. Am 11.10. bei der Debatte der Peyrefitteschen Gesetzentwürfe im Parlament wollten nicht einmal mehr die Regierungsparteien die *Strafverdoppelung* unterstützen. Beschlossen haben sie die *Anhebung* der Geldstrafen.

Italienische Sozialdemokraten legen Anti-Streik-Gesetz vor

z.ulg.Rom. Die von der PCI in den Gewerkschaften betriebene „Selbstreglementierung" des Streikrechts, „um Schlimmeres" – nämlich ein Gesetz – zu verhüten, kommt wegen des Widerstands der Mitglieder nicht voran. Jetzt haben die Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf angekündigt, mit dem für den öffentlichen Dienst eine „unverbindliche" Schlichtung vorgeschrieben werden soll. Erst danach dürfte gestreikt werden, und zwar nur einmalig und höchstens 24 Stunden. Die Gewerkschaften lehnen jede gesetzliche Regelung ab. Aber Lama, revisionistischer Sekretär des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, hat angekündigt, wenn die anderen Gewerkschaften nicht mitzögen, werde die CGIL im Alleingang die Selbstkastration beschließen. Warum legt er nicht gleich einen Gesetzentwurf vor?

UNO unterstützt Kampf für Wiedervereinigung Koreas

z.dab. „Zwei wesentliche Probleme bleiben auf der koreanischen Halbinsel: der Rückzug der fremden Truppen von der Halbinsel und die unabhängige friedliche Wiedervereinigung", sagte der Vertreter Madagaskars auf der 34. UNO-Generalversammlung und fügte hinzu: „Wir können nicht zulassen, daß das koreanische Volk weiter das Opfer von außen kommender Einmischung ist und Gegenstand einer agressiven und permanenten Bedrohung." Der Präsident von Burundi forderte: „Alle fremden Truppen müssen zurückgezogen ... und andere fremde militärische Einrichtungen in Südkorea

Arbeiter- und Bauernkämpfe im Sudan

Nach dem Rauswurf der Sozialimperialisten will sich US-Imperialismus breitmachen

z.pel. Am 12. August hat der sudanesische Staatspräsident Numeiry seinen ersten Vizepräsidenten und Generalsekretär der Einheitspartei Sudanesische Sozialistische Union, Ibrahim, acht Minister und zehn Mitglieder des 27-köpfigen Politbüros der Partei ihrer Ämter enthoben. Entscheidende Kommandostellen in der sudanesischen Armee besetzte er mit ägyptischen Offizieren. Gleichzeitig gab er die Rücknahme der am 1. August verfügten 25%igen Preiserhöhung bei Benzin, die Reduzierung der sudanesischen Fleischexporte und eine Preiskontrolle bei Brot bekannt. Der sudanesische Agrarminister mußte anschließend den Bauern die Subventionen für jeden Hektar kultiviertes Land erhöhen und die zum 1.8. eingeführte Wasserabgabe annullieren.

Mit der Senkung des staatlichen Abnahmepreises für Baumwolle auf einen Dollar pro kg, der Streichung der Subventionen für Weizenproduktion, Lebensmittelpreiserhöhungen von 240% für Mehl, 30% für Zucker, 20% für Zigaretten und Alkohol sowie der Abwertung des sudanesischen Pfundes um 20% auf den Kurs von 2 Dollar pro Pfund hatte die Regierung sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds gebeugt, um die zur Abtragung der 3 Mrd. Dollar schweren Staatsschuld notwendigen Kredite zu erhalten.

Die Bauern der zwischen dem Blauen und Weißen Nil gelegenen fruchtbarsten landwirtschaftlichen Region des Landes Gezira antworteten auf das Diktat des IWF in anderer Weise. Sie verweigerten jede Kultivierung neuen Landes und forderten die Erhöhung der Erzeugerpreise. Die 20000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Eisenbahner rief Anfang August einen einwöchigen Streik aus, der ca. 80% des innerstaatlichen Gütertransportes lahmlegte. In den beiden größeren Städten des Landes, Khartoum und Ondourman, gingen die Studenten auf die Straße und lieferten sich erbitterte Kämpfe mit der Polizei sowie gleichfalls eingesetzter Armee.

Numeiry mußte unter der Wucht der Massenbewegung zunächst nachgeben. Sein folgender Versuch, dieser durch die Verhaftung führender Gewerkschafter die Führung zu nehmen und sich noch stärker auf die ägyptische Armee zu stützen, verschärfte jedoch vor allem die Widersprüche in der nationalen Bourgeoisie. Anfang September rebellierte ein Armeebataillon gegen die Führung durch ägyptische Offiziere und forderte die Aufkündigung des 1976 geschlossenen Verteidigungspaktes. Am 24. September traten die Ärzte der staatlichen Krankenhäuser in den unbegrenzten Streik und verlangten die Wiedereinstellung von 40 wegen ,,Illoyalität" entlassenen Kollegen.

Die Lage breiter Teile des sudanesischen Volkes hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Von den sieben Millionen Erwerbstätigen (Gesamtbevölkerung 18 Mio.) sind gegenwärtig ca. 20% ohne Arbeit. Die knappe halbe Million Industrie- und Transportarbeiter verdienen heute im Schnitt 300 Pfund im Jahr, wobei sich der Lohn in den letzten Jahren kaum erhöht hat. Dem steht eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von ca. 40% in jedem der drei letzten Jahre gegenüber. Die Bauern sind in diesem Zeitraum vollständig ausgeblutet worden. Als kleine Pächter in der vom britischen Imperialismus in den 20er Jahren aufgezwungenen Baumwollproduktion beschäftigt, hat der seit 1975 von den Imperialisten mit Hilfe der verstärkten Anwendung von Kunstfasern erpreßte Sturz der Baumwollerzeugerpreise auf etwa 1 Dollar/kg viele von ihnen ruiniert. Die Produktion, die 1973 noch bei 850000 t lag, ist 1978 auf knapp 600000 t gefallen.

Mitte des 19. Jahrhunderts war der britische Imperialismus von Ägypten aus im Sudan eingedrungen, um von dort aus zwecks Sicherung der Kap-Route zu den Rohstoff- und Absatzmärkten Asiens in den Süden Afrikas vorzustoßen. 1885 von den Völkern des Sudan in einem großen antiimperialistischen Aufstand aus dem Lande getrieben, brauchten die britischen Imperialisten drei Jahre ununterbrochenen Krieges, bis sie 1898 das mit 2506000 km² der Fläche ganz Europas entsprechende Gebiet unter ihre Herrschaft gebracht hatten. Mit dem Bau zweier Eisenbahnlinien aus dem Gezira-Gebiet Richtung Ägypten, um jederzeitige Truppenverstärkungen heranführen zu können, und an das Rote Meer, zum Abtransport der geraubten Reichtümer, sicherten sie die Integration des Landes in den Weltmarkt und verwandelten es in der Folge in eine riesige Baumwollplantage. 90000 zuvor enteignete Bauern mußten auf 150000 ha bewässerter Fläche im Gezira-Bekken unter Aufsicht des zur Verwaltung dieses Unternehmens gegründeten ,,Gezira Boards" jeweils Landstücke von ca. 1,5 ha Größe im Pachtverhältnis mit der jeweils gewünschten kurzfristigen oder langfribigen Baumwollart bebauen. Zur Erntezeit wurden 500000 Saisonarbeiter aus anderen Regionen, teilweise aus dem Tschad, herangeschafft.

Der US-Imperialismus, der nach dem Suez-Fiasko des britischen Imperialismus angetreten war, diesen zu beerben und sich die Vorherrschaft über das Horn von Afrika zu sichern, konnte schon 1958 dem zwei Jahre jungen unabhängigen Staat Sudan auf Grundlage der vollständig zerstörten Landwirtschaft ein ,,Entwicklungshilfeabkommen" aufzwingen, das ihm für die Gewährung von Krediten Anrechte im einzigen Hafen Port Sudan einräumte. Durch Schürung der bis 1972 andauernden Sezessionsbewegung der im Süden des Landes lebenden schwarzafrikanischen Nilotenvölker – v.a. mit Hilfe Israels und Haile Selassies – zwangen die Imperialisten die sudanesische Bourgeoisie, bis zu 40% ihres Haushalts in den Kriegsetat zu stecken. Die gewährten Kredite waren, soweit sie nicht für Waffenkäufe verausgabt wurden, für den weiteren Ausbau der Baumwollplantagen zweckgebunden.

1970 suchte der ein Jahr zuvor an die Macht gekommene Numeiry, das Land durch Enteignung aller Großgrundbesitzer und Nationalisierung der Banken und der wenigen Industriebetriebe aus dem Würgegriff der westlichen Imperialisten zu befreien. Gegen Kreditsperren und Einstellung der Militärhilfe boten die Sozialimperialisten ihre Dienste an. 1971 waren 2000 ,,RGW-Berater" im Sudan, die Militärhilfe sollte den Sozialimperialisten günstige Handelsverträge erpressen. Das Ausbleiben einer Agrarreform verstärkte die Unzufriedenheit der Bauern, Mitte 1971 ließen die Sozialimperialisten putschen. Numeiry konnte den Aufstand mit Mühe niederschlagen, die Furcht vor weiteren Bauernrevolten trieb ihn in die Arme des US-Imperialismus zurück. Als die Sozialimperialisten Äthiopien zum Stützpunkt ihrer Infiltrationsversuche in der Region ausbauen konnten, wies Numeiry 1977 die letzten sowjetischen Berater aus.

Die Versuche der sudanesischen Bourgeoisie, die nationale Unabhängigkeit des Landes und ökonomischen Fortschritt mit Hilfe der einen oder anderen imperialistischen Macht ohne tiefgreifende Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande durchzuführen, hat sie in immer tiefere Abhängigkeit vom Imperialismus verstrickt. Unter der drückenden Zinsschuld – der jährliche Schuldendienst macht schon 40% des Gesamtexportes aus – der Reduzierung des Devisenbestandes auf ein Nichts von 18 Mio. Dollar hat die sudanesische Regierung mit dem Sechsjahresplan 1977 – 83 ein Riesenprogramm zur Entwicklung der Landwirtschaft entworfen, dessen Schwerpunkte Bewässerungsprojekte zum Ausbau des Sudans als ,,Weizenspeicher Arabiens" (gegenwärtige Produktion 600000 t) und zur Ausdehnung der Viehzucht auf Großranchen sowie der Aufbau des drittgrößten Zuckerindustriekomplexes der Welt bei Kenana (Jahresproduktion 1 Mio. t) sind.

Kenana soll vom britischen Lonrho-Konzern betrieben werden, der US-Nahrungsmittelkonzern Tenneco plant allein eine Rinderranch auf 500000 ha Fläche mit 1 Mrd. Dollar Investitionskosten. Die glänzenden Aussichten auf Riesenprofite haben die Imperialisten veranlaßt, die Zustimmung zur Gewährung der insgesamt benötigten 5,5 Mrd. Dollar Kredite zu geben. Mit der Sicherung ihrer Herrschaft durch die 20000 Mann starken Besatzungstruppen Sadats glauben sie eine besonders elegante Lösung ausgeknobelt zu haben. Die jüngsten Kämpfe der sudanesischen Bauern und Arbeiter zeigen jedoch, daß ihr Projekt auf schwachen Füßen steht.



Westafrikanische Länder bekämpfen gemeinsam die Lepra im Vertrauen auf die eigene Kraft

z.zik. Ende September haben Vertreter von elf westafrikanischen Staaten in Monrovia den 3. Westafrikanischen Lepra-Kongreß durchgeführt. Wesentliches Ergebnis: Mit dem Aufbau eines *eigenen*, den Bedingungen der Länder der Dritten Welt angepaßten Früherkennungs- und Behandlungssystems kann die Krankheit beseitigt werden. Dazu muß die aus der Kolonialzeit stammende Konzentrierung des Gesundheitswesens auf die Städte beseitigt, der Aufbau einer die *ländlichen* Gebiete erfassenden Krankenversorgung und die Ausbildung eines Kaders von ,,Barfußärzten" organisiert werden.

Am Beispiel von Liberia und Obervolta studierte die Konferenz die Erfahrungen beim Aufbau eines solchen Systems. Diese Länder konnten damit bereits den größten Teil der Leprakranken erfassen und sind beim Aufbau zahlreicher ländlicher Behandlungszentren am weitesten fortgeschritten. 4 von derzeit 12 Millionen Leprakranken leben in Afrika.

,,Der gesunde Erwachsene scheint sehr resistent gegen Lepra zu sein", stellte schon 1927 ein Kolonialarzt in Manila fest. Die Krankheit ist nur schwach ansteckend und bei früher Erkennung – und selbst im fortgeschrittenen Stadium, dann allerdings nur unter erheblichem Aufwand – zumeist heilbar. Bei Nichtbehandlung führt sie über die – aus Bildern von Missionszeitschriften bekannten – Lähmungen, Verfall von Gliedmaßen zu einem qualvollen Tod.



Ausbildung von ,,Barfußärzten" für das ambulante Versorgungssystem.

kannt gewesen", schreibt 1910 ein deutscher Kolonialarzt aus Togo. Von europäischen Kolonialtruppen eingeschleppt, erreichte die Lepra in Afrika erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts epidemisches Ausmaß mit der Verelendung der Massen infolge der Vertreibung der Bauern von ihrem Land, ihrer Überführung in die Sklaverei und Lohnsklaverei und infolge der Vernichtung der traditionellen afrikanischen Medizin.

Die Kolonialisten zwangen die Erkrankten in sogenannte Leproserien unter die Obhut christlicher Missionen, ,,mit großen Maisschamben, Bananenpflanzungen", sprich Arbeitslager. ,,Als Schlafstelle erhält jeder Kranke ein Negerbett. Die Nahrung ist vorwiegend vegetabilisch, nur einmal wöchentlich gibt es Fleisch oder Fisch". Zugleich dienten die Lager dazu, ,,an

schuld notwendigen Kredite zu erhalten.

Die Bauern der zwischen dem Blauen und Weißen Nil gelegenen fruchtbarsten landwirtschaftlichen Region des Landes Gezira antworteten auf das Diktat des IWF in anderer Weise. Sie verweigerten jede Kultivierung neuen Landes und forderten die Erhöhung der Erzeugerpreise. Die 20000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Eisenbahner rief Anfang August einen einwöchigen Streik aus, der ca. 80% des innerstaatlichen Gütertransportes lahmlegte. In den beiden größeren Städten des Landes, Khartoum und Ondourman, gingen die Studenten auf die Straße und lieferten sich erbitterte Kämpfe mit der Polizei sowie gleichfalls eingesetzter Armee.

ren aufgezwungenen Baumwollproduktion beschäftigt, hat der seit 1975 von den Imperialisten mit Hilfe der verstärkten Anwendung von Kunstfasern erpreßte Sturz der Baumwollerzeugerpreise auf etwa 1 Dollar/kg viele von ihnen ruiniert. Die Produktion, die 1973 noch bei 850000 t lag, ist 1978 auf knapp 600000 t gefallen.

Mitte des 19. Jahrhunderts war der britische Imperialismus von Ägypten aus im Sudan eingedrungen, um von dort aus zwecks Sicherung der Kap-Route zu den Rohstoff- und Absatzmärkten Asiens in den Süden Afrikas vorzustoßen. 1885 von den Völkern des Sudan in einem großen antiimperialistischen Aufstand aus dem Lande getrieben, brauchten die britischen Imperialisten drei Jahre ununterbroche-

feabkommen" aufzwingen, das ihm für die Gewährung von Krediten Anrechte im einzigen Hafen Port Sudan einräumte. Durch Schürung der bis 1972 andauernden Sezessionsbewegung der im Süden des Landes lebenden schwarzafrikanischen Nilotenvölker – v.a. mit Hilfe Israels und Haile Selassies – zwangen die Imperialisten die sudanesische Bourgeoisie, bis zu 40% ihres Haushalts in den Kriegsetat zu stecken. Die gewährten Kredite waren, soweit sie nicht für Waffenkäufe verausgabt wurden, für den weiteren Ausbau der Baumwollplantagen zweckgebunden.

1970 suchte der ein Jahr zuvor an die Macht gekommene Numeiry, das Land durch Enteignung aller Großgrundbesitzer und Nationalisierung der Banken

Monrovia den 3. Westafrikanischen Lepra-Kongreß durchgeführt. Wesentliches Ergebnis: Mit dem Aufbau eines *eigenen*, den Bedingungen der Länder der Dritten Welt angepaßten Früherkennungs- und Behandlungssystems kann die Krankheit beseitigt werden. Dazu muß die aus der Kolonialzeit stammende Konzentrierung des Gesundheitswesens auf die Städte beseitigt, der Aufbau einer die *ländlichen* Gebiete erfassenden Krankenversorgung und die Ausbildung eines Kaders von ,,Barfußärzten" organisiert werden.

Am Beispiel von Liberia und Obervolta studierte die Konferenz die Erfahrungen beim Aufbau eines solchen Systems. Diese Länder konnten damit bereits den größten Teil der Leprakranken erfassen und sind beim Aufbau zahlreicher ländlicher Behandlungszentren am weitesten fortgeschritten. 4 von derzeit 12 Millionen Leprakranken leben in Afrika.

,,Der gesunde Erwachsene scheint sehr resistent gegen Lepra zu sein", stellte schon 1927 ein Kolonialarzt in Manila fest. Die Krankheit ist nur schwach ansteckend und bei früher Erkennung – und selbst im fortgeschrittenen Stadium, dann allerdings nur unter erheblichem Aufwand – zumeist heilbar. Bei Nichtbehandlung führt sie über die – aus Bildern von Missionszeitschriften bekannten – Lähmungen, Verfall von Gliedmaßen zu einem qualvollen Tod.



Ausbildung von ,,Barfußärzten" für das ambulante Versorgungssystem.

kannt gewesen", schreibt 1910 ein deutscher Kolonialarzt aus Togo. Von europäischen Kolonialtruppen eingeschleppt, erreichte die Lepra in Afrika erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts epidemisches Ausmaß mit der Verelendung der Massen infolge der Vertreibung der Bauern von ihrem Land, ihrer Überführung in die Sklaverei und Lohnsklaverei und infolge der Vernichtung der traditionellen afrikanischen Medizin.

Die Kolonialisten zwangen die Erkrankten in sogenannte Leproserien unter die Obhut christlicher Missionen, ,,mit großen Maisschamben, Bananenpflanzungen", sprich Arbeitslager. ,,Als Schlafstelle erhält jeder Kranke ein Negerbett. Die Nahrung ist vorwiegend vegetabilisch, nur einmal wöchentlich gibt es Fleisch oder Fisch". Zugleich dienten die Lager dazu, ,,an
den Kranken Heilmittel zu versuchen". (Dr. Steuber, Oberstabsarzt in Deutsch-Ostafrika, 1910)

Bis heute besteht die durch christliche Missionen gewährte Behandlung im wesentlichen in Isolierung der Kranken. Mit dem Aufbau ihres *eigenen* Gesundheitswesens werden die afrikanischen Völker die Lepra beseitigen.

Das Verschwinden der Lepra in Mitteleuropa Ende des 19. Jahrhunderts führt der ,,Große Brockhaus" halbwahr ,,auf die Besserung der Lebensverhältnisse" zurück. In Afrika ist die Ausbreitung der Krankheit unmittelbare Folge der kolonialen Eroberung. ,,Alte Eingeborene behaupten, die Lepra sei in ihrer Jugend im Bezirk unbe-







Sudanesische Arbeiter feiern im Sommer 1977 auf einem sowjetischen Panzer den Rauswurf der Sozialimperialisten. Die 5 Mio. Bauern und Landarbeiter bilden heute die Hauptkraft im Kampf gegen imperialistische Ausbeutung.

---

müssen geräumt werden." Das ist eine Kampfansage an beide Supermächte. Die Sozialimperialisten haben sich auf die Lösung ,,zwei Koreas" inzwischen eingerichtet. Die US-Imperialisten hatten noch 1950 die UNO-Flagge für ihre Intervention in der KDVR mißbrauchen können und eine Resolution durchgesetzt, auf deren Grundlage noch heute UN-Truppen in Südkorea stehen. Die Völker der Welt unterstützen unter führender Beteiligung der VR China seit Jahren den Kampf des koreanischen Volkes. So heißt es in einer Resolution von 1975: ,,Die UNO-Generalversammlung ... betrachtet es als notwendig, die UN-Truppen aufzulösen und alle fremden Truppen, die in Südkorea unter der Flagge der Vereinten Nationen stationiert sind."

Indonesien protestiert gegen australische Seegebietsansprüche

z.mat.Sydney. In einer Note an die australische Regierung hat Indonesien ,,schwerwiegende Differenzen" zu der am 1. November geplanten australischen 220-Meilenzone angemeldet. Das Seegebiet zwischen den beiden Ländern ist reich an Erdöl, an das die Imperialisten mit allen Mitteln herankommen wollen. Die britische Kolonie Australien, rechnen sie sich aus, bietet trotz aller Kreditabhängigkeit Indonesiens die größeren Sicherheiten: In fünf Abschnitten haben ESSO, Shell und andere bereits Lizenzen von Australien erhalten. Mit der geplanten 220-Meilenzone beansprucht Australien mehr als ¾ des Seegebiets, indem es verschiedene Riffe, die 100 km von Indonesien und 300 km von Australien entfernt sind, als australisches Staatsgebiet beansprucht. 1972 zwang es Indonesien zu einem Vertrag, der diesen Grenzverlauf anerkannte. Im Dezember 1978 glaubte die Regierung, den großen Fang gelandet zu haben, als sie sich die Zusage Indonesiens auf Anerkennung der australischen Ansprüche auch vor Osttimor gegen die Anerkennung indonesischer Hoheitsrechte über das besetzte Osttimor einhandelte. Jetzt muß sie erfahren, was Absprache zwischen Kettenhund und Schakal wert sind: Indonesien ist keine Kolonie, und seine Regierung ist nicht bereit, den Ausverkauf der Reichtümer des Landes so weit zu treiben, daß sie Teile des Hoheitsgebiets verschenkt. Indonesien verlangt, daß die Grenzfestlegung ohne Berücksichtigung unbewohnter Riffe erfolgt. Gleichzeitig verlangt es Neuverhandlung über die Aufteilung des Seegebiets vor Osttimor, das es nach wie vor besetzt hält.

Malediven: Fortschritt beim Aufbau der nationalen Wirtschaft

z.cht.Sydney. Die maledivische Regierung führt Verhandlungen zur Verpachtung des ehemals britischen Militärflughafens Gan für friedliche Zwecke und zur Entwicklung des Tourismus. Seit dem Abzug der Briten 1976 sind alle imperialistischen Versuche, sich auf den strategisch wichtigen Inseln im Indischen Ozean erneut festzusetzen, abgewiesen worden. Die Sowjetunion wollte Gan als Stützpunkt für ihre Manöver im Indischen Ozean ausbauen, getarnt als Fischereiflottenhafen, und erhielt eine schroffe Absage. Die Regierung der islamischen Republik Malediven entwickelt jetzt das Land gestützt auf die Zusammenarbeit mit den Ländern der Blockfreienbewegung und vor allem mit den islamischen Staaten. Der Vertrag über ein gemeinsames Fischereiprojekt mit dem Irak ist kurz vor dem Abschluß, während ein irakisches Schiff zur Vorbereitung neue Fangmethoden in den maledivischen Gewässern erprobt. Libyen unterstützt den Ausbau des Erziehungssystems mit dem Bau von Schulen und stiftete mehrere Stipendien für Studien in dem nächstgelegenen islamischen Staat Pakistan. Seit kurzem gibt es auf allen 19 Atollen öffentliche Schulen. Der Ausbau des einzigen Handelsflughafens kann mit saudi-arabischer Hilfe und Mitteln aus dem Kuweit-Entwicklungs-Fonds und Abu-Dhabi-Fonds fertiggestellt werden.

US-Imperialisten wollen Rohkaffeepreis halbieren

z.hef.London. Die lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder sollten ,,aufhören, sich in die Marktbewegungen einzumischen", forderten die Delegierten der USA auf der letzten Sitzung des Rats der Internationalen Kaffeeorganisation in London. Sie meinen die Länder der Bogota-Gruppe, die Preisabsprachen vornehmen und einen Kampffonds gegründet haben. Der Delegierte Kolumbiens antwortete den Imperialisten, die Bogota-Gruppe werde ,,ihre Tätigkeit solange wie nötig fortsetzen". ,,Wie können die Verbraucherländer fordern, daß die Produzentenländer nichts zu ihrem Schutz unternehmen, wenn sie selbst die hohen Kosten ihrer Inflation und ihrer Währungsprobleme auf uns abwälzen." Wie nötig der Zusammenschluß ist, zeigt das Ergebnis der Sitzung des ICO-Rats. Die Produzentenländer fordern einen neuen dauerhaften Triggerpreis (das ist der Preis, unter dem Import- und Exportquoten in Kraft treten). Die US-Imperialisten hatten 1973 gestützt auf ihr Monopol an ungefähr der Hälfte aller ICO-Kaffeeimporte das damalige Quotensystem zerstört. Der gegenwärtige Triggerpreis von 77,46 Cent pro Pfund Kaffee liegt so niedrig, daß er keinen Einfluß auf den Preis hat, der jetzt mehr als 190 Cent beträgt. Die Imperialisten wollten einem Triggerpreis von 134 Cent zustimmen – aber nur für ein Jahr. Der US-Kongreßabgeordnete Baucus erklärte passend zur Konferenz, der Preis sei doppelt so hoch, als wenn ,,Angebot und Nachfrage entscheiden würden". Preissenkung auf die Hälfte ist das Ziel der Imperialisten.

Resolution zur Lage, zu den Programmpunkten und zur Taktik

Verabschiedet auf der Sitzung des Zentralen Komitee des KBW am 6. Oktober 1979

– Die Dritte Welt bleibt die Hauptkraft des Kampfes gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, der die gegenwärtige Phase der proletarischen Weltrevolution bestimmt. Der Befreiungskampf der Dritten Welt bleibt der Hauptfaktor im Kampf der Völker gegen den imperialistischen Krieg.

– Die internationale Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren insgesamt einen Aufschwung genommen. Aber gerade in den Zentren der Arbeiterbewegung in Europa und Japan, den USA und der SU ist die Führung der Arbeiterbewegung immer noch schwach.

– Indem die sozialistischen Länder zum festen Kern der Bewegung der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte werden, stärken sie die Kräfte der Revolution und des Friedens.

– Die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten wie auch die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und dem Rest der imperialistischen Länder haben sich weiter verschärft und werden sich weiter verschärfen. Hauptfeld der Rivalität der beiden Supermächte ist gegenwärtig die Dritte Welt. Sie konzentriert sich jedoch auf Europa. Der sowjetische Sozialimperialismus hat einiges Terrain gewonnen und dringt weiter vor. Seine ökonomische Basis bleibt jedoch immer noch relativ schwach.

– Die westeuropäischen Imperialisten versuchen im Rahmen und gegenüber der Rivalität der beiden Supermächte immer zielstrebiger, eine selbständige Position aufzubauen. Im Widerspruch gegen die beiden Supermächte verstärken sie ihre Zusammenarbeit, wobei sie ihre Vorherrschaftspläne auf den Nahen Osten und Afrika konzentrieren. Die Zusammenarbeit der westeuropäischen Imperialisten schließt eine Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen nicht aus, diese bleiben jedoch dem Gegensatz zu den beiden Supermächten untergeordnet. Insbesondere der westdeutsche Imperialismus liebäugelt jedoch nach wie vor mit der Rolle eines Hilfspolizisten der USA und prüft gleichzeitig laufend, im Schlepptau welcher der beiden Supermächte wohl mehr zu holen ist. Der westdeutsche Imperialismus bleibt ein gefährlicher Faktor der Unruhe und des Krieges.

– Die Lage der Weltwirtschaft entwickelt sich, ohne daß die Stagnation der letzten Jahre wirklich überwunden worden wäre, erneut krisenhaft. Das wird die Widersprüche aller Imperialisten weiter verschärfen, aber auch die Tendenz zu beschränkten Zusammenschlüssen wird sich verstärken.

– Je mehr sich Intervention und Infil-

ökonomische Basis bleibt jedoch immer noch relativ schwach.

– Die westeuropäischen Imperialisten versuchen im Rahmen und gegenüber der Rivalität der beiden Supermächte immer zielstrebiger, eine selbständige Position aufzubauen. Im Widerspruch gegen die beiden Supermächte verstärken sie ihre Zusammenarbeit, wobei sie ihre Vorherrschaftspläne auf den Nahen Osten und Afrika konzentrieren. Die Zusammenarbeit der westeuropäischen Imperialisten schließt eine Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen nicht aus, diese bleiben jedoch dem Gegensatz zu den beiden Supermächten untergeordnet. Insbesondere der westdeutsche Imperialismus liebäugelt jedoch nach wie vor mit der Rolle eines Hilfspolizisten der USA und prüft gleichzeitig laufend, im Schlepptau welcher der beiden Supermächte wohl mehr zu holen ist. Der westdeutsche Imperialismus bleibt ein gefährlicher Faktor der Unruhe und des Krieges.

– Die Lage der Weltwirtschaft entwickelt sich, ohne daß die Stagnation der letzten Jahre wirklich überwunden worden wäre, erneut krisenhaft. Das wird die Widersprüche aller Imperialisten weiter verschärfen, aber auch die Tendenz zu beschränkten Zusammenschlüssen wird sich verstärken.

– Je mehr sich Intervention und Infil-

tration der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, gegen die Dritte Welt verstärken, um so entschiedener wird der Kampf für die Einheit der Dritten Welt, wobei es die Länder der Dritten Welt auch immer besser lernen, die Widersprüche zwischen den Imperialisten, insbesondere die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und den mittleren und kleineren imperialistischen Mächten auszunutzen.

– Obwohl die BRD und die DDR jeweils eng unter Kontrolle der jeweiligen Supermacht bleiben, verstärken sie die gegenseitige Tuchfühlung. In der westdeutschen Bourgeoisie verstärkt sich die Suche nach Einflußmöglichkeiten auf die DDR. In der DDR entwickelt sich eine oppositionelle Bewegung, die sich gegen die sowjetische Kontrolle und gegen die bürokratische Herrschaft der neuen Bourgeoisie richtet und sich dabei unter kleinbürgerlicher und bürgerlicher Führung an die westdeutschen Imperialisten anlehnt. Die beiden Supermächte verfolgen die Entwicklung auf diesem Spannungsfeld ihrer Rivalität um die Weltherrschaft mit Mißtrauen.

– Der westdeutsche Imperialismus hat in der Krise und in der Stagnation der letzten Jahre seine relative Position eher stärken können, aber zur Hegemonialmacht innerhalb der EG ist er deshalb noch lange nicht geworden. Er kann sich innerhalb der EG nur von Fall zu Fall und nie ganz durchsetzen. Eine Hegemonialposition innerhalb der EG bleibt das Ziel des westdeutschen Imperialismus im Rahmen seiner weltpolitischen Bestrebungen. Eingliederung der DDR und Einfluß in Osteuropa könnte der Verwirklichung dieses Ziels nur nutzen, bringt aber die übrigen westeuropäischen Imperialisten in Opposition zum westdeutschen Imperialismus. Seine ganze Lage veranlaßt den westdeutschen Imperialismus zu zahlreichen verdeckten Manövern, mit denen er sich verschiedene „Optionen" offenhält. Priorität behalten jedoch das Streben nach Hegemonie in der EG und die Gefolgschaft gegenüber dem US-Imperialismus.

– Die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft beginnt sich jetzt verstärkt in der BRD bemerkbar zu machen. Die krisenhafte Entwicklung in der BRD hat innere Ursachen, die sich im tendenziellen Fall der Profitrate ausdrücken. Wie tief sich die Krise in der BRD entwickeln wird, hängt jedoch eng mit der internationalen Entwicklung zusammen, hauptsächlich mit der Entwicklung in den anderen imperialistischen Ländern, aber auch mit der Entwicklung der sozialimperialistischen Supermacht und des RGW wie auch mit der Entwicklung der Dritten Welt. Der BRD-Imperialismus hat auf Grund seiner Stellung auf dem Weltwarenmarkt und dem Weltkapitalmarkt weltweite Interessen. Er drückt sie in der Phrase von der ‚Interdependenz' aus. Nach wie vor hat die Politik der Öffnung der Märkte gegenüber protektionistischen Tendenzen für den BRD-Imperialismus Vorrang. Das verschärft seine Widersprüche zu den beiden Supermächten, die allein in der Lage sind, große Märkte wirksam abzuschotten. Es verschärft auch seine Widersprüche zur Dritten Welt, die ihre Märkte gegen die Konkurrenz der entwickelten Länder schützen müssen.

– Seit längerem macht sich in der BRD die Tendenz zur absoluten Verelendung wieder bemerkbar als Wirkung des allgemeinen Gesetzes der Akkumulation des Kapitals. Die diese Tendenz abschwächenden Faktoren – vor allem Ausdehnung der kapitalistischen Produktion auf gleichbleibendem technischen Niveau – lassen in ihrer Wirksamkeit nach. Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und Kapitalexport verstärken die Tendenz zur absoluten Verelendung. Verstärkt, aber gleichzeitig auch verborgen wird diese Tendenz zur absoluten Verelendung, die mit der Mobilisierung der industriellen Reservearmee, der Mobilisierung sämtlicher Geldmittel der Gesellschaft in den Händen des Finanzkapitals und der Umwälzung der Produktion Hand in Hand geht und sich auf dieser Basis entwickelt, durch die Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Die Existenz der jetzigen Bundesregierung hängt davon ab, wieweit es ihr gelingt, die absolute Verelendung und die verschärfende Wirkung ihrer Politik zu verbergen. Aus dieser verschärfenden

für den BRD-Imperialismus Vorrang. Das verschärft seine Widersprüche zu den beiden Supermächten, die allein in der Lage sind, große Märkte wirksam abzuschotten. Es verschärft auch seine Widersprüche zur Dritten Welt, die ihre Märkte gegen die Konkurrenz der entwickelten Länder schützen müssen.

– Seit längerem macht sich in der BRD die Tendenz zur absoluten Verelendung wieder bemerkbar als Wirkung des allgemeinen Gesetzes der Akkumulation des Kapitals. Die diese Tendenz abschwächenden Faktoren – vor allem Ausdehnung der kapitalistischen Produktion auf gleichbleibendem technischen Niveau – lassen in ihrer Wirksamkeit nach. Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und Kapitalexport verstärken die Tendenz zur absoluten Verelendung. Verstärkt, aber gleichzeitig auch verborgen wird diese Tendenz zur absoluten Verelendung, die mit der Mobilisierung der industriellen Reservearmee, der Mobilisierung sämtlicher Geldmittel der Gesellschaft in den Händen des Finanzkapitals und der Umwälzung der Produktion Hand in Hand geht und sich auf dieser Basis entwickelt, durch die Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Die Existenz der jetzigen Bundesregierung hängt davon ab, wieweit es ihr gelingt, die absolute Verelendung und die verschärfende Wirkung ihrer Politik zu verbergen. Aus dieser verschärfenden

Wirkung der Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung versucht sich die bürgerliche Opposition zu speisen. Die Bundesregierung versucht, ihre Vertuschung auf die Arbeiteraristokratie zu zentrieren und von hieraus die Mittelklasse wie die Arbeiterbewegung zu binden. Die bürgerliche Opposition zentriert ihre Politik auf die Mittelklassen, vor allem die neue Mittelklasse, und versucht, einen Teil der qualifizierten Arbeiter so herüberzuziehen. Der Effekt dieser konkurrierenden Taktiken kann, wenn sie sich entfalten können, nur wilde Kreuz- und Querspaltungen hervorrufen.

– Die Spaltungsbemühungen der bürgerlichen Parteien, die sich stets auch materielle Ausgangspunkte für ihre Politik verschaffen, werden um so intensiver, als die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren einen im wesentlichen ununterbrochenen Aufschwung genommen hat und sich Teile der Mittelklassen mehr oder weniger bewußt an der Arbeiterbewegung auszurichten begonnen haben. In der Arbeiterbewegung hat sich ein revolutionärer Flügel herausgebildet, was den Charakter der Arbeiterbewegung insgesamt ändert. Das erschwert das Spaltungsgeschäft der bürgerlichen Parteien erheblich, weshalb sie mit diesem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung unbedingt aufräumen wollen. Gleichzeitig hat sich in der demokratischen Bewegung eine opportunistische Strömung gebildet, die von Kräften der neuen Mittelklasse ausgeht und auf die Arbeiterbewegung Einfluß zu nehmen versucht. Dies erleichtert das Spaltungsgeschäft der bürgerlichen Parteien, weshalb diese Strömung von seiten der Bourgeoisie allseits gepäppelt und genährt wird.

– Damit sich die Arbeiterbewegung zur selbständigen Kraft entwickeln kann, ist die erfolgreiche Entfaltung des wirtschaftlichen Kampfes grundlegend, und ohne Entfaltung des wirtschaftlichen Kampfes geht nichts. Aber nur als politische Bewegung kann die Arbeiterbewegung zu einer selbständigen Kraft werden, die andere Kräfte der Gesellschaft um sich sammeln und zusammenschließen kann. Teilweise entwickeln sich die politischen Elemente der Arbeiterbewegung direkt im Zusammenhang und auf Grundlage des wirtschaftlichen Kampfes. Nach wie vor aber bleibt die Feststellung richtig, daß das politische Bewußtsein, das Bewußtsein über die Bewegung aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, in die Arbeiterbewegung durch die revolutionäre Partei hineingetragen werden muß, wobei die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse den revolutionären Nährboden für dieses politische Bewußtsein abgeben.

– Der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung kann die Kraft der Arbeiterbewegung nur entfalten, wenn er die Arbeitereinheitsfront aufbaut, was gleichzeitig die Bedingung dafür ist, die Volksmassen um die Arbeiterklasse in einer Front zusammenzuschließen. Wie die Dinge liegen, muß sich diese Politik der Arbeitereinheitsfront, wenn sie auf die Einheit der ganzen Arbeiterklasse zielen soll, vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter richten. Das elementare Organ dieser Politik der Einheitsfront sind die Gewerkschaften. Diese Politik der Einheitsfront kann nur vom revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, kann nur vom KBW ausgehen und geführt werden, und sie muß sich von vornherein und in erster Linie an die sozialdemokratischen Arbeiter einschließlich aller Kräfte der Sozialdemokratie, die für diese Teile der Arbeiterbewegung stehen, richten. Diese Politik kann nicht von der DKP oder von linken Kräften der Sozialdemokratie ausgehen, und sie kann sich auch nicht zunächst oder in erster Linie auf diese Kräfte beziehen, wenn nicht die Einheit der ganzen Arbeiterbewegung von vornherein ausgeschlossen werden soll. Zum Aufbau dieser Einheitsfront ist also die Initiative des revolutionären Flügels entscheidend, und diese Initiative muß sich der Sache wie der Form nach auf den rechten sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung erstrecken, wenn sie die Spaltung überwinden, statt vertiefen soll. Erst durch eine solche Politik der Einheitsfront stellt sich auch wirklich heraus, was tatsächlich links und was rechts ist. Sie

die Volksmassen um die Arbeiterklasse in einer Front zusammenzuschließen. Wie die Dinge liegen, muß sich diese Politik der Arbeitereinheitsfront, wenn sie auf die Einheit der ganzen Arbeiterklasse zielen soll, vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter richten. Das elementare Organ dieser Politik der Einheitsfront sind die Gewerkschaften. Diese Politik der Einheitsfront kann nur vom revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, kann nur vom KBW ausgehen und geführt werden, und sie muß sich von vornherein und in erster Linie an die sozialdemokratischen Arbeiter einschließlich aller Kräfte der Sozialdemokratie, die für diese Teile der Arbeiterbewegung stehen, richten. Diese Politik kann nicht von der DKP oder von linken Kräften der Sozialdemokratie ausgehen, und sie kann sich auch nicht zunächst oder in erster Linie auf diese Kräfte beziehen, wenn nicht die Einheit der ganzen Arbeiterbewegung von vornherein ausgeschlossen werden soll. Zum Aufbau dieser Einheitsfront ist also die Initiative des revolutionären Flügels entscheidend, und diese Initiative muß sich der Sache wie der Form nach auf den rechten sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung erstrecken, wenn sie die Spaltung überwinden, statt vertiefen soll. Erst durch eine solche Politik der Einheitsfront stellt sich auch wirklich heraus, was tatsächlich links und was rechts ist. Sie

zielt auf eine klassenmäßige Einheit, und dieser klassenmäßigen Einheit dient auch der unvermeidliche Kampf um die Einheitsfront. Im Aufbau dieser Front müssen wir alle unsere Kräfte mobilisieren und müssen gerade auch die Stellungen in den kleinen Betrieben nutzen. Die Politik in anderen Klassen und Schichten muß sich auf diese Politik der Arbeitereinheitsfront stützen können, wie diese Politik der Arbeitereinheitsfront kein Selbstzweck ist, sondern auf den Zusammenschluß der Volksmassen zielt.

– Die Politik der Arbeitereinheitsfront muß sich, ausgehend von den Widersprüchen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, gegen die Kapitalistenklasse und gegen die Regierung, gegen Imperialismus und Reaktion richten, gegen die Kräfte der Regierung in der SPD und in den Gewerkschaften, gegen CDU, CSU und FDP. Diese Arbeitereinheitsfront kann nur auf Grundlage positiver Arbeiterforderungen und demokratischer Forderungen aufgebaut werden. Das Programm der Einheitsfront mit der Arbeiterklasse als Kern muß sich um Schwerpunkte gruppieren und die notwendigen revolutionären Forderungen umfassen, die nur in langandauerndem Kampf durchgesetzt und nur durch die proletarische Revolution im Zusammenhang und zur Gänze verwirklicht werden können, indem mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Aufbau des Sozialismus, einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Freiheit der Volksmassen fester Boden geschaffen wird. Es muß aber auch die Forderungen enthalten, deren Durchsetzung direkt auf der Tagesordnung steht. Entlang diesem Programm, das in seinen wesentlichen Bestandteilen dem Forderungsteil des Programms des KBW entspricht und das wir jetzt bekräftigen, um den Gegenangriff auf die Bourgeoisie, auf Imperialismus und Reaktion zu organisieren, muß sich unsere Politik wie unsere Forschung und Propaganda ordnen.

– Dieses Programm muß folgende Forderungsschwerpunkte enthalten:

Eindeutige, gesetzliche Sicherung der Arbeiterrechte:

– Verwirklichung des allseits beschränkten 8-Stunden-Normalarbeitstages durch Verbot der Nacht- und Schichtarbeit (keine Arbeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr, außer in unumgänglichen Fällen, die von Betriebs- bzw. Personalräten und den zuständigen Organen der Gewerkschaften – Bezirksvorstände – genehmigt worden sind). Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit. Verbot der Akkordarbeit. Verbot der Überstunden. Verkürzung des allseits beschränkten Normalarbeitstages auf 7 Stunden an den 5 Werktagen von Montag bis Freitag. Verbot der Teilzeitarbeit, bei der die Kapitalisten immer die ganze Arbeitskraft kaufen und bloß die Hälfte oder weniger bezahlen.

Solange diese Arbeiterrechte nicht als unüberwindliche Schranken gesetzlich durchgesetzt sind, bleibt es die Pflicht der einzelnen Gewerkschaften, diese Schranken soweit als möglich tariflich zu errichten und jede Übertretung dieser für die Arbeiter elementaren Rechte durch die Kapitalisten die Kapitalisten so teuer wie möglich bezahlen zu lassen.

– Gesetzlicher Anspruch auf 8 Wochen bezahlten Urlaub.

– Uneingeschränkte Rechte der Vertretungsorgane der Belegschaften gegenüber den Kapitalisten und der Kapitalistenklasse. Einspruchsrecht dieser Organe gegen jede Kündigung. Beseitigung der Probezeit. Sofortige Streichung aller Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Rechte der Vertretungsorgane der Belegschaften gegenüber den Kapitalisten einschränken.

– Völlige Selbstverwaltung der Versicherungen und der von ihnen betriebenen Einrichtungen. Einheitliche Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Selbstverwaltung ausschließlich durch die Versicherten, Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten. Aufbau der Selbstverwaltung der Versicherungen ausgehend von der Ebene der Kommune über die Ebene von Kommunalverbänden bis hin zur Landesebene (BRD bzw. Westberlin).

– Vollständiger Versicherungsschutz

unüberwindliche Schranken gesetzlich durchgesetzt sind, bleibt es die Pflicht der einzelnen Gewerkschaften, diese Schranken soweit als möglich tariflich zu errichten und jede Übertretung dieser für die Arbeiter elementaren Rechte durch die Kapitalisten die Kapitalisten so teuer wie möglich bezahlen zu lassen.

– Gesetzlicher Anspruch auf 8 Wochen bezahlten Urlaub.

– Uneingeschränkte Rechte der Vertretungsorgane der Belegschaften gegenüber den Kapitalisten und der Kapitalistenklasse. Einspruchsrecht dieser Organe gegen jede Kündigung. Beseitigung der Probezeit. Sofortige Streichung aller Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Rechte der Vertretungsorgane der Belegschaften gegenüber den Kapitalisten einschränken.

– Völlige Selbstverwaltung der Versicherungen und der von ihnen betriebenen Einrichtungen. Einheitliche Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Selbstverwaltung ausschließlich durch die Versicherten, Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten. Aufbau der Selbstverwaltung der Versicherungen ausgehend von der Ebene der Kommune über die Ebene von Kommunalverbänden bis hin zur Landesebene (BRD bzw. Westberlin).

– Vollständiger Versicherungsschutz

für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkeit.

– Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an die sich selbstverwaltende Versicherung.

– Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, auf 55 Jahre bei Männern.
Erhöhung der Renten auf mindestens 75% des Lohns; vierteljährliche Angleichung der Renten an die allgemeine Lohnentwicklung. Garantie einer Mindestrente.
Sofortige Aufhebung jeder Kostenbeteiligung der Rentner an ihrer Gesundheits- und Arzneimittelversorgung.

– Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Garantie eines Mindestsatzes.
Sofortige Aufhebung aller Zumutbarkeitsklauseln und sonstiger Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeitslosen.

– Bezahlung des Kindergeldes durch die selbstverwaltete Sozialversicherung und sofortige Angleichung des Kindergeldes an das Kindergeld in den öffentlichen Diensten.

– Bezahlung der Versicherungskosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch die entsprechenden öffentlichen Einrichtungen.

– Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft; Fortzahlung des vollen Lohns. Unentgeltliche ärztliche Versorgung mit Arzneimitteln. Der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden. Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter der Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten. Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung des Arbeitstages auf 6 Stunden. Zusätzlicher bezahlter Urlaub für einen Elternteil für die gesamte Dauer der Krankheit ihrer Kinder.

– Aufhebung des Beamtenrechts und des besonderen Dienstrechts in den öffentlichen Diensten und rechtliche Gleichstellung der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten in allen Belangen und allen Rechten mit den übrigen Lohnabhängigen.
Einheitliches Arbeitsrecht.

– Mindestbedingungen der Gesundheitsversorgung, der Kinder- und Altersversorgung müssen örtlich gewährleistet sein.

– Ersatzlose Streichung des § 218.

Demokratische Kommunalverfassung:

– Uneingeschränkte Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt. Steuereinzug ausschließlich über die Kommunen.

– Übernahme der kommunalen Dienste, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs, durch die Kommunen und Kommunalverbände. Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs.

– Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Kommunalvertreter. Recht auf jederzeitige Absetzbarkeit der Kommunalbeamten durch die Kommunen und ihre Wählereinheiten. Bezahlung der beamteten Personen nach Arbeiterlohn.

– Nationalisierung der Banken, Verfügung der Kommunen über die Banken.

Demokratisches Steuerrecht:

– Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Völlige Steuerfreiheit bis zum Durchschnittslohn, sofort 25% des Durchschnittslohns steuerfrei.

– Jährliche Bewilligung der Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg. Recht auf Steuerverweigerung durch die Kommunen.

– Keinerlei Neuverschuldung der öffentlichen Hände. Tilgung der Staatsschulden durch Erhöhung der Vermögenssteuer. Staatsverschuldung ist bloß ein Hebel der Steuerpresse. Statt mit Steuern den Kapitalisten die Zinsen der

Nahverkehrs, durch die Kommunen und Kommunalverbände. Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs.

– Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Kommunalvertreter. Recht auf jederzeitige Absetzbarkeit der Kommunalbeamten durch die Kommunen und ihre Wählereinheiten. Bezahlung der beamteten Personen nach Arbeiterlohn.

– Nationalisierung der Banken, Verfügung der Kommunen über die Banken.

Demokratisches Steuerrecht:

– Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Völlige Steuerfreiheit bis zum Durchschnittslohn, sofort 25% des Durchschnittslohns steuerfrei.

– Jährliche Bewilligung der Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg. Recht auf Steuerverweigerung durch die Kommunen.

– Keinerlei Neuverschuldung der öffentlichen Hände. Tilgung der Staatsschulden durch Erhöhung der Vermögenssteuer. Staatsverschuldung ist bloß ein Hebel der Steuerpresse. Statt mit Steuern den Kapitalisten die Zinsen der

Staatsschuld zu zahlen, sollen die Kapitalisten mit Steuern die Schulden des Staates abzahlen.

– Ersatzlose Abschaffung der Kirchensteuer, Behandlung der Kirche als private Vereinigung.
Keinerlei Steuergelder für private Vereinigungen und politische Parteien.

Demokratisches Justizwesen:

– Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der Richter ausgehend von der Ebene der Kommune. Bezahlung der Richter nach Arbeiterlohn. Fällung der Urteile ausschließlich durch Schöffen.
Aufhebung der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Unterwerfung der Verwaltung unter die normale Gerichtsbarkeit.

Sofortige Beseitigung der Einschränkungen der Rechte von Angeklagten.

Demokratisches Volksbildungswesen:

– Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr, Einheitsschule, Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten. Ganztagsschule.

– Übernahme des Volksbildungswesens durch die Kommunen.

– Gesetzliche einheitliche Festlegung der Rahmenpläne für die Unterrichtsziele; Unterbindung aller administrativen Eingriffe in die Behandlung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals. Auswahl und Anstellung des Lehrpersonals durch die Kom-











mune und ihre gewählten Organe. Einspruchsrecht der Eltern- und Schülervertretungen gegen die Anstellung unerwünschter Lehrer.

– Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen und Verordnungen, die die Nichtversetzung von Schülern vorsehen.

– Unterstellung der Lehrerausbildung wie der Hochschulen überhaupt unter die Kommunen und Kommunalverbände. Bezahlung der Lehrerstudenten wie der Studenten überhaupt nach Ausbildungstarif. Beseitigung der 2. Dienstprüfung und Bezahlung der Lehrer wie aller beamteten Personen von Anfang an nach Arbeiterlohn.

– Geltung des Normalarbeitstages für Lehrer. Sofortige Beseitigung aller Maßnahmen, die einen Teil der Lehrer unter den Durchschnittslohn gedrückt haben.

– Völlige Trennung von Kirche und Unterrichtswesen. Religionsunterricht

Wehrverfassung zu unterdrücken, kann am besten mit dem Kampf für die allgemeine Volksbewaffnung und ein demokratisches Militärwesen geantwortet werden.

Demokratische Außenpolitik:

– Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; Anerkennung und bedingungslose Einhaltung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:
gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.
Ablehnung aller imperialistischen Militärbündnisse.
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.
Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen als Vertretung ihrer

aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin wie die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte in der BRD, der DDR und in Westberlin besiegeln und durch den Austritt der BRD und der DDR aus NATO und Warschauer Pakt jede Einschränkung der Souveränität beseitigen und die Bündnisfreiheit der BRD, der DDR und Westberlins ermöglichen.
Er soll eine Verzichterklärung für die BRD, die DDR und Westberlin enthalten, jemals Militärstützpunkte auf fremdem Boden zu errichten oder Truppen auf fremdem Boden zu stationieren.

Die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist die Voraussetzung für die Durchsetzung dieses Programms oder einzelner Forderungen dieses Programms. Uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische sowie persönliche Freiheiten sind elementar.



mune und ihre gewählten Organe. Einspruchsrecht der Eltern- und Schülervertretungen gegen die Anstellung unerwünschter Lehrer.

– Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen und Verordnungen, die die Nichtversetzung von Schülern vorsehen.

– Unterstellung der Lehrerausbildung wie der Hochschulen überhaupt unter die Kommunen und Kommunalverbände. Bezahlung der Lehrerstudenten wie der Studenten überhaupt nach Ausbildungstarif. Beseitigung der 2. Dienstprüfung und Bezahlung der Lehrer wie aller beamteten Personen von Anfang an nach Arbeiterlohn.

– Geltung des Normalarbeitstages für Lehrer. Sofortige Beseitigung aller Maßnahmen, die einen Teil der Lehrer unter den Durchschnittslohn gedrückt haben.

– Völlige Trennung von Kirche und Unterrichtswesen. Religionsunterricht nur als private Veranstaltung.

– Studienabschluß durch einfachen Nachweis der Teilnahme an den Pflichtkursen. Ermöglichung eines Fähigkeitsnachweises des Studenten nach dem Grundstudium, der einem Lehrabschluß vergleichbar ist.

– Mindestbedingungen des demokratischen Volksbildungswesens müssen örtlich gewährleistet sein.

– Fahrtmöglichkeiten zur Schule wie die Lehrmittel müssen sofort kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Demokratische Militärverfassung:

– Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung ausgehend von den Kommunen.
Wahl der Offiziere.
Die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.

– Sofort ist die Lohnfortzahlung während der Dienstzeit zu sichern. Sofort ist das Recht zu gewähren, den Wehrdienst durch einfache Willenserklärung zu verweigern.
Sofort ist den Polizisten und Berufssoldaten das Recht auf jederzeitige Kündigung zu gewähren.
Sofort ist zu gewährleisten, daß die allgemeine Wehrpflicht das allgemeine Recht auf Erlernen des Waffenhandwerks einschließt und nicht durch Behördenwillkür beseitigt werden kann.

– Allgemeine Volksbewaffnung schließt auch das Recht der Frauen ein, an dieser allgemeinen Volksbewaffnung teilzunehmen.
Dem Versuch der Bourgeoisie, die Frauen in die Streitkräfte einzuziehen und gleichzeitig die allgemeine Volksbewaffnung und jede demokratische Wehrverfassung zu unterdrücken, kann am besten mit dem Kampf für die allgemeine Volksbewaffnung und ein demokratisches Militärwesen geantwortet werden.

Demokratische Außenpolitik:

– Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; Anerkennung und bedingungslose Einhaltung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:
gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.
Ablehnung aller imperialistischen Militärbündnisse.
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.
Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen als Vertretung ihrer Völker. Anerkennung aller legitimen Regierungen der Dritten Welt.
Bedingungslose Anerkennung und Einhaltung aller Beschlüsse der UNO, die diesen Prinzipien entsprechen. Unterstützung aller Anträge an die UNO, die diesen Prinzipien entsprechen.

– Keine Garantie oder Versicherung der Vermögensübertragungen aus der BRD in andere Länder. Keine Garantie und Aufhebung der Versicherung von Vermögensansprüchen und Besitztiteln von Staatsbürgern der BRD im Ausland. Kontrolle allen Kapitaltransfers ins Ausland und Verbot allen Kapitalexports, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.
Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt nach Entwicklungshilfe. An Entwicklungshilfe dürfen keinerlei Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.
Kapitalbeziehungen mit dem Ausland ausschließlich über die Zentralbank, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlung unterstellt werden muß.

– Austritt der BRD aus der NATO durch Kündigung der Pariser Verträge.

– Austritt der BRD aus der EG durch Kündigung der Römischen Verträge.

Demokratischer Friedensvertrag:

– Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den vier Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die Volkssouveränität in der BRD, der DDR und in Westberlin anerkennt und sichert und damit den Weg freimacht für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Nation.

– Bedingungslose Anerkennung der Grenzen der beiden deutschen Staaten zu den Nachbarvölkern durch den Friedensvertrag.
Der Friedensvertrag muß den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin wie die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte in der BRD, der DDR und in Westberlin besiegeln und durch den Austritt der BRD und der DDR aus NATO und Warschauer Pakt jede Einschränkung der Souveränität beseitigen und die Bündnisfreiheit der BRD, der DDR und Westberlins ermöglichen.
Er soll eine Verzichterklärung für die BRD, die DDR und Westberlin enthalten, jemals Militärstützpunkte auf fremdem Boden zu errichten oder Truppen auf fremdem Boden zu stationieren.

Die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist die Voraussetzung für die Durchsetzung dieses Programms oder einzelner Forderungen dieses Programms. Uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische sowie persönliche Freiheiten sind elementar.

– Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung

– Recht auf Freizügigkeit

– Meinungs- und Redefreiheit, Presse- und Versammlungsfreiheit

– Koalitionsrecht, Streikrecht, Organisations- und Demonstrationsfreiheit

– Aufhebung aller Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, die die gewerkschaftlichen, politischen sowie persönlichen Freiheiten einschränken

– Völlige Gleichberechtigung der Frau

– Gleiche Rechte und Pflichten für Ausländer, die in der Bundesrepublik und Westberlin arbeiten und leben. Verbot jeder Ausweisung


Mit diesem Programm, das im wesentlichen den Forderungsteil des KBW-Programms gruppiert, aber auch ergänzt, bauen wir die Arbeitereinheitsfront auf und kämpfen für den Zusammenschluß der Volksmassen gegen Imperialismus und Reaktion.

Auf dieses Programm und seine Verankerung stützen wir uns in den Wahlkämpfen und der Bundestagswahl, wo wir uns als führende Kraft der Arbeitereinheitsfront und der Einheit der Volksmassen, als revolutionärer Flügel der Arbeiterbewegung beteiligen. Dies Programm entscheidet über die Form der Wahlbeteiligung, bei der wir uns auf Grundlage dieses Programms jederzeit mit anderen Organisationen oder parteilosen Kandidaten zusammenschließen werden, wenn dies möglich und gewünscht wird.
Ein wie immer geartetes „linkes", nicht klassenmäßig bestimmtes Bündnis, oder ein Bündnis unter der Flagge „Einheit der Marxisten-Leninisten" streben wir nicht an, weil es den Aufbau der Arbeitereinheitsfront nicht erleichtern, sondern erschweren würde.









Frankfurt/Hoechst 1971. Streik in der Chemieindustrie. Die IG Chemie erhebt die Forderung nach 11% / 120 DM. Abschluß: 60 DM für alle gleich für die ersten beiden, 7,8% für die letzten zehn Monate.

z.maf. Die in den DGB-Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterbewegung steht seit Jahren im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen. Es ist inzwischen eine schmerzliche Erfahrung von Millionen: Die nominale Steigerung des Bruttolohnes wird durch das Abzugssystem weitgehend zunichte gemacht. Die Steigerung, die beim Nettolohn bleibt, wird durch die Inflation weitgehend zunichte gemacht. Was dann noch an Kaufkraftsteigerung bleibt, reicht nicht aus, um die wegen der Intensivierung der Arbeit enorm gewachsenen Reproduktionsbedürfnisse zu decken. Der Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen ist bislang trotz großen Aufwands und anstrengender Aktionen nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Ein Grund dafür mag sein: Da über den Arbeitsmarkt ein großer Arbeitskräftefluß zwischen den Branchen dauernd stattfindet, wird unter der Bedingung der Arbeitslosigkeit dieser Arbeitskräftestrom zur Unterhöhlung jeden Teilerfolges beitragen. Wächst das Ausmaß dieser Bewegungen, und ist vor allem die industrielle Reservearmee groß, so muß die Wechselwirkung zunehmen, und der Kampf um den Tariflohn in den einzelnen Gewerken gewinnt mehr und mehr den Charakter eines allgemeinen Kampfes der ganzen Arbeiterbewegung um den Lohnstandard. Das lehrt auch die Erfahrung der letzten Jahre, und deswegen hat praktisch jede Kampfaktion, die in irgendeinem Gewerk stattgefunden hat, die Solidarität der ganzen Arbeiterbewegung ausgelöst. Die Versuche der Bourgeoispropagandisten, diejenigen Teile der Arbeiterbevölkerung, die nicht unmittelbar im Kampf standen, gegen die Streikenden aufzubringen, sind zumeist recht peinlich fehlgeschlagen und haben eher das allgemeine Mißtrauen in die Bourgeoispropaganda bestärkt. Was aber die Erfahrung nicht mehr lehren kann, ist, welche Forderungen in den verschiedenen Gewerken zweckmäßig sind, um tatsächlich eine einheitliche Front im Kampf um den Lohnstandard zusammenzufügen.

Wir haben aus der offiziellen Effektivlohnstatistik und für den öffentlichen Dienst aus den offiziellen Haushaltsangaben Lohnverteilungen ausgerechnet, die wahrscheinlich typisch sind. Ordnet man diese Beispiele grob, so ergibt sich: Die Lohn- und Gehaltsstruktur ist im groben überall dieselbe; aber die mengenmäßige Belegung ist innerhalb dieses Grundmusters doch sehr verschieden. Wir haben die Reihung (1966 / 01 – 12 und 1979 / 01 – 12) nach dem Anteil der niedrigst bezahlten Arbeit durchgeführt. Die Reihung ist grob, aber man sieht doch ungefähr folgendes: Die metallverarbeitende Industrie nimmt eine Schlüs-



München 1974. Streik im Öffentlichen Dienst. Die ÖTV erhebt die Forderung nach 15% / 185 DM sowie nach einem Urlaubsgeld von 300 DM für alle gleich. Abschluß: 11% / 170 DM.



Hamburg 1976. Streik in der Druckindustrie. Die IG Druck und Papier erhebt die Forderung nach 9% / 140 DM. Abschluß: 6%, einmalige Abschlagszahlung von 275 DM für April/Mai.

selstellung ein. Die relativ schwache Absicherung des Mindestlohnes und des Mindestgehaltes in der metallverarbeitenden Industrie bildet den Bodensatz an Niedriglöhnern, aus denen sich die ganze Serie von noch schlechter zahlenden Industrien speist. Denn es ist ja klar: Wenn eine so starke und wohlorganisierte Gewerkschaft wie die IG Metall mit dem Problem nicht fertig wird, so wird von dieser großen Industrie in diesem Punkte ein dauernder Druck auf jene Gewerke ausgehen, die hauptsächlich zu solchen Niedriglöhnen arbeiten lassen. Gleichzeitig hat die IG Metall geduldet, daß sich die Kapitalisten in der metallverarbeitenden Industrie ein von 1966 nach 1979 enorm angewachsenes Heer von Antreibern geschaffen haben, die erheblich über dem Durchschnittslohn gezahlt werden. Diese perfide Politik wurde den Kapitalisten der metallverarbeitenden Industrie ermöglicht durch Nachgiebigkeit in bezug auf die tariflichen Mindestlöhne. Wie hätte unter solchen Arbeitsmarktbedingungen auch z.B. der Versuch der IG Druck, die erhebliche Lohnspaltung zu überwinden, erfolgreich sein können? Gerade auf dem Sektor der „ungelernten Arbeitskräfte" ist die Fluktuation zwischen beiden Gewerken erheblich.

Wirkliche Fortschritte bei der Absicherung des tariflichen Mindestlohns

nur möglich in Tarifsphären, die mit dem sonstigen verarbeitenden Gewerbe über den Arbeitsmarkt nur schwach verbunden sind. – Man könnte nun allerhand Spekulation treiben, z.B. kann man einen Zusammenhang zwischen der relativ hohen Bezahlung der Verwaltungsarbeit im öffentlichen Dienst und der relativ guten Entwicklung im Handelsbereich erkennen. Aber da sind genauere Einzeluntersuchungen erforderlich, ebenso wie die Punkte 1966–1979 ja ziemlich weit auseinanderliegen und zu befürchten ist, daß die Ausgleichsbewegung, die zwischen diesen Jahren stattgefunden hat in den letzten Jahren rückläufig war und tatsächlich die Spaltung bereits wieder zugenommen hat.

Aber fest steht mit einiger Sicherheit: Objektiv müssen in Richtung 12–01 Festgeldforderungen sein. In Richtung 01–12 können Mindestforderungen auch wirken, am Ende der Skala könnte man sogar mit einer hohen Prozentforderung Nützliches erreichen. Aber grundlegend ist unter allen denkbaren Umständen, daß die IG Metall etwas für die Anhebung der tariflichen Mindestlöhne tut, und zwar etwas *Drastisches*. Eine Lohnpolitik, die den Kapitalisten das Geld für die Anschaffung und hohe Bezahlung von regelrechten Antreiber- und Aufpasser*massen* direkt zuscheffelt, darf nicht

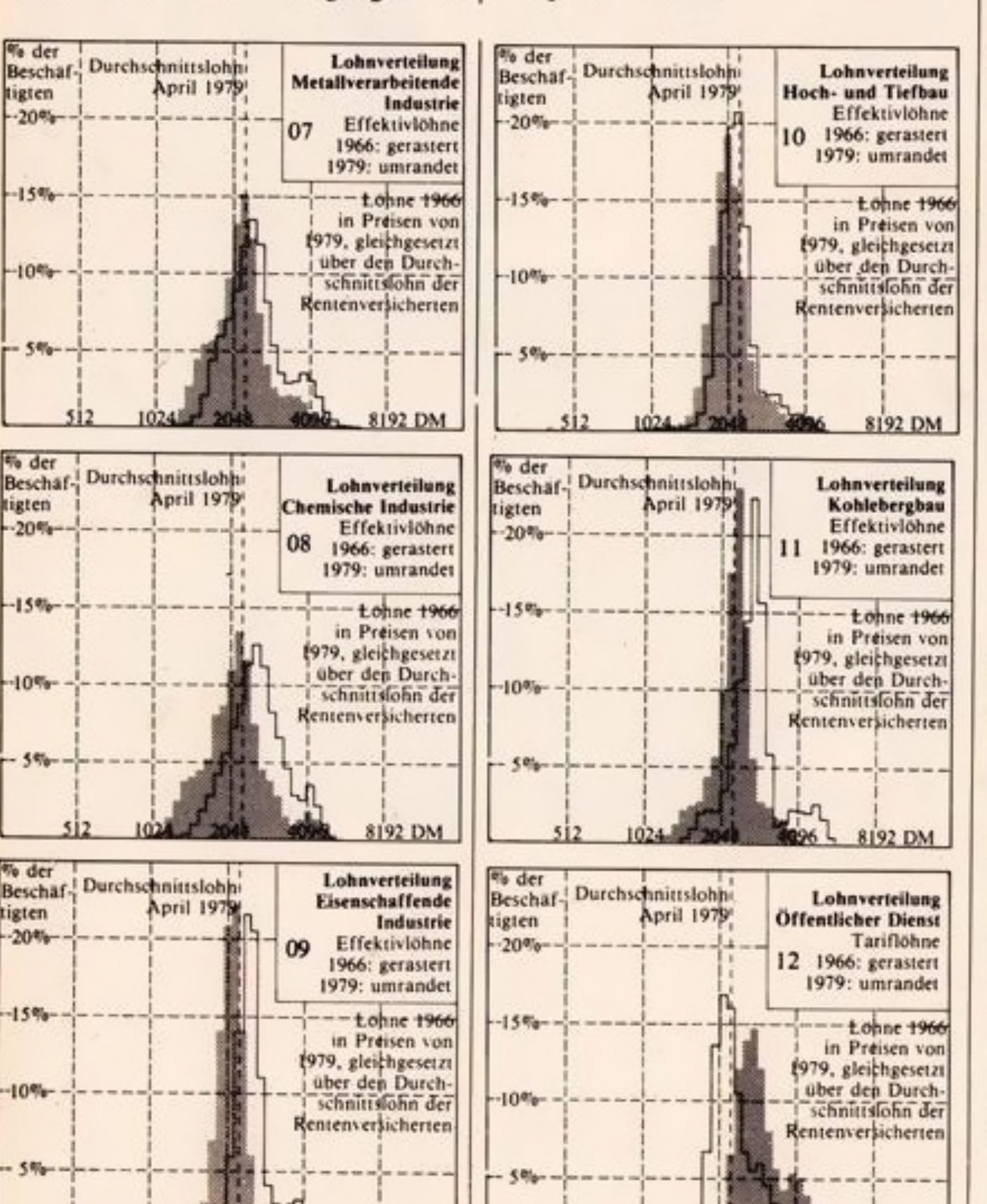
die Forderung nach 9% / 140 DM. Abschluß: 6%, einmalige Abschlagszahlung von 275 DM für April/Mai.

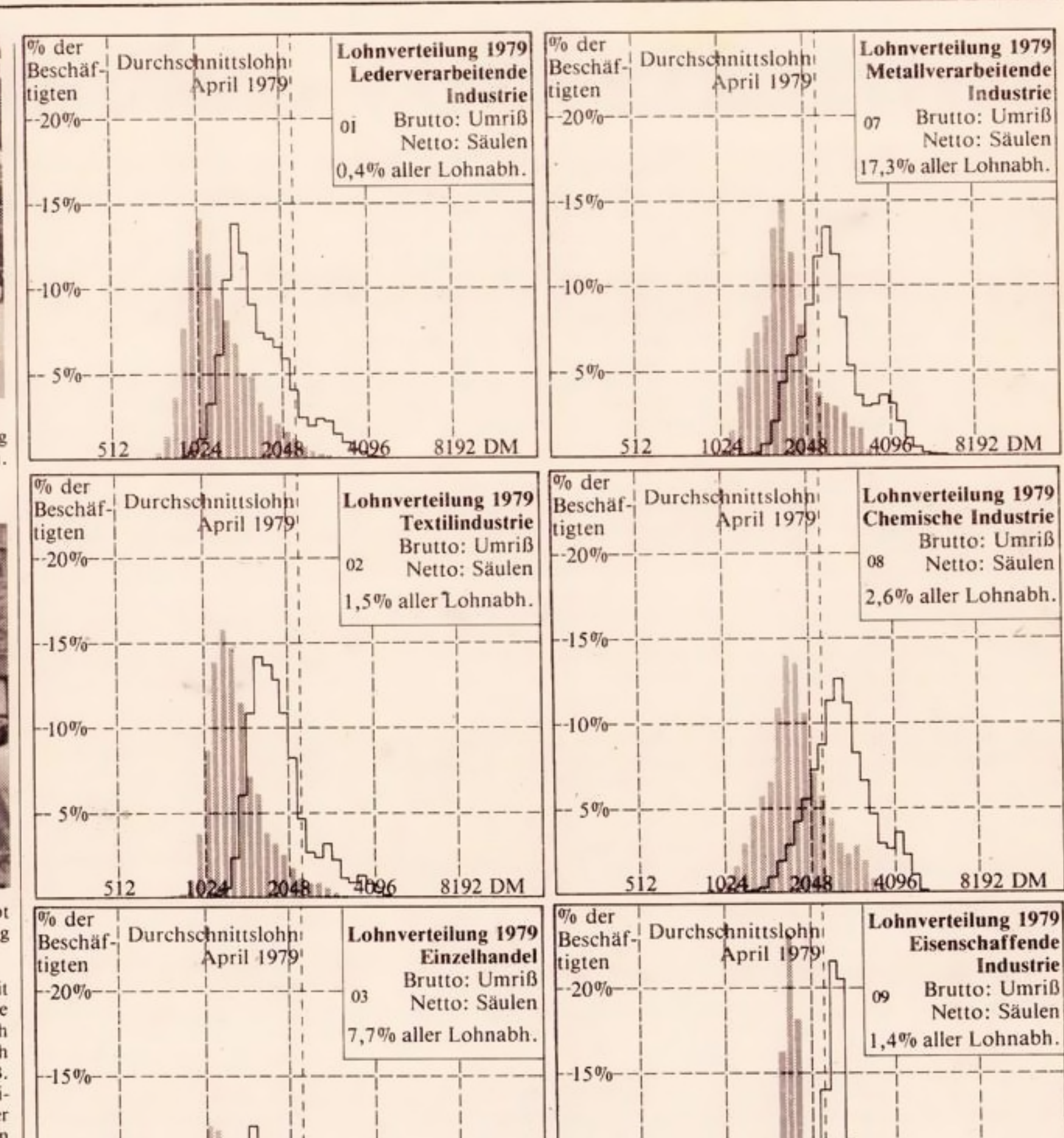
selstellung ein. Die relativ schwache Absicherung des Mindestlohnes und des Mindestgehaltes in der metallverarbeitenden Industrie bildet den Bodensatz an Niedriglöhnern, aus denen sich die ganze Serie von noch schlechter zahlenden Industrien speist. Denn es ist ja klar: Wenn eine so starke und wohlorganisierte Gewerkschaft wie die IG Metall mit dem Problem nicht fertig wird, so wird von dieser großen Industrie in diesem Punkte ein dauernder Druck auf jene Gewerke ausgehen, die hauptsächlich zu solchen Niedriglöhnen arbeiten lassen. Gleichzeitig hat die IG Metall geduldet, daß sich die Kapitalisten in der metallverarbeitenden Industrie ein von 1966 nach 1979 enorm angewachsenes Heer von Antreibern geschaffen haben, die erheblich über dem Durchschnittslohn gezahlt werden. Diese perfide Politik wurde den Kapitalisten der metallverarbeitenden Industrie ermöglicht durch Nachgiebigkeit in bezug auf die tariflichen Mindestlöhne. Wie hätte unter solchen Arbeitsmarktbedingungen auch z.B. der Versuch der IG Druck, die erhebliche Lohnspaltung zu überwinden, erfolgreich sein können? Gerade auf dem Sektor der „ungelernten Arbeitskräfte" ist die Fluktuation zwischen beiden Gewerken erheblich.

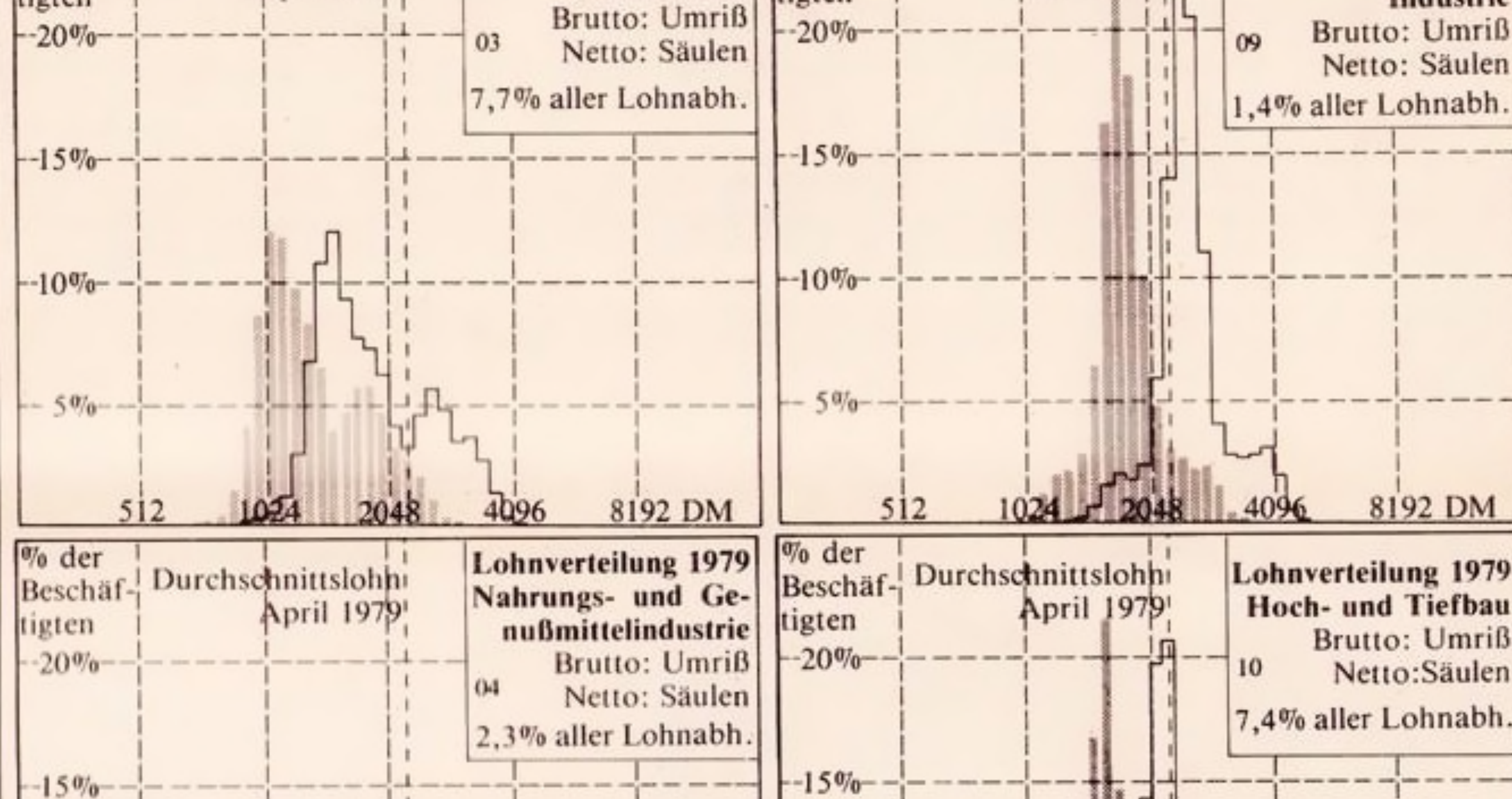
Wirkliche Fortschritte bei der Absicherung des tariflichen Mindestlohns
waren unter diesen Bedingungen fast

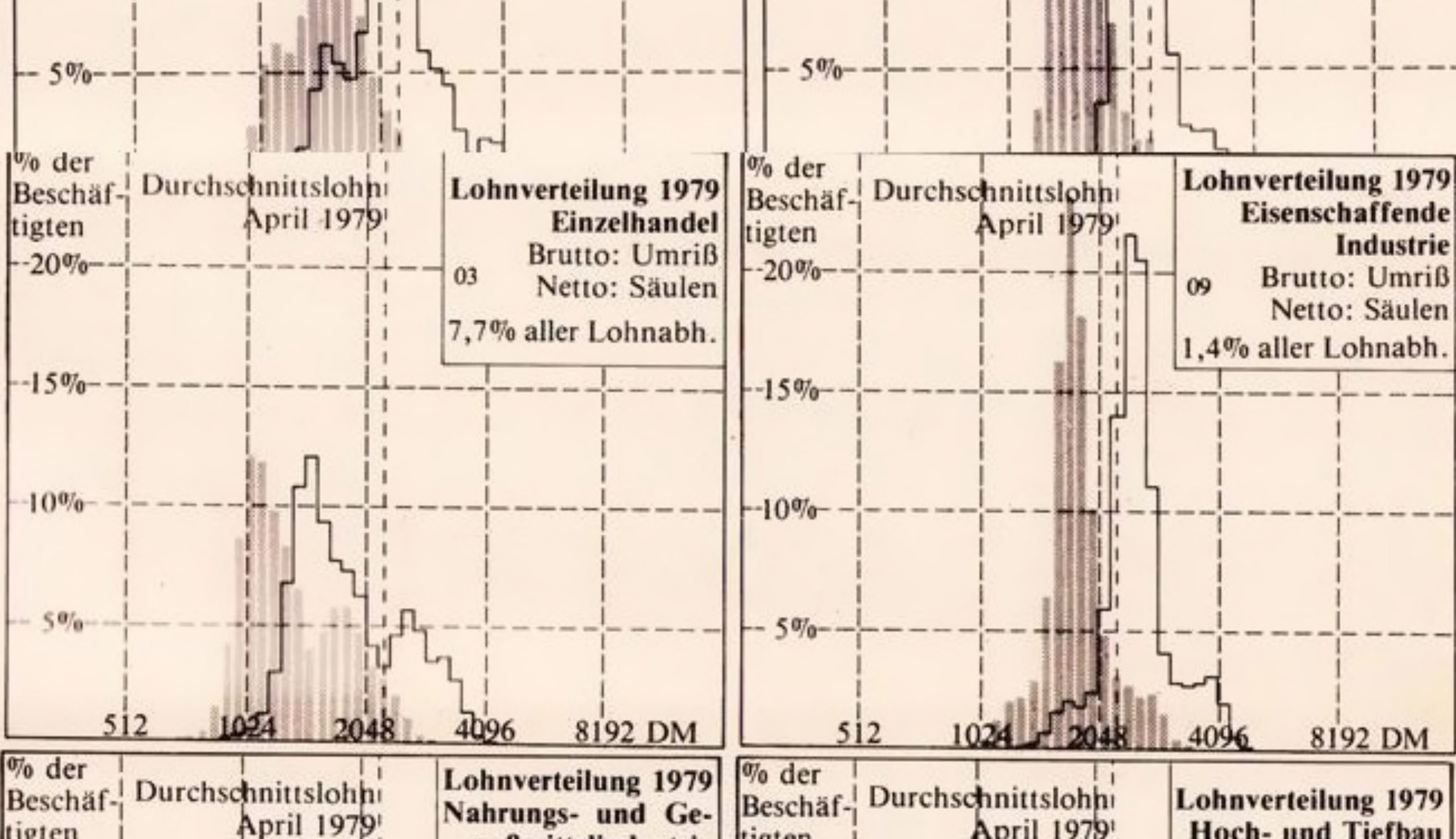
nur möglich in Tarifsphären, die mit dem sonstigen verarbeitenden Gewerbe über den Arbeitsmarkt nur schwach verbunden sind. – Man könnte nun allerhand Spekulation treiben, z.B. kann man einen Zusammenhang zwischen der relativ hohen Bezahlung der Verwaltungsarbeit im öffentlichen Dienst und der relativ guten Entwicklung im Handelsbereich erkennen. Aber da sind genauere Einzeluntersuchungen erforderlich, ebenso wie die Punkte 1966–1979 ja ziemlich weit auseinanderliegen und zu befürchten ist, daß die Ausgleichsbewegung, die zwischen diesen Jahren stattgefunden hat in den letzten Jahren rückläufig war und tatsächlich die Spaltung bereits wieder zugenommen hat.

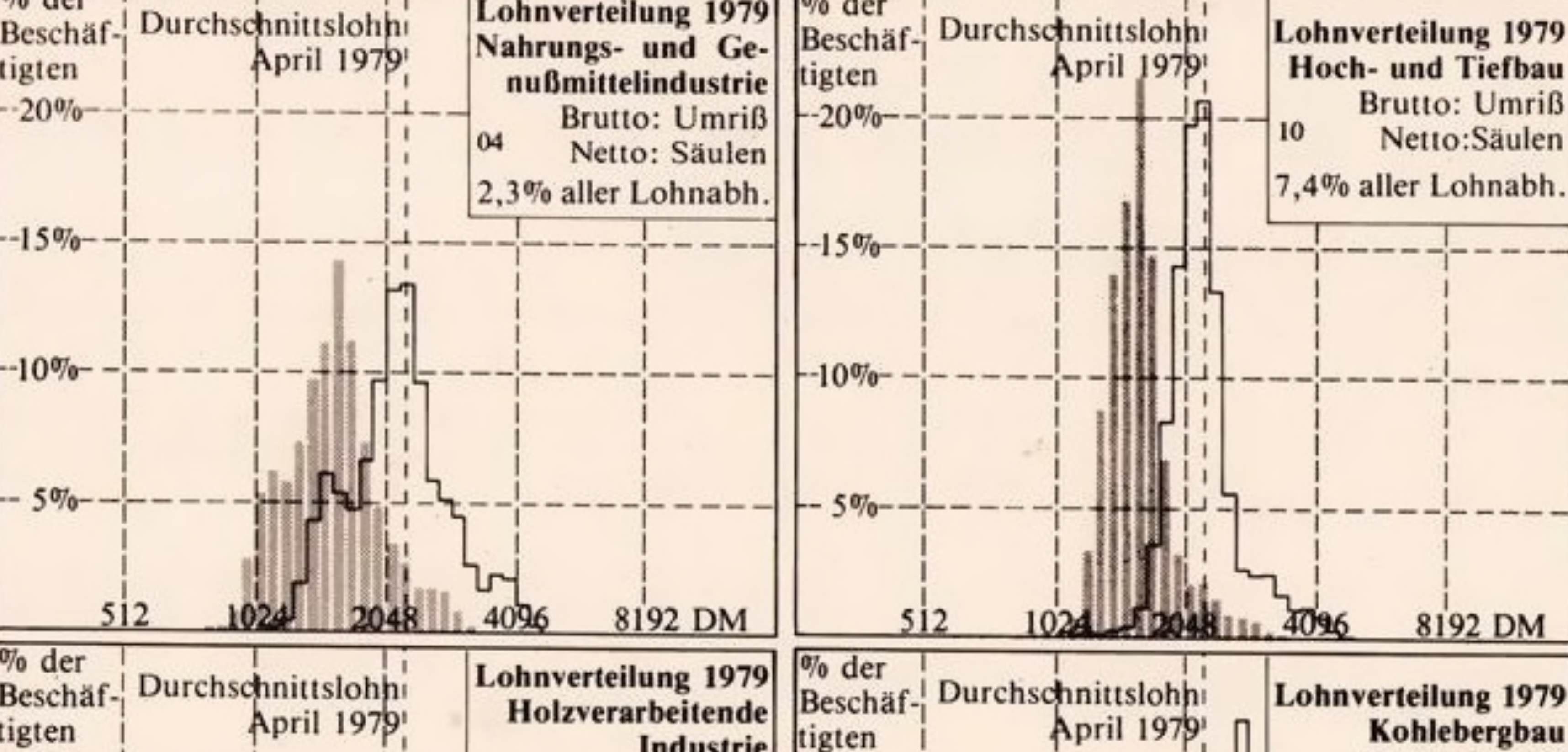
Aber fest steht mit einiger Sicherheit: Objektiv müssen in Richtung 12–01 Festgeldforderungen sein. In Richtung 01–12 können Mindestforderungen auch wirken, am Ende der Skala könnte man sogar mit einer hohen Prozentforderung Nützliches erreichen. Aber grundlegend ist unter allen denkbaren Umständen, daß die IG Metall etwas für die Anhebung der tariflichen Mindestlöhne tut, und zwar etwas *Drastisches*. Eine Lohnpolitik, die den Kapitalisten das Geld für die Anschaffung und hohe Bezahlung von regelrechten Antreiber- und Aufpasser*massen* direkt zuscheffelt, darf nicht
fortgesetzt werden.

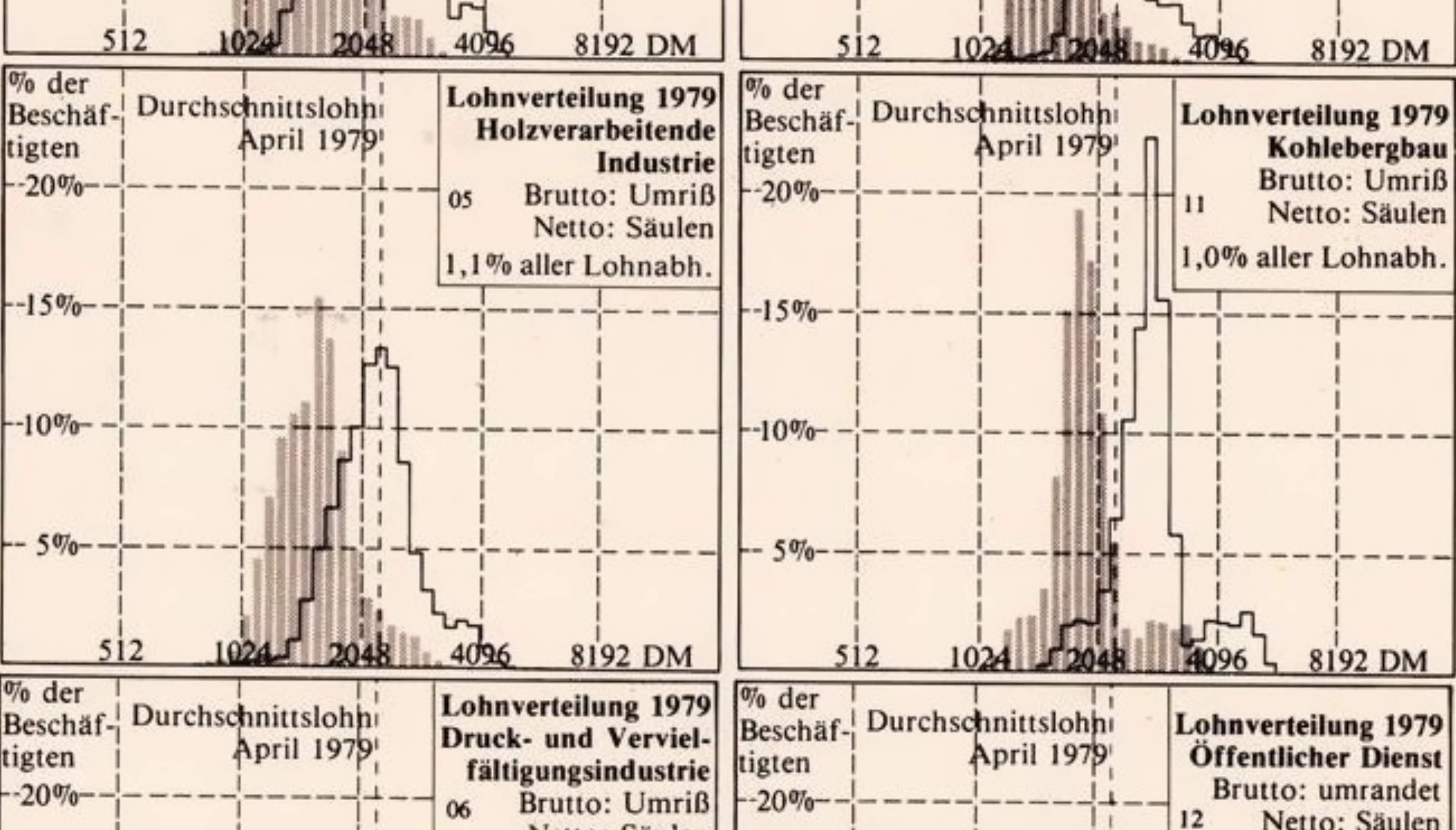


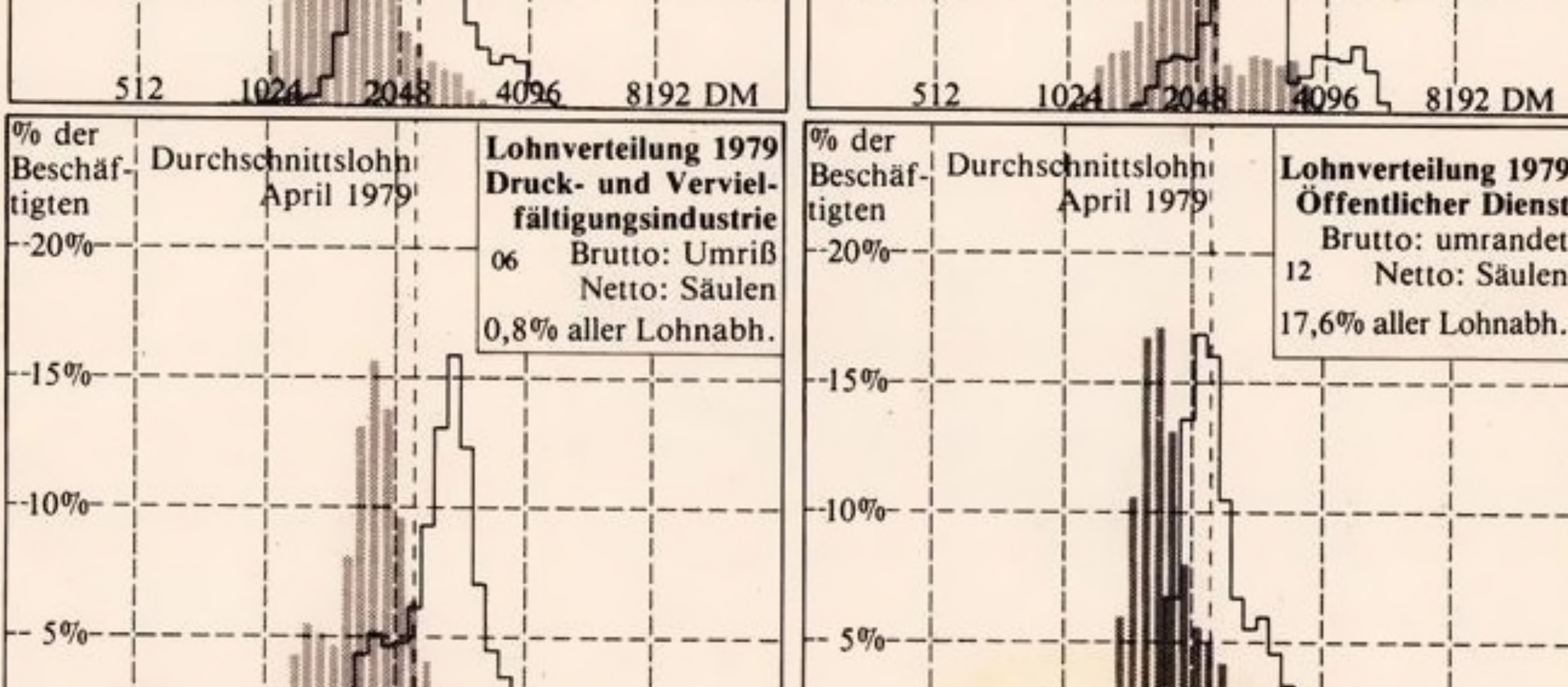












Evangelische Theologen für Aufrechterhaltung des Staates Israel

z.anl. Noch vor einigen Jahren mühte der evangelische Theologe Rolf Rendtorff sich damit ab, mit Hilfe der Theologie des Alten Testamentes nachzuweisen, daß die Gründung des Staates Israel eine gerechte Sache sei, die von den Christen unterstützt werden müsse. Er unterschlug die knapp 2000 Jahre Geschichte, nachdem das jüdische Volk aus dem Land, das es erobert hatte, vertrieben und sein Staat durch den römischen Imperialismus zerschlagen worden war. Er fragt: „Ist sie eine gradlinige Fortsetzung der Geschichte des Judentums in biblischer Zeit, die sich an die Staatsgründungen Davids und der Makkabäer anschließt?" Er bejaht diese Frage, um die bürgerliche Propaganda, die durch die gerechten Kriege der arabischen Nation, insbesondere des palästinensischen Volkes gegen den Imperialismus und dessen Kolonie Israel erschüttert ist, zu stärken unter dem Vorwand, das Verhältnis zwischen Christen und Juden ins Lot zu bringen: „Die beiden Nahostkriege 1967 und 1973 mit ihrer akuten Gefährdung der Existenz des Staates Israel haben bei den christlichen Kirchen weitgehend gar keine oder nur sehr hilflose Reaktionen hervorgerufen. Dies hat in Israel wie ein Schock gewirkt."

Nach der Darlegung, daß der jüdische Glaube, die Vorschriften der Tora und des Talmud vollständig nur in dem verheißenen Land erfüllt werden können, behauptet er, Israels Geschichte führe entweder zum Talmud oder zum Evangelium. Wenn schon nicht alle Juden missioniert worden sind, so soll doch wenigstens die Religion gerettet werden. Seine Alternative ist unrichtig. Alle Völker haben die Perspektive, sich von allen weltlichen finsteren Mächten zu befreien und ihr Leben selbst zu bestimmen. Diese Befreiung bildet auch die Grundlage der Befreiung von allen verhimmelten Formen dieser finsteren Mächte. Diese Möglichkeit hat für das Volk in Israel konkrete Form angenommen durch den Beginn der palästinensischen Revolution. Ihre erfolgreiche Durchführung wird dem palästinensischen und dem israelischen Volk erlauben, friedlich zusammenzuleben, das Land zu nutzen und die Produktivkräfte zu entwickeln.

Diese einzig fortschrittliche Perspektive bekämpft Rendtorff. Da er schlecht davon absehen kann, daß auch die arabische Revolution eine Religion, den Islam, zu nutzen versucht, um alle möglichen Kräfte in eine Front gegen den Imperialismus und Kolonialismus einzubeziehen, macht Rendtorff auch hier die Religion zum Wesentlichen der Bewegung für nationale Befreiung und sucht die Frage, wer Jeru-

sche Glaube, die Vorschriften der Tora und des Talmud vollständig nur in dem verheißenen Land erfüllt werden können, behauptet er, Israels Geschichte führe entweder zum Talmud oder zum Evangelium. Wenn schon nicht alle Juden missioniert worden sind, so soll doch wenigstens die Religion gerettet werden. Seine Alternative ist unrichtig. Alle Völker haben die Perspektive, sich von allen weltlichen finsteren Mächten zu befreien und ihr Leben selbst zu bestimmen. Diese Befreiung bildet auch die Grundlage der Befreiung von allen verhimmelten Formen dieser finsteren Mächte. Diese Möglichkeit hat für das Volk in Israel konkrete Form angenommen durch den Beginn der palästinensischen Revolution. Ihre erfolgreiche Durchführung wird dem palästinensischen und dem israelischen Volk erlauben, friedlich zusammenzuleben, das Land zu nutzen und die Produktivkräfte zu entwickeln.

Diese einzig fortschrittliche Perspektive bekämpft Rendtorff. Da er schlecht davon absehen kann, daß auch die arabische Revolution eine Religion, den Islam, zu nutzen versucht, um alle möglichen Kräfte in eine Front gegen den Imperialismus und Kolonialismus einzubeziehen, macht Rendtorff auch hier die Religion zum Wesentlichen der Bewegung für nationale Befreiung und sucht die Frage, wer Jeru-

salem besitzen soll, mit Hilfe von biblischen Kriterien zu entscheiden. Sein Ansatz ist insofern idealistisch, als er versucht zu zeigen, wie die drei ideologischen Erscheinungen sich auseinander entwickeln, und er kommt zu dem Schluß, daß Christentum und Islam auf den Schultern des Judentums stehen. Mit der Tatsache, daß die jüdische Religion historisch zuerst entstanden ist, streitet er dann für die Aufrechterhaltung der modernen Besitzverhältnisse: „Die Betonung dieses ‚Erstgeburtrechts' des Judentums soll nun gewiß nicht dazu führen, die Bedeutung der Stadt für die anderen Religionen zu schmälern oder gar ihren Anspruch darauf zu bestreiten, Jerusalem uneingeschränkt auf ihre Weise verehren zu können. Sie soll allerdings bewußt machen, daß auch umgekehrt die Ansprüche der anderen Religionen auf Jerusalem nicht dazu führen dürfen, das jüdische Anrecht auf Jerusalem in Frage zu stellen oder gar zu bestreiten."

Neuerdings hat er seine Theorie weiterentwickelt. Zwar verschweigt er weiter hartnäckig die Existenz von Klassen und von Klassenverhältnissen zwischen verschiedenen Nationen, die sich im Zeitalter des Imperialismus in unterdrückte und unterdrückende gespalten haben; da seine Anstrengungen aber direkt der Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse dienen sollen und er als SPD-Politiker der Politik der SPD/FDP-Regierung folgt, schmiegt er seine Theorien dieser Politik an. Als Vorsitzender der „Studienkommission Kirche und Judentum" des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland hat er einen Sammelband herausgegeben, in dem verschiedene Autoren das Thema bearbeiten. Dabei tritt neu auf eine Richtung, die den Monotheismus als Begründung für den Anspruch auf Weltherrschaft nimmt, so M. Stöhr: „Christen und Juden sind in der gegenwärtigen Weltsituation herausgefordert, ihre Verantwortung zur Gestaltung der Welt wahrzunehmen, die ihnen aus ihrem gemeinsamen Glauben an den einen Gott erwächst ... Ausgangspunkt könnte die gemeinsame Überzeugung sein, daß der Mensch als Gottes Ebenbild Verantwortung für die Erde wahrnimmt." Damit wäre der Anspruch der westlichen Imperialisten begründet. Bleibt das Problem, daß auch der Islam eine monotheistische Religion ist, die Völker der Dritten Welt, bei denen er vor allem verbreitet ist, aber nichts zu sagen haben sollen.

Hier hilft die These von der Interdependenz, der Abhängigkeit aller von allen, die von den sozialdemokratischen Politikern ständig im Munde geführt wird. Sie wurde auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates, der sich 1975 in Nairobi herumtrieb, verbreitet. Der Australier Birch wiederentdeckte „die ganzheitliche Betrachtung von Mensch und Natur in der hebräischen Bibel" und folgerte: „Zwei Aspekte der Natur bleiben durch diese Betrachtungsweise gewahrt: Der Eigenwert der Geschöpfe und die Interdependenz aller Wesen." Wer Geschöpf, also auch Krone der Schöpfung, und wer bloß abhängiges

als Begründung für den Anspruch auf Weltherrschaft nimmt, so M. Stöhr: „Christen und Juden sind in der gegenwärtigen Weltsituation herausgefordert, ihre Verantwortung zur Gestaltung der Welt wahrzunehmen, die ihnen aus ihrem gemeinsamen Glauben an den einen Gott erwächst ... Ausgangspunkt könnte die gemeinsame Überzeugung sein, daß der Mensch als Gottes Ebenbild Verantwortung für die Erde wahrnimmt." Damit wäre der Anspruch der westlichen Imperialisten begründet. Bleibt das Problem, daß auch der Islam eine monotheistische Religion ist, die Völker der Dritten Welt, bei denen er vor allem verbreitet ist, aber nichts zu sagen haben sollen.

Hier hilft die These von der Interdependenz, der Abhängigkeit aller von allen, die von den sozialdemokratischen Politikern ständig im Munde geführt wird. Sie wurde auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates, der sich 1975 in Nairobi herumtrieb, verbreitet. Der Australier Birch wiederentdeckte „die ganzheitliche Betrachtung von Mensch und Natur in der hebräischen Bibel" und folgerte: „Zwei Aspekte der Natur bleiben durch diese Betrachtungsweise gewahrt: Der Eigenwert der Geschöpfe und die Interdependenz aller Wesen." Wer Geschöpf, also auch Krone der Schöpfung, und wer bloß abhängiges

Wesen ist, läßt sich dann auslegen: „Wir brauchen eine furchtlose Erforschung der Frage, was die Einheit von Natur, Mensch und Gott im Lichte der Wissenschaft und eines erweiterten Ökumenismus, einschließlich afrikanischer und asiatischer Kulturvorstellungen, bedeutet. Ich meine, daß die Kirchen dann ihre umfassende Verpflichtung, die Erde zu füllen ... klarer als bisher erkennen würden – bevor es zu spät ist."

Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und ihre Befreiung

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Allgemeine Deklaration der Arabischen Gipfelkonferenz von Algier (Nov. 1973)

Die arabische Welt befindet sich in einer entscheidenden Phase ihrer Geschichte. Der Kampf gegen die zionistische Aggression ist eine langwährende historische Verantwortlichkeit, die noch viele Proben und Opfer fordert.

Wenn der Oktoberkrieg von 1973 die Entschlossenheit der arabischen Nation zur Befreiung ihrer okkupierten Territorien um jeden Preis demonstrierte, bedeutet die Waffenruhe auf dem Schlachtfeld auf keinen Fall, daß der Kampf zu Ende ist oder daß man der arabischen Nation eine Lösung aufzwingen kann, welche mit ihrem gerechten Ziel nicht in Einklang steht.

Solange die Ursachen der Aggressions- und Expansionskriege, welche die Welt an den Rand eines allgemeinen Konfliktes bringen, nicht beseitigt sind, kann es im Nahen Osten weder einen dauerhaften Frieden noch wirkliche Sicherheit geben. In der Tat können die Aggression, die Okkupation, die Expansionsbestrebungen und die Hegemonie mit der Unabhängigkeit, der Entwicklung, mit dem Fortschritt der Nation und einem gerechten Frieden auf keinen Fall in Einklang gebracht werden.

Seitdem das palästinensische Volk beraubt und aus seiner Heimat vertrieben wurde, hat Israel die Expansion nie eingestellt, wobei es sich der aktiven Mittäterschaft und der ökonomischen, technischen und militärischen Unterstützung der imperialistischen Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, erfreut.

... Mehr als ein Monat ist seit der Waffenruhe vergangen, aber noch immer sabotiert Israel und baut Hindernisse auf. Außerdem zeigt der offizielle Standpunkt Israels wie sein internationales Verhalten, daß es seine alte Politik nicht im geringsten aufgegeben und nicht auf seine expansionistischen, imperialistischen Ambitionen verzichtet hat.

Waffenstillstand ist nicht Frieden, und für die Verwirklichung des Friedens sind einige Bedingungen notwendig. Darunter sind zwei Voraussetzungen grundlegend und unabänderbar:

1. Abzug Israels von allen okkupierten arabischen Territorien, vor allem von Jerusalem;

2. Wiederherstellung aller nationalen

Hegemonie mit der Unabhängigkeit, der Entwicklung, mit dem Fortschritt der Nation und einem gerechten Frieden auf keinen Fall in Einklang gebracht werden.

Seitdem das palästinensische Volk beraubt und aus seiner Heimat vertrieben wurde, hat Israel die Expansion nie eingestellt, wobei es sich der aktiven Mittäterschaft und der ökonomischen, technischen und militärischen Unterstützung der imperialistischen Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, erfreut.

... Mehr als ein Monat ist seit der Waffenruhe vergangen, aber noch immer sabotiert Israel und baut Hindernisse auf. Außerdem zeigt der offizielle Standpunkt Israels wie sein internationales Verhalten, daß es seine alte Politik nicht im geringsten aufgegeben und nicht auf seine expansionistischen, imperialistischen Ambitionen verzichtet hat.

Waffenstillstand ist nicht Frieden, und für die Verwirklichung des Friedens sind einige Bedingungen notwendig. Darunter sind zwei Voraussetzungen grundlegend und unabänderbar:

1. Abzug Israels von allen okkupierten arabischen Territorien, vor allem von Jerusalem;

2. Wiederherstellung aller nationalen

Rechte des palästinensischen Volkes.

Entschließung Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrates vom Oktober 1973 zur Feuereinstellung im 4. Nahost-Krieg

Der Sicherheitsrat

1. fordert alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, unverzüglich spätestens jedoch 12 Stunden nach Annahme dieses Beschlusses, jedes Feuer einzustellen und alle militärischen Handlungen in den Stellungen, die sie jetzt besetzen, zu beenden;

2. fordert die betroffenen Parteien auf, nach der Feuereinstellung unverzüglich mit der Erfüllung der Entschließung des Sicherheitsrates 242 (1967) in allen ihren Teilen zu beginnen;

3. bestimmt, daß Verhandlungen unverzüglich und gleichzeitig mit der Feuereinstellung zwischen den betroffenen Parteien unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel beginnen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.

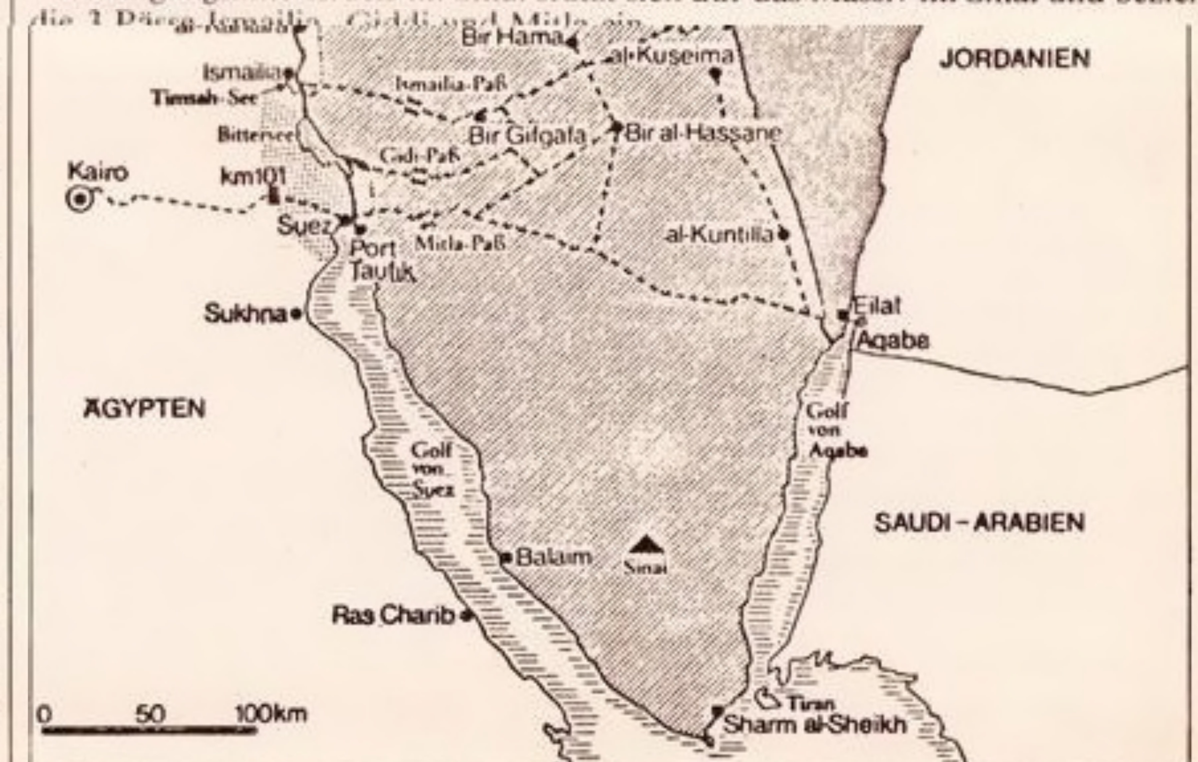
Abstimmungsergebnis: + 14; - 0. China nahm an der Abstimmung nicht teil.

Die Bar-Lev-Linie



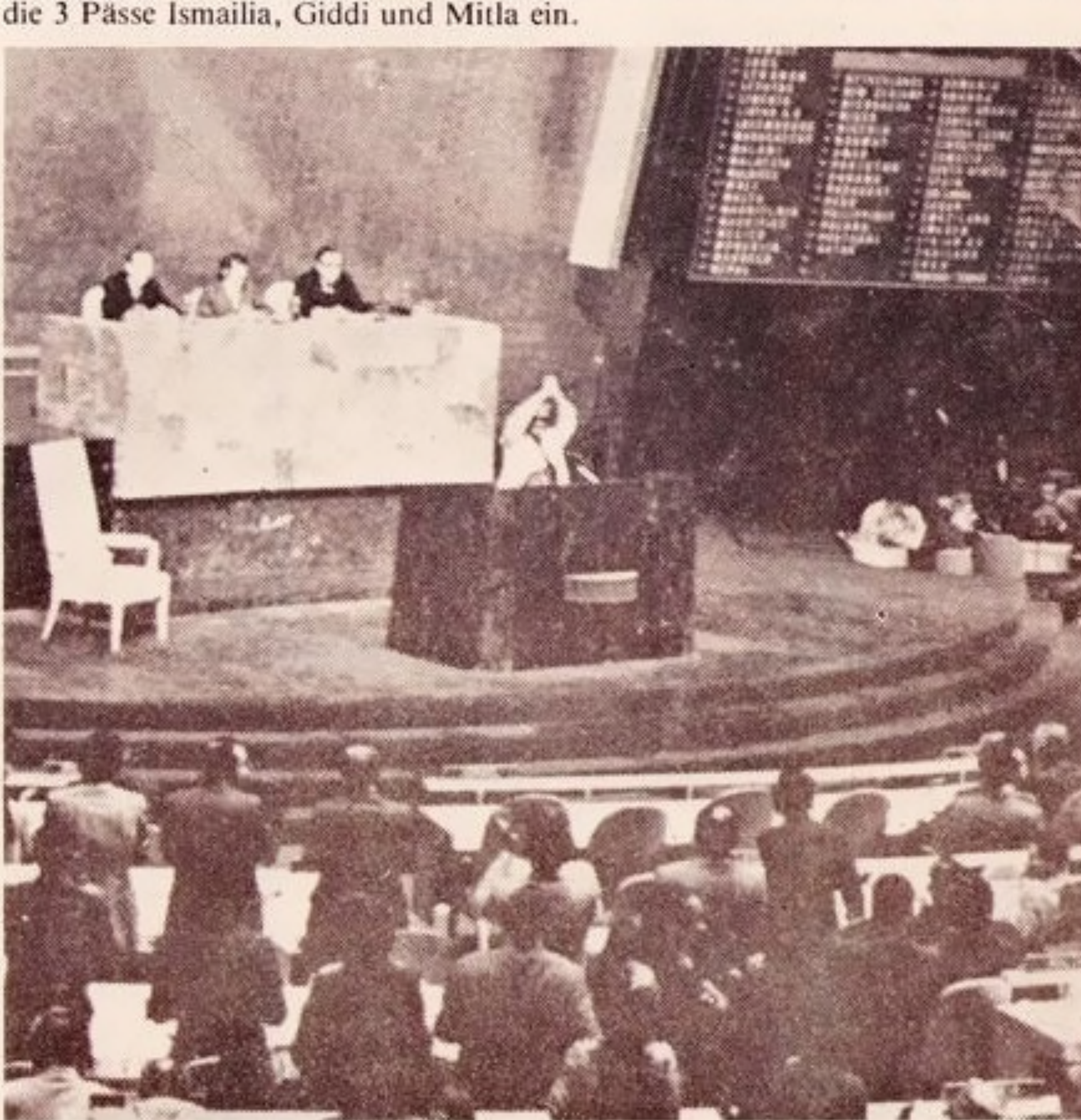
Archiv der Gegenwart 11.Nov. 1973, Seite 18301

Die sogenannte Bar-Lev-Linie (nach dem Generalstabschef im 6-Tage-Krieg) besteht aus einer Kette von 33 Fortifikationen entlang des Suez-Kanals über eine Länge von 140 km und einer ständigen Garnisonierung von ca. 30000 Mann. Die Fortifikationen weisen alle nur möglichen Bauweisen zwischen reinen Sandbunkern und schweren Betonwerken auf; zu ihnen gehört ein System von Feldbefestigungen, Militärstraßen, Treibstoff- und Wasserdepots, Panzerfallen, Minenfeldern, unterirdischen Feldlazaretten sowie tiefer im Hinterland von Flugpisten und strategischen Rollbahnen. Aufgabe der Bar-Lev-Linie war außer der Feindbeobachtung und der Abweisung kleinerer Unternehmen im Falle eines Großangriffs die Verzögerung des Übergangs über den Suez-Kanal, um Israel Zeit zu geben, seine Militärapparatur in Bewegung zu setzen. Die zweite und bedeutendere Verteidigungslinie Israels im Sinai stützt sich auf das Massiv im Sinai und bezieht



Archiv der Gegenwart 11.Nov. 1973, Seite 18301

Die sogenannte Bar-Lev-Linie (nach dem Generalstabschef im 6-Tage-Krieg) besteht aus einer Kette von 33 Fortifikationen entlang des Suez-Kanals über eine Länge von 140 km und einer ständigen Garnisonierung von ca. 30000 Mann. Die Fortifikationen weisen alle nur möglichen Bauweisen zwischen reinen Sandbunkern und schweren Betonwerken auf; zu ihnen gehört ein System von Feldbefestigungen, Militärstraßen, Treibstoff- und Wasserdepots, Panzerfallen, Minenfeldern, unterirdischen Feldlazaretten sowie tiefer im Hinterland von Flugpisten und strategischen Rollbahnen. Aufgabe der Bar-Lev-Linie war außer der Feindbeobachtung und der Abweisung kleinerer Unternehmen im Falle eines Großangriffs die Verzögerung des Übergangs über den Suez-Kanal, um Israel Zeit zu geben, seine Militärapparatur in Bewegung zu setzen. Die zweite und bedeutendere Verteidigungslinie Israels im Sinai stützt sich auf das Massiv im Sinai und bezieht
die 3 Pässe Ismailia, Giddi und Mitla ein.



Jassir Arafat vor der UNO 1975

Stellungnahme der VR China durch Botschafter Huang Hua

Der Vertreter der VR China erklärt laut Hsinhua: bei der Debatte am 8. Oktober habe er die grundsätzlichen Positionen der VR China eindeutig dargestellt: „In dem heute von den Delegationen der USA und der UdSSR eingebrachten Resolutionsentwurf fehlen die oben angeführten berechtigten Forderungen. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß das, was die beiden Supermächte im Verlauf der gegenwärtigen Ereignisse bisher unternommen haben, ihren Wetteifer sowie ihre geheime Zusammenarbeit im Nahen Osten und ihren Versuch aufzeigt, den Arabern die Situation ‚weder Krieg noch Frieden' erneut aufzuzwingen. Diesmal haben die beiden Supermächte eiligst einen Resolutionsentwurf dem Sicherheitsrat unterbreitet und seine sofortige Billigung ohne ausreichende Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten verlangt. Sie haben die Mitgliedstaaten daran gehindert, Instruktionen von ihren Regierungen einzuholen. Eine solche Praxis, den Mitgliedern des Sicherheitsrates den eigenen Willen aufzuzwingen, ist höchst unklug, und dem können wir nicht zustimmen. Deshalb hat die chinesische Delegation beschlossen, an der Abstimmung über den erwähnten Resolutionsentwurf nicht teilzunehmen."